

RUS Buchen  
H. 1. 1. 1. 1.  
d. 1. 1. 1. 1.  
57D 3308



Krebsakten: Isolieren statt Heilen, S. 12

# Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 252, 19. 11. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Forderpreis DM 5,- C 21734 E

## Vor neuer Kuba-Krise?

Noch in der US-Wahlnacht, mitten im Siegestaumel fanatisierter Reagan-Anhänger, eskalierte der CIA die Konfrontation mit Nicaragua. Brandheiß kam die (Falsch-)Meldung, daß ein sowjetisches Schiff bis zu 18 MIG-Kampfflugzeuge nach Corinto transportieren soll. Während ein Luftlande-Manöver in Honduras, ein Seemanöver vor der Küste Nicaraguas und ein weiteres Manöver im Süden der USA gleichzeitig stattfanden, lancierte die Reagan-Administration eine bisher einmalige öffentliche Erörterung aller denkbaren Militäraktionen und Kriegsszenarien in Mittelamerika. Eine Woche später dementierten die USA einen unmittelbar bevorstehenden Überfall — und dramatisierten die Situation weiter durch den Inhalt des Dements. Falls nötig, so Außenminister Shultz, werde der Präsident wie gegen Grenada verfahren.

Offiziell bestätigt wurden Planungen wie zum Beispiel:

- Luftangriffe, um eventuelle Kampfflugzeuge oder militärische Einrichtungen in Nicaragua zu zerstören;
- eine totale Seeblockade oder militärisches Abdrängen sowjetischer Schiffe auf dem Weg nach Nicaragua.

Wenn sowjetische Unterstützungslieferungen fortgesetzt würden, so Weinberger und mit ihm der ganze Chor der Falken, werde man wie 1962 gegen Kuba verfahren. Jedermann kann nachlesen, daß das politische Lager, welches die jetzige US-Regierung bildet, mit Verlauf und Ergebnis der Kuba-Krise höchst unzufrieden war. Im Grunde geht es um mehr als damals. Reagan hat sich eindeutig festgelegt, ein zweites Kuba unter keinen Umständen zu dulden.

Nicaragua ist — durch den anhaltenden Kriegszustand im Inneren wie durch die permanenten Invasionsdrohungen der USA, sowie durch den gleichzeitigen Wirtschafts- und Finanzboykott des Westens — zunehmend angewiesen auf sowjetische und kubanische Hilfe jeder Art. Dazu gehören Lebensmittel. Dazu gehören auch Waffen. Die US-amerikanische Politik hat sich zielbewußt den Vorwand für die weitere Verschärfung geschaffen. Nicaragua soll vollständig von äußerer Unterstützung abgeschnitten werden. Reagan ist nicht nur bereit, einen Zusammenstoß auch mit Kuba oder der SU in Kauf zu nehmen — er sucht denselben. Dies ist der Sinn der sogenannten Stellvertreter-Theorie, wonach jede Unruhe in der „3. Welt“ vom Krimi inszeniert ist. Dies ist auch der Inhalt der Rüstungsmaßnahmen und der Militärdoktrin der „horizontalen Eskalation“. Kennedy war bekanntlich stolz, am Rande des Abgrunds gehandelt zu haben. Reagan will versuchen, noch einen Schritt weiterzugehen ...

Allenthalben ist nun zu hören, die USA führen „nur einen Nervenkrieg“ und die Sandinisten sollten nicht so „aufgeregt“ reagieren. Der Nervenkrieg ist aber nur deshalb so wirksam, weil der Finger ja bereits am Abzug ist. Zweifellos würde es im Fall einer US-Intervention weltweit enorme Proteste geben. Das Ziel der Solidaritätsbewegung und — hoffentlich mehr als bisher — der Friedensbewegung muß aber sein, dazu beizutragen, daß es soweit nicht kommt.

Aktuelle Berichte aus Nicaragua auf den Seiten 5, 32, 33, und 34.



„Admiral McDonald möchte ‚das Problem Cuba‘ in einer Krisensituation ‚sehr früh‘ bewältigt sehen. Das werde dem amerikanischen Präsidenten schwierige Entscheidungen abfordern ... Der Admiral schildert nur den Plan, der ihm offensichtlich der liebste wäre, die ‚offensive Neutralisierung‘: Diplomatischer Druck soll Fidel Castro bewegen, die Flotte an einem Ort — überwachbar — zusammenzuführen, die Flugzeuge mit abmontierten Rädern auf den Rollbahnen abzustellen. Es stehe ja, sagt der Admiral, auch für Castro einiges auf dem Spiel. Was aber, wenn dieses Planspiel nicht realisierbar ist? Das rühre an Geheimnis, weicht Admiral Hedges in Key West aus. ‚Aber wir haben die notwendigen Fähigkeiten‘ ...“ (es folgt eine detaillierte Beschreibung der militärischen Fähigkeiten des Flugzeugträgers Nimfz; aktuell auf Kurs in die Region; Zitat aus „Süddeutsche Zeitung“ vom 13.11.84).

### Regierung plant AIDS-Gesetz Erfassen, Aussortieren, Ausmerzen!

Wahrscheinlich mag es bisher niemand so recht ernst nehmen. Es klingt ja auch wie ein Science-Fiction: das Bundesgesundheitsministerium plant ein Anti-AIDS-Gesetz, wonach AIDS-Kranken der „Intimkontakt“ bei Strafdrohung verboten werden soll.

Die Überlegungen zu einem solchen „Gesetz zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten durch Intimkontakte“ wurden auf einer Anfang des Monats vom Bundesministerium einberufenen „Seuchenkonferenz“ angestellt, nachdem neueste Untersuchungen deutlich gemacht hätten, daß die Krankheit keineswegs wie bisher vermutet nur „Risikogruppen“ wie Schwule, Fixer u.a., sondern auch weitere Bevölkerungskreise erfaßt, die gar keine Möglichkeit hätten, sich selbst durch ihr Verhalten vor AIDS zu schützen.

Der Maßnahmenkatalog des geplanten Gesetzes soll auch für „möglicherweise infizierte Personen“ eine Untersuchungspflicht, Verbot von „Intimkontakten“ und Blutspenden vorsehen, desweiteren Maßnahmen zur Erfassung und zum Schutz bereits infizierter Personen. Die Ärzte sollen nach Infektionsquellen fahnden und die Infizierten beobachten.

Wissenschaftler der „deutschen Vereinigung zur Bekämpfung von Virusinfektionen“, die an der „Seuchenkonferenz“ teilnahmen, warnen davor, daß man mit einem solchen Gesetz die Betroffenen in den Untergrund drängt.

Tatsächlich, was anderes soll so eine „Erfassung“ hervorbringen, da zugleich von einer Ursachen-erkenntnis, geschweige denn Bekämpfung der Krankheit nicht die Rede ist und da der sog. „Erfassen“ keinerlei Aussicht auf Heilung, sondern stattdessen Reglementierung, Kontrolle, Repression erwartet. Was anderes kann diese „Erfassung“ in ihrer Zielrichtung

## FKF oder die vierte Gewalt

Als Bundeskanzler Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß aussagen mußte, da spielte der Mann wieder einmal sich selbst: Vor ihnen steht der Bundeskanzler, ich komme aus Oggersheim und weiß von nichts. Ganz anders eine Woche später Franz Josef Strauß. Aggressiv, rotzig und nicht nur keiner Schuld bewußt, wie der Kanzler, sondern ganz offensiver Befürworter von Parteipenden aus der Wirtschaft.

Der Mann weiß warum. Wg. Strauß, wg. Hanns-Seidel-Stiftung, wg. Staatsbürgerlicher Vereinigung, wg. Bayernkurier (tauchen Millionen in den Listen des Flick-Buchhalters Diehl auf. Aber nicht wg. der Liebe zur Partei, sondern wg. der christlich-sozialen Willfährigkeit, über diesen Weg Entscheidungen politisch zu befördern, die die profitabile Zukunft des Hauses Flick erheblich berühren. Wg. FJS war in der Vergangenheit nicht nur Einfluß auf die Steuerbefreiung aus dem Erlös der Daimler-Benz Aktien zu nehmen. Wg. FJS konnte das Haus Flick in der wieder aufstrebenden politischen, ökonomischen und militärischen Macht Bundesrepublik Deutschland zum größten Rüstungsproduzenten dieses Landes werden.

Sicher, Strauß und seine CSU waren nicht die einzigen, die Politik für Flick machten und Flick ist auch nicht der einzige vom großen Kapital, der wollte und weiß, was er an den Bonner staats-tragenden Parteien hat. Bei diesen Partnern aus Kapital und Politik findet man aber die aggressive und expansionistische Zielsetzung des BRD-Kapitals prägnant vor.

Der Fall Flick & Co. ist ein Fall Kapital, Staat & Co. Das war unter der SPD-Regierung nicht anders. Helmut Schmidt wichtiger Berater in Sachen Ostpolitik war der Manager Beltz aus dem Hause des Kriegsgewinners Krupp; in Sachen Rüstungspolitik der Manager Mommsen aus dem Hause

des Kriegsgewinners Thyssen. Und im Zusammenhang der Veröffentlichung der Flick-Akten wird schon mal der Name des Henkel-Managers Biedenkopf erwähnt und auch der Bahlsen-Manager Albrecht steckt mit drin. Flick wußte über seinen Generalbevollmächtigten Brauchitsch beste Drähte zum Medienboß Springer zu knüpfen. Über Brauchitsch sollte die Politik des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ bestimmt werden, zu dessen Vorsitzenden er vor dem „Skandal“ bereits gewählt worden war. Und in der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ lenkte lange Jahre der Flick-Manager Otto A. Friedrich die Geschicke. Die CSU-Abgeordneten Pöhle und Kreile sind

leitende Manager im Hause Flick.

Man sollte sich die Stellungnahme des Vorstands der Deutschen Bank zu den Parteipenden besorgen. Aus der „Verpflichtung für das Allgemeinwohl“ zur „Festigung unserer freiheitlich demokratischen Ordnung“ habe man gependet. „Irgendwelche Vorteile“ habe man „weiter angestrebt noch erhalten“. Das uneigennützigste Ziel üppiger Geldspenden war, daß die „Förderung staatspolitischer Zwecke auch der Arbeit der staats-tragenden politischen Parteien unseres Landes zugute kamen“. 114 Millionen DM seien auf diese Weise in den letzten 27 Jahren zur Pflege der politischen Landschaft ausgegeben worden. Glauben wir es ihnen einstweilen.

Niemand sollte wirklich bestochen werden. Daß sich die großzügig Bedachten wie Bestochene verhielten, daß es die bekannten Verflechtungen gab, dafür kann das Kapital ja nichts. Es gehört zum Wesen dieser bürgerlichen Demokratie, daß die reale politische, ökonomische und militärische Macht nicht in ihren repräsentativen Organen versammelt sitzt, sondern umgekehrt, daß die Macht sich der in den Parlamenten Sitzenden zu bedienen versucht und bedient.

Diese Macht realisiert sich über die Einflußnahme auf die staats-tragenden Parteien und die Ministerialbürokratie. Dies ist viel alltäglicher, als das Sonntagsergebnis eines Flick-Skandals. Der Abgeordnetenkampf macht zwar solche Abhängigkeiten leichter verständlich, ist aber in Wahrheit nur die Nebenseite des Problems.

Fortsetzung auf Seite 6

## Grün-Roter Eiertanz

und die Bestätigung einer Vermutung

Atemlos verfolgte der fortschrittliche Teil der Republik den heftigen Koalitionsstreik um die anstehenden Betriebsgenehmigungen für die Manauer Atomfirmen. Das kühne Experiment zwischen SPD und Grünen, vorzuziehen der heftige Vorgriff auf die Zukunft Deutschlands war in höchster Gefahr. Als sich gar Landesvater Börner und sein Lieblingsgrüner Kerschgens nicht mehr mit dem üblichen „El Gude wie“ begrüßten und nur noch ein pflichtgemäßes „Guten Tag, Herr Kollege“ wechselten, schien alles zu spät zu sein. Dabei die Träume, auf Wiederscheit Utopie (und auch keine Ernennung zum ersten grünen Staatssekretär, wenn die Rotation ansteht)?

Bekanntlich ist die SPD gar nicht so böse, wie sie manchmal wirkt. Ihr

Wirtschaftsminister in Wiesbaden muß nur tun, was Recht und Gesetz vorschreiben. Da bleibt ihm gar keine andere Wahl, als einem korrekt vorgetragenen Antrag auf Baugenehmigung (NUKEM II) stattzugeben. Und der Partei bleibt keine Wahl, als ihrem Ulrich Steger die Stange zu halten. Schon mal was von Solidarität gehört oder was? Wenn also die Grünen im Bundestag einen Antrag vorlegen, der nichts anderes enthält als die Esmere Parteitagebeschlüsse der SPD (kein Einstieg in die Wiederaufbereitungs- und Plutoniumtechnologie), dann lehnt die sozialdemokratische Fraktion geschlossen ab. Ihre unerschütterliche Haltung zu Parteitagebeschlüssen un- ohnehin bekannt. Wer möchte da widersprechen?

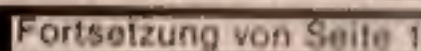
Aber auch die Grünen setzen sich nicht aus dogmatischen Parteitage-Paritäten zusammen. Mit ihnen sei der Ausbau von Atomanlagen nicht zu machen, donnerte MdB Fischer in einem Interview mit Radio Luxemburg: „Wir halten an den bestehenden fest!“ So gekonnt mit den Muskeln zu spielen — dazu gehört Talent. Über ein solches verfuhr in überreichem Maße das Frankfurter Zentralorgan gegen Stalinismus und für Pragmatismus, der „Pflasterstrand“. Klaus Traube wird als „einer der glaubwürdigsten Experten in puncto Atomindustrie“ zum Gespräch gebeten, damit ein Weg gefunden werde, wo doch ein Wille vorhanden ist, „ich

Fortsetzung auf Seite 2

erwartet. Was anderes kann diese „Erfassung“ in ihrer Zielrichtung bedeuten als im konkreten die Aktivierung bzw. Neuanlage von RO-SA LISTEN, Fixer-Listen, Listen „als-verdächtig“ Ausländer, die Überziehung des im weitesten Sinne sexuellen Dienstleistungsgewerbes mit einem dichten Kontrollnetz und schließlich die vorbeugende Überwachung der „Intimge-wohnheiten“ der Bevölkerung generell, um auf dieser Grundlage eine Selektion der „mutmaßlich infizierten“ und Kranken vornehmen zu können. Wie sollte diese Selektion anders praktiziert werden als durch Internierung in besonderen Lagern? — Und wie weit ist es dann nur noch zur Endlösung dieses Problems durch Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden der Vornichtung „lebensunwerten Lebens“? Eine solche Entwicklung ist leider nicht nur hysterische Utopie, sondern historische Erfahrung. Und nicht nur das: Heute droht die Gesundheitsfürsorge im Zuge der allgemeinen Entwicklung von Kontroll- und Überwachungspraktiken dieses Staates wieder zu einem Instrument der Erfassung zu werden, das zukünftige Selektionen möglich macht. Das geplante AIDS-Gesetz zeigt nur die Spitze des Eisbergs, der sich in der Anlage von Krebsregistern, der von Sucht- und Selbstmordgefährdeten, Geisteskranken usw. auf-bis in die Tiefe der berüchtigten Sozialdaten fortsetzt, in der die Daten der Gesundheitsfürsorge, Sozialversicherungen, des Arbeits-amtes zusammenlaufen. Nach wie vor gilt darüberhinaus in diesem Land: zeitlich werden nicht die Krankheiten, wie z.B. bei AIDS oder Krebs, und ihre evtl. gesellschaftlichen Ursachen erforscht und ausgeremert, sondern die erkrankten Individuen verantwortlich gemacht — und falls „isoliert“.

Was für die Krebsforschung gilt, gilt auch für AIDS: Hinweise, daß die bis heute völlig unbekannte virale Erregerart möglicherweise bei der Forachung mit Tumoren in Genzentren entstanden sei, wurde bisher nicht nachgegangen.





In AK 251 sind uns einige Fehler unterlaufen. Die Überschrift zu der Dokumentation einer Pressekonferenz der Bundesanwaltschaft von Ende 1980 lautet richtig: „Das wollen wir jetzt nicht weiterspinnen“. Sie bezieht sich auf ein wörtliches Zitat von Rebmann, wodurch die Ermittlungen zum Münchner Attentat sehr gut charakterisiert sind. Dieses Attentat fand natürlich, wie allgemein bekannt ist, am 26.9.80 statt und nicht, wie es im Artikel „Der scharfe Schwabe“ (S.28) heißt, am 29.9.80. Eine wichtige Rolle spielte dabei sehr wohl der auf Seite 30 mariatisch abgebildete Hoffmann, der allerdings den Vornamen Karl-Heinz (und nicht „Klaus“) führt. Ferner sollte die Überschrift zu einem Beitrag über Zwenz, Fassbindler und die Linke (S. 45) richtig lauten „Das Judenrauma der Deutschen“; hierbei handelt es sich um ein Zitat von Zwenz.





## Freiheit und Glück für Nicaragua Pfui und Bäh für Willy Brandt

Nach der Solidaritätsdemonstration mit Mittelamerika am 3.11.84 in Bonn zeigten sich die meisten Organisatoren zufrieden. Auf dem Bonner Hofgarten hatten sich 25.000 Menschen versammelt. Anfangs wesentlich höhere Erwartungen waren nach dem 20.10. eher Befürchtungen über einen Reinfall gewichen; man hatte zwischenzeitlich sogar auf den kleineren Bonner Münsterplatz ausweichen wollen, das war aber, wie so vieles an diesem Tag, von der Polizei verboten worden.

Immerhin wurde es dann doch die größte zentrale Internationalismus-Demonstration seit Jahren. Enttäuscht wurde aber die Hoffnung, mit der Friedensbewegung eine ganz neue Qualität zu erreichen. Es gehört fast schon zu den typischen Schönheitsfehlern des Bonner Koordinations-Bündnisses, daß die meisten darin vertretenen Organisationen die Mittelamerika-Solidarität in ihren Vorüberlegungen für das nächste Jahr erst einmal „vergessen“ haben, obwohl einen mindestens die US-Wahlnacht eines Schlechteren belehren sollte.

Erstaunlich ist, daß die meisten Organisatoren den Verlauf der Auseinandersetzungen mit der Polizei und während der Brandt-Rede noch als „glimpflich“ bewerteten (weil Schlimmeres erwartet worden war). Nimmt man die Berichterstattung der Tagespresse, so fällt es schwer, überhaupt durchzublicken, was los war. Die „faz“ dominierte einen Bericht aus schriftlichen Materialien und Hörsagen zusammen. „FR“ und FAZ“ bescheinigten etwa 100 bzw. 200 „Störer“, den riesigen Platz mit geltenden Pfiffen akustisch vollkommen besetzt zu haben. Die „UZ“ registrierte immerhin „zahlreiche“ Pfiffe und daneben eine „isolierte Gruppe von Provokateuren“, die das zu „gewalttätigen Aktionen“ nutzen wollten, aber von den „Ordnern der Friedensbewegung“ gestoppt worden sei.

Die Organisatoren hatten bis zuletzt befürchtet, daß die Polizei eine riesige Mauer aus Inzertieren wollte, und deshalb mit weit über 5000 Mann aufmarschiert sei (offizielle Zahlen gibt es nicht). Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich um den südlichen der drei Aufmärsche, weil dort Solidaritätsgruppen und verschiedene Linke einen gemeinsamen Block bilden wollten. Anfänglich sollte dieser Zug an der SPD-Zentrale, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderen offiziellen Behörden vorbeiziehen. Die Polizei forderte anfangs, daß dabei nur der Bürgersteig (und nicht die Straße) zu benutzen sei, damit um Gotteswillen die Bonner Geschäftsteile für ihren verkaufsoffenen Sonntag keine Störung hätten.

Überraschend kam dann vor Gericht — drei Tage vorher — das Verbot dieser Route. 3000 Antiamerikanisten planten Gewalttätigkeiten vor der SPD-Zentrale und dem BMZ, hieß es nun aus dem Innenministerium von NRW. Den Demo-Anmeldern (BLU-Vertretern im Bonner KA) mochte das Gericht bei ihren Erklärungen, daß die Behauptungen des Innenministeriums aus der Luft gegriffen seien, keinen Glauben schenken. Weil sie an anderer Stelle (im letzten Jahr in Bonn) angeblich Blockaden und „Gewalttätigkeiten“ verantwortlich mitorganisiert hat-

ten, waren sie schon als Person für das Gericht ein ausreichender Grund, alle möglichen Auflagen zu verhängen.

Am Vortag der Demonstration wurde dann noch die Bundesbahn angewiesen, die Sonderzüge vom Südzug weg nach dem Norden Bonn zu verlegen, worauf der KA einschätzte, man wolle die Brandt-Störer isolieren und dort polizeilich aufmischen.

Der Südzug, bei dem sich schließlich doch rund die Hälfte der Demonstranten versammelte, sollte schließlich durch Bonner Villenviertel führen. Die Behandlung durch die Polizei hat jemand treffend (gekennzeichnet) der sagte, er habe seit Kalkar nicht mehr so ein provokatives Vorgehen erlebt. Auf dem Kundgebungsplatz ließ die Polizei verkünden, daß alle „Waffen“ sofort freiwillig abgelegt werden müßten. Sollte sich bei späteren Kontrollen auf der Strecke etwas finden, würden entsprechende Strafverfolgungen eingeleitet. Rund 100 Meter nach Abmarsch erfolgte dann die erste Durchlaß-Visitation. Getreu der Polizei-Devise, Schafe und Böcke zu trennen, wurden „nur“ Einzelblöcke gefilzt, wobei es eine Festnahme wegen Besitz einer Leuchtpistole gab. Danach erfolgten dann ständige Polizeieinsätze (und nicht nur die übliche Gefangenentrans-

Leuchtpistole gab. Danach erfolgten dann ständige Polizeieinsätze (und nicht nur die übliche Gefangenentransport-Begleitung) in die Demonstration hinein. Einmal hieß es, die Auflage, daß es nur Demoblöcke und keinen geschlossenen Zug geben dürfe, müsse durchgesetzt werden. Waren Polizeivideos und Fotografen aufgebaut, mußte dann das Vermummungsverbot praktisch durchgesetzt werden. Zwar hatte die Polizeileitung nach langen Erörterungen zugesagt, nicht auch noch alle Transparenzstangen über 2 Meter zu beschlagnahmen (was sie allen Ernstes als ihr Vorhaben präsentierte, wenn die Demonstranten nicht selbst „abrufen“ würden), auf dem Demozug wurde aber trotzdem auch diese Verordnung mehrfach praktisch durchgesetzt.

Die Demonstranten ihrerseits versuchten, einen geschlossenen Zug zu halten und mit Seitenketten die ständigen Polizeieinsätze in die Demonstration hinein zu begrenzen. Erst im Schlußteil der Route hörten diese Einsätze auf. Immerhin wurde damit der Zug rund eineinhalb Stunden aufgehalten, sodaß er erst nach Kundgebungsbeginn auf dem Hofgarten eintraf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß aus der SPD-Baracke (wo nach KA-Informationen der Polizeieinsatz mit dem NRW-Innenminister abgestimmt worden war) vor der Demo der Antrag kam, die Brandt-Rede weit nach vorne zu ziehen. Es läßt sich nach dem Polizeieinsatz unschwer erraten, daß die Rede auf diese Weise ohne weiteres vor dem Eintreten dieses Demoteils durchgeführt worden wäre, wenn die Polizei nur noch ein bißchen mehr zugelassen hätte. Dieses Anliegen stieß aber im KA auf die totale Ablehnung der Unabhängigen, so daß auch andere davon Abstand nahmen, diesen SPD-Antrag mehrheitlich durchzuboxen.

Auf dem Hofgarten selbst hatte die Polizei am frühen Morgen ihre Ankündigung wahr gemacht und sogenannte Schutzgitter in sicherem Wurfbereich vor der Tribüne aufgebaut. Sozusagen einen Stock darunter hatte die Polizei

nach eigenen Angaben in Tiefgaragen 1200 Mann stationiert, um notfalls den gesamten Platz bei „Übergriffen“ räumen zu können. Je eine Hundertschaft war dann auch als Flankierung des Friedensnobelpreisträgers an den Seiten des Hofgartens zu sehen.

Als Brandt sprach, verhielt sich die Hälfte der Menschen auf dem Platz durch Parolen, Pfiffe und verschiedene Lärminstrumente ihrer „Begeisterung“ Ausdruck. Nur im Juso-Block links und im Falken-Block rechts vor der Bühne mag man vielleicht etwas verstanden haben. Eine Unmenge von Farbbeuteln und Rasensackchen flog in Richtung Bühne. Neujahrsvakanten leuchteten und zuckten über Brandt hinweg, der von einem halben Dutzend Leibwächtern mit Regenschirmen geschützt wurde. Eine kleinere Zahl (auf sie bezichen sich die Medienangaben über Störer) versuchte, direkt über die Absperrung zu gelangen, wo sich Ordner aller Schattierungen bemühten, die Leute davon abzuhalten; alle wußten, daß es andernfalls zum großen Polizeieinsatz gekommen wäre. Allerdings kam es dabei in einigen (Ausnahme-) Fällen zu heftigen Auseinandersetzungen.

Einige Ordner meinten offenbar, auf die „Provokateure“ einprügeln zu müssen; umgekehrt soll einem Ordner eine Platzwunde zugefügt worden sein, ein weiterer bekam eine Fahrradkette über den Kopf geschlagen.

Willy Brandt selbst verlas seinen vorbereiteten Redetext, nachdem er zu Beginn ausgerufen hatte, daß er sich schon zu ganz anderen Zeiten nicht habe am Reden hindern lassen.

Die Vertreterinnen aus Nicaragua und El Salvador auf der Kundgebung begrüßten Willy Brandt als Freund. Helmut Gollwitzer forderte, man solle bei Brandt klatschen statt zu pfeifen,

eine euphorische Moderation vor dem Brandt-Auftritt trug natürlich auch nicht gerade zur Beruhigung der Gemüter bei. Kritik an der Position der SPD wurde von Kai Fabig (anhand der sozialdemokratischen Vietnam-Politik) und Brigitte Heinrich geäußert. Letzterer haben aber nur noch verhältnismäßig wenige zugehört, denn nach diesem Höhepunkt in der Arena und der überaus langen Kundgebung bei miesem Wetter war bei den meisten Feierabend angesagt.

III.



### Westberlin: 20.000 gegen Reagan

Am 5.11.84 kamen 20.000 Menschen zu einer Protestdemonstration gegen die aktuelle und für die nächsten vier Jahre zu erwartende US-Politik, vor allem gegen deren Flankierung in Mittelamerika.

Diese verhältnismäßig große Teilnehmerzahl hatte mehrere Gründe: Neben einer Solidaritätsdemonstration für die Befreiung Mittelamerikas ging es auch um eine Aktion gegen die US-Politik in Westberlin. Gegen einigen (sozialdemokratischen) Widerwillen wurde schließlich durchgesetzt, daß das Thema „Schutzmacht USA“ auf die Tagesordnung gehört. Während die Menschenkette quer durch die Stadt

als Höhepunkt der Herbstaktionen nur mäßiges Interesse hervorgerufen hatte, provozierte der öffentliche Angriff auf Restberlins Allerheiligstes, die „Schutzmacht USA“, eine öffentliche Debatte. Die Mobilisierung für die Demonstration übernahmen quasi die Rechten. Die Demonstration werde — von langer Hand vorbereitet — von diversen kommunistischen Gruppen unterstützt. Unter diesen Umständen sei der auch vom Landesvorstand der Jusos sowie den SPD-Bezirken Charlottenburg, Schöneberg und Zehlendorf unterzeichnete Aufruf eine Zumutung. Die SPD hätte sich gefälligst zu distanzieren, was auch prompt geschah.

Der Kandidat für den Posten des Regierenden Bürgermeisters, Hanschen Tornapel nannte die Teilnahme und den Aufruf durch sozialdemokratische Gliederungen eine „Schweineerei“. Der SPD-Landesvorstand verurteilte die Demonstration ebenfalls. Die Jusos und die genannten Bezirke hielten jedoch dem Druck von oben stand und verteidigten ihre Teilnahme. Daß bei diesen Manövern dem auf Große Koalition zusteuenden Apell Stimmen von rechts und links verloren gingen, scheint die führenden Spezialdemokraten nicht weiter zu stören.

He/Westberlin



# USA: Weiter geht's wie gehabt!



45% der wahlfähigen US-Amerikaner boykottierten die Wahlen zum Präsidentschaftsamt, zum Kongreß und zum Senat. Mit einem Minderheiten-votum von rund 53 Millionen — das sind ca. 37% der wahlfähigen US-Bürger — bleibt Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten, und der demokratische Gegenkandidat Mondale wird wieder Privatmann.

Noch niemand würde auf die Idee kommen, die Legitimität der Wahl in diesem Land in Zweifel zu ziehen. Die USA sind ja nicht Nicaragua. Mit großem Argwohn wurde der technische Ablauf der Wahlen in Nicaragua beobachtet, hunderte von Journalisten wachten darüber, ob auch nicht ein kleiner Lapsus zu entdecken sei. Und welche ein Aufschrei wäre durch die Weltpresse gegangen, hätten die Sandinisten ein paar Stunden vor Schließung

der Wahllokale ihren Sieg verkündet. In den USA ist dies möglich: Rund 20.000 Menschen wurden von den großen US-Mediengesellschaften aufgeboten, um die Wähler beim Verlassen des Wahllokals zu befragen. Nach dem Namen der Kandidaten, dem sie ihre Stimme gaben, nach ihrem Einkommen, Familienstand, Religion und Gesinnung. Auf der Basis dieser landweiten Erhebung sendeten CBS und NBC das Ergebnis ins Land: Ronald ist der Größte! Aufgrund der Zeitverschiebung in den USA geschah dies, als im Westen die Wahllokale noch Stunden geöffnet waren. Diese Umfragen bildeten auch die Basis der ersten Auswertungen der Wahl. Danach ist die demokratische Partei mit Mondale gescheitert, weil sie nicht in der Lage war, die Schwarzen und Minoritäten an die Wahlen zu bekommen: Rund 9 Millionen Schwarze nahmen an der Wahl teil, das sind höchstens ein Viertel der schwarzen Bevölkerung. Außerdem wählten die Frauen nicht so wie damals im Wahlkampf Carter/Reagan, als die weiblichen Wähler überproportional den demokratischen Kandidaten wählten. Mondale bekam zwar 90% der schwarzen Stimmen, aber nur 40% der amerikanischen Frauen stimmten für ihn und die Kandidatin Ferraro.

Bis auf die Schwarzen und diejenigen, die weniger als 12.500 Dollar im Jahr verdienen, wählten alle Wählergruppen mehrheitlich Reagan: Ob jung oder alt, Studentin oder Arbeiter, verheiratet oder Computerbesitzer. Das sagt einiges über dies Land.

Es ist nicht besonders beruhigend, aber das Spektakel um Reagan wird relativiert durch die Mißerfolge der republikanischen Partei, im Senat und im Kongreß eine Mehrheit zu finden oder auszubauen. Im Repräsentantenhaus besaßen die Demokraten die Mehrheit (266 zu 167 Sitzen). Trotz dieser Mehrheit konnte Reagan zu Beginn seiner Amtszeit mit einer Koalition aus Republikanern und einem Teil der Demokraten das Repräsentantenhaus dominieren. Bei einer Zwischenwahl 1982 verloren die Republikaner jedoch 26 Sitze, und diese Koalition war nicht mehr mehrheitsfähig. Bei dieser Wahl nun gewannen die Republikaner zwar ein paar Sitze hinzu, aber nicht genug, um wieder die alte Mehrheitsverhältnisse im Bündnis mit einem Teil der Demokraten herstellen zu können. Das Repräsentantenhaus bleibt also ein kleiner Klotz am Bein des Präsidenten. Im Senat verlor die republikanische Partei sogar zwei Sitze, behält aber die Mehrheit. U.a. gewann der stockkonservative Senator Helms aus Nord Carolina einen Sitz und ist der Mann mit den besten Aussichten, Sprecher des außenpolitischen Ausschusses des Senats zu werden. Im Dreieck zwischen dem Weißen Haus, dem Pentagon und dem Capitol eine zentrale Position. Wie weit dies ein Schritt hin zu verstärkter blindwüthiger antikommunistischer Außenpolitik der USA ist bleibt abzuwarten. Auch der Reagan der ersten Runde konnte seine Agitation nicht in eine solche aggressiv imperialistische Politik umsetzen, wie es zunächst den Anschein hatte.



Nach der Wahl werden die Wachsfiguren auf aktuellen Stand gebracht.

## CIA in der BRD

# Auf gute Zusammenarbeit

zeitlich bekanntgewordenen Praktiken einzelner Bundesländer gegeben werden. Diese Übersicht schließt direkt an den im ARBEITERKAMPF 249 gegebenen Bericht an.

**Kiel.** Der Reinbeker SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Schulz erfuhr von Innenminister Claussen (CDU), daß der in Schleswig-Holstein wöchentlich erstellte „Lagebericht Staatschutz“ nicht an ausländische Dienste geschickt wird. Empfänger dieses Berichts ist aber u.a. der Militärische Abschirmdienst / MAD in Kiel, der im dortigen NATO-Territorialkommando seinen Sitz hat. In einer Landtagssitzung am 25. September äußerte sich Claussen ausführlich zum Berichtswesen seiner Behörde. Zwar gäbe es keine regelmäßigen Berichte der Politischen Polizei an die erwähnten ausländischen Geheimdienste, sehr wohl aber eine ständige Weitergabe „einzelnefallbezogener Erkenntnisse“ und eine „ständige gegenseitige Unterrichtung über alle wichtigen Vorkommnisse“ im Rahmen der Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem NATO-Territorialkommando AFNORTH in Kiel. Alles einschließlich personenbezogener Daten. Was in Hamburg der Informationsbericht der Abteilung Staatsschutz an regelmäßiger Zuarbeit für die CIA u.a. leistet, gehört im nördlichsten Bundesland zu den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz. Dessen Berichte gehen mehrmals jährlich an die Verbindungsstellen der genannten Geheimdienste und an das NATO-Territorialkommando. Einzelauskünfte an ausländische Dienste werden, so Claussen, nur über das Bundesamt für Verfassungsschutz erteilt, das für auswärtige Belange zuständig sei.

**Bonn.** Bundesinnenminister Zimmermann ließ sich sechs Wochen Zeit mit der Beantwortung der schriftlichen Kleinen Anfrage des MdB J.Reents (Grüne). In der Antwort heißt es lapidar: „Die Bundesregierung gibt über Einzelheiten der Informationsbeziehungen der deutschen Sicherheitsbehörden untereinander und des Informationsaustausches mit ausländischen Sicherheitsbehörden öffentlich keine Auskunft.“ Immerhin erfährt der Leser dieser Antwort etwas über die selbstverständlichen Gepflogenheiten des Berichtswesens in bundesdeutschen Innenbehörden. Solche Berichte seien meist eher abstrakt gehalten, ihre Übermittlung bedürfe eigentlich überhaupt keiner rechtlichen Regelung, die Datenweitergabe befände sich derzeit in einer Prüfung entsprechend dem BVG-Urteil zur Volkszählung vom

Frühjahr. Konkrete Angaben über die ausländischen Empfänger der bundesdeutschen sache- und personenbezogenen Daten verweigerte Zimmermann mit Verweis auf die oben zitierte Antwort.

**Berlin.** In welche Richtung die Sicherung des „informationellen Selbstbestimmungsrechts“ (BVG-Urteil) im Bereich der Inneren Sicherheit gehen soll, verdeutlichte der Westberliner Datenschutzbeauftragte Kerkau. Für ihn gibt es keinerlei Zweifel an der

weitergabe von sache- und personenbezogenen Daten an die im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut genannten Staaten gegeben. Was die Empfänger damit anfangen, ob und an wen sie die erhaltenen Informationen weitergeben, liegt, so Möcklinghoff, allein in ihrem Ermessen. Dieser Ermessensspielraum der Empfänger bekommt besonderes Gewicht in Hinblick auf die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Flüchtlinge. Zwar bestreitet das niedersächsische Innenministerium Daten von Asylwerbern direkt an den Verfolgerstaat



Foto aus alten Tagen: Der damalige CIA-Chef Brzezinski auf Besuch in Bonn

Rechtsmäßigkeit der gegenwärtigen Praxis der Weitergabe personenbezogener Daten. Seine Prüfung der Datensammlung und Weitergabe in dem in Berlin vom Verfassungsschutz gefertigten „Informationsdienst“ — wie auch des in Berlin samt personenbezogenen Daten verwerteten Hamburger „Informationsberichts“ — ergab keine „datenschutzrechtlichen Mängel“.

**Hannover.** Die Landtagsfraktion der Grünen verlangte von Innenminister Möcklinghoff in einer Großen Anfrage Auskunft über die Weitergabe von Staatsschutzinformationen an ausländische Geheimdienste. In der Anfrage nannten die Grünen auch vier Demonstrationen zu ausländischen politischen Fragen in Niedersachsen, und fragten, ob über diese Aktionen Berichte an ausländische Dienste gegeben wurden. „Einzelheiten über die Informationsbeziehungen im politischen Staatsschutz eignen sich nicht für eine öffentliche Erörterung“, schickte Innenminister Möcklinghoff seiner Antwort voran. In Niedersachsen werden von verschiedenen Polizeidienststellen sowohl im Einzelfall wie auch zusammenfassend Berichte samt personenbe-

zogenen Daten an die im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut genannten Staaten gegeben. Was die Empfänger damit anfangen, ob und an wen sie die erhaltenen Informationen weitergeben, liegt, so Möcklinghoff, allein in ihrem Ermessen. Dieser Ermessensspielraum der Empfänger bekommt besonderes Gewicht in Hinblick auf die in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Flüchtlinge. Zwar bestreitet das niedersächsische Innenministerium Daten von Asylwerbern direkt an den Verfolgerstaat

Weitere parlamentarische Anfragen wurden in Bremen und Baden-Württemberg gestellt.

Die rechtlichen Grundlagen der Weitergabe von sache- und personenbezogenen Daten an die CIA und andere ausländische Dienste sind mehr als zweifelhaft. Soweit auf das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut verwiesen wird, bleibt anzumerken, daß darin nur sehr allgemein von „Nachrichten“ die Rede ist. Wenn damit hierzulande ein Freibrief für die Weitergabe jeder Staatsschutzinformation an die Verbündeten abgeleitet wird, bestimmen nicht der Buchstabe der Verträge sondern gemeinsames Interesse und traditionelle Freundschaften die gegenwärtige Praxis. Daß der Bezug auf rechtliche Grundlagen den Verantwortlichen nicht so wichtig ist, drückt das Unisono bundesdeutscher Innenminister und Senatoren aus, das Sammeln und die Weitergabe von Staatsschutzinformationen bedürfe sowieso keiner rechtlichen Regelung. Dies geht einher mit einer interessanten Bestimmung polizeilicher Aufgaben im präventiven Bereich. Unter der Überschrift „Prävention“ oder „Verhütung von Straftaten“ läßt sich letztlich jede Spitzeltätigkeit der Polizei erklären. Im weiteren Vorgehen gegen die Datenweitergabe an die CIA u.a. wäre es unzureichend, das Augenmerk nur auf den Datenschutz zu lenken. Die dahinter sichtbar werdenden Grauzonen polizeilicher Handelns werden auch durch das Herbeiziehen aller möglichen Gesetze und Verordnungen keinen Deut rechtsstaatlicher.

## Aufruf zur Anti-CIA-Arbeit

Der Ex-CIA-Agent Philipp Agge hat sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, die Anti-CIA-Arbeit in der Bundesrepublik aufzunehmen. In seiner Rede auf der Mittelamerika-Solidaritätsdemonstration in Bonn benannte Agge die Ansätze der Hamburger GAL bei der Aufdeckung der Praktiken der Informationsweitergabe als einen ersten Schritt, die CIA-Arbeit in dieser Republik empfindlich zu stören.

## Blick über die Grenzen

Der italienische Künstler Dario Fo erhielt Anfang des Monats, wenige Tage vor der Premiere seines Stöckes „Der zufällige Tod eines Anarchisten“ am New Yorker Broadway doch ein Einreisevisum für die USA. 1980 und 1983 waren ihn und seiner Frau, der Schauspielerin Franca Rame, die Einreise in die USA verweigert worden, weil die beiden sich — laut CIA-Berichten — in Italien an „Spendensammlungen und anderen Aktionen zugunsten von Terroristen beteiligt hatten“... (Times, 1.11.84).



Sie heißen in Hamburg „Informationsberichte“, in Niedersachsen „Einzel- oder zusammenfassende Lageberichte“ und in Berlin „Informationsdienst“. Unterschiedlich sind die Namen und die Verfasser der Berichte an die CIA, nicht der Inhalt. Unter Berufung auf das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, das die Sammlung und den Austausch von „Nachrichten“ zwischen bundesdeutschen Behörden und Geheimdiensten der Staaten bestimmt, die in der BRD Truppen stationiert haben, werden laufend laufend sach- und personenbezogene Daten regelmäßig an US-amerikanische und britische Geheimdienste geliefert.

Zur Erinnerung: Ins Rollen gekommen war die Angelegenheit durch vertrauliche Informationsberichte der Hamburger Politischen Polizei, die im Frühsommer des ARBEITERKAMPF zugespitzt wurden. Sie berichten penibel über verschiedenste Aktionen und Demonstrationen von Gewerkschaften, politischen Organisationen und Initiativen. Diese „Informationsberichte“ werden — wie der damalige Innenminister Pawelczyk präzise beschrieb — samt persönlichen Daten von Anmeldern, Festgenommenen u.a. nicht nur kreuz und quer in der Republik verschickt, sondern auch direkt an die regionalen Verbindungsstellen der CIA, des British Security Services und an die militärischen Geheimdienste der USA und Englands.

Daraufhin gestartete weitere parlamentarische Anfragen stießen auf weniger Offenherzigkeit: Berlins Innenminister Lummer verweigerte die Auskunft mit Hinweis auf die „Verschlussangelegenheit“ und auch in Hamburg wollte man über die ausländischen Empfänger der IB's keine näheren Angaben machen. Im Folgenden soll ein Überblick über die zwischen-



Bericht eines Brigadisten, der bis einschließlich Samstag, dem 10. November, in Managua weilte und die Entwicklung in Nicaragua selbst verfolgen konnte.

Kaum war in Nicaragua das endgültige Ergebnis der Wahlen vom 4. November bekannt, schlug die Freude und Begeisterung der Mehrheit des nicaraguanischen Volkes über diese Festigung der Revolution um in Entsetzen und Angst vor der offenen militärischen Intervention der USA. Konnten die Wahlen selbst entgegen den Erwartungen „normal“, d.h. ohne größere Contingriffe oder sonstige Behinderungen über die Bühne gebracht werden, so steigerten sich die Drohgebärden der imperialistischen Macht aus dem Norden einen Tag nach der Wiederwahl Renguns hin zu offenen Provokationen Nicaraguas.

Am Mittwoch den 7.11.84 drängen US-amerikanische Kriegsschiffe bei der Verfolgung des sowjetischen Frachters „GIKURIANI“ in nicaraguanische Hoheitsgewässer ein und führen bis auf 5 Seemeilen an den Pazifikhafen Corinto heran. Vorausgegangen war eine wochenlange Hetz- und Gerüchtekampagne um die Anlandung der berühmten sowjetischen MIG-Kampfflugzeuge in Nicaragua und die Behauptung einer für die Nachbarn Nicaraguas bedrohlichen Aufrüstung durch die Sandinisten, welche das labile Gleichgewicht in Mittelamerika stören würde.

Nach Angaben des nicaraguanischen Verteidigungsministeriums hatte zumindest eine der US-Fregatten „Piranha“ Schnellboote vor der Küste Corintos zu Wasser gelassen — die



## „Managua in den Sarg der Invasoren verwandeln“

(Commandante Jaime Wheelock am 8.11.84 in Managua)

Jahrestag der Gründung der FSLN und zum 8. Jahrestag des Todes des FSLN-Mitbegründers Comandante Carlos Fonseca statt. Aufmarschiert waren u.a. 20.000 Studenten und Jugendliche, die in den BEP („Batallones Estudiantiles de Produccion“), den studentischen Produktionsbataillonen zusammengefaßt waren. Sie sollten mit der Begehung dieser Jahrestage gleichzeitig feierlich in die Kaffeernte verabschiedet werden. Der Minister für Agrarreform und Mitglied der Nationalen Direktion der FSLN, Comandante Jaime Wheelock, hielt die zentrale Rede und gab die Entscheidung der Nationalen Direktion der FSLN bekannt, daß die 20.000 Studenten vorläufig nicht in die Kaffeernte geschickt werden, sondern auch auf die militärische Verteidigung des Herzens des Vaterlandes, d.h. die Verteidigung Managuas, vorzubereiten haben.

Jaime Wheelock führte u.a. aus: „Und das erste, was wir verteidigen müssen und das letzte, was wir aufgeben dürfen, ist das Zentrum von Nicaragua, konkret Managua.“ ... „In der Tat, 20.000 Jugendliche, organisiert in Bataillonen sind eine ausgezeichnete Kraft für jegliche Verteidigung. Schließlich faßten wir die Entscheidung, daß es vorzuziehen ist, daß uns

land werden wir alle unsere Kraft in der Verteidigung zusammenballen. Für das stolze Vaterland verteidigen wir die Hauptstadt, werden wir die Invasoren und diejenigen, die den Krieg wollen zurückwerfen.“ ...

„Wir sind die Träger des Ölstroms des Friedens, aber wir haben auch in der rechten Hand das Gewehr des Krieges, und über allem die Fähigkeit zur Liebe zu unserem Vaterland ... Freies Vaterland oder sterben („Patria libre o morir“) heißt die Parole.“ (Jaime Wheelock am 8.11.84 in Managua — übersetzt nach einem Tonbandmitschnitt).

Diese dramatischen und für unsere Ohren etwas ungewöhnlichen pathetischen Worte drücken tatsächlich den Ernst der Lage in Nicaragua aus. Noch nie in dem Jahr nach der Grenada-Invasion der USA war die Gefahr einer Intervention in Nicaragua so groß wie jetzt. Die Entscheidung, die studentischen Produktionsbataillone nicht in die Kaffeernte zu schicken, macht auch deutlich, daß die FSLN in diesen Stunden und Tagen mit einem Angriff rechnete. Der Kaffee als Hauptdevisenquelle für das verschuldete Nicaragua

muß schnellstmöglich eingebracht werden (es sollen heuer etwa 130 Mio. US-Dollar durch den Kaffeexport eingenommen werden). Jeder Tag Verzögerung in der Ernte bedeutet einen beträchtlichen Verlust, der für Nicaragua mit nichts auszugleichen ist. Ohnehin ist auf jeden Fall mit weiteren Contingriffen bei der Kaffeernte zu rechnen. In den Tagen nach dieser entscheidenden Rede wurden die studentischen Produktionsbataillone bewaffnet, im Eilverfahren und im Schneeballsystem zusätzlich militärisch ausgebildet. Ein Teil von ihnen ist mittlerweile jedoch dennoch in der Kaffeernte eingesetzt.

In ganz Nicaragua wurden die Massenorganisationen, der Zivilschutz und die sandinistische Volkspolizei voll mobilisiert, die Verteidigungsanstrengungen liefen innerhalb kürzester Zeit auf Hochtour. Die Schutzengräben und Luftschutzgräben, die bereits letztes Jahr angefertigt wurden, schnellstens reaktiviert, neue Luftschutzgräben angelegt. An den strategischen Punkten von Managua wurden Panzer auf. Die Vorbereitungen gegen eine mögliche Intervention wurden auf na-

tionaler Ebene getroffen.

Insgesamt wurden die gesamten Streitkräfte in Nicaragua mobilisiert: Mobilisierung für das sandinistische Volksheer (EPS, „Ejército Popular Sandinista“), mit ca. 40.000 Menschen, Mobilisierung für die Reservisten, und für die sandinistischen Volksmilizen (MPs, „Milicias Populares Sandinistas“) — die Zahl der Bewaffneten in Nicaragua wird mit ca. 300.000 Menschen angegeben. Sicherlich kein leichter Gang für den US-Imperialismus, Nicaragua zu Fall zu bringen. Trotz der konkreten Interventionsgefahr war dennoch in Managua kaum Panik spürbar — eher eine entschlossene Bereitschaft der überproportionalen Mehrheit der Bevölkerung, sich an den Vorbereitungen zur Verteidigung zu beteiligen.

### Entspannung?

Mittlerweile wird von einer gewissen „Entspannung“ berichtet (v.a. von der bundesdeutschen bürgerlichen Presse), aber mensch sollte sich davon nicht täuschen lassen, die Gefahr und die klare Option des US-Imperialismus, im gegebenen Fall in Nicaragua zu intervenieren, bleibt. Denkbar ist auch eine schrittweise Eskalierung des US-Terrors gegen Nicaragua, wie bspw. eine noch weitergehende Wirtschaftsblockade, eine See- oder Luftblockade. Denkbar sind auch kleinere militärische Aktionen unterhalb einer Interventionschwelle. Die gerade wieder angelaufenen Mittelamerikamärchen der USA und ihrer verbündeten Regimes in Mittelamerika böten hierzu eine mögliche Ausgangslage. Die Grenzen zwischen Manöver und Krieg sind bekanntlich fließend.

Was ebenfalls bleibt, ist der laufende Krieg der (US-)Contra, die sich im Inneren Nicaraguas festgesetzt hat. Die Hinterhalte, Entführungen, Überfälle auf militärische, zivile und v.a. ökonomische Ziele konnten auch in den letzten Monaten nicht verhindert werden, trotz einiger wesentlicher Erfolge der Sandinisten diesbezüglich. 6.000 bis 10.000 Contras haben sich im letzten festgesetzt und konnten 7 Jahre Aktionsgeheimnis in den letzten Monaten ausweiten — ihre Überfälle werden zunehmend unberechenbarer und brutaler. Deshalb ist es sehr wichtig, nicht auf die offene US-Intervention wie das Kaninchen auf die Schlinge zu starren, sondern breite Aktivitäten zur Verhinderung des laufenden Terrors und zur Abwehr weitergehender US-Aktionen zu entwickeln.

Imperialismuskommision  
KB-Gruppe Nürnberg

### Luftstreitkräfte in Zentralamerika Daten für 1984

	Kampf- flugz.	Kampf- hubschrb.
El Salvador	50	0
Guatemala	16	0
Honduras	30	0
Nicaragua	12	0

Quelle: International Institute for Strategic Studies, aus: New York Times, 8.11.84. — In diesem Zahlen sind die 4 Hubschrauber, die Nicaragua Anfang November erhielt, nicht erfaßt.

„Wir haben die Mission, zu verteidigen, was wir geerbt haben und wir werden es verteidigen. Die Entscheidung ist hart, nach dem Jubel von euch allen, die ihr bereits bereit wart, mit euren Kleidern, euren Rucksäcken, eurer Entscheidung, dem Vaterland und dem Volk und der Revolution in diesem Schutzengraben (gemeint ist die Kaffeernte — Anm. d. Verf.) zu dienen. Aber ihr dürft vollkommen sicher sein, daß jetzt hier der Schutzengraben ist, den wir in eine Bastion verwandeln werden und den wir in einen Sarg für unsere Invasoren verwandeln werden“ (heftiger Applaus und Parolen).

„Von heute an beginnen die konkreten Pläne der Organisation der Verteidigung und in den folgenden Tagen wird jeder Jugendliche und das ganze Volk von Managua ein Gewehr zur Verteidigung des Vaterlands bekommen“ (Parolen: „Poder Popular“ — „Volksmacht“, „no pasaran“, „aquí, allá, el yanque morirá“ — „Hier, dort, der Yankee wird sterben“, „un solo ejército“ ...).

„Wir werden in der Verteidigung stehen, wir werden in der Produktion stehen, wir werden gestärkt daraus hervorgehen, wir werden bessere Revolutionäre sein, wir werden tatsächlich bessere Nachfolger der FSLN, Söhne Sandinos, Söhne und Brüder von Carlos Fonseca sein. Für das freie Vater-

Als der Flick-Manager Paeßen im Mai vor dem Flick-Untersuchungsausschuß aussagte, daß auch vier Millionen DM an die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ (FES) der SPD gezahlt worden seien, und daß bei den Kontakten mit SPD-Schatzmeister Nau auch zahlreiche Gespräche über „Probleme der iberischen Halbinsel“ besprochen wurden, war das Echo gering. Nau habe, so Paeßen, bestätigt, daß die FES in Spanien und Portugal äußerst aktiv sei, und er in ständigem Kontakt mit Gonzalez und Soares stünde, um „die demokratischen Prozesse in diesen Ländern zu fördern“. Bei diesen Gesprächen kam die Anregung, Geld zu spenden, um „die demokratischen Verhältnisse in diesen Ländern zu stabilisieren“, da „diese Länder völlig zur anderen Seite hätten umkippen können“. Erst die Äußerung des SPD-Untersuchers Struck auf einer sozialdemokratischen Juristen-Tagung, Wuchnewski sei mit einem Koffer voller Geld zu Gonzalez (dem heutigen spanischen Ministerpräsidenten) gefahren, machte die spanische Presse hellhörig.

Die Opposition beantragte einen Untersuchungsausschuß, und es kam zu einer Befragung von Gonzalez vor dem spanischen Parlament. Hier schwor Gonzalez regelrecht, daß die PSOE weder von der FES, noch von Flick oder der SPD einen Pfennig bekommen habe. Unter Franco habe es zwar zahlreiche Spenden von verschiedenen sozialdemokratischen Parteien aus Europa gegeben, aber nach dem Ende der Diktatur, 1977, sei es zu keinerlei Zahlungen mehr gekommen. Als in der Parlamentarbefragung von der rechten Opposition aus einer Schweizer Zeitschrift zitiert wurde, die die Vermutung angestellt hatte, daß die Zahlungen von Flick im Zusammenhang mit den Plänen der Regierung gestanden hätten, „Leopard“ Panzer (Hersteller Krauss-Maffei-Flick) zu

kaufen, tat Gonzalez dies als schiere Provokation ab, auf die er nicht hereinfalle.

Willy Brandt legte parallel zu den Auseinandersetzungen im spanischen Parlament von Bonn aus „seine Hand ins Feuer“, daß kein Geld von Flick an die PSOE gegangen sei.

Sieht man sich die Aktivitäten der FES in Spanien und Portugal an, erscheinen all diese beschwörenden Worte kaum glaubwürdig.

Die FES, die im wesentlichen aus Sievergeldern finanziert wird, hat ein jährliches Budget von ca. 130 Mio. DM. Für 1980 konnte die spanische Tageszeitung „El País“ einige Fakten über Ausgaben der FES in Spanien in Erfahrung bringen. Unter dem Oberbegriff der Förderung von sozialpolitischer Bildung in Entwicklungsländern wurden insgesamt 65 Mio. DM ausgegeben, davon 7,3 Mio. für Projekte in Spanien. Zum Vergleich gab die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNP) mit einem Gesamt-Etat von 32 Mio. DM eine Million in Spanien aus, und die Hanna-Seidel-Stiftung (CSU) mit einem Gesamtetat von 24 Mio. DM unterstützte die Putschabsichten der spanischen Rechten mit 2,4 Mio.

Die FES hatte 1980 noch ein Projekt über 300.000 DM mit dem Titel „Programm zur sozialpolitischen Forschung“ mit Sitz in Madrid und ein anderes Programm mit dem Titel „Programm zur sozialpolitischen Bildung einer Partei und Gewerkschaft“ mit Sitz in Madrid für 6,3 Mio. DM.

Der Generalsekretär der spanischen sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT, erklärte dazu, daß die UGT mehrfach Gelder von der FES bekommen habe, die für Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsführungen und Kongresse verwendet worden seien. „Ob die FES Geld von Flick bekommen hat, ist deren Problem, aber nicht unser“.

Darüberhinaus sind die Aktivitäten

## Flick-Gelder über SPD und SI nach Spanien?

der FES in Spanien aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt in der Diskussion.

In den letzten sieben Jahren hat die FES in Spanien 25 Seminare abgehalten, in denen Kapitalistenverbände und Gewerkschaften an einen Tisch gebracht wurden. Das erste fand im Februar 1978 unter dem schönen Titel „Unternehmen und Gewerkschaft im sozialen Rechtsstaat“ statt. Diese Seminare waren offenbar derartig erfolgreich, daß dem Direktor der spanischen Sektion der FES, Dieter Konietzki, vom spanischen König das zivile Verdienstkreuz verliehen wurde. Dies geschah aufgrund seiner Verdienste „als Förderer der spanisch-deutschen Beziehungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften“.

Im Oktober dieses Jahres wurde in Spanien ein Sozialpakt zwischen der UGT und dem spanischen Kapitalistenverband geschlossen. Wie der Spiegel schrieb, geht dieses im wesentlichen auf die Tätigkeit von Konietzki zurück, eine Tatsache, die in Spanien von allen Beteiligten auf das heftigste dementiert wurde. Die Dementies bezogen sich aber nur auf die Unterzeichnung des Sozialpaktes, nicht auf sein Zustandekommen.

Es ist offensichtlich, daß u.a. die massive Förderung für die Spanischen Sozialdemokraten in den letzten Jahren den Einfluß der linken Comisiones Obreras beständig zugunsten der UGT zurückgedrängt hat.

Paeßen stellte in seiner Vernehmung vor dem Flick-Ausschuß auch bekräftigt fest, daß das Geld gut angelegt sei, „denn es habe sich ja einiges geändert in den letzten Jahren auf der iberischen Halbinsel“.

(Alle Informationen aus: „El País“, 1.11.-16.11.84).

gleichen Schnellboote, mit denen der CIA Anfang des Jahres die Verminung der Häfen Nicaraguas durchgeführt hatte (Barricada 9.11.84). Fast zeitgleich mit der Aktion in Corinto wurden die Luftraumverletzungen durch US-Spionageflugzeuge SR 71 („Pajaro Negro“ — „Schwarzer Vogel“) bis zum folgenden täglichen Psychoterror gegen die Bevölkerung Nicaraguas gesteigert. Jeden Morgen zwischen 8.00 und 10.00 Uhr fliegen Flugzeuge dieses Typs in ca. 10 bis 20-minütigen Flügen und mit wechselnden Routen quer über Nicaragua, in der Nähe der Hauptstadt wurde meist mit lautem Knall die Schallmauer durchbrochen, Fenster oder leichtere Häuser erschütterten. Neben tatsächlichen Spionageaufgaben dürfte der Hauptzweck in der Einschüchterung der Bevölkerung und der Provokierung der Wachmannschaften bestanden haben.

Diese Provokationen und die Ankündigung der US-Regierung, eine Anlandung der MIG-Kampfflugzeuge sofort mit Gewalt zu verhindern, führte dazu, daß die Regierung in Managua über Rundfunk am 7.11.84 den Alarmzustand ausrief und die Bevölkerung auf eine möglicherweise bevorstehende offene US-Intervention vorbereitete. Es wurde jederzeit mit der Landung von US-Truppen und einem möglichen Luftangriff gerechnet. Gleichzeitig wurde ein Komunique herausgegeben, in welchem die Behauptung, Nicaragua würde MIG-Kampfflugzeuge anlanden, dementiert wurde. Dennoch wurde auf dem souveränen Recht bestanden, sich notfalls auch mit diesen Waffen zu verteidigen. Wie inzwischen bekanntgegeben wurde, hat Nicaragua von der Sowjetunion Kampfhubschrauber für den Einsatz gegen die Contra erhalten.

In diesen dramatischen Tagen in Nicaragua fand am 8.11.84 auf dem Platz der Revolution in Managua eine Ge-



# Krieg und Leichen

## Aus der Geschichte des Hauses Flick

„Krieg und Leichen sind Profit der Reichen“ — wohl bei kaum einem anderen westdeutschen Industriellen bewahrheitet sich dieser Satz so wie bei Friedrich Flick, dem „Gründer“ des Hauses Flick.

Vom nahezu mittellosen — und das heißt kapitallosen — kaufmännischen Angestellten eines mittleren Stahlunternehmens sich emporarbeiten zu einem der reichsten — und das heißt immer auch mächtigsten — Männer der kapitalistischen Welt, dazu gehört schon einiges an kaufmännischem und politischem Geschick. Insbesondere aber — und dafür steht der „alte Fritz“, wie er sich gerne nennen ließ, genauso wie der heutige Friedrich Karl Flick — gehört dazu die rücksichtslose Bereitschaft, die Bevölkerung auszuplündern, aus Krieg und Elend hemmungslos Profit zu ziehen, und seine Bündnispartner in Staat und Wirtschaft immer dann zu verraten, wenn es dem eigenen Vorteil dienlich ist.

machten ihn in dieser kurzen Zeit zum entscheidenden Aktionär der Charlottenhütte (20% Beteiligung bei 80% Streubesitz). Den eigentlichen Coup mit der Charlottenhütte aber landete Friedrich Flick bei Kriegsende. Wie alle Kapitalisten hatte er einen Teil des Gewinns aus der Rüstungsproduktion in Kriegsanleihen angelegt. Einen weiteren, nicht unerheblichen Teil hatte er in Altmetallen gelagert. Nur zwei Tage vor der deutschen Kapitulation gelang es ihm, seine ganzen, eigentlich schon wertlosen Kriegsanleihen abzustößen und in Bargeld zu verwandeln (Kriegsanleihen sind Staatsschulden, die nach einem eventuellen Sieg eingelöst werden können, und damit war es 1918 natürlich vorbei).

Nicht nur, daß Flicks Charlottenhütte nach Kriegsende mit ausreichend Kapital und — fast noch wichtiger — Rohstoffen ausgestattet war; mit den Gewinnen aus der Kriegsproduktion hatte Flick seinen Anteil an der Charlottenhütte auf über 50% gesteigert, sich einen mittleren Konzern im Siegerland zusammengekauft und erste Erwerbungen in der schlesischen Bergwerksindustrie getätigt.

### Inflationsgewinne

Kriegsgewinnler Flick, nun mit solidem, aber gemessen an den Ruhrbaronen eher bescheidenem Kapital ausge-

statten, hatte Flick demütigste Verkaufsbotschaften, sah sich gedrängt — ein Angebot der Reichsregierung, etwas unter dem angeblichen französischen Angebot, brachte ihm 90 Millionen Mark ein (anstatt etwa 20) ... Es ist bezeichnend für die bundesrepublikanische politische Kultur, wenn angesichts des Milliardenbetrags (Daimler-Benz) an Flicks Nachfolger in der Presse völlig jene kritischen Kommentare fehlen, wie sie in der Weimarer Republik auch von eher konservativen Journalisten geäußert wurden: „Die einzig mögliche Antwort wäre gewesen, daß die Reichsregierung den Schachtelkonzern Charlottenhütte-Gelsenberg-Phoenix-AG für Bergbau Vereinigte Stahlwerke umgehend verstaatlicht hätte. Flick und die anderen Aktionäre hätten allenfalls eine langfristige Abfindung durch Staatsobligationen auf der Basis des Börsenkurses erhalten können, der bei „Gelsenberg“ im Februar um zwanzig Prozent lag. Darüber hinaus hätte der vorliegende Tatbestand Anlaß genug geboten, Herrn Flick als Schädiger der Interessen des Deutschen Reiches zu enteignen ...“

Dazu kam es jedoch auch damals nicht: Die Interessen des Hauses Flick und die des faschistischen Staates sollten schon sehr bald derart harmonisieren, daß die Frage nach Ruß und Reiter durchaus gestellt werden darf.

### Flick und die Nazis: Der ganz große Reibach

In der BRD später ging Friedrich Flick gern mit der Geschichte von jenen 1,5 Millionen Spenden an nicht-faschistische Parteien am Ende der Weimarer Republik hausieren, um sich vom Verdacht, Nazi (gewesen) zu sein, reinzuwaschen. Wie er Brüning, Papen und Schleicher unterstützte, ließ er — wie alle Großkapitalisten — schon vor 1933 auch der NSDAP einiges einnehmen. Und sein Mitarbeiter **Ono Steinbrück** hielt schon lange vor 1933 engste Verbindungen zu den Kreisen faschistischer Industrieller der ersten Stunde um Thyssen.

Ein Mann wie Flick hat eben immer viele Eisen im Feuer. Am Ende des Faschismus war er nicht nur größter Rüstungsproduzent des faschistischen Deutschland, sondern hatte auch schon blendend für die Zeit „danach“ Vorsorge getroffen. Auf der Höhe seiner Macht ging Flick bei Göring ein und aus, hatte mit Görings Hilfe die Rombacher Stahlwerke in Lothringen sich einverleibt, hatte den **General Walter Witting** zu einem 1.000-Mark-Nebenjob verholten, um über Rohstoffquellen in den besetzten sowjetischen Gebieten informiert zu sein.

Auch wenn der Petschek-Konzern schon zu Flick gehörte, als ein anderer, späterer Flick-Favorit die politische Bühne betrat, so ist es doch mehr als nur wahrscheinlich, daß die ersten Berührungen schon damals stattgefunden haben: Gemeint ist **Hanns Martin Schleyer**, SS-Offizier und seit 1941 Leiter des Präsidialbüros der deutschen Industrie für Böhmen und Mähren, wo er fleißig die Ausrüstungsgeschäfte mitbetriebe. Seine damaligen politischen Freunde vergaß er auch zu BRD-Zeiten nicht (so u.a. den ehemaligen Pegulan-Besitzer Ries, der sich bis in die 70er Jahre diesen auf geraubtem Vermögen beruhenden Besitz mit Sirau-Ehefrau Marianne teilte).

Ungefähr 1944 hatte das Flicksche Imperium im Faschismus seine größte Ausdehnung erreicht. 40.000 Stahlwerker schufteten für ihn (Telford Taylor, einer der Ankläger in den Nürnberger Prozessen, berichtet sogar von einer „Besichtigung“ des KZ-Auschwitz durch Flick zusammen mit NS-Größen. Für Leute wie Flick war die Niederlage des Faschismus längst absehbar. Ebenso wie andere Großkapitalisten traf er spätestens ab 1943 seine Vorbereitungen: Er begann seine Vermögenswerte in die westlichen Teile Deutschlands zu verlagern, benannte für die (ihm längst bekannten) späteren Besatzungszonen seine Treuhänder, teilte sein Imperium auf und bereite mit zwei Bevollmächtigten die „Zeit danach“ vor. Diese Bevollmächtigten waren sein Vetter und erster Mann im Konzern, **Konrad Kaletsch**, dessen Kürzel „Ka.“ auch jetzt wieder die Schlagzeilen der aktuellen Flick-Enttrollungen ziert und **Willy Schleyer**, der später als Hamburger Reeder und Werftbesitzer durch konkurrierende Konzerne in die Pleite manövriert wurde. Auch die ehemaligen Besitzer des für die lächerliche Summe von 6,5 Millionen Dollar „arisierten“ **Julius-**



**Petschek-Konzerns** hatten Platz in Flicks Plänen für die Zukunft: Über **Hermann Josef Abs**, dem späteren Chef der Deutschen Bank und neben Flick schon damals einer der einflussreichsten Finanzkapitalisten, knüpfte Flick Kontakte nach New York — verbunden mit dem Angebot, zu gegebener Zeit nochmals über den damaligen Kaufpreis zu verhandeln.

### Ungebrochen im alten Geist

### Ungebrochen im alten Geist

Als einer der ersten Kapitalisten wurde Friedrich Flick in den Nürnberger Prozessen 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt, als einer der ersten wurde er 1950 wieder freigelassen. Der außerhalb der BRD gelegene Teil seines Besitzes war enteignet worden, doch war hierzulande genug übriggeblieben. Im Gefängnis hatte Flick, offiziell zum Kartoffelschälen und Schuhe bescholen eingeteilt, mit seinen Vertrauten längst wieder Vorstandssitzungen abgehalten und Pläne geschmiedet, die nach der Währungsreform in die Tat umgesetzt wurden: Gemäß den Entflechtungsbestimmungen trennte er sich als erstes von seinen Kohlebetrieben (Harpen und Steinkohlebergwerks-AG). Mit den dadurch freigewordenen annähernd 250 Millionen DM kaufte er sich in Zukunftsinvestitionen ein: Chemie, Automobile und Rüstung.

Tatkräftig zur Seite stand ihm damals ein Mann, der spätestens als Mitinsasse im Kriegsverbrechergesängnis von Landsberg Flicks Bekanntschaft gemacht hatte: **Otto Ambros**. Eben dieser Otto Ambros war derjenige unter den Direktoren der IG Farben gewesen, der die längste Haftstrafe bekommen hatte (auch er wurde 1951 freigelassen). Er war technischer Direktor im Vorstand der IG Farben, bis 1942 Betriebsführer in Auschwitz-Monowitz (Buna-Werk), Leiter des Sonderausschusses C (Chemische Kriegsführung) und wurde nun Berater von Flick, der sich für die chemische Industrie interessierte. Gleichzeitig wurde Ambros zum „Consultant“ beim amerikanischen GRACE-Konzern, der ebenfalls in die Chemie einstieg.

Und noch einer der alten IG-Farben-Direktoren stieß zu Flick: **Wilhelm Biedenkopf** (Vater von CDU-Biedenkopf) kam in den Vor- und von Dynamit Nobel, ein Untertanen, den Flick sehr bald mehrheitlich und heute zu 98% beherrscht und das eines der ganz großen Rüstungsunternehmen ist. Daimler-Benz, Buderus, Dynamit Nobel und Felimühle, das waren bis zu seinem Tod die Standbeine des Flick-Konzerns. In einer Studie über die 50 umsatzstärksten Konzerne der BRD im Jahr 1972 kam das Institut für Internationale Wirtschaft und Politik (DDR)

zu dem Ergebnis, daß damals die Flick-Gruppe mit über 18 Milliarden DM Jahresumsatz (einschließlich Daimler-Benz) die drittgrößte Kapital-Zusammenballung der BRD war. Das Flicksche Privatvermögen für 1970 wurde auf 2,3 Milliarden DM geschätzt. Allein die Firmen Krauss-Maffei, Dynamit-Nobel und Daimler-Benz (Flick hat hier immer noch 10% Anteile) produzieren mit über 1,5 Milliarden DM etwa 10% des gesamten Rüstungsbedarfs der BRD. Auch wenn zur Zeit Gerüchte kursieren, Flick wolle mit Krauss-Maffei den größten Teil seines Rüstungskapitals verkaufen, so ist es doch offensichtlich, daß sein Wiederaufstieg in der BRD untrennbar verbunden ist mit der Wiegelaufstufung.

Im neuen Staat hatte Flick sofort wieder „seine Leute“, die an entscheidenden Stellen saßen:

— **Odilo Burkart**, gemeinsam mit Flick angeklagt, aber freigesprochen, gehörte ebenso wie

— **Robert Tillmanns**, Flicks ehemaliger Privatsekretär, zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Tillmanns war Berliner CDU-Chef und Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands, 1953-55 Bundesminister für besondere Aufgaben.

— **Robert Pferdmeiges**, der Kölner Bankier und engster Berater Adenauers, verwaltete in diesen für Flick so schweren Zeiten, dessen Aktienbesitz.

Ob es an diesen Kontakten lag, daß aus den Plänen, den Flick-Konzern zu liquidieren, nichts wurde, liegt noch im Dunkeln; es scheint, daß entsprechende Pläne nach Bedenken der Adenauerregierung nie weiter verfolgt wurden.

Anfang der 60er Jahre holte Flick sich frische Kräfte in seinen Konzern:

— **Wolfgang Pöhl**, CDU-Bundestagsabgeordneter (später CSU), CSU-Schatzmeister und Mitglied in dem Haushaltsausschuß, in dem über Rüstungsfragen verhandelt wurde. Pöhl gehörte schon in Nürnberg zu den Verteidigern von Flick.

— **Otto A. Friedrichs**, Vizepräsident des BDI und BDA.

— **Eberhard von Brauchitsch**, dessen Karriere (er sollte nach Pöhl, Friedrichs und Schleyer als vierter Flick-Mann dem BDI präsidierten) vorerst beendet zu sein scheint.

Mensch sollte aufpassen, daß die eigentliche politische Frage der sogenannten Flick- und Parteispenderaffäre nicht durch eine allgemeine Diskussion um gläserne Tauschen und Parteifinanzien auf eine relativ ungefährliche Ebene heruntergezogen wird. Die wesentliche Frage ist die nach der Macht in diesem Staat. Und da ist Beziehung nur eines der Mittel, die von Konzernen vom Schlage Flick einsetzbar und

Wolfgang Pöhles Wort zur Lage (Flick-Gesellschafter und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter)

„Flick braucht keinen Mann in der Politik. Unternehmen dieser Größenordnung können 250 Abgeordnete ansprechen. Sie brauchen nicht den Luxus eines eigenen Abgeordneten.“

### Der 1. Weltkrieg Ein Konzern entsteht

Nach einigen Jahren Lehrzeit bei der Bremer Hütte in Greifswald wechselte Friedrich Flick (geb. 10.7.1883) 1913 in den Vorstand der Eisenindustrie zu Menden und Schwerte. Dort — seiner Klasse gemäß „uk“ gestellt — hatte er den Krieg an der Heimatfront zu führen. Und hier hat sich Friedrich Flick offenbar hervorragend bewährt, denn nach nur drei Jahren holte ihn die wesentlich größere Charlottenhütte in Niederscheidungen erst in den Vorstand und machte ihn 1917 zum Generaldirektor.

Wie alle Hütten, so verdiente sich auch diese dumm und dursig an der Kriegsproduktion; Friedrich Flick steckte einen Teil der Beute für sich ein. Tantilemen, seine statliche Mitgift und riskante Kreditmachenschaften

stammte, legte nach dem 1. Weltkrieg erst richtig los. Während infolge des verlorenen Krieges und der gescheiterten Revolution die Bevölkerung hungerte, während die Inflation Millionen Menschen ins Elend stürzte, sanierte sich Flick: getreu der Devise „Kaufe jetzt, zahle später“ plünderte er ganze Industriezweige, sammelte an Sachwerten, was zu kriegen war und zahlte in Inflationsgeld, das schon wenige Tage später nichts mehr wert war.

Industriezweige, sanierte an Sachwerten, was zu kriegen war und zahlte in Inflationsgeld, das schon wenige Tage später nichts mehr wert war.

Nach der Inflation war Flick nicht mehr nur mehrfacher Millionär wie nach dem 1. Weltkrieg, sein Vermögen ging jetzt in die hunderte von Millionen Mark. Nun gehörte er zu den Mächtigen in Deutschland, zu den Stinnes, Krupp, Thyssen, Wolff und Konsorten — ohne ihn lief nichts mehr in der deutschen Kohle- und Stahlindustrie.

### Krisengewinne

Doch die Blüte des Flickschen Imperiums schien in der Krise 1923/26 gefährdet. Stahl- und Kohle-Industrie gerieten in ihre Dauerkrise, die mit Ausnahme des 2. Weltkrieges und weniger Phasen der Prosperität für den Imperialismus chronisch wurde. Die Ruhrbarone schlossen sich in Notgemeinschaften zusammen, im „Stahlverein“ wurden Flick immerhin 20% des Kapitals zugestanden. In aller Stille begann nun Flick, diese Beteiligung am Stahlverein aufzulösen, um sich ebenfalls in aller Stille dafür Aktien der Gelsenberg AG zu besorgen. Eben diese Gelsenberg AG war der wichtigste Kohleproduzent und hatte deshalb 31% der Anteile am Stahlverein. Mit nur 20% der Stahlvereins-Aktien kaufte Flick die Mehrheit der Gelsenberg und hatte damit das Sagen im größten Montankonzern der Weimarer Republik (40% der Stahl- und 30% der Steinkohleförderung waren hier in Flicks Hand konzentriert).

Doch gehörte der Stahlverein noch nicht Flick als Privatmann. Diese wirtschaftspolitische Macht umzumünzen in Besitz, mit dem dann wieder neue Geschäfte zu machen sind, diese Aufgabe stand noch vor ihm und er löste sie in einer Art und Weise, die dem heutigen Friedrich Karl Flick als Vorbild gedient haben muß: In der Weltwirtschaftskrise, als große Teile des Kapitals ins bodenlose entwertet wurden, sank auch der Wert der Aktien der Gelsenberg AG und damit der Wert des Flickschen Vermögens. Zuletzt stand der Kurs bei 20% des Nominalwerts. Da tauchten in der Presse Meldungen auf, denen zufolge diverse Interessenten, u.a. die französische Credit Lyonnais, bis zum fünffachen des Kurswertes für das Flick-Paket ge-

(Fortsetzung von Seite 1)

Mehr als Augenwischerei ist der Parteienkoalition aus CDU/CSU/SPD/FDP zur „Staatskrise“ bisher nicht eingefallen. Also diskutiert man über den „gläsernen Abgeordneten“ oder mehr „Transparenz“ bei der Parteienfinanzierung. Als ginge es um die Hygiene, als ließe sich mit Wasser, Seife und Parfüm der durch die Enthüllungen hochgespülte Gestank beseitigen. Der Schaden für die Parteien mag groß sein, der Schaden für das System ist allemal geringer, bleibt der Glaube in die parlamentarische Demokratie und ihre Fähigkeit zur „Selbstheilung“ erhalten. Gemeinerweise ist die Wahrheit aber klassisch, dogmatisch, geradezu abgedroschen: die wirkliche Macht in diesem Staat sitzt in den Zentralen des Kapitals, den Banken und Konzernen, wovon Flick nur ein Teil ist.

Die ungebrochene Tradition des Hauses Flick, dieser Kapitalist vom Typus Faschist, wenn Faschismus angesagt ist, Demokrat, wenn Demokratie angesagt ist, der Zentrum, NSDAP, CDU/CSU, FDP und SPD zu finanzieren verstand, wenn es sich als zweckmäßig erweist; der sein Geld auf dem Rücken plumpstierter Arbeiter der Weimarer Zeit, vom Tode gekennzeichneten Arbeitssklaven in der Nazi-Zeit und montanmitbestimmter Arbeiternehmer in BRD-Zeiten verdient; der immer dabei ist, wenn es mit Krieg und Rüstung Geschäfte zu machen gilt; diese Tradition ist auch ein Stück BRD-Geschichte.





# »Vernichtung durch Arbeit«

Flick fühlt sich „politisch und moralisch“ nicht schuldig

# »Vernichtung durch Arbeit«

Flick fühlt sich „politisch und moralisch“ nicht schuldig

Ein Geheimnis wird wohl für immer bleiben, in welchem Umfang die deutsche Industrie während des Faschismus von der „Vernichtung durch Arbeit“ profitierte. „Vernichtung durch Arbeit“ — das war der zynische Begriff der Nazis dafür, daß ein Teil der Kriegsgefangenen und KZ-Insassen vor ihrer physischen Liquidierung noch zu Sklavenarbeit gezwungen wurde.

Vor Kriegsende gab es etwa zehn Millionen auf deutschem Boden beschäftigte Ausländer. Etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben oder „verschwanden“ hier. Die 1977 veröffentlichte Liste weist 1.634 Zwangsarbeitslager aus. Allein Ende 1944 ließ die SS, die die Oberaufsicht über die Konzentrationslager innehatte, mehr als eine halbe Million Häftlinge an hunderte von deutschen Firmen aus.

Anfang 1945 lebten in den Konzentrationslagern noch etwa 600.000 Menschen, von denen 250.000 in der Privatindustrie arbeiteten.

Nach vorsichtigen Schätzungen waren die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitsklaven so hart, daß jeweils ungefähr ein Viertel von ihnen innerhalb eines Monats „ersetzt“ werden mußte.

„Das Programm „Vernichtung durch Arbeit“ wurde von den Nazis im Zusammenhang mit der Endlösung realisiert. Ende 1941/Anfang 1942 gab es in Deutschland einen immer größeren Arbeitskräftemangel, wodurch insbesondere der Nachschub für die faschistischen Armeen gefährdet wurde. So kam es dazu, daß parallel zur planmä-

Juden die kräftigsten unter den Häftlingen zur Arbeit gezwungen wurden, bevor sie dann entweder von der Arbeit erschöpft umkamen oder wegen zu geringer Arbeitsleistung „ins Gas geschickt wurden“. Der wohl berühmteste Einsatzort für diese Arbeitsklaven war das Buna-Werk der IG Farben in Auschwitz-Monowitz, das etwa drei Jahre lang in Betrieb war. Der Gesamtkomplex des KZ Auschwitz wurde von

# sind Profit der Reichen

herangewachsen war; dann die „Deutschen Ausrüstungswerke“, die „Heinrich Himmler-Werke“ und andere faschistische Konzerne, die nach der Zerschlagung des Faschismus keinen Vermögensnachfolger mehr gefunden haben.

Die Liste der privaten Konzerne dagegen liest sich wie das „Who is Who“ der westdeutschen Großindustrie; kaum eine bedeutende Firma, die nicht an der Ausbeutung beteiligt war. Das Interesse der privaten Konzerne an den Arbeitsklaven war sogar so groß, daß sie in einer koordinierten Aktion der SS deren „Wettbewerbsvorteil“ streitig machte, der darin bestand, daß die SS die Lohn-Sklaven zu wesentlich niedrigeren „Tarifen“ erhielt als die private Industrie.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier einige Firmen aufgeführt, deren Ausbeutung der Arbeitsklaven aktenkundig ist:

- IG Farben (BASF, Hoechst, Bayer)
- Krupp
- Siemens
- AEG
- Telefunken
- Rheinmetall
- Messerschmidt
- Junkers
- Heinkel
- BMW
- Daimler-Benz
- Volkswagen
- Philipp Holzmann
- Ford
- Wintershall
- Deutsche Metallwerke/Walther
- Waffenfabrik
- Blohm & Voß
- Continental
- Drägerwerke
- Auto-Union/DKW
- WMF
- Philips
- Dynamit Nobel (mit Töchtern)

Bei vielen weiteren ist wohl anzunehmen, daß die damaligen (und evtl. heutigen) Besitzer nach der Zerschlagung des Faschismus umfirmiert haben und somit nur mühsam wieder mit ihrem alten Besitz (und ihren Verbrechen) in Verbindung gebracht werden könnten.

## Entschädigung — ein ganz düsteres Kapitel

Während für eine ganze Reihe von Tatbeständen im Zusammenhang mit Nazi-Verbrechen Abkommen über die Art der zu leistenden „Wiedergutmachung“ getroffen wurden (und die Opfer, sofern sie einflußreiche Interessenvertretungen hatten, zumindest materielle Zuwendungen erhielten), fehlt eine solche juristische oder vertragliche Regelung im Falle der Arbeitsklaven. Verbindung gebracht werden könnten,

## Entschädigung — ein ganz düsteres Kapitel

Während für eine ganze Reihe von Tatbeständen im Zusammenhang mit Nazi-Verbrechen Abkommen über die Art der zu leistenden „Wiedergutmachung“ getroffen wurden (und die Opfer, sofern sie einflußreiche Interessenvertretungen hatten, zumindest materielle Zuwendungen erhielten), fehlt eine solche juristische oder vertragliche Regelung im Falle der Arbeitsklaven völlig (wie auch ganze Gruppen von KZ-Opfern, wie z.B. die Rom und Cinti, die Homosexuellen und die sogenannten Kriminellen überhaupt keine „Entschädigung“ erhalten haben. Eine Regelung von Ansprüchen der Opfer war von vornherein auf private



Oben: Flick 1947 vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg; unten: E. v. Brauchitsch an John Mo. Cloy (7.1.1970): Humanitäre oder moralische Gründe nicht erkennbar. (aus: „Lohn des Grauens“, Benjamin B. Ferencz)

Herr Dr. Flick wiederholt und bestätigt in vollem Umfang die Auffassung, die die Herren Kaltsch, Dr. Pohl und der Unterzeichnete in dem Gespräch mit Ihnen hier in Düsseldorf am 18. 6. 1969 eingenommen haben, und die mannigfachen Gründe, die zur Rechtfertigung dieses Standpunktes vorgetragen wurden.

Herr Dr. Flick sieht sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage, gegenüber der Firma Dynamit Nobel AG auf eine hiervon abweichende Behandlung des Komplexes hinzuwirken.

... In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference irgendwelche Zahlungen zu leisten ...

Herr Dr. Flick bittet um Ihr Verständnis für seine abschließende Entscheidung in dieser Sache.

Herr Dr. Flick läßt sich empfehlen. Ich schreibe mich dem an.

Hochachtungsvoll  
gez. von Brauchitsch.

Die Verhandlungen mit den westdeutschen Kapitalisten, die die Nachfolge der unter den Nazis so florierenden Betriebe angetreten hatten, führte Benjamin B. Ferencz, einer der Ankläger der Nürnberger Prozesse (im Einsatzgruppenprozeß), dessen Buch „Lohn des Grauens“ (1981, Campus-Verlag New York/Frankfurt/Main) dieses düstere Kapitel dokumentiert.

Im Verlauf von nahezu 20 Jahren gelang es der Claims-Konferenz insgesamt nur bei fünf westdeutschen Firmen, für die Überlebenden Zwangsarbeiter, Entschädigungen zu erhalten:

IG Farben	5.855 anerkannte Fälle, DM 27.841.500 Entschädigung
Krupp	3.090 anerkannte Fälle, DM 10.050.900 Entschädigung
A.E.G.	2.223 anerkannte Fälle, DM 4.312.500 Entschädigung
Siemens	2.203 anerkannte Fälle, DM 7.184.100 Entschädigung

Im Verlauf von nahezu 20 Jahren gelang es der Claims-Konferenz insgesamt nur bei fünf westdeutschen Firmen, für die Überlebenden Zwangsarbeiter, Entschädigungen zu erhalten:

IG Farben	5.855 anerkannte Fälle, DM 27.841.500 Entschädigung
Krupp	3.090 anerkannte Fälle, DM 10.050.900 Entschädigung
A.E.G.	2.223 anerkannte Fälle, DM 4.312.500 Entschädigung
Siemens	2.203 anerkannte Fälle, DM 7.184.100 Entschädigung
Rheinmetall	1.507 anerkannte Fälle, DM 2.546.095 Entschädigung
Summe	14.878 Fälle, DM 51.935.095 Entschädigung.

Friedrich Flick zu seinen Aktivitäten im Faschismus:

„Sollte von 1933 bis 1945 ein Vermögenszuwachs eingetreten sein, so wäre er selbst dann eingetreten, wenn ich während dieser Jahre spazierend gegangen wäre.“

Verhandlungen und öffentlichen Druck angewiesen. Wahrscheinlich die einzige Organisation, die intensive Bemühungen entwickelte, die Interessen zumindest der jüdischen Überlebenden gegenüber den deutschen Konzernherren zu vertreten, war die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“, kurz Claims-Konferenz, bei der sich nach dem Krieg etwa 100.000 Antragsteller meldeten.

Tatsächlich war mit diesen Zahlungen bei keiner der fünf Firmen irgendein Eingeständnis von Schuld, sei es juristisch oder auch nur moralisch, verbunden. Mindestens Siemens ließ sich von den Empfängern der Zahlungen auch noch einen diesbezüglichen Revers unterschreiben.

Im wesentlichen argumentierten auch diese fünf Firmen (wie die vielen anderen, die nicht zu Zahlungen bereit

## Flick zahlt überhaupt nicht

Nach Angaben des „Braunbuch“ waren in den Betrieben des Flickkonzerns etwa 40.000 Zwangsarbeiter eingesetzt gewesen.

Die Auseinandersetzung um Entschädigungszahlungen wurde aber nicht um diese Betriebe geführt, sondern um die Zwangsarbeiter von Dynamit Nobel, ein Konzern, den Flick erst nach dem Kriege erwarb.

Dieser Umstand hat in den Verhandlungen jedoch keine Rolle gespielt. Allenfalls ging es darum, ob mit einer Regelung bei Dynamit Nobel auch die eventuell dann noch auf Flick zukommenden Ansprüche wegen der übrigen Betriebe abgegolten seien.

Der Umfang der Sklavenarbeit allein bei Dynamit Nobel war enorm: 1.000 ungarische Jüdinnen aus Auschwitz arbeiteten für Dynamit Nobel bei Kassel, weitere 100 in Hessisch Lichtenau; 600 polnische Jüdinnen arbeiteten in Ludwigsdorf (KZ Groß-Rosen), ebenfalls 2.000 aus Buchenwald; 600 weibliche Häftlinge aus Flossenbürg arbeiteten bei der Verwert Chemie. Auch aus Dachau arbeiteten Häftlinge in Flick-Betrieben. Weil über 1.300 stellten nach 1945 dann ihre Anträge über die Claims-Konferenz, die insgesamt 3.500 Personen benennen kann, die bei Flick arbeiten mußten. Über sieben Jahre lang zogen sich die Verhandlungen zwischen Claims-



Fortsetzung nächste Seite



# Krieg und Leichen sind Profit der Reichen

## Mit »Panthern«, »Tigern« und »Leoparden« die Nummer Eins im Rüstungsgeschäft

Als Friedrich Flick 1972 im stolzen Alter von 89 Jahren verstarb und das nach außen abgeschottete Familienimperium an seinen Sohn Friedrich Karl übertrug, hatte, blieb ihm versagt mitzuerleben, daß nur wenige Jahre später der Name Flick — wie schon 1943 — erneut für den größten Rüstungsproduzenten im Lande stehen würde. Ausschlaggebend dafür war der Erwerb der Generalunternehmenschiff für den Bau des Panzers »Leopard 1«, womit Flick gleichzeitig die Machtgefüge in der Rüstungsindustrie zu seinen Gunsten verschiebte.

Für die Flicks hat es nie einen völligen »Zusammenbruch« oder »Neuanfang« gegeben. Er hatte zwar mit der sowjetischen Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands alle seine dortigen Betriebe verloren — immerhin die Hälfte seines Konzerns, weitere 25 % wurden im Krieg zerstört. Doch am 20. Juni 1948, dem Stichtag der Währungsreform, an dem die dezimierte deutsche Bevölkerung pro Kopf ihr 40-DM-Almosen bekam, hatte der größte Waffenfertiger Hitlers immer noch — oder schon wieder — ein Vermögen von einigen hundert Millionen DM angehäuft, obwohl er zu diesem Zeitpunkt — wie viele seiner Klassenbrüder — noch hinter den Toren des Landsberger Gefängnisses saß; verurteilt vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wegen »industriellen Pirateriums«. Und es blieb wirklich alles beim alten — kaum jemals hat sich Geschichte so wiederholt wie im Hause Flick. Der Geldregen kam mit den »Panthern« und »Tigern« für die Wehrmacht, den »Leoparden« oder »Geparden« für die Bundeswehr — nicht einmal bei der Namensgebung wollte man die Familientradition missen.

### Durchbruch mit dem »Leopard 1«

Flicks gesamte Verstrickung in der Rüstungsbranche zu erfassen, dürfte heute ein umfassendes Studium erfordern. Relevant beteiligt ist Flick — am Bau von Bundeswehrjeeps über die Auto-Union; — am Bau von Unimogs und Lastwagen über Daimler-Benz (nach dem Verkauf von Anteilen 1976 noch mit 10 %);

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konferenz und Flick hin (20.6.63 bis 6.1.70), auf Flick-Seite zuerst geleitet vom späteren Bundesrichter von Schlubrendorf, der sich für Zahlungen einsetzte. Als die Verhandlungen sich immer mehr in die Länge zogen, von Schlubrendorf 1967 Bundesrichter wurde und nicht mehr für Flick tätig sein wollte, wandte sich die Claims-Konferenz über Nahum Goldmann (Claims-Konferenz und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses) an Abs (Deutsche Bank) mit der Bitte um Vermittlung. Dieser empfahl der Konferenz Eberhard von Brauchitsch als Verhandlungspartner.

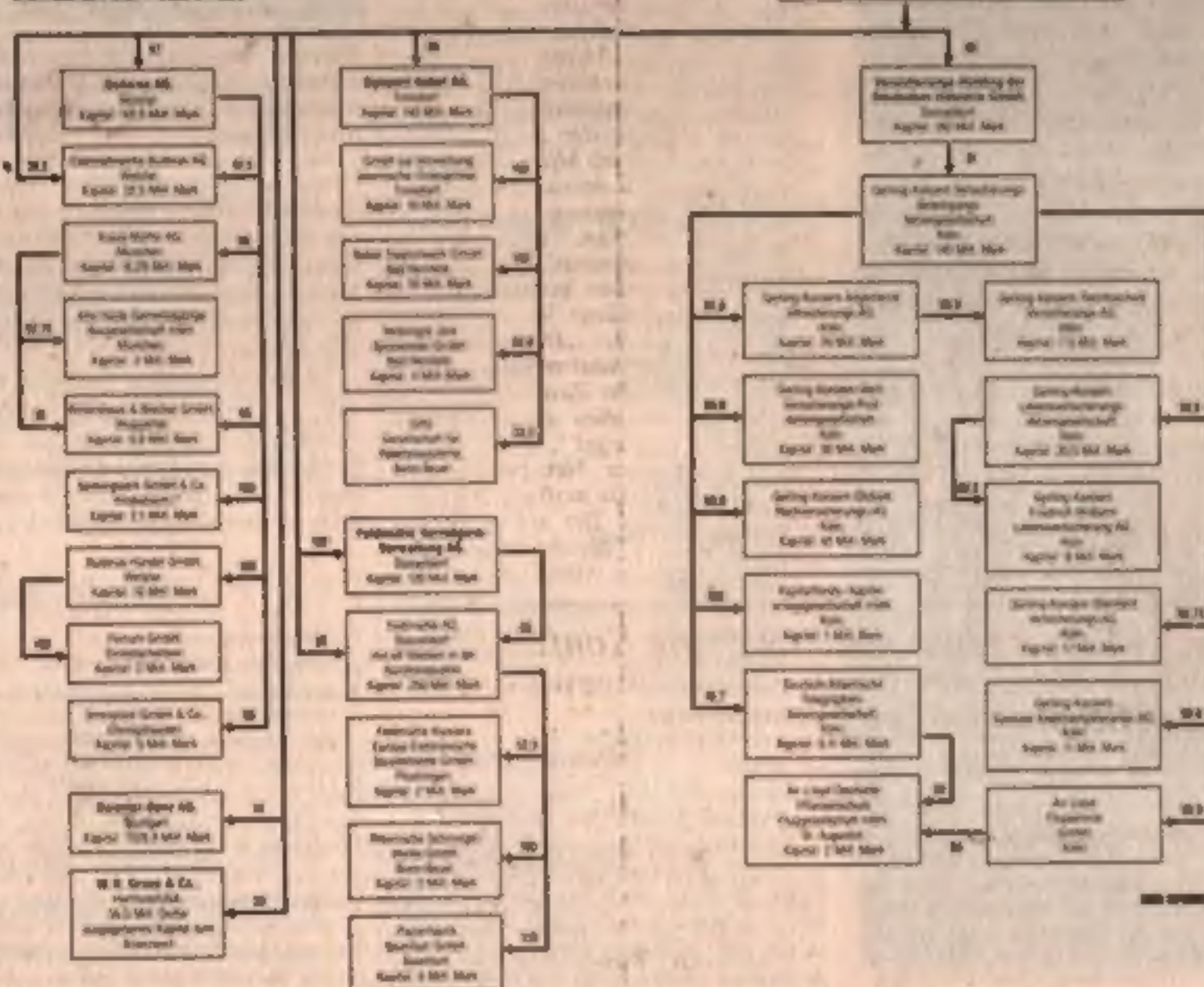
Als wiederum Partner ins Land gegangen waren, wurde der ehemalige Hochkommissar McCloy eingeschaltet; dessen Vermittlung hatte schon bei Krupp u.a. positiv gewirkt. Anders aber bei Flick bzw. dessen Generalbevollmächtigten von Brauchitsch, der am 7.1.1970 sich endgültig weigerte, irgendwas »gutzusagen«. Eine Richtigmessung der Claims-Konferenz wachte er noch später mit der Bemerkung vom Tisch: »Politische Dokumente der Nürnberger Prozesse«.

Flick ist nicht der einzige, der nicht gezahlt hat, und auch die, die gezahlt haben, täten dies wohl kaum aus moralischer Verpflichtung, sondern allein aus Geschäftswegen. Flick ist aber der weitaus bedeutendste, der es nicht einmal für nötig hielt, sein Image in dieser Angelegenheit für ein — nach seinen Maßstäben — lächerliches Taschengeld aufzupolieren.

E. Antifa-Kommission  
Hamburg

### Flicks gesamtes Werk

Ausgabe: 1979  
Zahlen nach der Bilanz 1979 (in Mio. DM)



— an der Fertigung von Munition und Raketen über Dynamit-Nobel (zu 98 % im Flick-Besitz);  
— am Panzerbau bei Krauss-Maffei, der Buderus-Tochter (bei der Flick die Aktienmehrheit hat);  
— am Motoren- und Triebwerkebau (u.a. für den Leopard) bei MTU (über Daimler-Benz, das mit 50 % dabei ist). Laut »Stern« liegt Flick mit diesen Beteiligungen heute wieder an erster Stelle unter den Rüstungsproduzenten, also auch noch vor dem Flugzeug- und Raumfahrtunternehmen MBB, dessen Rüstungsumsatz 1979 immerhin bei knapp 1,7 Mrd. DM lag (1). Hier wird der »Leopard 2«, das »Wunderding«, der »modernste Kampfpanser auf Erden« gebaut, von dem die Bundeswehr bei einem Stückpreis von 3,5 Mio DM 1.800 Exemplare bestellt hat, die niederländische Armee 445 und die »neutrale« Schweiz 420.  
Wenn 1986 — so die Planung — der letzte »Leo 2«-Panzer für die Bundeswehr die Laufbänder verläßt, macht dies allein einen Umsatz von 7,3 Mrd. DM aus (den Gewinn wird auch Krupp's MaK in Kiel einstecken, die an diesem Geschäft gute Anteile hat). Was danach auf dem Panzersektor kommt, ist noch offen. Liebling gern wurde Saudi-Arabien den »Leo 2« auch für sich haben wollen. Während es dagegen hier noch politische Barrieren gibt, scheinen sich derweil Vereinbarungen zu konkretisieren, diesen Panzer unter Lizenz im Ausland produzieren zu lassen. Nach bisheriger Planung wird die Bundeswehr ab 1986 damit beginnen, die 2437 »Leopard 1« zu ersetzen. Potenziell stünden dann auch die 4.400 in Nato-Länder gelieferten Export-»Leoparden« des Typs 1 zur Ablösung an (2).  
Nach dem Stand von 1980 soll der Stück-Preis für den Kampfpanser 90 mindestens 5 Mio. DM betragen, für Entwicklungskosten sind noch einmal 1,5 Mrd. DM vorgesehen. An Nachfolgebudgeten wird es also kaum mangeln, ob Flick dabei wiederum den Löwenanteil einstecken können oder es nach einem dritten Anlauf nun doch noch zu einem europäischen Gemeinschaftsprojekt kommen wird, muß abgewartet werden.

### Hilfe von Franz Josef Strauß

Ein kurzer Rückblick ist angebracht: Einmal läßt sich die Etablierung und Kräftverschiebung der Rüstungsindu-

strie nach dem Zweiten Weltkrieg exemplarisch am Panzerbau nachzeichnen, zum anderen — und es gibt es möglicherweise noch andere Beispiele — wird die Macht der Flicks in diesem Prozeß deutlich; ein Prozeß, der ohne Korruption und Bestechung, ohne feste Lobby im Staatsapparat undenkbar wäre, auch wenn diese Seite hier noch nicht nachgezeichnet werden kann.  
Nach dem Aufbau der Bundeswehr unter dem damaligen Verteidigungsminister F.J. Strauß, als erstmals die Einführung schwerer Waffen erwogen wurde, hatte Flick denkbar schlechte Voraussetzungen.  
Im Norden der BRD gab es die Stahlindustrie und eine etablierte Werftindustrie (mit den Möglichkeiten zum Panzerbau), es gab ebenso eine traditionsreiche Flugzeugindustrie als möglichen Träger des Baus von Kampfflugzeugen für die Bundeswehr. Der Süden war in dieser Hinsicht praktisch Entwicklungsland. Flick gehörte um zwei Ecken herum eine marode Lokomotivfabrik und ein paar kleine Klitschen der Flugzeugbranche. Heute ist die Lokomotivfabrik Krauss-Maffei der führende Panzerhersteller, nahe München etablierte sich mit MBB ein neues Luft- und Raumfahrtzentrum. Diese Verstärkung war untrennbar mit dem Namen Franz Josef Strauß verbunden.  
Der Wiederaufstieg zu alter Größe begann für Flick mit der wechselvollen Geschichte bundesdeutscher Panzerproduktion.  
Der erste Panzer der deutschen Bundeswehr war der »HS 30«, im Auftrag und in Lizenz des schweizerischen Rüstungskonzerns »Hispano Suiza«. Die »HS 30«-Geschichte wurde zu einem handfesten Skandal und Reinfall zugleich: Über 10.000 dieser Schützenpanzer sollten gekauft werden, um das sich gerade im Aufbau befindliche Heer beweglicher zu machen, und als die ersten 4.472 Stück bestellt waren, konnte dem Verteidigungsausschuß lediglich ein kleines Spielzeugmodell vorgelegt werden, später fertiggestellte Modelle erwiesen sich als völlig untauglich, die letzten »HS 30« sollen als Artillerieziele auf Truppenübungsplätzen geendet sein.  
Das Pleiteprojekt »HS 30« machte jedoch den Weg für einen Panzer in eigener Produktion frei.  
Zunächst jedoch stand ein deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt an. Im Sommer 1957 verabredeten Verteidigungsminister Strauß und sein französischer Amtskollege Godlaum die Entwicklung eines »Euro-Panzer«. Drei Prototypen sollten gebaut werden, einer davon in Frankreich, bezahlen wollte die BRD. Ob hier wirklich jemals an eine Ge-

meinschaftsproduktion von deutscher Seite gedacht war, ist mehr als fraglich. Ganz sicher aber wurde mit diesem Projekt die Grundlage für die Wiederaufrüstung mit schweren Waffen gelegt, politische Vorbehalte europäischer Nachbarn wurden durch eine Einbeziehung Frankreichs abgedämpft. Immerhin gab es zur damaligen Zeit die noch gültigen Verträge der Westeuropäischen Union, die auf diesem Sektor der BRD recht enge Grenzen aufzei-

ten. Die »Zeit« kam zehn Jahre nach der Auftragsvergabe für den Leopard dem Kern wohl nahe: »Daß es (zur Auftragsvergabe an Flick — Anm. AK) kam, grenzt ans Wunderbare. Denn als die Lokomotivfabrik die Serienfertigung bekam ... stand sie kurz vor der Pleite. Dennoch hatte Flick alle Bewerber aus dem Feld geschlagen ... Doch Friedrich Flick hatte schon damals wieder direkte Drähte zur politischen Führung. Sein Man in Bonn war zu Zeiten von Franz Josef Strauß der CSU-Abgeordnete Pöhlke. Pöhlke hatte sich als Verteidiger bei den Nürnberger Industrieprozessen einen Namen gemacht. Flick erhob ihn zum Generalbevollmächtigten« (3).  
In der Zeit zwischen 1957 und 1963 — den sog. Gründerjahren der westdeutschen Rüstungsindustrie — wurden die Entscheidungen für die Gewichtung von Marktanteilen für die Zukunft auf diesem Sektor weitgehend getroffen.

### Mit dem »Leopard 2« die Nummer 1 im Rüstungsgeschäft

Zwar ging der Kampf auch nach der »Leopard-Entscheidung« weiter, aber Flicks Spitzenposition konnte nun nicht mehr gefährdet werden. Spätestens Mitte der 70er Jahre stand ein Ersatz der alten Kampfpanser auf der Tagesordnung, bereits in den 60er Jahren wurden hierzu Vorbereitungen getroffen. Geplant war diesmal die Gemeinschaftsproduktion eines mit einer überdimensionalen Kanone ausgestatteten Kampfpansers mit den USA mit modernster Technik. Acht bundesdeutsche Firmen gründeten eine Entwicklungsgemeinschaft, die bekanntesten unter ihnen waren Rheinisch (heute Thyssen) und — wiederum — Quandt. Aber auch die deutsch-amerikanische Kooperation für den »Kampfpanser 70« war ein Schuß nach hinten, nachdem die Entwicklungskosten bereits 1,1 Mrd. DM verschlungen hatten. Wie der neue Kampfpanser für die 70er und 80er Jahre aussehen sollte, war somit

aus »Flick — Die gekaufte Republik«, Spiegel-Buch

aus »Flick — Die gekaufte Republik«, Spiegel-Buch

der neue Kampfpanser für die 70er und 80er Jahre aussehen sollte, war somit also immer noch offen. Zwischenzeitlich hatte sich eine sog. Arbeitsgruppe »Mittler« (KM, Siemens, AEG) gegründet, die aber der neue Verteidigungsminister Schmidt 1969 wegen Ineffizienz sterben ließ. In der Zwischenzeit hatte eine Schweizer Firma sich etwas dazu einfallen lassen, das alles andere in den Schatten stellte — nur der geforderte Preis (fünf Mio. pro Stück wurde damals gehandelt) war entschieden zu hoch. Durch Mitarbeiter von KM und Siemens an diesem Projekt wurde daraus ein deutsch-schweizerisches Produktionskonzept.  
Krupp's MaK trat daraufhin mit dem Schweizer Unternehmen in Verbindung und legte einen neuen Preis vor (jetzt 3,6 Mio DM). KM zog preislich nach, womit es erneut 50:50 stand. Aus Sicht damaliger Beobachter mit leichtem Übergewicht für Krupp, da er letztesmal Zweiter war und zum anderen prominenten Konzernzuwachs bekommen hatte (der neue Krupp-Vorstandsvorsitzende war inzwischen Ernst Wolf Mommsen, der ehemalige Bonner Verteidigungsstaatssekretär). Ergebnis: Generalunternehmer auch für den »Leopard 2« wird 1977 Flick, er behält sich Auftragsvergabe vor, den Export übernimmt er selbst, das technische Know-how bleibt bei Krauss-Maffei, MaK wird angemessen beteiligt. Seither ist Flick wieder Rüstungsproduzent Nummer Eins.

### Anmerkungen:

- (1) Rüstungsausgaben in ihrem wirklichen Umfang zu ermitteln, ist ein schwieriges Geschäft, zumal bei privaten Gesellschaften, deren Kapitalmäßige Verstrickung selbst nicht unbedingt einsehbar ist. Im Falle des Hauses Flick handelt es sich um sehr grobe Angaben. Was alles bei MBB unter die Rubrik »Rüstung« fällt, läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen (z.B. was den Forschungs- und Entwicklungsbereich betrifft), obwohl bei MBB eine 41-prozentige staatliche Beteiligung vorliegt und die Bilanzen offenbar sind als beim Flick-Konzern. Die vorliegenden Angaben sind dem Buch »Rüstung oder Sozialstaat« entnommen (L. Hufschmidt, prv.).
- (2) Angaben nach J. Hufschmidt, »Für den Frieden produzieren — Alternativen zur Kriegswirtschaft«, prv.
- (3) Pöhlke war zunächst Bundestagsabgeordneter der CDU, später der CSU und deren Schatzmeister. Er saß außerdem noch in dem für Rüstungsausgaben entscheidenden Haushaltsausschuß des Bundestages, bevor er 1969 zum Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ernannt wurde. Pöhlke über Flick: »Flick trannt kalten Mann in der Politik. Unternehmen dieser Größenordnung können 250 Abgeordnete ansprechen. Sie brauchen nicht den Luxus eines eigenen Abgeordneten.« Diese Information, wie viele weitere in diesen Artikel verarbeitet, sind aus dem empfehlenswerten »Stern«-Buch »Waffenmiede Deutschland«, 1984.



# »Kommunistenprozesse« Die neue Berufsverbotewelle

Am 30. Oktober verhängte das Verwaltungsgericht Hannover auf Antrag der niedersächsischen CDU-Regierung ein Berufsverbot gegen den Gesamtschullehrer U. Paulus aus Hildesheim, weil er bei den Kommunalwahlen 1981 für die DKP kandidiert hatte. Das niedersächsische Innenministerium hatte 1981 alle Kandidatenlisten der DKP nach Staatsdienern durchsüffeln lassen. Die Folge sind jetzt noch 20 weitere Berufsverbote-Prozesse gegen Lehrer, Hochschul- und Verwaltungsangestellte.

Binnen vier Wochen hat die Bundespost seit September '84 fünf Briefträger und Fernmeldehandwerker mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Gegen sie sind die Disziplinarverfahren wegen DKP-Mitgliedschaft und Aktivitäten für die DKP zwar eröffnet, aber noch nicht verhandelt. In Rheinland-Pfalz ist ein Religionslehrer nicht verbeamtet worden, weil er in der DFU aktiv und „einseitig“ in der Friedensbewegung engagiert ist. In Schleswig-Holstein droht vier Lehrern das Berufsverbot wegen ihrer Aktivitäten für die DKP.

Willkommen juristische Absehung für die jetzt anlaufende Welle neuer Berufsverbote-Prozesse des Bundesverwaltungsgerichtes im Peter- und H. Meister-Urteil vom Oktober 1981 und Mai 1984, wonach Aktivität und Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Organisation“ „Dienstvergehen“ im Sinne des Beamtenrechts sind und zwingend das Berufsverbot nach sich ziehen sollen.

Mit ausdrücklichem Verweis auf das KPD-Verbots-Urteil von 1956 argumentierte das Bundesverwaltungsgericht im H. Meister-Urteil. Zu fragen sei nicht nach einem konkreten Fehlverhalten am Arbeitsplatz, sondern nach dem Grad des aktiven Eintretens für die DKP, deren „Mannheimer Programm“ von 1978 erkennbar mache, daß sie in der direkten Nachfolge der verbotenen KPD stehe. Wer für die DKP ein Mandat in der Öffentlichkeit übernimmt und damit dem Endziel: „Die BRD in einen sozialistischen Staat marxistisch-leninistischer Prägung zu verwandeln“, nahekommen will, selbst „wenn auch erst in einer noch nicht absehbaren Zukunft, beeinträchtigt schon gegenwärtig und unmittelbar diese Grundordnung“.

So nimmt es auch nicht Wunder,

Lokomotiv-Führer oder Briefträger im öffentlichen Dienst ungefährlich waren, beruht darauf, daß die Möglichkeit des Ernstfalls, für den das Grundgesetz in der Notstandsgesetzgebung Vorsorge getroffen hat, aus dem Bewußtsein verdrängt wird.“

In seinem Gutachten, daß Krieke im

**„Es gibt Krisenzeiten und ernsthafte Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte für ihn Partei ergreift.“**

BVerfG/GE 39 1975

Auftrag des Innenministeriums des SPD-regierten Nordrhein-Westfalens erstellt hat, wendet er sich vehement gegen jene „Liberalisierer“, die die Beurteilung verfassungsfeindlichen Verhaltens im Staatsdienst „auf die Beurteilung auf das Verhalten im Dienst, insbesondere im Vorbereitungsdienst beschränken“ wollen. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Beamtenrecht heißt es, der Staat dürfe sich bei der Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem Staatsdienst nicht mit dem „milderen Mittel des Disziplinarrechts begnügen“ (BVerfG/GE 39/334). Hieran anknüp-

gen werden, bevor sie sich breit entfalten kann. Nicht verhindern kann die Bourgeoisie, ihre Parteien und der Staatsapparat, daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen wächst. Mit den Berufsverboten versuchen sie zu verhindern, daß sich dies auch in massiven Aktionen ausdrückt und zu einer zunehmenden Hinwendung zu den Kommunisten führt.

Die Neuaufgabe der Berufsverbote erweist sich damit als Mittel, die Bundespolitik der neu entstandenen kommunistischen Bewegung im Keim an der Basis zu ersticken.“ (aus: „Kampf dem Antikommunismus“, 8/76).

Zwei Jahre später konstatierte der damalige Westberliner Wissenschaftssenator Peter Glotz: „Der Radikalenbeschuß hat durchaus erreicht, was er erreichen sollte: der Zustrom zu kommunistischen Parteien wurde sichtbar verringert.“ („Spiegel“, 23.10.78).

Ein unliebsamer Nebeneffekt der Berufsverbotepraxis mußte aber noch korrigiert werden: Die äußerst rigide gehandhabte Berufsverbotepraxis (nach Angaben des Arbeitsausschusses

der „Initiative gegen Berufsverbote“ vom 27.10.83 sind seit 1971 über 3 Millionen „Überprüfungen“ vorgenommen worden), rief eine Welle des Protestes im In- und Ausland hervor und fand ihren Niederschlag u.a. im 3. Internationalen Russell-Tribunal vom Frühjahr 1978. Die internationale Jury bejahte die folgenden drei Fragen einstimmig:

1. Wird Bürgern der BRD aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verweigert, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?  
2. Stellt die Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenwürde dar?  
3. Wird die Praxis der Berufsverbote gegen Menschen, die eine ganz bestimmte politische Meinung vertreten, in diskriminierender Weise angewandt?

Das Abschaffen der „automatischen Überprüfungen“ von Bewerbern im öffentlichen Dienst versuchten sozialdemokratische Kreise, so auch Hamburgs damaliger Bürgermeister Klose, als „Reform“ und „Liberalisierung“ zu verkaufen. Tatsächlich diente dieses Manöver nicht der zahlenmäßigen Beschränkung der Berufsverbote. Es diente vielmehr der Effektivierung,

demokratische Kreise, so auch Hamburgs damaliger Bürgermeister Klose, als „Reform“ und „Liberalisierung“ zu verkaufen. Tatsächlich diente dieses Manöver nicht der zahlenmäßigen Beschränkung der Berufsverbote. Es diente vielmehr der Effektivierung,

fend formuliert Krieke seinen Kerngedanken: „Da das Grundgesetz für den Verteidigungsfall und den Verfall des Verfassungsnotstandes ausdrücklich Vorsorge trifft, wäre es verfassungswidrig, die Möglichkeit des Ernstfalls zu

**„... und die Notstandsregelungen durch Öffnen des öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde zu hintertreiben.“**

M. Krieke 1979

leugnen und die Notstandsregelungen durch Öffnen des öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde zu hintertreiben.“ („NJW“ 1979, Heft 1/2).

Krieke bewegt sich damit ganz in der Tradition des reaktionären Staatstheoretikers Carl Schmitt, für den das entscheidende Kriterium des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist. Politik sei auf den Krieg als eine reale Möglichkeit bezogen. „Auch heute noch ist der Kriegsfall der „Ernstfall“. Man kann sagen, daß hier, wie auch sonst, gerade der Ausnahmezustand eine besonders entscheidende und den Kern der Dinge enthüllende Bedeutung hat. Denn erst im wirklichen Zustand der politischen Gruppenbildung von Freund und Feind.“ (Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, 1932; Berlin 1963, S. 27).

**Im Visier:  
Die organisierte Linke**

Anlaßlich des 20. Jahrestages des KPD-Verbots 1976 charakterisierten wir die vom Hamburger SPD-Senat inklinierte Neufassung der Berufsverbote:

Mit der Propagierung des Radikalemerlasses ging es — darum, Opportunismus und Duckmauserium in breiten Teilen der Bevölkerung zu verankern. Mit dem Schüren der Angst vor dem Einzug der materiellen Existenz sollte gleichzeitig der neu entstandenen kommunistischen Bewegung die Basis für ihre Agitation und Propaganda entzo-

**„Da das Grundgesetz für den Verteidigungsfall ... ausdrücklich Vorsorge trifft, wäre es verfassungswidrig, die Möglichkeit des Ernstfalls zu leugnen...“**

M. Krieke 1979

daß die Bundesregierung über ihren Postminister mit Genugtuung feststellte, daß nun eine „gefestigte Rechtsprechung“ gegeben sei, und zehn Berufsverbote-Verfahren gegen Postler einleitete, die alle bei der DKP engagiert sind. Der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen den Lehrer Paulus sprach dann auch von anstehenden „Kommunistenprozessen“ („tar“, 31.10.84). Seit Ende 1983 laichen bei den Anhörungen von Bewerbern für den Postdienst verstärkt NATO-Sicherheitsrichtlinien auf, in denen es u.a. heißt, daß die BRD als Mitglied der NATO verpflichtet sei, „bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des persönlichen Geheimnisses durchzuführen“ (Nach Aussagen des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ vom 7.11.84 in Hanau, Münster, Freiburg und Bad Kreuznach.)

daß die Bundesregierung über ihren Postminister mit Genugtuung feststellte, daß nun eine „gefestigte Rechtsprechung“ gegeben sei, und zehn Berufsverbote-Verfahren gegen Postler einleitete, die alle bei der DKP engagiert sind. Der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen den Lehrer Paulus sprach dann auch von anstehenden „Kommunistenprozessen“ („tar“, 31.10.84). Seit Ende 1983 laichen bei den Anhörungen von Bewerbern für den Postdienst verstärkt NATO-Sicherheitsrichtlinien auf, in denen es u.a. heißt, daß die BRD als Mitglied der NATO verpflichtet sei, „bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des persönlichen Geheimnisses durchzuführen“ (Nach Aussagen des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ vom 7.11.84 in Hanau, Münster, Freiburg und Bad Kreuznach.)

„Kommunistenprozesse“ („tar“, 31.10.84). Seit Ende 1983 laichen bei den Anhörungen von Bewerbern für den Postdienst verstärkt NATO-Sicherheitsrichtlinien auf, in denen es u.a. heißt, daß die BRD als Mitglied der NATO verpflichtet sei, „bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des persönlichen Geheimnisses durchzuführen“ (Nach Aussagen des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ vom 7.11.84 in Hanau, Münster, Freiburg und Bad Kreuznach.)

„Kommunistenprozesse“ („tar“, 31.10.84). Seit Ende 1983 laichen bei den Anhörungen von Bewerbern für den Postdienst verstärkt NATO-Sicherheitsrichtlinien auf, in denen es u.a. heißt, daß die BRD als Mitglied der NATO verpflichtet sei, „bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des persönlichen Geheimnisses durchzuführen“ (Nach Aussagen des Arbeitsausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ vom 7.11.84 in Hanau, Münster, Freiburg und Bad Kreuznach.)

**„Alles für den Ernstfall“**

Schon 1979 begründete einer der juristischen Berater Kanzler Schmidts, der Kölner Staatsrechtler M. Krieke, in der „Neuen juristischen Wochenschrift“ („NJW“) (1/79) die Verschärfung der Berufsverbotepraxis:

„Kommt es zu einem Ernstfall, in dem möglicherweise geschossen wird, so stellt sich die Frage: In welche Richtung wird der Beamte schießen? Zumindest im Bereich der Polizei ist es evident, daß die Demokratie nicht verteidigungsfähig wäre, wenn der Staatsapparat selbst von Verfassungsfeinden durchsetzt wäre. Zum sicherheitsempfindlichen Bereich gehören im Ernstfall alle Zweige der Verwaltung, die so-baldige anlaufende Welle neuer Berufsverbote-Prozesse des Bundesverwaltungsgerichtes im Peter- und H. Meister-Urteil vom Oktober 1981 und Mai 1984, wonach Aktivität und Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Organisation“ „Dienstvergehen“ im Sinne des Beamtenrechts sind und zwingend das Berufsverbot nach sich ziehen sollen.

## Aktuelle Berufsverbotsmaßnahmen bei Bundesbehörden Stand 10.10.84

### 1. Suspendierungen

**Herbert Bastian**  
Beamter bei der Bundespost, Marburg, Hauptpostschaffner, Stadtverordneter im Rat der Stadt Marburg.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft; Mandatsausübung für die DKP  
Vorermittlung seit 1979; Disziplinarverfahren eröffnet 1982; suspendiert September 1984; letzte Anhörung 1.10.84.

**Berthold Goergens**  
Beamter bei der Bundespost, Freiburg, Technischer Fernmeldeinspektor.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft; Kandidatur für die DKP; Nicht-Distanzierung von den Zielen der DKP  
Vorermittlungen seit 1980, im Oktober 1983 erneute Ermittlungen wegen Beteiligung an den „5 Minuten“ des DGB.  
Anschuldigungsschrift Dezember 1983; Suspendierung angedroht September 1984, suspendiert 3.10.84.

**Gustav Stiefen**  
Beamter der Bundespost, Pinneberg, Posthauptschaffner.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP.  
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im März 1983.  
Suspendiert im September 1984.

**Wolfgang Repp**  
Beamter der Bundespost, Frankfurt, Posthauptschaffner.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP, Hessen. Kandidatur bei Landtagswahlen.  
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im Januar 1983.  
Suspendiert im September 1984.

### 2. Entlassung angedroht

**Uwe Scheer**  
Zollbeamter, Hamburg, Zollobersekretär.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft und Kandidatur.  
Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens im Januar 1983.  
Anhörungen im August und September 1984.

**Egon Mombarger**  
Beamter der Bundespost, Gießen, Technischer Fernmeldeinspektor z.A.  
Vorwurf: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP (1975).  
Nichtdistanzierung von den Zielen der DKP (1982).  
Erstes Verfahren: 1975 bis 1978 (Einstellung der Ermittlung).  
Zweites Verfahren im Januar 1983 begonnen; Entlassung und Suspendierung angedroht im September 1984.

**Karl Eisinger**  
Beamter der Bundespost, Langen bei Frankfurt, Postbetriebsinspektor.  
Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft, DDR-Reisen bis einschließlich 1963.  
Vorermittlungen eröffnet November 1982, förmliches Disziplinarverfahren November 1983; Anschuldigungsschrift im September 1984.

**Axel Brück**  
Beamter der Bundespost, Gießen, Fernmeldeobersekretär.  
Vorwurf: DKP-Kandidatur und Funktionen in der DKP.  
Eröffnung des Disziplinarverfahrens 1977; Anschuldigungsschrift mit Entlassungsandrohung 1983.  
A. Brück ist z.Zt. erkrankt. Zu befürchten ist, daß er bei Dienstantritt mit der Suspendierung bedroht wird.

**Werner Siebler**  
Beamter der Bundespost, Freiburg, Postoberschaffner z.A.  
Vorwurf: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP.  
Erstes Verfahren 1976 eingestellt, Februar 1984 Entlassungsverfahren eröffnet; September 1984 erneut Aufforderung zur Distanzierung von der DKP.

**Günther Hüter**  
Beamter der Bundespost, Steinfurt, Fernmeldeamtmann.  
Vorwurf: Verweigerung einer Erklärung für seine Sicherheitsüberprüfung seit November 1979.  
Eröffnung eines Disziplinarverfahrens im März 1983; Strafversetzung und unterwertige Beschäftigung in der Rechnungsbearbeitung seit November 1983.  
Anhörung am 26.9.1984: Entlassung erneut angedroht.

**Sieglinde Deger**  
Beamterin der Bundespost, Landshut, Fernmeldeobersekretär.  
Vorwurf: Verweigerung einer Erklärung für seine Sicherheitsüberprüfung seit November 1979.  
Eröffnung eines Disziplinarverfahrens im März 1983; Strafversetzung und unterwertige Beschäftigung in der Rechnungsbearbeitung seit November 1983.  
Anhörung am 25.9.1984: Entlassung erneut angedroht.

**Sieglinde Deger**  
Beamterin der Bundespost, Landshut, Fernmeldeobersekretär.  
Vorwurf: Oktober 1982 Beteiligung an antifaschistischen Aktionen der DPG, Freund ist angeblich DKP-Mitglied, Teilnahme an DKP-Veranstaltungen; Werbung für Krefelder Appell; Beteiligung am Ostermarsch.  
Strafversetzung und Verweigerung der Lebenszeitverbeamtung im März 1983. Seitdem dreimal zur Distanzierung von der DKP aufgefordert.  
Im September 1984 erneut Anhörung; Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung angekündigt.

### 3. Strafversetzungen

**Hans Webersberger**  
Arbeiter bei der Bundespost, Ansbach, Fernmeldehandwerker.  
Vorwurf: Mitgliedschaft in der DKP.  
Seit 1976 Verweigerung der Übernahme ins Beamtenverhältnis; Sicherheitsgespräche; September 1984: Strafversetzung in Nicht-Sicherheitsempfindliche Bereiche angeordnet, der Personalrat widerspricht der Versetzung.

**Volker Metzroth**  
Arbeiter bei der Bundespost, Bad Kreuznach, Fernmeldehandwerker.  
Vorwurf: Mitgliedschaft und Funktion in der DKP.  
Sicherheitsüberprüfung und Anhörung im Januar 1983.  
August 1984 Strafversetzung in Nicht-Sicherheitsempfindlichen Bereich angeordnet.

In über 20 weiteren „Fällen“ werden Strafversetzungen angedroht. Den betroffenen Angestellten und Arbeitern bei der Bundespost wurde nahegelegt, sich „freiwillig“ versetzen zu lassen oder eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie sich von den vorgehaltenen „sicherheitsgefährdenden“ Aktivitäten (in der Regel: Mitgliedschaft in der DKP) distanzieren.

quellen für sein Wirken in der DKP“

zieht.

**„Nach der nunmehr gefestigten Rechtsprechung ... ist die aktive Betätigung für die DKP für einen Beamten ein Dienstvergehen, das die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis rechtfertigt.“**

Postdirektion, 1.8.84

verwaltungsgericht im Meister-Urteil, ist es jedem DKP-Mitglied ja bekannt, daß er aus dem öffentlichen Dienst fliegt, wenn „er hieraus nicht Konse-

Demzufolge sind Suspendierungen vom Arbeitsplatz bei Einbehaltung von 25 Prozent der Bezüge, wie im Falle des Briefträgers Wolfgang Repp, eine

logische Konsequenz, zumal Repp nicht bereit ist, sich von der DKP zu distanzieren. Die juristische Bestätigung dieses Vorgehens ist für die Bundesregierung und die Landesregierungen nur eine Frage der Zeit.

Der Oberpostschaffner Siebler wurde am 1.8.84 zu einer erneuten Anhörung bei der Postdirektion geladen.

„Nach der nunmehr gefestigten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ist die aktive Betätigung für die DKP für einen Beamten ein Dienstvergehen, das die Entlassung aus dem Be-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

amtenverhältnis rechtfertigt. Ich beabsichtige, Sie dazu zu hören, ob Sie unter Berücksichtigung dieser Rechtsprechung sich jetzt dazu entschließen wollen, sich von der DKP zu distanzieren und alle Aktivitäten für diese Partei aufzugeben."

## Protest à la SPD

Zu der neuen Welle von Berufsverboten äußern sich nun auch wieder Sozialdemokraten. So der Oberbürgermeister von Marburg, wo der DKP-Stadtrat Basilian suspendiert wurde. „So sehr ich überzeugt bin, daß die Ziele und Methoden der DKP mit wesentlichen Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar sind, so sehr halte ich es für notwendig, diese Partei politisch zu bekämpfen und nicht durch administrative Verfolgung ihrer Mitglieder, was offensichtlich indirekt der DKP nützt.“ (1.12.84, 4.10.84). Und der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Andreas von Schöler: „(Es ist) ... mehr Schaden angerichtet worden, als ein böser kommunistischer Postler mit bösen Absichten verursachen kann.“ (1.12.84, 4.10.84). Dr. Alfred Kemmerich, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte am 12.9.84: „Diese Urteile ... differenzieren in keiner Weise danach, ob die jeweiligen Beamten in sicherheitsrelevanten Bereichen Dienst tun und sanktionieren damit eine Praxis, mit der die Bundesrepublik in Westeuropa einzigartig dasteht ... Von einer Einzelfallprüfung kann bei solchen generalisierenden Maßstäben keine Rede mehr sein.“

Die Angst um ihr Ansehen im Ausland (da hat die SPD ja auch einschlägige Erfahrung) und die Vermeidung eines (unterstellten) Solidarisierungseffekts zugunsten der DKP sind die Motive der Sozialdemokraten. Alternative: die gute alte Einzelfallprüfung ...

## Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ spricht von „Arroganz der Macht“

Auf einer Pressekonferenz in Hamburg legte die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ am 12.10.84 eine Dokumentation vor, in der alle aktuellen Fälle aufgelistet werden. Die Initiative fordert, die Bundesregierung habe die Berufsverbotepraxis verschärft, „weil die Legitimationsbasis für die CDU-Politik schwand“ (was eine nicht gerade realitätsstüchtige Auffassung ist). Die Initiative spricht von „Arroganz der Macht“ und „Amoklauf“, weil „sich die Bundesregierung bisher über alle kritischen Einwände der liberalen Öffentlichkeit hinweggesetzt hat.“ In ihrem Forderungskatalog heißt es: „Erhaltung des Handlungsspielraums für demokratische Bewegungen! Beendigung der Diffamierung demokratischer Bewegungen und Organisationen! Einstellung der Ausforschung und Bespitzelung, Beendigung der Datensammelwelle über die Bürger! Sofortige Beendigung der Berufsverbotepraktik!“

Bj., Antifa-Kommission  
KB Hamburg

## Bundestreffen der „Polizeibeobachter“

In Breckerfeld bei Hagen fand vom 19. - 21.10. das zweite bundesweite Treffen der Initiativen „Bürger beobachten/kontrollieren die Polizei“ statt. Der letzte bundesweite Erfahrungsaustausch hatte im Herbst '83 stattgefunden. Diesmal fanden sich Vertreter/innen von Initiativen aus Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Leichte, Hannover (die sich zu dem Zeitpunkt kurz vor der Gründung befanden), Mitglieder der FI Hiltrup, die sich mit der dortigen Polizeiführungskademie beschäftigen sowie ein Mitarbeiter von CILIP/Westberlin zu dem Treffen ein. (Nicht vertreten waren die Initiativen aus Westberlin, Göttingen und Emden).

Am 20.10. wurde über Stand und Arbeit der Gruppen diskutiert, wobei deutlich wurde, daß die Initiativen z.T. unterschiedliche Probleme haben. In einer Großstadt wie z.B. Hamburg ist

Ort, aber auch darüberhinaus, zu entwickeln.

Über die Polizeibeobachter, ein in Nordrhein-Westfalen angesiedeltes Relikt aus der britischen Besatzungszeit, hatte eine zweite AG diskutiert. Diese Polizeibeobachter haben eng abgesteckte Befugnisse und sollen den Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung pflegen. Nun geht es darum, ob mit der verstärkten Präsenz von Grünen in den Gemeindeparlamenten dieses „Instrument“ genutzt werden kann. Dies würde voraussetzen, daß deren Befugnisse erweitert werden, was durch einen Antrag der Grünen im Landtag erreicht werden soll. Die Diskussion um den nicht unerheblichen Aufwand und den zweifelhaften Erfolg verlief kontrovers, es gab aber keine einhellige Ablehnung.

In der dritten AG war über die Aufdeckung eines „Under-Cover-Agent“ in einer politischen Gruppe in Bremen

## Bundestreffen der „Polizeibeobachter“

In Breckerfeld bei Hagen fand vom 19. - 21.10. das zweite bundesweite Treffen der Initiativen „Bürger beobachten/kontrollieren die Polizei“ statt. Der letzte bundesweite Erfahrungsaustausch hatte im Herbst '83 stattgefunden. Diesmal fanden sich Vertreter/innen von Initiativen aus Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Nürnberg, Leichte, Hannover (die sich zu dem Zeitpunkt kurz vor der Gründung befanden), Mitglieder der FI Hiltrup, die sich mit der dortigen Polizeiführungskademie beschäftigen sowie ein Mitarbeiter von CILIP/Westberlin zu dem Treffen ein. (Nicht vertreten waren die Initiativen aus Westberlin, Göttingen und Emden).

Am 20.10. wurde über Stand und Arbeit der Gruppen diskutiert, wobei deutlich wurde, daß die Initiativen z.T. unterschiedliche Probleme haben. In einer Großstadt wie z.B. Hamburg ist ein „mehr los“ in Sachen Polizeigewalt, was zu relativ vielen Beschwerden in den Sprechstunden führt. Dagegen passiert in kleineren Städten recht wenig, so daß die Stimmung „nicht wissen, was tun“ aufkommt. Auch die nur kleine Aktivistenzahl in vielen Initiativen wurde bemängelt, wobei die Mitgliederzahl z.Zt. bestenfalls stagniert.

Aber ob viel los ist oder wenig, ein Problem haben wohl alle Gruppen: die starke Orientierung auf tagespolitische Ereignisse/Skandale, der eine kaum entwickelte Untersuchungsarbeit gegenübersteht. Der weitere Verlauf des Treffens wurde von der Diskussion dieser Problematik weitgehend bestimmt.

Im Plenum am 21.10. wurde allen Initiativen von der AG „Erfahrungsaustausch“ nahegelegt, ihr Informationsnetz so breit wie möglich anzulegen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu suchen, um so viele Informationen wie möglich zu erhalten. Desweiteren wurde allen Gruppen empfohlen, die Untersuchungsarbeit über den Polizeiparagrafen, speziell vor

Ort, aber auch darüberhinaus, zu entwickeln.

Über die Polizeibeobachter, ein in Nordrhein-Westfalen angesiedeltes Relikt aus der britischen Besatzungszeit, hatte eine zweite AG diskutiert. Diese Polizeibeobachter haben eng abgesteckte Befugnisse und sollen den Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung pflegen. Nun geht es darum, ob mit der verstärkten Präsenz von Grünen in den Gemeindeparlamenten dieses „Instrument“ genutzt werden kann. Dies würde voraussetzen, daß deren Befugnisse erweitert werden, was durch einen Antrag der Grünen im Landtag erreicht werden soll. Die Diskussion um den nicht unerheblichen Aufwand und den zweifelhaften Erfolg verlief kontrovers, es gab aber keine einhellige Ablehnung.

In der dritten AG war über die Aufdeckung eines „Under-Cover-Agent“ in einer politischen Gruppe in Bremen und deren politische Folgen diskutiert worden (s. AK 250). Ergebnis dieser Diskussion war die Auffassung, daß, sollte der Polizeiparagrafen noch mehr geheim- und sonderpolizeiliche Mittel einsetzen und dies auch gesetzlich abgesichert werden, eine Kontrolle dieses Apparates in Zukunft noch schwerer, z.T. sogar unmöglich sein wird. Deshalb müssen die Initiativen auch und gerade diese Entwicklung verfolgen und, wenn möglich, dagegen aktiv werden.

Erfreulich war das Interesse der Medien, das sich u.a. in zwei Fernsehbildbeiträgen und einem Rundfunkbericht über die Arbeit der Initiativen äußerte.

Bernd, „Bürger beobachten die Polizei“, Hamburg

P.S. Am 26.10. ist eine „Bürger beobachten die Polizei“-Initiative in Hannover gegründet worden. Auf der Gründungsveranstaltung waren über 200 Leute anwesend, von denen sich etliche für die Mitarbeit interessierten.

## Nachrichten aus Betrieb&Gewerkschaft

### Britischer Bergarbeiterstreik im neunten Monat

Der seit Jahrzehnten härteste Streik in einem imperialistischen Land geht nach mehr als acht Monaten dem Winter entgegen und steht vor seiner schwersten Bewährungsprobe. Wird es geschafft, die fehlende Streikgeldunterstützung, die fehlende Deputatkohle und die Folgen eines Winters für die Bergarbeiterfamilien zu überwinden? Dringlicher denn je ist materielle Solidarität. Die Fronten sind unerbittlich, auf der Verhandlungsebene hat man sich nicht einen Millimeter bewegen können, die Kohlebehörde hält an ihren Stilllegungsplänen für die Zechen fest, die Gewerkschaft NUM will der Schließung sogenannter unökonomischer Zechen nicht zustimmen. Erbuhrte Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Streikbruch durchsetzen soll, werden in der Hetze der britischen Medien verstärkt zu Gewalttaten der sich wehrenden Bergarbeiter hochgespielt. Gleichzeitig versucht die Kohlebehörde, mit attraktiven Finanzangeboten vor Weihnachten zu locken: bis zu 5.300 DM zusätzlich soll jeder erhalten, der jetzt wieder an die Arbeit geht. Fast stereotyp werden täglich Zahlen von immer mehr arbeitenden Bergarbeitern wiederholt, mal heißt es 800 (von 140.000!), mal 6.000, die auf das Angebot eingegangen seien, doch der Streik steht.

Zur großen Hetze gegen den Streik mußte diesmal nicht „Carlos“, sondern der libysche Staatschef Ghaddafi herhalten, nach den argentinischen Generalen Haßbild Nummer Eins der imperialistischen Hetzpropaganda, was doch erst kürzlich eine britische Polizistin durch Schüsse aus der (mittlerweise geschlossenen) libyschen Botschaft in London erschossen worden. Grund der Aufregung: NUM-Präsident Scargill traf im Büro der Pariser CGT neben Gewerkschaftsvertretern aus Ungarn und der Sowjetunion auch einen libyschen Gewerkschaftsführer. Als dann noch ein Abgesandter Scargills zwecks Verhandlungen um finanzielle Unterstützung in Libyen weilte und u.a. Ghaddafi traf, ging ein Aufschrei durch die bürgerliche Anti-Streik-Meute, der bis in die Reihen der Labour Party und der TUC reichte. Man mag ja vom taktischen Geschick einer solchen Geldbeschaffungsreise halten, was man will, die moralische Empörung einer „ganzen Nation“ ist allerdings ein Hohn angesichts der Tatsache, daß Großbritannien Kapitalisten inklusive der regierungsabhängigen (von 140.000!), mal 6.000, die auf das Angebot eingegangen seien, doch der Streik steht.

Zur großen Hetze gegen den Streik mußte diesmal nicht „Carlos“, sondern der libysche Staatschef Ghaddafi herhalten, nach den argentinischen Generalen Haßbild Nummer Eins der imperialistischen Hetzpropaganda, was doch erst kürzlich eine britische Polizistin durch Schüsse aus der (mittlerweise geschlossenen) libyschen Botschaft in London erschossen worden. Grund der Aufregung: NUM-Präsident Scargill traf im Büro der Pariser CGT neben Gewerkschaftsvertretern aus Ungarn und der Sowjetunion auch einen libyschen Gewerkschaftsführer. Als dann noch ein Abgesandter Scargills zwecks Verhandlungen um finanzielle Unterstützung in Libyen weilte und u.a. Ghaddafi traf, ging ein Aufschrei durch die bürgerliche Anti-Streik-Meute, der bis in die Reihen der Labour Party und der TUC reichte. Man mag ja vom taktischen Geschick einer solchen Geldbeschaffungsreise halten, was man will, die moralische Empörung einer „ganzen Nation“ ist allerdings ein Hohn angesichts der Tatsache, daß Großbritannien Kapitalisten inklusive der regierungsabhängigen Unternehmen munter weiter Geschäfte mit den „Verfeimten“ betreiben und Libyens größter Handelspartner ist.

Das Vermögen der NUM im mittlerweile offiziell beschlagnahmt, da die Gewerkschaft das „Gerichtsmacht“ und eine Strafe von 800.000 DM nicht bezahlt hat. Derzeit sind amtliche Jäger auf der „Fahndung“ nach dem verschwundenen NUM-Vermögen.

Mittlerweile hat Premierministerin Thatcher den Bergarbeiterstreik noch einmal zum Anlaß genommen, neue, verschärfte Polizeigesetze für das neue Jahr anzukündigen.

Wenn auch schwer und mit unterschiedlichen Erfolgen, ist in vielen DGB-Gewerkschaften und Unerklärungen endlich Solidaritätsarbeit für die Bergarbeiter in Gang gekommen. 150.000 DM sind mittlerweile auf das unterstehende Wuppertaler Konto ein-

gezahlt worden (derzeit das sicherste und in freier Verfügung der NUM). Hunderte von Verhaftungen finden statt. Die IGM hat als erste Gewerkschaft nach einigem Zögern, insbesondere des Gewerkschaftsvorsitzenden Mayr, ein zentrales Solidaritätskonto eingerichtet, auf das der Vorstand 50.000 DM eingezahlt hat (Kontostand laut „metall“ 2.11.: 220.000 DM). Allerdings ist nach derzeitigem Stand das Geld nur für „humane Zwecke“ gedacht, steht also nicht zur freien Eigenentscheidung der NUM. Der Hamburger DGB hat ebenfalls ein Spendenkonto eingerichtet und ruft dazu auf, per Dauerauftrag monatlich + Einen Stundenlohn für die streikenden britischen Bergarbeiter“ zu überweisen.

Spitzenleistung der Unsolidarität brachte mal wieder die am ehesten angesprochene IG Bergbau. Nachdem sie sich in der Jahresmitte mit einer Ablösung von 20.000 DM von weiteren Aktivitäten freigekauft glaubte, sieht sie sich angesichts zunehmenden Solidaritätsdrucks zu erneuten Handeln gezwungen. Nicht ohne dabei gegen den Streik und seine Ziele zu hetzen. Da darf Ghaddafi nicht fehlen, da will man trotz humanitärer Hilfe „die unvereinbaren Gegensätze auch dann nicht unter den Teppich“ kehren und distanzieren sich vom „Kommunisten Scargill“: „Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren“. Denn die IG Bergbau sei für „Stilllegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Beibehaltung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es müßten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die Zukunft krisenfest zu machen“ („einheit“, 15.11.84). Jetzt hat der Gewerkschaftsvorstand beschlossen, über 100 Bergarbeiterkinder im Dezember und Januar ins gewerkschaftseigene Erholungsheim einzuladen. „Der Aufwand wird bei rund 100.000 DM liegen“ heißt es unter der Überschrift: „Arthur Scargill verletzt internationale Solidarität“... (AK-Artikel zum Streik in: Nr. 249, 250 und 251).

Spenden an:  
Raphaela Kruppe  
BfG Wuppertal  
(BLZ 330 101 11)  
Kto. Nr. 215 1233 00  
Vermerk: Bergarbeiter  
Großbritannien

Streikzielen der NUM nicht identifizieren“. Denn die IG Bergbau sei für „Stilllegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Beibehaltung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es müßten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die Zukunft krisenfest zu machen“ („einheit“, 15.11.84). Jetzt hat der Gewerkschaftsvorstand beschlossen, über 100 Bergarbeiterkinder im Dezember und Januar ins gewerkschaftseigene Erholungsheim einzuladen. „Der Aufwand wird bei rund 100.000 DM liegen“ heißt es unter der Überschrift: „Arthur Scargill verletzt internationale Solidarität“... (AK-Artikel zum Streik in: Nr. 249, 250 und 251).

Spenden an:  
Raphaela Kruppe  
BfG Wuppertal  
(BLZ 330 101 11)  
Kto. Nr. 215 1233 00  
Vermerk: Bergarbeiter  
Großbritannien

### Lebensfragen bei der ÖTV

Überraschende Entwicklungen prägten den zweiten Teil des ÖTV-Kongresses am 9. Oktober. Zwar verabschiedete die Gewerkschaft in alter Tradition einen Antrag des Vorstands, der weiterhin an der Kernenergie als unverzichtbarer Energiequelle festhält. Immerhin ist ein Großteil der in Kernkraftwerken Beschäftigten in der ÖTV organisiert. Neu ist allerdings, daß die Opposition in der ÖTV zahlenmäßig gewaltig zugenommen hat. 371 Für-Stimmen standen 278 ablehnenden gegenüber, die für einen Antrag stimmten, der forderte: „Kein weiterer Ausbau von Kernkraftwerken und Ausstieg aus der Brütertechnologie“. So langsam mahlen oppositionelle Mühlen in den Gewerkschaften — von Ausstieg aus der Atomtechnologie ist gar nicht die Rede gewesen.

Geradezu sensationell ist die Forderung des Gewerkschaftstages, den § 218 einzutragen zu streichen, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, nachdem zuvor einflußreiche Kreise die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission auf Annahme in Ablehnung umändern konnten. Doch die Delegierten waren von den Argumenten einiger ÖTV-Frauen (die nur 12 % Delegierte stellten) überzeugt. Diese hatten darauf hingewiesen, daß die Frage Abtreibung ja oder nein weiterhin als Gewissensfrage behandelt werden sollten; daß sie auch keine Abstimmung für oder gegen Abtreibung wollten, sondern allein darüber: „Wir sind für Strafverfolgung oder wir sind gegen Strafverfolgung“. In Erwartung christlicher Proteste hatte die Gewerkschaftsvorsitzende Wulf-Mathies sich in einer persönlichen Erklärung hinter den Beschluß gestellt, gleichzeitig aber betont, „daß es hier wirklich um Gewissensentscheidungen geht und daß die Gewerkschaft

ÖTV niemanden majorisieren will, der diese Frage für sich anders entscheidet“.

Die Proteste waren aber nicht aufzuhalten. Regierungsgewerkschafter Blum protestierte gegen „sozialistische“ Tendenzen bei der ÖTV. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung empfand den Beschluß als „destruktiv und inhuman“. Das ZK der bundesdeutschen Katholiken geißelte den Beschluß ebenso deutlich wie das sozialdemokratische ZK-Mitglied und Ex-Gewerkschaftsboß Georg Leber. Der Kolpingverband protestierte, die christlich-sozialen „DGB-Gewerkschafter entdeckten „unerträgliche Intoleranz“, die Synode der evangelischen Kirche soll dem Vernehmen nach fast in eine Schlägerel ausgeartet sein, konnte sich dann aber bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen auf Verurteilung der ÖTV einigen. Der katholische Kardinal von Osnabrück-Kreis hat mittlerweile Anzeige wegen „verfassungswidriger Aktivitäten“ gegen die ÖTV erstattet.

Die ÖTV ist die erste und bislang einzige Gewerkschaft, die einen solchen Beschluß gegen den § 218 gefaßt hat. (Quellen: ÖTV-Magazin, taz, FR, Linke Zeitung, WELT).

### Ausbildungsplatzabgabe umstritten

Neuen Ärger verursacht der Streik um die Bekämpfung des Lehrstellenmangels in DGB und SPD. Nachdem die von den DGB-Kreisen Bremen, Bremerhaven sowie der IG-Metall in Hamburg geforderte Erhebung einer Zwangsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, in den beiden Länderparlamenten am Widerstand der SPD-Mehrheiten gescheitert ist (siehe AK 247, S. 7 und AK 244, S. 6), kündigt sich in Bremen neuer Ärger an. Die Bremer Grünen werden voraussichtlich im Dezember erneut diese Forderung der DGB-Kreise ins Parlament einbringen. Doch Bürgermeister Koschnick hat unmissverständlich erklärt, daß die SPD nicht mizieht. Man sei nur dafür, wenn das Bundesgesetz wird, wohlwollend, daß damit so lange nichts läuft, wie die CDU regiert. Koschnick befürchtet negative Unternehmerreaktionen, wenn ein Bundesland isoliert ein solches Gesetz verabschiedet und geht damit bewußt Streik mit den Gewerkschaften ein. Mittlerweile hat sich auch der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Rau gegen die Abgabe gewandt, so daß der DGB in dieser Frage allein Unterstützung von den Grünen erhält.

Ganz ohne Gewerkschaften stehen die SPD-Ministerpräsidenten mit dieser Meinung allerdings nicht. Die IG Chemie und IG Bau Steine Erden haben sich mittlerweile öffentlich gegen die Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen. Stattdessen fordern sie eine

Zwangsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, in den beiden Länderparlamenten am Widerstand der SPD-Mehrheiten gescheitert ist (siehe AK 247, S. 7 und AK 244, S. 6), kündigt sich in Bremen neuer Ärger an. Die Bremer Grünen werden voraussichtlich im Dezember erneut diese Forderung der DGB-Kreise ins Parlament einbringen. Doch Bürgermeister Koschnick hat unmissverständlich erklärt, daß die SPD nicht mizieht. Man sei nur dafür, wenn das Bundesgesetz wird, wohlwollend, daß damit so lange nichts läuft, wie die CDU regiert. Koschnick befürchtet negative Unternehmerreaktionen, wenn ein Bundesland isoliert ein solches Gesetz verabschiedet und geht damit bewußt Streik mit den Gewerkschaften ein. Mittlerweile hat sich auch der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Rau gegen die Abgabe gewandt, so daß der DGB in dieser Frage allein Unterstützung von den Grünen erhält.

Ganz ohne Gewerkschaften stehen die SPD-Ministerpräsidenten mit dieser Meinung allerdings nicht. Die IG Chemie und IG Bau Steine Erden haben sich mittlerweile öffentlich gegen die Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen. Stattdessen fordern sie eine „Kammerumlage“, die auch die Unterstützung der CDU-Sozialausschüsse finden könne. Ergebnis wäre, daß damit die Unternehmen von der Finanzierung entlastet und der Einfluß der Gewerkschaften praktisch null wäre, da sie in den Handels- und Handwerkskammern lediglich Beratungsrechte haben.

### „Kriegserklärung an den DGB“

So nannte das IGM-Vorstandsmitglied Klaus die bekanntgewordenen neuen Pläne der CDU zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Unter dem Vorwand der Demokratisierung der Betriebsräte wollen eine rechte CDU-Lobby, die CSU, CDU-Vertreter aus der DAG, dem christlichen CGB und der „Union der Leitenden Angestellten“ eine Gesetzesänderung, nach der zukünftig nur zwei Vertreter einer Gruppe für die Einreichung eines Wahlvorschlages in den Wahlen für den Betriebsrat ausreichen, eine eigene Liste aufzustellen (statt wie bisher ein gestaffeltes Quorum für die Anzahl der Unterschriften, das die Hürde für die Aufstellung eigener Listen höher setzt). Gleichzeitig soll die Vergabe der Betriebsratsausschlüsse automatisch nach dem Anteil der Betriebsratsitze vergeben werden (statt wie bisher per Mehrheitsabstimmung, wodurch Minderheiten völlig ausgeschlossen werden konnten). Zusätzlich sieht ein Gesetzesentwurf zur Einrichtung sogenannter „Sprecherausschüsse von Arbeitnehmergruppen“ eine Schwächung der bisherigen Betriebsräte zur Stärkung der leitenden Angestellten vor.

Mit der Realisierung dieser Vorschläge würde per Gesetz das Signal gegeben, daß zukünftig der Parteienkonsens über das Monopol der DGB auf betriebliche Interessenvertretung nicht mehr existieren würde.



## SCHWARZE SCHAFE IM GRÜNEN ROCK?

- ÜBERGRiffe VON POLIZEIBEAMTEN -

Diesen Film haben wir auf dem Treffen gesehen und empfehlen ihn — durchaus nicht nur! — für den Einsatz in „Polizeibeobachter“-Kreisen

Ein Film von  
WOLFRAM SEIGER  
Kamera  
BERTRAM RATH  
Ton  
MICHAEL LOEKEN  
Schnitt  
CHRISTEL FOMM  
REINATE HERRMANN

Herstellung  
EXTI Filmproduktion  
Länge 59 Minuten  
16 mm Film oder  
VHS Video

## Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden Mit Rechtshilfetips

Eine Anleitung für jedermann und jedermann

Inhalt: Vorbereitung und Verhaltensstips für Demos, Blockaden und phantasiereiche Aktionen; Rechtshilfetips; Erkennen und Selbstversorgung der wichtigsten demonstrationstypischen Verletzungen; Checklisten für Demos, Blockaden u.a.m.

7. vollst. überarb. Auflage, 15.20.000  
64 S. - 42 Abb. - Format DIN A5  
Preis: 4,- DM - 3,50 sfr - 20 66  
(incl. 30 Pf. Nicaragua-Spende)  
ISBN 3-8876-005-4  
Preis 4,- DM + 1 DM Porto

Vertriebsadresse:  
FUTU, Weldenstieg 17, 2000 HH 20







# Mysteriöse Einbrüche: Krebsakten gestohlen!

Ende der 70er Jahre haben die Behörden die Einführung eines bundesweiten Krebsregisters auf die Tagesordnung gesetzt. In Hamburg steht die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes an. In linken Kreisen wird verstärkt für eine strikte Ablehnung von Krebsregistern plädiert, obwohl Forderungen nach solchen Registern — lange vor staatlichen Behörden — gerade von Umweltschutzkreisen erhoben wurden. Am 26.9. meldete das „Hamburger Abendblatt“ „zwei rätselhafte Einbrüche“ in der Nacht zuvor waren aus der Gesundheitsbehörde Unterlagen und Akten verschwunden; auch im Tumorzentrum in Eppendorf fehlten zehn Akten. Polizei und Gesundheitsbehörde würden über das Motiv nur spekulieren können, schrieb der „Abendblatt“-Redakteur. Ein Motiv sei nicht zu erkennen, weil „in beiden Fällen keine personalbezogenen Daten gestohlen wurden, die möglicherweise für eine Erpressung hätten verwendet werden können“.

Kurz darauf versandte eine „INITIATIVE BÜRGER BEOBSACHTEN DER BEHÖRDEN“ E.V. eine Erklärung und Dokumentation an einige Presseorgane: Obwohl bei Erscheinen dieser Ausgabe des AK fast zwei Monate seit dem Vorfall verstrichen sind, sind wir (abgesehen von einer vergleichsweise knappen Darstellung in der „faz“) wohl immer noch die ersten, die über die Aufklärungsaktion berichten. Aus der Dokumentation wird deutlich, daß Hamburger Gesundheitsbehörden und andere Verantwortliche ein illegales Krebsregister führen lassen; bezogte Anfragen von Ärzten wurden abgewiegt und falsch beantwortet. Weiterhin wird aufgezeigt, daß trotz Datenschutz das Hamburger Tumorzentrum in Eppendorf und andere Krankenhäuser ihre Krebsdaten zur gemeinsamen EKV-Auswertung zusammenschalten.

Informiert wird auch darüber, was ansonsten an Gesundheitsdatenlisten und ähnlichem in Hamburg gesammelt wird, wobei erst nachträglich „überprüft“ angefordert wird, was von dieser Sammel überhaupt reichten ist.

Wir werden in diesem Artikel Fakten aus der Dokumentation und der Erklärung der Initiative wiedergeben. Außerdem wird über die Diskussion über Krebsregister, Krebsbehandlung und historische Erfahrungen berichtet.

Im Oktober 1979 forderte die 13. Umweltnisternkonferenz, „daß Zusammenhänge zwischen der Immission krebsverdächtigter und mutagener (d.h. krebsverursachender — Anm. AK) Stoffe und dem Auftreten von Krebserkrankungen und Mißbildungen untersucht werden sollten, damit ggf. (sich) erforderliche Emissionsbegrenzungen unverzüglich durchgeführt werden können“. Der Aufbau einheitlicher Krebsregister und die Klärung des Datenschutzes seien „mit Nachdruck“ zu betreiben. Der Innenausschuß des Bundestages nannte am 7.11.79 „die Einführung eines für die Bundesrepublik flächendeckenden Krebsregisterregisters unerlässlich“. Das mag heute vielen — nach den jüngsten Diskussionen über Verdächtig der Bevölkerung — absurd erscheinen, aber eigentlich ist die Einrichtung eines bundesweiten Krebsregisters die Verwirklichung einer Forderung, die zumindest aus Teilen der Umweltschutzbewegung seit langem und auch heute noch von den Behörden verlangt wird.

Mit solchen Krebsregistern sollte nämlich nachgewiesen werden, daß chemische Vergiftung, Radioaktivität etc. Krebs verursacht, was immer wieder bestritten und vertuscht werden sollte. Deshalb werden wir zum besseren Verständnis der Zusammenhänge erst einmal etwas zum Problem Krebs und Umweltschutz und zur Problematik der Krebsregister sagen, bevor wir auf die Planungen der Behörden, bzw. die Problematik von Krebsregistern und bundesweit vereinheitlichter Krebsbehandlung eingehen.

Die Krebsregister sind ein Instrument, um die Krebsursachen zu klären.

Mit solchen Krebsregistern sollte nämlich nachgewiesen werden, daß chemische Vergiftung, Radioaktivität etc. Krebs verursacht, was immer wieder bestritten und vertuscht werden sollte. Deshalb werden wir zum besseren Verständnis der Zusammenhänge erst einmal etwas zum Problem Krebs und Umweltschutz und zur Problematik der Krebsregister sagen, bevor wir auf die Planungen der Behörden, bzw. die Problematik von Krebsregistern und bundesweit vereinheitlichter Krebsbehandlung eingehen.

## Krebs — „Die letzte Seuche der Menschheit“

Krebs ist heute zur Todesursache Nummer Eins geworden, allein im letzten Jahr starben 160.000 Bundesbürger an Krebs. Es hat zwar schon immer Krebs gegeben und es gibt sogar die Theorie, daß jeder — wenn er nur alt genug würde — schließlich an Krebs sterben würde; die zunehmende Umweltvergiftung hat den Krebs aber, der schon vor 150 Jahren in den Industrieländern unter der Arbeiterschaft weit verbreitet war, zu einer Gefahr für die gesamte Bevölkerung — ob nun arm oder reich — gemacht. Der Anteil der Toten durch Krebs liegt allein in den letzten 30 Jahren von 15 auf 23% bei Männern und auf 25% bei Frauen. Herz- und Kreislauferkrankungen sind mit 48% aller Todesfälle die häufigste Todesursache; in dieser Zahl sind zwar auch die Todesfälle von Altersgründen enthalten, gleichzeitig sind aber Herz- und Kreislauferkrankungen Folgen der Umweltvergiftung — wie beim Krebs — es wird deutlich, daß die Umweltvergiftung in den Industrieländern nicht nur die Lebenserwartung begrenzt, sondern auch die Lebensqualität.

Es werden in dies allgemein anerkannt; auch Paragrafenminister Riesenhuber bestätigt, daß „60 bis 90 Pro-

zent aller Krebserkrankungen auf Umwelteinflüsse zurückzuführen“ seien. Krebs durch Umweltvergiftung wird nach heutigen Erfahrungen erst nach 10 bis 30 Jahren akut. Dies haben insbesondere die Folgen der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki gezeigt. In den 50er Jahren erprobten die USA immer noch ungenierte nach Atombombenversuchen in großem Umfang den Einsatz von Soldaten im verseuchten Gebiet. Heute werden Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe von Betroffenen vor den Gerichten in den USA eingeklagt.

Es gibt rund 100 verschiedene Krebsarten, mit denen sich auch unbehelligt leben und alt werden läßt (wie beim Prostata-Krebs), solche, die keine Tochtergeschwülste (Metastasen) ansiedeln und deshalb weitgehend heilbar (operierbar) sind (wie Basalzellenkrebs auf der Haut) oder solche, die den Opfern bald den Tod bringen (höchstens 10% überleben längere Zeit den Magenkrebs, den häufigsten Krebs an der Lunge nur noch 5% und kaum jemand das Bauchspeicheldrüsenkarzinom). Obwohl in besonders umweltverseuchten Gebieten wie im Ruhrgebiet, Duisburg und Umgebung der jenseitigen Krebssterblichkeit fast dreimal so hoch ist, wie in anderen Gebieten der BRD, erlaubt alle Krebsstatistik keine Voraussage über Einzelschicksale einzelne können trotzdem ohne Krebs alt werden. Nach neuester Vermutung entsteht Krebs durch Veränderung der Erbinformation (Gene) in den Zellkernen, diese Veränderungen und die Abwehrreaktionen dagegen sind offensichtlich sehr unterschiedlich vorhanden.

Auch wenn bis zum Ausbruch einer Krebserkrankung durch Umweltvergiftung sehr lange Zeiträume vergehen, kann dann die Krebsausbreitung durch Krebszellen überall im Körper (Metastasen) sehr schnell voranschreiten gehen. (1)

## Krebsregister — ein zweifelhaftes Unternehmen

Es gibt eben nur eine vage Theorie, wie der Krebs entsteht und insofern gibt es keine eigentlichen Krebsheilungsmethoden, die an der Wurzel des Geschehens eingreifen könnten.

Deshalb werden bei der Krebsbehandlung entsprechende Krebstellen nicht weggeschnitten und anschließend durch Chemotherapie, Zytostatika und ähnlichem versucht, eine Krebsausbreitung zu verhindern. Solch drastische Eingriffe können im Einzelfall auch die Lebenserwartung verbessern, in anderem aber nicht nur große Leiden, sondern auch den vorzeitigen Tod bedeuten. Julius Hacketal wurde gerade deshalb berufen, weil es ist diese qualitativen Behandlungsmethoden und deren Erfolge frontal angriff.

Auch die Dokumentation über solche Versuchsreihen, die sich in dem uns zugewandten Fund befindet, wirft

ein Schlaglicht auf das Zweifelhafte derartiger Methoden (s.u.). Nach der Logik der angewendeten Behandlungsmethoden kommt es insbesondere auf eine frühzeitige Erkennung des Krebses an. Für solche freiwilligen, kostenlosen Früherkennungsuntersuchungen gaben im vergangenen Jahr die Krankenkassen 395 Mio. DM aus. Das bringt zwar Geld in ärztliche Kassen, aber sonst auch nach dem Eingeständnis der Ärzte praktisch gar nichts (1).

Nach diesem Exkurs zum Krebs wollen wir wieder zu den Kreberegistern zurückkehren, zu dessen geplantem Aufbau und seinen Zweckbestimmungen.

## Krebsregister: Pro und Contra

In der Begründung des Beauftragten der Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinälten der Länder (vom 26.7.80), das sich in der Dokumentation befindet, heißt es: „Neben der amtlichen Todesursachenstatistik „sollen sie Erkenntnisse erbringen über die jährlichen Neuerkrankungen an den verschiedenen Krebsformen ... sowie den Bestand an Krebskranken ... und damit Rückschlüsse auf lokale und regionale Gefährdungsmerkmale zulassen. Schrittweise könnten so gezielte Untersuchungen und Befragungen der betroffenen Menschen ermöglicht werden und Hinweise auf die Ursachen von Krebserkrankungen einschließlich berufsbedingter Risiken geben. Erkennung Umweltbelastungen könnten u.U. ausgeschaltet oder zumindest reduziert werden“. Außerdem könnten sie „Aufschlüsse geben für die Bedarfsermittlung“.

Nun muß man wissen, daß 1979 bereits der erste bundesweite Krebsatlas erschien; in diesem Jahr ist von Mitarbeitern des Heidelberger Krebsforschungszentrums ein weiterer Atlas erarbeitet worden (2). Diese Atlanten wurden auf der Basis von Totenscheinen zusammengestellt, was aber den Behörden nicht reicht: Sie wollen die Kranken im Register haben.

Diese Atlanten liefern bereits ein ziemlich eindeutiges Bild: Abgesehen von Ausnahmen (z.B. beim Schilddrüsenkrebs, der in Richtung Süden zunimmt — vermutet man Jodmangel als Ursache) — ist die größte Krebshäufigkeit in Städten und industriellen Ballungszentren mit starker Umweltvergiftung zu finden. Dies ist inzwischen als Krebsursache im allgemeinen anerkannt, auch wenn im Konkreten immer wieder versucht wird vor allem in individuellen Fehlverhalten in den Vordergrund zu schieben. Mildred Scheel, Krebsbeauftragte, ist bekannt dafür, das Rauchen zum Krebsauslöser Nummer Eins hochzuheben, obwohl Luftverpestung und Asbest in nicht mindere Maße Lungenkrebs verursachen (können). Neulich erst entdeckte M. Scheel in „Bild“ die „falsche Ernährung“ als Krebsverursacher; Riesenhuber wollte dem gleich 35% der Krebsodesfälle zuschreiben, was in den Augen der Krebsforscher schlicht Unsinn ist (1).

Albrecht empfahl Müttern, die wegen Pseudokrupp besorgt waren, doch aufs Land zu ziehen.

Entgegen derlei Geschwätz muß Krebs schlicht und einfach durch den systematischen Abbau der Umweltvergiftung im großen Maßstab bekämpft werden. Im Konkreten heißt das: Die Verursacher immer wieder steif und fest, daß ihrer Umweltschweinerie keine Krebsverursachung nachgewiesen werden könne. In aller Regel werden heute Krebsverursacher durch Tierversuche ermittelt — ein schwieriges Unterfangen bei 60.000 Chemikalien, die heute auf dem Markt sind. In einer jüngst erschienenen Übersicht über „Krebsverursachende Stoffe“ (3) werden allein 739 Krebsverursacher aufgelistet. Bei Formaldehyd wurden die in Tierversuchen ermittelten Krebsursachen von den bundesdeutschen Behörden schlicht nicht anerkannt, weil dies auf Menschen nicht übertragbar sei. Es folgte prompt ein makabrer „freiwilliger“ (bezahlter) öffentlicher Menschenversuch als Beruhigungsschau. Nicht anders im Falle des Asbests. Trotz vieler Toxer und trotz möglicher alternativer Stoffe darf Asbest immer noch weiter produziert werden.

Krebsregister ermöglichen zwar differenziertere Einblicke, und aber auf keinen Fall erforderlich, um mit der Umweltvergiftung endlich anzufangen. Sie können vielmehr auch als Alibi verwendet werden, zur Beruhigung mißbraucht werden. Im „Notfall“ werden an den schlimmsten Stellen kleinere Veränderungen vorgenommen, um

dies als großartige Eindämmungsstrategie gegen den Krebs verkaufen zu können.

Es ist auf der einen Seite überhaupt gar nicht zu bezweifeln, daß weitere Untersuchungen und Enthüllungen über die Krebswirkung von Umweltstoffen notwendig sind, auch wenn sie nicht die Patentlösung bieten. Jeder Krebsatlas, jede Untersuchung auf regionaler Basis oder in bestimmten Branchen könnte von Nutzen sein. Kritiker dieser Krebsregister hingegen wenden wohl zu Recht ein, daß man dafür keine bundesweite Verdächtig der Krebskranken und auf keinen Fall die Kombination mit deren Krebsbehandlung benötigt (4).



## Zentralisierte Krebsbehandlungen

Mit den Krebsregistern sollen die Krebskranken nicht nur verdächtig werden, um regionale oder berufsbezogene Krebsstatistik betreiben zu können, man möchte gleichzeitig „klinikbezogene Krebsregister“ (sog. Nachsorgeregister) aufbauen. Das heißt nichts anderes, als daß alle Untersuchungen und medizinischen Behandlungen aller Krebskranken zentral datenmäßig erfolgt, verarbeitet und zu zentralen Krebsbehandlungsversuchen und Erfolgsauswertungen benutzt werden sollen. Eine „zentral organisierte Nachsorge“ wird „besonders empfohlen“. Die wäre in der Tat mit den Nachsorgeregistern zu erreichen. Nur umgekehrt muß die Frage gestellt werden: Was macht eine zentralisierte staatlich kontrollierte „Nachsorge“, wenn es gar keine echten Heilungs- und keine umstrittenen Behandlungsmethoden gibt? Da werden von Kritikern eine ganze Reihe Fragen aufgeworfen, die nicht von der Hand zu weisen sind (4), selbst wenn man nicht gleich den ganz großen Kritikhammer schwingen und auf die Erfahrungen unter dem Faschismus hinweisen will, wo die Daten sammelten über die „Volksgesundheit“ bis hin zur Auswertung im großen Stil verwendet wurde. Nun ist ja nach der Theorie der Krebs eine Krankheit der Erbmasse, und es ist erwiesen, daß es dafür unterschiedliche Anfallsketten gibt. (So hat es schon in den USA bei Chemikarbiern Genuntersuchungen gegeben). Wer garantiert, daß mit diesen Daten und weiteren Forschungserkenntnissen nicht eine Neuaufgabe der Selektion nach Erbmasse herbeigeführt wird, fragen die Kritiker. Wenn es heute in den USA schon vorkommt, daß Asbestoseerkrankte aus Lebensversicherungen ausgemustert werden, wer garantiert, daß solche Datensammlungen nicht mißbraucht werden, um — wie es im Sinne der Profitmaximierung gängige Praxis ist — „minderwertiges Menschenmaterial“ auszuwählen?

Zweifelslos läßt sich auch sagen, daß derart zentralisierte Krebsheilungsversuche nicht dazu führen würden, daß nach individuellen (nicht ohne weiteres vergleichbar meßbaren) Bedürfnissen besser behandelt würde, sondern daß man zwangsläufig darauf verfallen wird, gerade eben noch verträgliche dramatische Behandlungsmethoden bei den Erkrankten auszuprobieren, wo nach statistischer Wahrscheinlichkeit die größte Lebenserwartung herausspritzt.

Einen kleinen Einblick in diese Vor gehenweise liefert auch die vorliegende Dokumentation über Behandlungstests im Hamburger Raum. Wir zitieren die in der Erklärung gegebene Zusammenfassung.

## Krebsbehandlungstests in Hamburg

„Mit der Forderung von Therapiestudien verfolgte das TZ (= Tumorzentrum — Anm. AK) seit 1976 nicht nur das Ziel, die geeigneten Behandlungsverfahren für bestimmte Krebsarten herauszufinden. Zu gleich wurde in diesen Studien die Möglichkeit, viele Patienten gleichzeitig zu untersuchen, durch die Verknüpfung von Patientenevaluation und Forschung in Verbindung gebracht für ein flächendeckendes, einheitliches Versorgungssystem (Dok. III, 1).

Als „Dokumentationsstudie“ galt das Projekt 7601 „Polychemotherapie der Lymphogranulomatose“, zu der es im Förderungsantrag heißt: „Anhand eines in der Polychemotherapie schon bewährten Therapie-schemas (De-via Schema) soll die Möglichkeit zur Realisierung einer kooperativen multi-zentrischen Studie unter Einbeziehung unterschiedlich strukturierten Krankenhäuser im Hamburger Raum geprüft werden.“

Im Abschlußbericht dieser Studie, 1979, heißt es denn auch: „Erarbeitet wurde ein Studienprotokoll, das als Prototyp für die Konzeption ähnlicher Projekte im TZ geeignet erscheint und bereits entsprechend ausgewertet wurde (z.B. in der Studie 7602) adjuvante Chemotherapie des Magenkarzinoms“.

In anderem faßbares Ergebnis hatte diese Studie 7601 sich — der Abschlußbericht schließt mit der Erkenntnis, daß man sich vor der Planung eines solchen Projekts fragen müsse: „Ist die klinische Fragestellung wirklich relevant?“

Die zweite derartige Studie über die „adjuvante Chemotherapie des Magenkarzinoms“ (adjuvante Chemotherapie ist die Behandlung mit Krebsmedikamenten, obwohl Hoffnung besteht, daß der Tumor chirurgisch vollständig entfernt wurde) machte den Charakter der Krebsbehandlung deutlich. Die Behandlung ist nicht wirksam.

Für die Forscher besteht, wenn überhaupt, nur ein Problem mit den Nebenwirkungen der angewandten Medikamente. In der Studie heißt es lapidar: „Es soll beachtet werden, ob der Erfolg der adjuvanten Chemotherapie in vertretbaren Relationen zu den Nebenwirkungen steht.“

Daß zwei Jahre nach Studienbeginn mehr behandelt als unbehandelte Patienten unter ermitteltem Krebswachstum leiden (Dok. III, 2), ist kein Grund zum Nachdenken, denn die gewünschte Fallzahl von ca. 170 Patienten ist noch lange nicht erreicht.

Was als „Erfolg“ in der Krebsbehandlung gewertet wird, kann z.B. an der Studie „Chemotherapie des Bronchialkarzinoms“ abgelesen werden. Diese Studie ist so angelegt, daß ein Ausfall von Patienten praktisch nicht vorkommt“ (Dok. III, 3). Im Schlußbericht dieser Studie heißt es: „Patienten mit Fernmetastasen bereits bei der Diagnosestellung wurden ebenfalls randomisiert und anschließend entweder ausschließlich systemisch oder mit Kontrollgruppe behandelt.“ (Dok. III, 4).

Diagnostik werden ebenfalls randomisiert und anschließend entweder ausschließlich zytostatisch oder in der Kontrollgruppe ausschließlich konvaleszente Tumorthherapie betriebl. Auch hier ergibt sich ein eindeutig besseres Therapieergebnis bei zytostatischer Therapie, wenngleich die mittlere Überlebenszeit in Folge der Metastatisierung bereits zu Therapiebeginn nur 6,5 Monate beträgt. Ohne jede Therapie beträgt sie jedoch weniger als 3 Monate.

Aus diesen 1/2 Monaten (1) wird (nur, daß die Kranken in dieser Zeit im wesentlichen in der Klinik unter Kontrolle der Studie auf den Tod warten) die als gemeine Empfehlung abgelehnt. „Die Therapie der Wahl ... ist die zytostatische Therapie. Diese ist unabhängig davon durchzuführen, ob der Tumor bei Diagnosestellung bereits metastasiert hat oder nicht“. Wer in einer Studie ist, wird nicht mehr losgelassen.

Ein kleines Beispiel für die Interessen der Pharmaindustrie bietet das Schreiben der Firma Medac an das TZ (Dok. III, 7 u. III, 8). In der Antwort schreibt der „Generaldirektor“ des TZ: „Der geschäftsführende Gründungsvorsitzende des TZ Hamburg ist prinzipiell selbstverständlich an einer intensiven Mitarbeit der Industrie an den gefördernten Projekten interessiert.“ Während die Firma Medac ihr Mittel mit den Worten preist, „im Gegensatz zu allen anderen Präparaten werden die Patienten dadurch nicht zusätzlich belastet“, berichtet der Zitat: „In der Studie von einer schweren Komplikation“ (Dok. III, 9).

## Nur eine Krebsverdächtig — sonst nichts!

Der Gesetzentwurf für ein Krebsregister und weitere Dokumente aus dem Hamburger Raum machen deutlich, daß die staatlichen und betrieblichen Krebsregisterpläne keine eingeschränkten Patienten akzeptieren würden, die unterhalb der geplanten Totalerfassung blieben.









## »Mustergau Hamburg«

In der Erklärung der Initiative und in der gesamten Debatte um die Krebsregister wird — sogar von staatlicher Seite — auf die „Hypotheken“ verwiesen.

Das Krebsregister Hamburgs existiert seit 1929 und ist ein Vorgriff auf die staatlichen Gesundheitsmaßnahmen des Faschismus gewesen. Einen Überblick verschafft das im Konkret Literatur-Verlag erschienene Buch „Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg“ (3).

Nur 600 der 7.400 Juden haben die Nazis in Hamburg überlebt, — allein in Hamburg wurden 24.000 Zwangssterilisationen durchgeführt, 500 Kastrationen und 800 Zwangsabtreibungen.

— 14.000 Menschen wurden entmündigt,

— 1.110 Zigeuner wurden vernichtet und in den letzten Kriegsjahren auch rund ein Drittel der in Altenheimen, Zwangsarbeitslagern und Irrenanstalten Untergebrachten,

— die Hälfte der insgesamt 100.000 Insassen des KZ Neuengamme überlebte das Lager nicht.

Schon 1936 hatten die Behörden von insgesamt 1,2 Mio. Einwohnern Hamburgs 500.000 Eintragungen im Hamburger Gesundheitsarchiv aufgenommen, 1939 bei 1,1 Mio. von insgesamt Groß-Hamburg.

Diese Praxis wurde nach 1945 keineswegs aufgegeben: die Erbkrank-

körperbeladene, TBC- und Geschlechtskranke, chronische Trinker wurde über Jahre hinweg weitergeführt. Als der zukünftige Beamte in den alten Listen entdeckte, daß nach 600 Sinis in Hamburg am Leben sein müßten, machte er sich auf die Suche und legte neue Listen an.

Alle für die faschistische Gesundheitspolitik Verantwortlichen der höheren Etagen haben die sog. Eutanasie unbeschadet und in Amt und Würden überstanden; sofalls stellte sich die regierende SPD schützend vor sie. Der starke Mann der Nazis, der Irrenarzt Borger-Prinz, regierte auch nach 1945 im Hamburger Eppendorfer Krankenhaus.

## Zwangssterilisation heute?

Von Zwangssterilisation im 3. Reich waren keineswegs nur die in Anstalten untergebrachten geistig Behinderten betroffen. Am 14.7.1933 wurde ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen. Danach konnte sterilisiert werden, wer als „erbkrank im Sinne des Gesetzes“ von eigens dafür geschaffenen Gendarmen erklärt worden war. Als „Erbkrankheiten“ wurden folgende Krankheiten eingestuft: 1. angeborener Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkuläres (manisch-depressives) Irresein, 4. erblicher Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 5. erbliche Fallsucht, 6. erbliche Blindheit, 7. erbliche Taubheit, 8. schwere erbliche körperliche Mißbildung, ferner, wer an „schwerem Alkoholismus leidet“.

Mit 24.000 Sterilisationen waren es in Hamburg immerhin ca. zwei Prozent der „infragekommenden“ Bevölkerung, die davon betroffen waren. Nach 1945 wurden diese Maßnahmen weiterhin rechtlich möglich, aber die Durchführung wurde verboten. Seit 1980 kann aus einem Härtefonds 5.000 DM erhalten, wer von den Geschädigten auf jeden Rechtsanspruch verzichtet. Insbesondere bei geistig Behinderten hat heute noch eine zweifelhafte Sterilisationspraxis ihren Platz behalten. Gerade Behinderte sind heute einer staatlichen und kirchlichen „Betreuung“ unterworfen. Es existiert (in Dokumentation) auch eine staatliche Kartei, „über die Aufnahme und Verlegung von Geisteskranken“, eine Erbgesundheitskartei (Vorgänge) bzw. eine Humangenetik-Kartei etc.

Wie es mit der heutigen Sterilisationspraxis dabei aussieht, enthüllt ein Beitrag in Panorama (4), über den auch der Spiegel (18.10.84) berichtete (5). Wir bringen Auszüge aus dem „Spiegel“-Artikel „Heimliches Wirken

der Freizeit von der „Lebenshilfe“ — einer der größten westdeutschen Organisationen für geistig Behinderte — in Fischbek. Wir erfahren, daß es möglich sei, zu einem sexuellen Kontakt mit einem 20-jährigen geistig Behinderten gekommen war und wir damit rechnen müßten, daß Gloria schwanger sein könnte. Die Leiterin dieser Freizeit sagte mir, ich müßte mir überlegen, wenn Gloria noch einmal wieder in die Freizeit der „Lebenshilfe“ kommen sollte — Sterilisation. „Glorias Mutter gab schließlich ihre Einwilligung zu dem Eingriff“.

Auch Behinderte, die sich alle Experten einig, haben ein Recht auf Zärtlichkeit, auf Partnerbeziehungen und Sexualität. Längst ist die Trennung der Geschlechter auch in vielen Heimen aufgehoben. Aber Empfängnisverhütung etwa per Pille oder Spirale ist den Verantwortlichen offenbar zu mühselig, obwohl sich gerade bei Behinderten, die ohnehin nicht für sich selber sorgen können und gepflegt werden müssen, auch das tägliche Pillenschlucken problemlos überwachen ließe.

Statt dessen wird allerorten sterilisiert.

„Panorama“: „Offizielle Statistiken werden nicht geführt, und Krankenhäuser und Behinderten-Organisationen halten ihre Zahlen unter Verschluss. Es können Hunderte, aber auch Tausende pro Jahr sein.“

In fast allen dieser Fälle ist die Sterilisation rechtlich unzulässig. Es gibt kein Gesetz, das sie erlaubt. Wer sie vornimmt, so der Kieler Rechtsprofessor Eckhard Horn, „riskiert Freiheitsstrafe zwischen zwei und zehn Jahren“.

In fast allen dieser Fälle ist die Sterilisation rechtlich unzulässig. Es gibt kein Gesetz, das sie erlaubt. Wer sie vornimmt, so der Kieler Rechtsprofessor Eckhard Horn, „riskiert Freiheitsstrafe zwischen zwei und zehn Jahren“ wegen „beabsichtigter schwerer Körperverletzung“.

Immer wieder kommen solche heiklen Vorgänge aus der Grauzone von Medizin, Ethik und Recht ans Licht einer rissigen Öffentlichkeit. Im sauerländischen Friedeburg etwa geriet das 18-jährige Mündel Gisela Melon an den Gynäkologen Wilhelm Göny, weil der Verdacht einer Bauchhöhlenschwangerschaft bestand. Göny nahm gleich auch noch eine Sterilisation aus eugenischen Gründen vor, weil der Bauch ohnehin geöffnet war. Später wurde, weil Gisela gar nicht geisteskrank war, nicht nur ihre Einweisung in

die Landesheilanstalt aufgehoben, sondern auch die Entmündigung rückgängig gemacht (SPIEGEL 47/1978).

Charlotte Kötting, Fachärztin für Jugendpsychiatrie: „Die Medizin ist wieder einmal in der Situation, mit vermeintlich wissenschaftlichen Methoden Begründungen dafür zu liefern, welches Leben als lebenswert genug angesehen wird, um weitervererbt zu werden, und welches Leben als unwert bezeichnet wird“ — unabweisbar die Assoziation zu dem was die Nationalsozialisten mit Euthanasie umschrieben hatten und was auf Massenmordaktionen hinausgelaufen war.

Das NS-Trauma hatte schließlich auch den Ausschlag dafür gegeben, daß ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem das heikle Problem der Sterilisation schon 1972 juristisch neu geregelt werden sollte, bis heute beim Bundesjustizministerium liegenblieb. (...)“

„Eine neue Deutung durch eine Humangenetik (für Sterilisationsgutachten zuständige) Instanz berichtet

„Panorama“: „Beratung für die Züchtung des leistungsfähigen Normmenschen“, diesen an die Nazis erinnernden Satz schrieben Einbrecher an die Tür der Humangenetischen Beratungsstelle in Hamburg-Burmbach. Am 29. Januar 1984 wurden hier über 500 Akten entwendet und die Einrichtung verwüstet. Die Einbrecher wollten mit dem Diebstahl von Gutachten eine Sterilisationspraxis entlarven, deren angebliche Wissenschaftlichkeit die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Dr. Marianne Stoeckenius, in dem Buch „Schwachsinn unklarer Genese“ beschrieben hat.

Die Einbrecher wollten mit dem Diebstahl von Gutachten eine Sterilisationspraxis entlarven, deren angebliche Wissenschaftlichkeit die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Dr. Marianne Stoeckenius, in dem Buch „Schwachsinn unklarer Genese“ beschrieben hatte. Frau Dr. Stoeckenius verwendet in ihren Gutachten so wissenschaftlich fragwürdige Kriterien wie Handlinien, frühkindliche Psychosen und soziale Auffälligkeiten: „Etern sehr einfach“, „Großvater menschenscheuer Einzelgänger“, „Tante Spätkrankheit“, „Onkel Alkoholiker“ — um die Gefahr einer Vererblichkeit voranzusagen.

Wer also meint, nur die staatliche Gesundheitskontrolle unter dem Faschismus war von Übel und heute sei das alles anders und bedenkenlos, der hat bestenfalls keine Ahnung.

## Krebsregister für den Umweltschutz?

Aus den Reihen der Umweltschutzbewegung hat es immer wieder die Forderung nach Krebsregistern gegeben. Sie wird im Programm der Hamburger GAL erhoben, obwohl jetzt zumindest einheitlich das vorgelegte Krebsregistergesetz für Hamburg abgelehnt wird (6). 1983 forderte Petra Kelly von den Grünen flächendeckende Wende-Kataster in der Umgebung von Kernkraftwerken und Giftmülldeponien.

Die Intention solcher Forderungen ist eindeutig: man will nachweisen, daß Atomanlagen, Deponien etc. krebsverursachende Wirkung haben. Dies hat bestimmte Vorbilder: in den 70er Jahren gab es in den USA statistische Erhebungen von Sternglas und anderen, um die Krebssterblichkeit durch radioaktive Strahlen auch bei geringer Dosis und bei Niedrigstrahlungen nachzuweisen. Ähnliche Untersuchungen sind bei der WAA in Windscale gemacht worden. Diese Untersuchungen haben viel

Furore gemacht, aber sie sind immer nur mit großen Anstrengungen Einzelner zustande gekommen und wurden zudem immer wieder angezweifelt, weil sie nur einen kleinen Ausschnitt lieferten und nur an wenigen Beispielen Belege beibringen konnten. Das führte prompt dazu, daß die Ergebnisse solcher Studien nicht bestritten werden konnten. Was lag da näher, jetzt ganz großartige vollständige und flächendeckende Untersuchungen und Erhebungen zu fordern? Gedanken darüber, welches Instrumentarium man damit Staat und Gesundheitsbehörden an die Hand geben würde, haben sich diejenigen, die derlei Untersuchungen fordern, offensichtlich nicht gemacht.

Als abschreckendes Beispiel solcher Forderungen ist im GAL-Rundbrief eine Resolution der „Ärztlichen Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz Lückow-Dannenberg“ abgedruckt, unter der bereits 3.000 Un-

terschriften von Ärztinnen und Ärzten gesammelt wurden. Nach dem Muster bestehender Krebsregister sollte vor der Genehmigung der WAA Dragahn ein Gesetz erlassen werden, wonach in einem Radius von 40 km um die WAA 10 bis 40 Jahre lang alle epidemiologischen Daten erfaßt werden, alle Tode und Fehlgeburten, die Umzüge etc., ähnliches an einem Ort ohne WAA. Die Erklärung sagt selbst, daß mit dieser bisher einmaligen Studie in der Welt „zwar keine Gesundheitsschäden verhindert werden“, aber dann zumindest „gewisse materielle Entschädigung“ einklagbar sei. Angeblich soll es bereits innerhalb der Hamburger Arbeitsgemeinschaft gegen Atomkraftwerke einen Rückzieher gegeben haben. Es liegt hier ja auch ganz offen auf der Hand, was für ein zweifelhaftes Unternehmen da vorgeschlagen wird — nach dem Atomstahl läuft der „Gesundheit“ Staat im Windland grüßen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorgang und meinte an G 50, daß man die Sache zum Anlaß nehmen sollte, „über unsere Kartieren und Abheben der Vorgänge“ Klarheit zu verschaffen“. G 506 hat folgende Daten bzw. zumindest in Mitverantwortung zur Verfügung:

- Erbgesundheitskartei (Vorgänge)
- Kartei über die Aufnahme und Verlegung von Geisteskranken.
- Krebsbestandskartei
- lfd. Betreuungskartei — alter Art
- lfd. Betreuungskartei — neuer Art (beides Krebskartei — Anm. AK)
- Drogenkartei (Urteile)

Kartei und Daten

- beim Landesamt für Körperbehinderter
- in der Behörde für Blinde, Seh-, Sprach- und Hörbehinderte
- in der Humangenetik

Kartei und Daten

- beim Landesamt für Körperbehinderter
- in der Behörde für Blinde, Seh-, Sprach- und Hörbehinderte
- in der Humangenetik
- im Kielerorthopädischen Institut
- Kartieren in der Jugendpsychiatrie
- Kartieren in der Sozialpsychiatrie
- Kartieren in den Körperbehinderten Diensten

Bei G 5 stünden zudem eine Datenkartei zum Nichtrauchertraining, zur Gewichtsabnahme, von Pro-Familia und zu Coronararterienkrankheiten (der Herzkrankenfälle).

Eine weitere Liste befiel die Dokumentation aus einem anderen Behördenbereich. Man mag nun darüber streiten, was die Behörden im einzelnen mit ihrer Sammelwut bezwecken mögen bzw. können. Wenn aber, wie in der Dokumentation belegt, modernste Computerdateien, wie im Falle der Humangenetik, neu angelegt werden, sollte schon Alarm angezeigt sein.

### Die Verdattung der klinischen Krebsakte

Wie wir gesehen hatten, war die Idee des Tumorzentrums die klinischen Daten der Krebspatienten mit den allgemeinen Erhebungsdaten im bundesweiten oder Hamburger Krebsregister zusammenzuschließen, an der Diskussion um den Datenschutz bzw. an der Schweigepflicht des Arztes (der keine Unterlagen ohne ausdrückliche Patientenzustimmung weitergeben dürfte) zum Scheitern gebracht worden. Das Tumorzentrum hat inzwischen einen anderen Weg erfolgreich beschritten. Am 20.1.82 wurde von Prof. Grundmann im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (BMA) eine „Hardware-Kommission“ einberufen, die Vorschläge für die Datenverarbeitungsausstattung von Tumorzentren und onkologischen Arbeitsstätten erarbeiten sollte. Danach sollten die gesamten klinischen Behandlungsvorgänge eingespeichert

werden können und gleichzeitig eine überregionale Datenzusammenschließung für wissenschaftliche Zwecke ermöglicht werden.

Für wird Hamburg im Eppendorfer Tumorzentrum ein entsprechendes System vom BMA gefördert, das, so das Schreiben des Hochschulamtes an den Datenschutzbeauftragten, Anfang 1984 den Betrieb aufnehmen soll. Der Patient, der nicht einmal wissen muß, daß er Krebs hat, wird allgemein um die Einwilligung zur datenmäßigen Erfassung seiner Krankheitsakte gebeten. Wenn das Krebsregistergesetz verabschiedet ist, gehen auch diese Daten ans statistische Landesamt. Zwecks Zusammenfassung von Daten mit anderen Krankenhäusern werden die Daten anonymisiert, d.h. ohne Namen weitergegeben. Bundesweit gibt es immerhin 30 solcher Krebszentren wie das Hamburger Tumorzentrum, die aus Bundesmitteln gefördert werden, d.h. also nach dem gleichen Verfahren zusammengeschaltet werden können.

Wenn man sich daran erinnert, daß die geforderte Integration von klinischen Akten in das geplante bundesweite Krebsregister an rechtlichen Problemen scheiterte, so hat man hier in an anderer Verpackung diese Integration zumindest für alle bedeutenden Krebszentren, die effektiv damit arbeiten könnten, erreicht: die einheitliche, bundesweite Verdattung aller Krankheitsakte über den Krebs und die Krebsbehandlung, Datenschutz und Schweigepflicht wurde einfach ein Schnippchen geschlagen.

Anmerkungen:

- (1) Diese Zusammenstellung über den Krebs und die Zitate sind im wesentlichen dem „Spiegel“ (27.8.84) „Wo lebt man gefährlich“ entnommen.
- (2) Krebsatlas der Bundesrepublik Deutschland, Springer-Verlag, 1984, von Nikolaus Becker, Rainer Frenzel-Boyme und Gustav Wagner aus dem Heidelberger Krebsforschungszentrum, 400 Seiten, 140, DM. Eine Zusammenfassung gibt der Spiegel (8. Anm. 1).
- (3) Lutz Roth: „Krebszeugende Stoffe“, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1984, 39.50 DM.
- (4) Im GAL Mitteilungsblatt Nr. 4 und 5/1984 sind Beiträge zur Krebsregisterdebatte abgedruckt.
- (5) Über die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im „Dritten Reich“ in Hamburg. Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, herausgegeben von Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth, erschienen im Konkret Literaturverlag Hamburg, 29.80 DM.
- (6) Die Beispiele sind den Diskussionen der GAL-Debatte entnommen (8. Anm. 4).



## Vor dem Parteitag der GRÜNEN:

## Systemopposition oder Systempartei?

Ein politisches Schwerpunktthema auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 7.-9. Dezember in Hamburg wird die Diskussion um das zukünftige bundespolitische Verhältnis der Partei insbesondere zur SPD sein. In diese Debatte einfließen werden die Erfahrungen der Hamburger Tolerierungsgespräche vom Juli bis Oktober 1982, die Ergebnisse in Neuwahlen (und einer absoluten SPD-Mehrheit) eudeten; die Erfahrungen der in Hessen praktizierten Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung zum Billigtarif, die akut wegen der bevorstehenden Betriebsratswahl für die Hanauer Nuklearfirmen Nukem und Alkem vor dem Platzen steht. Eine besondere Rolle dürften bei diesen Beratungen die anstehenden Landtagswahlen 1985 in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Westberlin spielen, die alle eine Mehrheit aus SPD und Grünen erwarten lassen.

Die Klärung des Verhältnisses der Grünen zur SPD wird eine erhebliche Rolle für die Zukunftsentwicklung der grünen Partei spielen. Als ein Produkt der in den letzten Jahren entstandenen Bewegungen der schwachen Jahre entstanden der einzig existierenden Opposition zur Politik der Herrschenden und der zu der Zeit im Parlament vertretenen Parteien — entscheidet die Klärung dieser Frage auch darüber, ob die Grünen stärker den Weg der Integration ins parlamentarische System als kalkulierbarer Partner fürs Regieren gehen oder ob sie Systemopposition im weitesten Sinne bleiben.

Weniger die Zerschlagung der Grünen als vielmehr die ihrer systemoppositionellen Rolle zu berauben, ist das Ziel der Gegner dieser Partei. Hier und da geflüßte Drohungen mit dem Verbot unter Hinweis auf verfassungsfremde Bestrebungen sind die Ausnahme, die derzeit wohl eher disziplinierend gemeint sind. In den Reihen der CDU mit Sympathien bei der CDU wird eher über die parlamentarische Abwertung der Rolle der Grünen durch Einführung der Mehrheitswahlrecht nachgedacht (was de facto auf ein Zwei-Parteien-System hinauslaufen könnte). Die gerade auch von dieser Seite forcierte Diskussion um die Nichtintegrationsfähigkeit der Grünen in das parlamentarische System (verbunden mit absurden Naturvergleichen) und die Übergangsalternative Große Koalition, wenn sie denn Realität wird, ist ein Nachdenken auch bei der SPD beschleunigt, deren Hauptwiderstände nicht prinzipieller Natur sind, sondern bewegt werden von der Sorge vor Reibungsverlusten, die zu ihren Lasten gehen.

Doch dies ist erstmal nicht mehr als eine Option. Viel realer sind die Bemühungen, die Grünen klein zu kriegen. Schafft man es nicht über Wahlergebnisse — und der Trend der vergangenen Wahlen besagt das genaue Gegenteil —, dann zumindest darüber, den Grünen die oppositionellen Zähne zu ziehen; nicht die einer parlamentarischen Opposition bisher gen. Verständnisses, sondern die der Systemopposition. Diese Aufgabe obliegt naturgemäß der Sozialdemokratie. Naturgemäß deswegen, weil die Besetzung aus der parlamentarischen entstandenem Prozess aus der traditionellen Aufgabe dieser Partei ist und sie bislang dieses Geschäft auch hervorragend verrichtet hat. Alle Bemühungen ehemaliger grüner, Begriffe wie „Heimat“, „Familie“ und „Deutschland“ grün zu besetzen, können die wesentliche Wurzel grüner Entwicklung ebenso wenig verleugnen, wie eine CDU-Integrationspolitik gegenüber den Grünen & la Bodenköpfe Erfolg haben dürfte. Die Wurzel ist Protest gegen das System und Enttäuschung insbesondere über die Sozialdemokratie und die lange Zeit mit ihr verbundene Hoffnung auf reformerische Veränderungen.

Doch dies ist erstmal nicht mehr als eine Option. Viel realer sind die Bemühungen, die Grünen klein zu kriegen. Schafft man es nicht über Wahlergebnisse — und der Trend der vergangenen Wahlen besagt das genaue Gegenteil —, dann zumindest darüber, den Grünen die oppositionellen Zähne zu ziehen; nicht die einer parlamentarischen Opposition bisher gen. Verständnisses, sondern die der Systemopposition. Diese Aufgabe obliegt naturgemäß der Sozialdemokratie. Naturgemäß deswegen, weil die Besetzung aus der parlamentarischen entstandenem Prozess aus der traditionellen Aufgabe dieser Partei ist und sie bislang dieses Geschäft auch hervorragend verrichtet hat. Alle Bemühungen ehemaliger grüner, Begriffe wie „Heimat“, „Familie“ und „Deutschland“ grün zu besetzen, können die wesentliche Wurzel grüner Entwicklung ebenso wenig verleugnen, wie eine CDU-Integrationspolitik gegenüber den Grünen & la Bodenköpfe Erfolg haben dürfte. Die Wurzel ist Protest gegen das System und Enttäuschung insbesondere über die Sozialdemokratie und die lange Zeit mit ihr verbundene Hoffnung auf reformerische Veränderungen.

## SPD: zwischen großer und „rotgrüner“ Koalition

Eine sozialdemokratische Integrationshoffnung muß dabei als absehbar gekennzeichnet werden: die allein auf Rückgewinnung grüner Wähler durch Besetzung grüner Themen setzte. Nach wie vor geht die Anwendung der Wahlrecht mehr zu Lasten der SPD, verzeichnen die Grünen dagegen Gewinne. Rechte Sozialdemokraten, vor allem in NRW und in den Gewerkschaften, ziehen daraus den Schluß, daß es richtig sei, der traditionellen Klientel der SPD treu zu bleiben und eher in Konkurrenz um das CDU-Wahlpotential einzutreten, dabei insbesondere auch die Möglichkeit staatlicher großer Koalitionen offenzubehalten. Klügere Integra-

tionssplitter wie Glotz und Brandt scheinen einen anderen Weg zu bevorzugen. Sie wagen das Spiel, die einen gewähren zu lassen, wo es nutzt (etwa in NRW, möglicherweise auch in Westberlin), ohne ihnen zu erlauben, sich in der Partei durchzusetzen; während die anderen, „grün“ orientierten ihrerseits Spielraum erhalten (etwa in Hamburg, Hessen und im Saarland). Bislang zeigt dieser Balanceakt wechselhafte Erfolge. In Hamburg hat es die SPD bei den Neuwahlen im Dezember 1982 geschafft, durch geschickte Gesprächsakt und rechtzeitige Beendigung dieser Gespräche mit der GAL, ihr untrennbar gewordenen Wahlpotential für weitere vier Jahre absolute Mehrheit zu mobilisieren. In Hessen hat sich die SPD bei den Neuwahlen 1983 stabilisiert und ihrerseits die bündnispolitisch orientierten Grünen unter Kompromißdruck gesetzt. Dem optischen Wahlerfolg bei den Europawahlen — zustande gekommen nicht aufgrund von Wahlergebnissen, sondern aufgrund gestiegener Wahlabsistenz — folgte ein kommunaler Wahlerfolg traditioneller Orientierung in NRW und ein Mißerfolg „grüner“ Orientierung in Baden-Württemberg. Auf der anderen Seite wird bei den saarländischen Landtagswahlen ein Erfolg „grüner“ Orientierung einkalkuliert. Dies zeigt, wie schwer es für die SPD ist, ihren Balanceakt durchzuhalten, weil selbst bei längerfristiger, zäher Orientierung auf Integration der Grünen und ihres Anhängerpotentials diese Linie nur durchzuhalten ist, wenn auch Erfolge organisierbar sind. Schon deswegen verbietet es sich für die SPD, allein auf eine Karte zu setzen.

Zwar wird die SPD 1985 noch einmal alles daran setzen, mit den unteren Karten zu setzen.

Zwar wird die SPD 1985 noch einmal alles daran setzen, mit den unterschiedlichen Konzeptionen sowohl in NRW als auch im Saarland die absolute Mehrheit zu schaffen. Gleichzeitig aber wächst das Bewußtsein, die Grünen zu vereinnahmen. Die hessische Taktik, trotz der grundlegend unterschiedlichen Haltung in der Frage der Atomenergie einen Kompromiß zu finden (dessen Ergebnis nur sein kann, daß das Hanauer Zentrum bundesdeutscher Nukleartechnologie auf jeden Fall weiterarbeitet), läßt selbst im bürgerlichen Lager wieder Hoffnungen aufkommen, daß die SPD nichts von ihrer alten Integrationsfähigkeit verloren hat. Der Kommentator der „FAZ“ erhebt eine mögliche Einigung in Hessen in einen „symbolischen Rang“, würden die Grünen hier doch eine „Karte schlucken“, die „ein Ungeziefer aus dem Revier der bislang am besten gehaltenen Nuklearpolitik ist“. „Über Hessen hinaus“ sei bemerkenswert, daß hier nicht nur eine grüne Landtagsfraktion mitzöge, sondern „sich offenbar sicher ist, daß man mit der Basis reden kann“. „Das könnte ein Anfang sein“ für die Politikfähigkeit der Grünen, so seine Hoffnung (FAZ, 10.11.84).

„Zuverlässig“, „regierungsfähig“, „berechenbar“ werden Verantwortung übernehmen — das sind die gängigen Vokabeln, mit denen der erhoffte Weg der Grünen und ihrer Anhänger vollends zurück in die Arme des Systems beschrieben wird. In Hessen ist dies ein Stück weit gelungen, und das Beispiel zeigt, wie schnell die Systemopposition zahlos und rein auf lobbyistische Interessen (etwa der Alternativprojekte) festgelegt werden kann. Ein Scheitern des hessischen Tolerierungsbündnisses an einer so wichtigen Frage wie der Atompolitik dürfte bei allen Blesuren, die dies möglicherweise für die Grünen hinterläßt, für die gesamtgrüne Entwicklung allemal heilsamer sein als die mit einem notwendigen faulen Kompromiß (mitge-setzte) (Ohn)Machtbeteiligung nach hessischem Modell.

Ausgerechnet ein SPD-Linker, der

von sich selber gerne sagt, daß er eigentlich ein Wertkonservativer sei, Oskar Lafontaine, hat den hessischen Faden in die gewünschte Richtung weitergesponnen. Seine Ankündigung, mit den Grünen nur über eine Koalition nach der Landtagswahl zu reden, war mit der Maßgabe verbunden, Grüne an der „Drecksarbeit“ des Regierens zu beteiligen. Nun weiß der Mann sehr treffsicher das derzeitige Regierungsgeschäft zu beschreiben. Auf der anderen Seite kann seine Einlassung auch ganz heilsam für all jene bei den Grünen sein, die ihre Zukunftsstrategie auf einer gewandelten SPD in der Opposition aufbauen. Gilt doch Lafontaine vielen Grünen als die Personifizierung dieser Wandlung (nach der Ennid-Umfrage des „Spiegel“, 5.11.84). Jetzt hat auch dieser SPD-Linker ganz brutal das Ziel mit „Integration der Grünen“ umschrieben, entweder Re-Integration der Wähler oder das Zurechtstutzen der Grünen als kalkulierbarer Bündnispartner, als grün-gewandte SPD der Zukunft. Es gibt übrigens keinen prominenten SPD-Linken, ob Eppler in Baden-Württemberg, Schröder in Niedersachsen oder Zöfel in NRW, dem man mit Fug und Recht eine andere Zielsetzung unterstellen könnte.

## Mittelfristig Tendenz auf Regierungsbeteiligung

War es in der Phase grüner Aufbruchstimmung in die Parlamente noch so, daß eher (unpolitische) fundamentale Abgrenzung gegenüber jeder bündnispolitischen Strategie in Richtung SPD überlagert („Wir sind ganz was Neues“), so scheint eine fundamentale (politische) Ablehnung jeder Beteiligung am Geschäft des Regierens für dieses System mehr und mehr in die Minderheit zu geraten, auch wenn eine direkte Regierungsbeteiligung in aller nächster Zeit nirgendwo zu erwarten ist. Der grüne Bundesvorstand ist mit seinem konsequenten Nein gegen Koalitionen und Tolerierungen nach hessischem Muster derzeit eher das Bollwerk gegen grüne Aufweichungen auf diesen Ebenen, als daß er insgesamt das Spektrum der Partei widerspiegelt. Seine Position war bei der hessischen „Grünen Basis“ die Minderheit, die

allen Ebenen, als daß er insgesamt das Spektrum der Partei widerspiegelt. Seine Position war bei der hessischen Grünen-Basis in der Minderheit. Sein Kunstgriff, die „Hagener Erklärung“ von Ende 1982 als Grundlage für seine Interventionen (neuerdings im Saarland) zu zitieren, kann nicht verdecken, daß es in der Frage der bündnispolitischen Strategie der Grünen auch in Hagen keine Klärung in der Partei gab und bis heute nicht gibt. Auf kommunaler Ebene in NRW etwa, wo der politische Preis für Tolerierung erheblich geringer ist als im Bund und in den Ländern, vollzieht sich ohne größere Widerstände das Einbeziehen der Grünen in Mitverantwortung bis hin zur Übernahme so unangenehmer Positionen wie der von stellvertretenden Bürgermeister.

Die verschiedenen Fraktionen der Grünen haben sich bislang noch nicht klar in ihren Positionen abgegrenzt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, spricht sich niemand für Regierungsbeteiligung in nächster Zeit aus. Allerdings ist die Differenz von Joschka Fischer zu Otto Schily mit Sicherheit geringer, taktischer Art als die strategische zu den Ökosozialisten. Spricht Otto Schily vom „Juniorpartner“ der SPD, als der die Grünen diese „aus ihrer Entzerrung lösen“ sollen, widerspricht Fischer ihm schon, daß dies nicht angesagt sei. Aber auch er weicht ab wünschenswerter Entwicklung. „Die Grundtendenz läuft auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß“ hinaus, Karl Kerchgens und die hessischen Realpolitiker begreifen ihre hessische Tolerierung auch nur als Zwischenspiel zur nächsten Stufe, der Regierungsbeteiligung.

## Ein grünes Koalitionskonzept

Eine neue Variante zukünftiger „Realpolitik“ hat sich jetzt in NRW zu Wort gemeldet und hat dort starke Positionen in den Parteigremien. In ihrem Artikel „Chancen Perspektiven Strategien“ (in „Kommune“, 11.84) entwurfte die Verfasser (Gabriel Falkenberg, Erhart Müller und Helmut Wie-

sen) ihr mittelfristig ausgelegtes „grünes Koalitionskonzept“, das sie in scharfer Abgrenzung zur „Hamburger Tolerierung“ wie der Ökosozialisten sehen. Die mageren hessischen Ergebnisse vor Augen, fordern sie Abschied zu nehmen von der „heiligen Kuh“ Tolerierung, denn die „Entwicklung in Hessen hat deutlich gemacht, daß Tolerierung alle Nachteile einer Koalition und kaum einen ihrer Vorteile hat“. Allerdings sehen die Autoren die Bedingungen für ihr angestrebtes „grünes Koalitionskonzept“ noch nicht erfüllt, da hierfür

- „mittelfristig ... die Wahlbasis der Grünen noch zu schwach“ ist,
  - das Projekt so lange „unreal“ ist, wie die SPD die Grünen nur „aufsaugen“ will, in ihnen aber „keine eigenständige, ernstzunehmende Kraft, mit der man unter Umständen kooperieren kann“, erkennt,
  - „keine ministriellen Personen“ bei den Grünen vorhanden seien,
  - dessen „noch jede Vorstellung zu einem spezifisch grünem Koalitionskonzept“ fehlt
- „Aber langfristig sehen wir keine erfolgversprechende Alternative zu einer — was Parlament, Verwaltung, Regierung angeht — reformatorischen grünen Partei, die ihre fundamentalen Inhalte — realpolitisch umsetzt, wobei die fundamentalen Ideen den Grundbestand, die prägende Identität der Partei ausmachen“. Daher sollte man eine „Koalition im Bund für die erste Hälfte der 90er Jahre (oder früher?) nicht ausschließen (das heißt auch: Vorsorge dafür treffen!“).



Wie die „fundamentale Identität“ im „reformatorischen“ Bündnis mit der Systempartei SPD „realpolitisch“ — ist, das man nicht selbst nicht ausschließen

Wie die „fundamentale Identität“ im „reformatorischen“ Bündnis mit der Systempartei SPD „realpolitisch“ verwirklicht werden soll, bleibt entweder der Phantasie überlassen oder klärt sich vielleicht dadurch auf, daß die Verfasser die Grünen „jenseits des alten Bi-Polarismus CDU/SPD“ wählen (als ob der linke Pol mit der SPD ausgeschöpft wäre!). Was in ihrer Vorstellung weder Koalition mit der SPD ausschließt noch Gemeinsamkeiten mit der CDU, die in „direkten Gesprächsangeboten öffentlich auf die Einlösung wertorientierter Versprechen verpflichtet werden soll“ (als da sind: „Heimat, Familie, Gemeinschaft, Freiheit“ sind von der CDU pervertierte Werte“). „Förderungswürdige Rasse“ in der CDU sollen durch „das Herausarbeiten möglicher punktueller Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und Teilen der CDU z.B. in den Fragen des Umweltschutzes, des Verhältnisses zu Staatsapparaten oder der Sozialpolitik“ vertieft werden.

Kernpunkt dieses Konzepts ist also die Definition der Grünen als weder rechts noch links (was zumindest derzeit nicht der Einschätzung entspricht, die die Wähler von dieser „neuen linken Partei“ haben, siehe „Spiegel“ Ennid-Umfrage). Daß diese neue Kraft dennoch mit rechts wie „links“ kann und „reformatorische“ Politik betreiben soll, muß mühsam gemacht werden gegenüber der Orientierung, die für die NRW-Wahlen 1985 ausgegeben wird. Einen Ministerpräsidenten Rau will man auf der Grundlage weniger unverhandelbarer Überlebensforderungen wählen — „etwa des Ausbaus aus der Atomenergie, in der Frage des mittelfristigen Ausbaus aus dem Ökonomie- und verantwortungslosen Braunkohleabbau, in der Frage der Konversion der chemischen Industrie, in der Frage des Einbaus in eine neue dezentrale Energieversorgung“. Solche zu erwerbenden Forderungen müssen „realistisch, das heißt landespolitisch umsetzbar sein“ und so beschaffen, daß bei Ablehnung durch die SPD deutlich werde, daß diese keine „wirklich ökologische Politik“ und auch keine drastischen

Veränderungen des Wirtschafts- und Sozialsystems wolle.

Und hier nimmt die reale Politik bei den Grünen einen kuriosen Verlauf. Faktisch schlagen die drei für die Landtagswahl 1985 ein auf ökologische Knackpunkte konzentriertes Tolerierungspaket vor, das bei allem Mißtrauen in die Härte der „unverhandelbaren Forderungen“ von Teilen der Ökosozialisten durchaus getragen wird und die Schärfe der Ablehnung der „Hamburger“ kaum begründet. So ist die Erklärung für den NRW-Landesparteitag im Dezember u.a. von zwei der „Kommune“-Autoren und vom Ökosozialisten Rudolf Böck mit verfaßt worden. Die sich abzeichnende Einigung ist dabei möglicherweise geeignet, die strategische Differenz (soweit sie denn noch eine ist?) zu verdecken.

Eine ähnliche Verlaufsform ist auch auf dem Bundesparteitag denkbar, da ja niemand die Koalition sofort will. Bleibt es beim Offenhalten der bündnispolitischen Strategie der Grünen, spricht vieles dafür, daß die Macht des Faktischen eher als die bislang zähe Debatte Weichen stellen könnte. Im Rausch von zunehmenden Wahlerfolgen und Mandaten droht die politisch-strategische Diskussion zu versacken. Die Gefahr dieser Entwicklung ist um so größer, als mit der Welle neuer Wähler ein in Richtung SPD-Zusammenarbeit drängender reformerischer Erwartungsdruck auf die Grünen zukommt. Das Stimmabgeben vieler Wähler von ihrer bisherigen Partei heißt ja nicht automatisch, daß man sich von deren Zielen und Ideologie gelöst hat. Zusätzlich erschwerend kommt für die Grünen hinzu, daß die Wucht einer Vielzahl von Mandaten (ca. 1.300 bis 7.000 Mitglieder in NRW, dazu alle möglichen zu besetzenden Räte und Ausschüsse, teilweise noch, Rotierer und nicht zu vergessen der Apparat!) bewirken wird, daß immer mehr Kraft der Grünen zwangsläufig im parlamentarischen Bereich gebunden wird, ohne daß es ein Äquivalent an Arbeit und praktischen Bemühungen im außerparlamentarischen Bereich gibt. Eine Entwicklung, die auch in solchen Landesverbänden der Grünen wie der Hamburger GAL oder der Westberliner AL zu beobachten ist. Die damit verbundene Verparlamentarisierung der Parteipraxis ist eine Seite des Problems, die prägend für die Zukunft werden kann. Die andere, damit zu-

gehörig, ist die Verparlamentarisierung der Parteipraxis ist eine Seite des Problems, die prägend für die Zukunft werden kann. Die andere, damit zusammenhängende, ist die bedrohliche „Versaualichung“ der Grünen, die Gefahr laufen, immer weniger aus eigener Initiative und Aktivität heraus Politik zu machen, sondern immer mehr als Reaktion auf parlamentarische Vorgaben und Zwänge. Dies wird um so mehr der Fall sein, wie grüne Politik außerparlamentarische Kräfte absorbiert und wie außerhalb linken politische Bewegungen in ihrer Arbeit nachlassen. Dieses Ergebnis könnte dann leicht zur Legitimierung des überwiegend parlamentarischen Handelns herhalten.

## Welche strategische Orientierung der Linken?

Der sozialistischen und kommunistischen Linken in der BRD kann die Entscheidung über die bündnispolitische Zukunftsorientierung der Grünen nicht einfach egal sein. Immerhin hat diese Partei einen großen Teil der politisierten Linken aus den sechziger und siebziger Jahren aufgezogen, hat sie es geschafft, sich von rechten politischen Einflüssen & la Grühl und Springmann freizumachen, und ist heute zweifellos ohne Hoffnungsträger für eine andere Politik als die von den bisherigen Systempartnern repräsentierte Gleichzeitigkeit hat sie es — erstmalig in der BRD-Geschichte — geschafft, der Sozialdemokratie in nennenswerter Weise das reformorientierte Potential in der Bevölkerung freizugeben zu machen. Die bündnispolitische Entscheidung der Grünen wird daher auch mit darüber bestimmen, ob diese Hoffnungen wie schon viele zuvor wieder einmal daran zerbrechen, daß es nicht gelingt, den einmal erreichten Ansatz links von der SPD auszubauen — daß dieses Scheitern diesmal nicht über die SPD direkt, sondern vermittelt über die Zähmung der Grünen erfolgt — oder ob die Grünen die Kraft besitzen, sich die Option

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

nal eine Weiterentwicklung nach links offenzuhalten. Auf breiter Ebene vermittelt sich die Aussicht auf eine notwendige Abkündigung von der SPD heute ausschließlich über eine solche linke Entwicklung der Grünen. Die verbleibende politische Zirkulation besteht aus der Kreis herum. Linke Sozialdemokraten, in einem Schlepptau solche Gruppen wie DLR, SOST, „Revier“ oder auch die GIM, versuchen die eigene Schwäche demgegenüber durch offensichtliche Orientierung auf eine oppositionsgewandte SPD zu verdecken. Ihr Lieder von „runder Tisch“ im Jahr 1987 behaupten die Grünen und das sich um sie sammelnde Potential einzig und allein aus der Sichtweise eines im „Kampf gegen rechts“ notwendigen Bündnispartners der SPD, nicht aber als von links zu stützende Kraft in Abkündigung von der SPD. Ihre Strategie — die ja nicht zum erstenmal gescheitert wäre — würde das Wohl und Wehe eines solchen Bündnisses von der inneren Linksentwicklung der SPD abhängig machen.

Man muß als Linker ja kein Grüner sein und mit etwas historischer Kenntnis und einem halbwegs funktionierenden Gedächtnis ausgestattet die Ausweglosigkeit eines solchen Weges zu erkennen. Für grüne Tolerierungspolitik gegenüber der SPD heißt dies aber auch, Bedingungen und Grenzen radikal-reformistischer Politik zu erkennen.

Das politische Wollen der herrschenden Inhaber politischer und finanzieller Macht begrenzt den Spielraum für Reformen ebenso wie die ökonomische Entwicklung, die den Rahmen für Umverteilung zunehmend verengt. Reformpolitische Erwartungen an die Grünen dürfen von diesen nicht einfach durch einen Warenkatalog von Versprechungen übergangen werden. Aufgabe grüner Politik müßte es sein, den zahlreichen neuen Wählern, die die Partei einfach nur als die bessere Reformpartei betrachten, mit der tatsächlichen Verteilung politischer Macht zu konfrontieren. Hier aber hat die „vierte Redpolitik“ ihre Grenzen, denn nicht alles, was logisch und machbar erscheint, ist es unter den gegebenen Machtverhältnissen auch.

Die SPD-Mehrheit „Zwang“ zu kleinen Schritten aber ist es, der reformistische „Mittelweg“ begrenzt. Grenzen, denn nicht alles, was logisch und machbar erscheint, ist es unter den gegebenen Machtverhältnissen auch. Der daraus abgeleitete „Zwang“ zu kleinen Schritten aber ist es, der reformorientierte Politik der SPD kennzeichnet. Grüne alternative Politik müßte daher auch deutlich die Grenzen des gegebenen Systems aufzeigen und sich also grundlegend von SPD Reformpolitik unterscheiden. Nicht Handel mit der SPD, nicht Koalition als Perspektive, sondern solche Tolerierungspolitik, die kuppelnd am Bewußtsein reformorientierter Wähler von Grünen und SPD um die politische Hegemonie über dieses Reformpotential kämpft, wie es das Ziel einer solchen Politik verbleibt es gerade, in erster Linie die „Landes- oder „Landespolitische Machbarkeit“ in den Vordergrund zu stellen, in einem solchen Fall wäre tatsächlich „Kompromiß und Parlamentarisierung“ die einzige Folge. Linkgrüne Politik der Tolerierung müßte daher als strategisches Ziel die Gewinnung der eigenen Wählerbasis für definierte Zielsetzungen in den Vordergrund stellen. Eskalation von der SPD statt Angleichung an sie wäre die Voraussetzung hierfür. Inhaltliche Zielsetzungen müßten daher als Tolerierungsfordernisse formuliert werden, daß sie in der nächsten Zeit wesenlich besser in Einklang mit sozialdemokratischer Politik kommen. Dabei wäre bedacht, daß die „ungrünen und außergrünen Meinungen“ der Reduktion auf ökologische Fragen aufzubrechen und alle wesentlichen Bereiche alternativer Politik zum Gegenstand einer solchen Tolerierungslinie zu machen. Bereits die Reduzierung auf Ökologie stützt die Meinung von den Grünen als Korrektiv zur etablierten Politik. Linkgrüne Ziel müßte es aber sein, die Systemopposition umfassend ab repräsentieren. Nicht Bündnis um jeden Preis, sondern Bündnis um den Preis einer anderen Politikrichtung wäre die Aufgabe, nicht Machtbeteiligung, in welcher Form von Regierungsbeteiligung auch immer, sondern eine andere Verteilung der Macht. Eine solch offen formulierte radikale Reformpolitik entspricht zweifellos nicht dem derzeitigen Stand der SPD. Will man sich um den Machteinsatz auf diesen Stand begeben, landet man dort, wo die SPD bereits einmal, 1969, begonnen hat, in dreizehn Jahren Reformhoffnungen zu enttäuschen. Die Grünen wären das Warten nicht wert, würden sie unter anderen Vorzeichen einer ähnlichen Entwicklung den Weg bereiten.

## DGB und GRÜNE: Näherungen?

Ein grüner Gesetzentwurf zum Verbot der Ausperrung, ein neues grünes Arbeitszeitgesetz, grüne Gesetzesentwürfe zur Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe — die Grünen haben eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen aufgegriffen und in die Parlamente getragen. Annäherung an die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften entdecken den Umweltschutz. Zuvorstand den arbeitsplatzschaffenden Effekt von Umweltschutz, den Gesundheitschutz am Arbeitsplatz — aber auch: Waldsterben, Tempolimit, Abgaskatalysator und die verschmutzte Nordsee. Annäherung an die Grünen?

Oder gewerkschaftlicher Nachvollzug wie üblich mit zeitlicher Verzögerung sozialdemokratischer Integrationsversuche gegenüber „grünen“ Themen?

### „Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft“

So lautet die Zauberformel des SPD-Oberdenkers Peter Glogz, mit der sozialdemokratische Technologie- und Arbeitsmarktpolitik der Zukunft umschrieben werden soll. „Ökologisch“ für die Vereinnahmung des Umweltschutzes, „modern“ für die Bekämpfung technologischer Zukunftsentwicklung und Industriegesellschaft für das Bekennen zur Marktwirtschaft. Noch in diesen Monaten soll die gesamte Partei, einschließlich der Kanäle in die Gewerkschaften, über diverse Parteischulungen auf dieses Thema ausgerichtet werden. Aufgabe der Gewerkschaften soll es sein, den angeblich arbeitsplatzschaffenden Effekt von neuen Technologien und Investitionen im Umweltschutz zu erkennen und die Zukunftsentwicklung „sozial zu begleiten“. Gewinnen will die SPD „die jüngere technische Intelligenz mit sozialem Bewußtsein“. Parallel besucht Glogz an sozialdemokratischen Gesprächsrunden zu aufgeschlossenen Unternehmern — vermittelt über den Krupp-Manager Rettki-Breit — um sie von der Profiträchtigkeit dieses sozialdemokratischen Unternehmens zu überzeugen.

Die IG Metall hat bereits reagiert. Mitte Oktober hielt sie ihre erste bundesweite Ingenieurtagung ab. Mit einem „Aktionsprogramm Arbeit und Technik“ will sie die „Annäherung an die wissenschaftliche Intelligenz“ erreichen. „Technologischer Sachverständigenrat, der sich an sozialen und humanen Kriterien orientiert“ soll in einem Projekt „Organisierung von Technikern“ für die IG Metall gewonnen werden (Angestellten-Magazin, 11/84).

### Modethema Umweltschutz

In Sachen Umweltschutz und Arbeitsplatz ziehen die Gewerkschaften eifrig mit. DGB-Vorsitzender Breit läßt keine Gelegenheit aus zu betonen, daß „Umweltschutz und Umweltschutztechnologien Bereiche seien, in denen und mit denen heute und in absehbarer Zeit Arbeit geschaffen werden kann“ (WdA, 27.10.84). Die rechte Forderung der IG Bau Steine Erden hat die Arbeitsplatzfrage im Zusammenhang mit umweltfreundlichen Baumaßnahmen entdeckt. Die Eisenbahnergewerkschaft will sogar mit dem (sozialdemokratischen) Bund (für Natur- und Umweltschutz) sowie mit Bürgerinitiativen zusammenarbeiten und weiß bereits das Thema Waldsterben für die eigenen gewerkschaftlichen Interessen zu vermarkten: „Mehr Bahn fahren, den Wald retten“, heißt es, und kein Bundesbahn-Vorstandler dürfte widersprechen. Die ÖTV, kurz nach Erneuerung ihres Beschlusses für Kernenergie, entwirft Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme für die Rettung der Nordsee. Der DGB-Bundesvorstand verkündet aus Anlaß von Zimmermanns „Nordseeschutz-Konferenz“ Vorschläge mit „nachweislich Umwelt-, Arbeits- und Beschäftigungspolitischen Effekten vom erheblichem Ausmaß im Sinne eines qualitativen Wachstums“.

Und da es zur Zeit so schon sympathieweckend scheint, ruft der DGB Bayern zusammen mit dem BUND zu einer Demonstration „Kampf gegen das Waldsterben“ auf.

Unter dem Strich bleibt: Die Übernahme des grünen Themas Umweltschutz durch die Gewerkschaften kennzeichnet kein neues Verhältnis der Gewerkschaften zur kapitalistischen Produktionsweise. Die öffentliche Vermarktung dieses Themas muß unter

Formeln wie Schaffung neuer Märkte und damit auch neuer Arbeitsplätze und berückichtigung vorrangig die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Ansonsten bleibt alles schon unverändert, bzw. stützt auf Modethemen wie Waldsterben, Abgaskatalysator und Tempolimit auf. Wo es den Verursachern an den Kragen gehen mußte, wie im Falle Buschhaus und der Chemendustrie, wo es also gegen die Konzerne gehen mußte, damit aber auch das bisherige gewerkschaftliche Verhältnis zu Arbeitsplätzen — egal welche — infragegestellt wäre, bewegt sich Gewerkschaftspolitik im herkömmlichen Rahmen (vergleiche auch „Gewerkschaften und Umweltschutz“ in AK 250).

Ermittelte Annäherungen zwischen Grünen und Gewerkschaften sind eigentlich nur auf unterer Ebene, in der Gewerkschaftsjugend und in Teilen der wissenschaftlichen Intelligenz des DGB (vor allem im WSI) erkennbar. Sich anbahnende Kontakte zwischen Grünen und DGB und da eher als diplomatisch zu werten, wie auch die Debatte um die Grünen und Koalitionen im DGB zeigt.

### DGB: Gute und schlechte Grüne

Lange hat es gedauert, bis beim DGB erkannt worden ist, daß man mit den Grünen als politischer Faktor rechnen muß. Zeitlich hinken die Gewerkschaften der Diskussion in der Sozialdemokratie hinterher. Reagiert hat der DGB-Bundesvorstand auf eine Offerte der Grünen Bundestagsfraktion, die mit Schreiben vom 1.8.84 um ein Gespräch mit dem DGB ersuchte. Von grüner Seite sollten neben drei Abgeordneten auch als Vertreter der Partei der Bundesgeschäftsführer und Rainer Trampen für den Bundesvorstand teilnehmen. Um das Tauscher zwischen den beiden Organisationen noch ein wenig zu verschönern, nutzten die Fraktionssprecherinnen der Grünen Ernst Breits technologisches Geburtag. Ein Glückwunschtelegramm an Breit wachte ihm „die persönliche Energie der Mut und die Solidarität ihrer Organisation, um die großen Fragen der Gegenwart anzupacken“. Diese netz zu lesende Reakture endet: „Wir hoffen in baldigen Gesprächen mit Ihnen Wege zu finden, daß die traditionsreiche Arbeiterbewegung und die Ökologie- und Friedensbewegung noch dauerhafter und wirksamer zu gemeinsamen Handeln befähigt werden, als dies in der Vergangenheit geschehen ist“ (zu dieser Zeit, am 20.8., war gerade die Pro-Buschhaus Intervention des DGB-Bundesvorstands abgelaufen).

Wenig schmeichelt reagiert der so Umschmeichelte. Der Presse gab Breit am 16.10. bekannt, mit den Grünen sprechen zu wollen, „aber nur mit der Fraktion im Bundestag“. Die Teilnahme des Bundesvorstands lehnte er ausdrücklich ab, „weil keine politische Linie erkennbar sei und welche Gruppe derer die Mehrheit hinter sich habe. Außerdem sei das „Verhältnis der Grünen zur Gewalt“ ungeklärt. Wie viel einfacher ist es die Bereitschaft regelmäßiger DGB-Gesprächspartner aus CDU und FDP, bei denen sogar das Verhältnis zu Kapitalismus und Ausbeutung klar ist.

Vor Breit hatten schon andere DGB-Vertreter Abgrenzungen formuliert. Vorstandsmitglied Blecher sah Hindernisse im Verhältnis der Grünen zur technologischen Entwicklung. Gleichzeitig nahm er ausdrücklich die IG Bergbau in Schutz und wies entschieden den Begriff „Gefährdung“ im Zusammenhang mit der IG Chemie zurück. „Die Diffamierung der IG Chemie trifft auf den gesamten Widerstand des DGB“. Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Gewerkschaftler erklärte keinerlei Übereinstimmung in der Energiepolitik. Sowohl was die bisherige Kohlepolitik angeht, als auch beim Nenn der Grünen zur „Nutzung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken“ sei keine Annäherung möglich.

### Koalitionsdebatte im DGB

Auch wenn es in den DGB-Gewerkschaften ein ungeschriebenes Gesetz gibt, nach dem in den Vorständen mindestens ein CDU-Mitglied vertreten sein muß, und die Gewerkschaftsvorstände aller Einzelgewerkschaften mit deutlichen sozialdemokratischen Mehrheiten ausgestattet

(beides zusammen ergibt die „Einheitsgewerkschaft“). Daher ist Bezugspunkt aller gewerkschaftlichen Überlegungen die SPD. Es gibt bislang keinen Spitzenverband, der sich für ein „rot-grünes Bündnis“ ausgesprochen hat. Ausnahmen gibt es schon mal in den Bezirken, wenn etwa der hessische DGB-Vorsitzende Jochen Rixen in der „Woh der Arbeit“ eine „positive Zwischenbilanz“ des „Zweckbündnisses“ SPD-Grüne zieht (25.10.84).

Überwiegend wird in DGB-Kreisen die Debatte um die große Koalition geführt. Ernst Breit hält sie — nachdem er festgestellt hat, daß die Grünen, so wie sie „sich derzeit darstellen“, „nicht regierungsfähig“ seien (WdA, 18.10.) — aus typisch sozialdemokratischer Begriffen nicht für zweckmäßig, denn: „Eine große Koalition fördert außerparlamentarische Gruppen“. Etwas politischer ist da schon Franz Steinkühler von der IGK: „Nur durch solidarisches Gegenüber, nicht durch „Liebäugeln“ mit einer großen Koalition lassen sich die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Die Selbstkürzung verbietet es einem Gewerkschaftler, sich der gegenwärtig antirendenden Koalition aus Kohnheit und Kapital als zukünftiger Juniorpartner anzuschließen“ (JR, 23.10.). Seine Gewerkschaft, die IGK, scheint eine auf der Linie Oskar Lafontaine konditionierter Zusammenarbeit mit den Grünen nicht auszuschließen, wenigstens die Äußerungen bislang zurückhaltend und in der „metall“ vom 19.10. wird bekämpft, daß die „dritte politische Kraft unter den Parteien“, die Grünen „sich zieren, politische Ämter zu übernehmen“. Aber ob der konsequente Opposition künftig reicht, die Umwelt wirklich zu schützen, das Waldsterben wirklich zu stoppen, ist zu bezweifeln.

### IG Chemie: Pakt mit den Grünen eine Reise ins Ungewisse

Andere im DGB sind da weniger zurückhaltend. IG Chemie-Vorsitzender Hermann Rappe, als Bundestagsabgeordneter wie der IG Bergbau-Vorsitzende Adolf Schmidt einflußreicher Gewerkschaftslobbist auf dem rechten SPD-Flügel, wiederholte auf dem Chemie-Gewerkschaftstag am 2. September sein Lieblingsthema von zwei Jahren, nämlich „gesamtwirtschaftliche Verhandlung“ zwischen Gewerkschaften, Regierung und Unternehmen umweltschädlichen Bandnisse mit der FDP und für ihn zu unsicher, die Grünen würde er am liebsten verbannen und schick ihre Wähler. Wenn man eine Gruppe wählt, die eigentlich keine Verantwortung will, dann hat sie die Stimme nicht verdient. Andere Bündnisse seien notwendig, will man eine „für das Ganze vernünftige Politik machen können“. Gehen es nach ihm, könne es in den Ländern „auch teilweise im Bund, die Konstellation einer großen Koalition geben, von der wir mir ja — und das ist mir längerem bekannt — verspreche, daß ein paar Grundfragen besser gelöst werden können“, womit er die technologische Entwicklung und die Arbeitslosigkeit meinte. In der IG Chemie Zeitung „Gewerkschaftspost“ (11/84 — „Die Grünen — das unkulturbewußte Risiko“) wird gesagt, daß „jeder Pakt mit den Grünen zu einer Reise ins Ungewisse“ werde. Das größte Übel der Grünen (sind) eine gefährliche unsichere Angelegenheit. Selbst auf wirtschaftliche Verhandlungen ist dabei kein Verlaß. „Bei einer wirklichen Regierungsbeteiligung der Grünen in einer Koalition wäre die Unternehmbarkeit noch größer“, wird Oskar Lafontaine zurechtgewiesen. Also Handel mit den Grünen, geht die IG Chemie doch davon aus, daß der Spuk bald vorbei ist. „Verweigern sich die Grünen ihrer politischen Verantwortung, wird es sehr bald zu Enttäuschung und Reue kommen bei der grünen Wählererschaft kommen.“

### IG Chemie: Pakt mit den Grünen eine Reise ins Ungewisse

in der IG Bergbau, seinem Vorsitz im größten SPD-Unterbezirk des Landes Nordrhein-Westfalen und seinem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen (in Bezirk und Stadt konnte die SPD entgegen dem Landesrend hinzugewinnen — der Dortmunder Bürgermeister legte in seinem eigenen Wahlkreis sogar 9,2% zu) erwacht auch er Werbung für große Koalitionen zu machen. Grüne sind „keine Freunde der Arbeitnehmer“, Gewerkschaften dürfen „nicht zu Handlungen für die bunteheckige Mischung einer solchen politischen Gruppierung“ werden. Ohne die Grünen direkt in diesen Zusammenhang zu bringen, weißt er, daß die Demokratie sich gegen „Rechts- und Linksextremisten“, „Faschisten und Kommunisten“ durchsetzen habe. Variiert er sein ewig junges Lieblingssthema: „Soll unser Land dem untergeordnet werden?“ fragt er, als grüner Bedrohung. Nichts. Die „klassischen Parteien“ sollten sich „ohne die regierungsfähigen Grünen“ so verhalten, daß sie „die Verantwortung für unseren demokratischen Staat und seine Stabilität weiter tragen können — allein und gemeinsam“ (wie Zitate aus „einheit“ 1.11.84). Niggemeler Erfolgsezept: „Unsere deutliche Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten hat in der Industriearbeiterbewegung, aber auch in Kreisen der Mittelstände das sichere Gefühl vermittelt, daß sie sich auf die kleine SPD verlassen können“ (Zitert nach: FAZ, 6.11.). Seine Warnung vor den Grünen: „Hier wird nicht auf vom Historikern beklagt, daß z.B. Hitler „Mein Kampf“ und Stalins Schriften nicht gelesen worden sind“ („einheit“, 15.11.84). Mit einem wenig repräsentativen der Mißerfolge der nach wärmestrebenden SPD unter 1. und 2. und Lang bei den Kommunalwahlen. Die ökologisch und friedliebenden Vordenker der SPD kommen auch von daher, wo jetzt die Grünen das Rennen gemacht haben. Niggemeler empfiehlt der SPD demgegenüber, daß doch Rappe, Döding, Adolf Schmidt und Breit als „beständige Gewerkschaftler (und Sozialdemokraten dazu) geeignete Kandidaten“ für die Partei wären. Was Glogz nach diese IGK-Gewerkschaftler aus der IG Bergbau und, hat ihr Vorsitzender Adolf Schmidt mit unfreudvoller Kritik zum besten gegeben: „Buschhaus wird einmal der Walfahrtst der Umweltschützer, weil diejenigen, die für die jetzt dort gefundene Lösung am bestmöglichen beschimpft werden, ihren Weg nicht verlassen haben“ (Interview in der „Westfälischen Rundschau“, 11.10.84).

### Döding: „Gewerkschaften tragen diesen Staat“

Einer der bürgerlichen Leitungsgegner der Grünen in den Gewerkschaften ist

der NCG-Vorsitzende Döding. Er dürfte in der „FAZ“ (24.8.84) ausführlich die Ablehnung dieser Parteien durch die Gewerkschaften mit einem Gaskommentar im Wirtschaftsteil begründen. Döding hebt in seiner Argumentation vor allem auf zweierlei ab: 1. Die Gewerkschaften sind staatsfeindlich, trotz vieler Kritiken „sagen wir diesen Staat“ („einheit“, 11.84), anders als die Grünen verweigern sie sich nicht: „Wenn sich die deutschen Gewerkschaften noch 1945 ebenso verhalten hätten, würden wir immer noch in Trümmern leben“ (Interview in BILD-Zeitung, 20.10.84) lautet seine pro-kapitalistische Atomreaktor-Philosophie. 2. Die Grünen und Demokratisierung, wie Rotationsprinzip, imperatives Mandat und Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol zeigen würden (FAZ, 24.8.). Ihre Nichtbeteiligung an Regierungen sei ein „Mißtrauensvotum gegen unsere demokratischen Institutionen“, eine „unparlamentarische Haltung“. Döding willert auch Weimarer Verhältnisse: „Wo sich nämlich keiner mehr für das Ganze verantwortlich fühlt, herrscht ungezügelter Machtkampf“ („einigkeit“, 11/84). Daher seine Konsequenz: „CDU und FDP waren stets vor grünem Chaos. Dann müssen sie auch die Konsequenzen ziehen und bei einem entsprechenden Wahlausgang eine SPD-Minderheitsregierung stützen oder sogar Koalitionen mit ihr eingehen“ (Interview in BILD, 20.10.).

### Niggemeler: „Bündnisse mit den Grünen sind in der Industriearbeiterbewegung nicht gefragt“

Hört der Chefredakteur der IG Bergbau Zeitung „einheit“ ganz sehr er dunkelrot. Mit seiner Machtposition in der IG Bergbau, seinem Vorsitz im größten SPD-Unterbezirk des Landes Nordrhein-Westfalen und seinem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen (in Bezirk und Stadt konnte die SPD entgegen dem Landesrend hinzugewinnen — der Dortmunder Bürgermeister legte in seinem eigenen Wahlkreis sogar 9,2% zu) erwacht auch er Werbung für große Koalitionen zu machen. Grüne sind „keine Freunde der Arbeitnehmer“, Gewerkschaften dürfen „nicht zu Handlungen für die bunteheckige Mischung einer solchen politischen Gruppierung“ werden. Ohne die Grünen direkt in diesen Zusammenhang zu bringen, weißt er, daß die Demokratie sich gegen „Rechts- und Linksextremisten“, „Faschisten und Kommunisten“ durchsetzen habe. Variiert er sein ewig junges Lieblingssthema: „Soll unser Land dem untergeordnet werden?“ fragt er, als grüner Bedrohung. Nichts. Die „klassischen Parteien“ sollten sich „ohne die regierungsfähigen Grünen“ so verhalten, daß sie „die Verantwortung für unseren demokratischen Staat und seine Stabilität weiter tragen können — allein und gemeinsam“ (wie Zitate aus „einheit“ 1.11.84). Niggemeler Erfolgsezept: „Unsere deutliche Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten hat in der Industriearbeiterbewegung, aber auch in Kreisen der Mittelstände das sichere Gefühl vermittelt, daß sie sich auf die kleine SPD verlassen können“ (Zitert nach: FAZ, 6.11.). Seine Warnung vor den Grünen: „Hier wird nicht auf vom Historikern beklagt, daß z.B. Hitler „Mein Kampf“ und Stalins Schriften nicht gelesen worden sind“ („einheit“, 15.11.84). Mit einem wenig repräsentativen der Mißerfolge der nach wärmestrebenden SPD unter 1. und 2. und Lang bei den Kommunalwahlen. Die ökologisch und friedliebenden Vordenker der SPD kommen auch von daher, wo jetzt die Grünen das Rennen gemacht haben. Niggemeler empfiehlt der SPD demgegenüber, daß doch Rappe, Döding, Adolf Schmidt und Breit als „beständige Gewerkschaftler (und Sozialdemokraten dazu) geeignete Kandidaten“ für die Partei wären. Was Glogz nach diese IGK-Gewerkschaftler aus der IG Bergbau und, hat ihr Vorsitzender Adolf Schmidt mit unfreudvoller Kritik zum besten gegeben: „Buschhaus wird einmal der Walfahrtst der Umweltschützer, weil diejenigen, die für die jetzt dort gefundene Lösung am bestmöglichen beschimpft werden, ihren Weg nicht verlassen haben“ (Interview in der „Westfälischen Rundschau“, 11.10.84).

in der IG Bergbau, seinem Vorsitz im größten SPD-Unterbezirk des Landes Nordrhein-Westfalen und seinem Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen (in Bezirk und Stadt konnte die SPD entgegen dem Landesrend hinzugewinnen — der Dortmunder Bürgermeister legte in seinem eigenen Wahlkreis sogar 9,2% zu) erwacht auch er Werbung für große Koalitionen zu machen. Grüne sind „keine Freunde der Arbeitnehmer“, Gewerkschaften dürfen „nicht zu Handlungen für die bunteheckige Mischung einer solchen politischen Gruppierung“ werden. Ohne die Grünen direkt in diesen Zusammenhang zu bringen, weißt er, daß die Demokratie sich gegen „Rechts- und Linksextremisten“, „Faschisten und Kommunisten“ durchsetzen habe. Variiert er sein ewig junges Lieblingssthema: „Soll unser Land dem untergeordnet werden?“ fragt er, als grüner Bedrohung. Nichts. Die „klassischen Parteien“ sollten sich „ohne die regierungsfähigen Grünen“ so verhalten, daß sie „die Verantwortung für unseren demokratischen Staat und seine Stabilität weiter tragen können — allein und gemeinsam“ (wie Zitate aus „einheit“ 1.11.84). Niggemeler Erfolgsezept: „Unsere deutliche Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten hat in der Industriearbeiterbewegung, aber auch in Kreisen der Mittelstände das sichere Gefühl vermittelt, daß sie sich auf die kleine SPD verlassen können“ (Zitert nach: FAZ, 6.11.). Seine Warnung vor den Grünen: „Hier wird nicht auf vom Historikern beklagt, daß z.B. Hitler „Mein Kampf“ und Stalins Schriften nicht gelesen worden sind“ („einheit“, 15.11.84). Mit einem wenig repräsentativen der Mißerfolge der nach wärmestrebenden SPD unter 1. und 2. und Lang bei den Kommunalwahlen. Die ökologisch und friedliebenden Vordenker der SPD kommen auch von daher, wo jetzt die Grünen das Rennen gemacht haben. Niggemeler empfiehlt der SPD demgegenüber, daß doch Rappe, Döding, Adolf Schmidt und Breit als „beständige Gewerkschaftler (und Sozialdemokraten dazu) geeignete Kandidaten“ für die Partei wären. Was Glogz nach diese IGK-Gewerkschaftler aus der IG Bergbau und, hat ihr Vorsitzender Adolf Schmidt mit unfreudvoller Kritik zum besten gegeben: „Buschhaus wird einmal der Walfahrtst der Umweltschützer, weil diejenigen, die für die jetzt dort gefundene Lösung am bestmöglichen beschimpft werden, ihren Weg nicht verlassen haben“ (Interview in der „Westfälischen Rundschau“, 11.10.84).

Kommunikation Betrieb & Gewerkschaft



# Vier Wochen grünes Treiben in Bonn

## Der alltägliche Parlamentarismus

Was machen die Grünen im Bundestag? Sie ärgern die Zeugen im Misk-Untersuchungsausschuß. Sie „verunglimpfen“ staatliche Würdenträger und werden dafür am dem Plenarsaal gewiesen. Manchmal kaufen sie sogar mitten in der Nacht Schnaps auf einer Autoshowerstraße. Häufig liegen sie sich untereinander in den Haaren.

Neben diesen mehr oder weniger spektakulären Auftritten, die die ARD-„Lageberichter“ und die Pressegeier beschuldigen, leisten sie aber auch eine Menge weniger auffälliger, alltäglicher Oppositionsarbeit. Aus den vergangenen vier Wochen dokumentieren wir Ausschnitte aus den grünen Aktivitäten im und um das Parlament. Zitiert wird ausschließlich aus Presseerklärungen und sonstigen eigenen Veröffentlichungen der Grünen. Auf kritische Randbemerkungen wird dabei verzichtet. Wenn sie hier und da unverzichtbar scheinen, möge sie sich selbständig dazu denken.

(Zusammenstellung, Jz./Hamburg)

### Gegen die Neue Armut

Die Bekämpfung der „Neuen Armut“ entwickelt sich mehr und mehr zum Schwerpunkt grüner Sozialpolitik. Cieslitzki auf die Erhebungen der vor einigen Wochen veröffentlichten IAB-Studie zu diesem komplexen Thema. Die Grünen haben sich zu diesem Thema schon jetzt mit 15 % der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Dieser Anteil soll nach den Plänen der Regierung auf 20 % im Jahr 1985 ansteigen. Die Grünen fordern, dass der Anteil auf 25 % erhöht wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die soziale Lage der Arbeitslosen zu verbessern.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den Anteil der Arbeitslosen auf 20 % im Jahr 1985 zu senken. Die Grünen fordern, dass der Anteil auf 25 % erhöht wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die soziale Lage der Arbeitslosen zu verbessern. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den Anteil der Arbeitslosen auf 20 % im Jahr 1985 zu senken. Die Grünen fordern, dass der Anteil auf 25 % erhöht wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die soziale Lage der Arbeitslosen zu verbessern.

Die Grünen im Bundestag schlagen daher drei „Maßnahmen“ vor: 1. Die Bundesregierung für Arbeit zahlt ab sofort wieder die vollen Beiträge für die Rentenversicherung der Arbeitslosen; 2. Die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld wird von einem Jahr auf mindestens 1 1/2 Jahre erhöht; 3. Die Bundesregierung für Arbeit hat einen angemessenen Bundeszuschuß zu erhalten.

Anlaß der Veröffentlichung des Arbeitsmarkterichts für den Monat Oktober machte der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Eckhard Steinmann, auf einige Fakten aufmerksam, die in der „tatsächlichen Präsentation des Nürnberger Zahlenwerks“ nicht erwähnt werden: Tatsächlich muß man von 3 Millionen Arbeitslosen ausgehen, die nicht gemeldet sind. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat im Vergleich zum Vorjahr um 30 % zugenommen. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen erhält weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenrente. „Arbeitslose zahlen gegenwärtig zu den vollen Beiträgen der Rentenversicherung, während die Gruppen der Gewerkschaften, insbesondere die Langzeitarbeitslosen, von einem unbegrenzten hohen Beitragssatz ausgenommen sind. Es ist deshalb notwendig, eine existenzsichernde Grundabsicherung für Arbeitslose zu entwickeln.“

Dieser Gedanke findet sich auch in dem am 14.11. der Öffentlichkeit vorgelegten grünen „Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut“. Danach sollen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenrente auf mindestens 950 DM monatlich aufgestockt werden. Durch Bundeszuschuß sollen auch die Regelwage in der Sozialhilfe um 30 % (gleich 100 DM) angehoben werden. Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern soll außerdem die verbilligte oder kostenlose Nutzung öffentlicher Dienstleistungen ermöglicht werden.

### Alternativer Arbeitszeit-Gesetzentwurf

Schließlich soll noch ein grüner Änderungsantrag zum Arbeitsförderungs-gesetz, die Gründung selbstverwalteter Betriebe erleichtern und unterstützen. Einen weiteren „Beitrag zur Entschärfung des Arbeitslosenproblems“ versprechen sich die Grünen von ihrem „alternativen Arbeitszeitgesetzentwurf“, der die „Umverteilung von Arbeit auf mehr Beschäftigte und auf andere notwendige Formen außerhalb der Erwerbsphase“ zum Ziel hat. Zu diesem Zweck sollen die zulässige Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und die Zahl der zulässigen Überstunden von zwölf auf zwei Stunden pro Woche verringert werden. „Anderserseits wird den Arbeitnehmern zur Erreichung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben — außerhalb der Erwerbsphase, z.B. gesellschaftspolitische Betätigung, Fortbildung, Kinderbetreuung — die Möglichkeit eines zeitlich begrenzten Teilrückzugs aus der Erwerbsphase eröffnet, ohne daß das den Verlust des Arbeitsplatzes oder eines selbstständigen Existenzsichernden Einkommens nach sich zieht.“

### Verschwendungsdokumentation

Daß ihre sozialpolitischen Forderungen

### Verschwendungsdokumentation

Daß ihre sozialpolitischen Forderungen — zumindest theoretisch — finanzierbar sind, haben die Grünen in einer im Oktober vorgelegten „Verschwendungsdokumentation“ nachzuweisen versucht. „In der ausführlichen Dokumentation sind im einzelnen aufgeführt: a) zerstörerische und überflüssige Großprojekte (Gesamtsumme 80 Mrd. DM), unter anderem für: — Fernstraßenbau 30 Mrd.; — Breitbandverflechtung 6,7 Mrd. DM; — Airbus 6,6 Mrd. DM; b) ungerechtfertigte Privilegien aus Steuermitteln (Gesamtsumme 214 Mrd. DM) Beispiele: — Einkommen-

### Borgmann: Wiederwahl Reagans eine schlimme Sache

Zur Wiederwahl von Ronald Reagan zum Präsidenten der USA erklärt Anne Borgmann, Fraktionssprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG.

Die Wiederwahl von Ronald Reagan ist eine schlimme Sache. Sie bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit vier weitere Jahre wahnwitziger Aufrüstung und offener Kriegsdrohung, vier weitere Jahre wirtschaftliche Erpressung und Ausplünderung der 3. Welt-Länder durch die US-Hochzinspolitik und eine Fortführung des Feldzuges gegen die Armen und die Minderheiten in den USA selbst.

Durch seine Wiederwahl wird Präsident Reagan außerdem in die hochpolitische Lage kommen, die Folgen seiner Wirtschaft- und Haushaltspolitik selbst vertreten zu müssen. Niemand wäre zu beneiden, der sich mit der von ihm hinterlassenen Lawine von Aufrüstungsschulden auseinanderzusetzen hätte.

Wir wünschen den amerikanischen Basisbewegungen und den Völkern in der 3. Welt — ganz besonders dem Volk von Nicaragua — langen Atem und viel Mut in ihrem Kampf gegen die US-amerikanische Weltbeherrschungsmaschine.

Die Bundesrepublik hat keine andere Wahl. Sie muß und kann sich der US-Aufrüstungspolitik verweigern.

steuerreform“ zugunsten der Besserverdienenden 84 Mrd. DM; — Exportsubventionen 90 Mrd.

c) Ausbau des Militärapparates (Gesamtsumme 92 Mrd. DM) Auf diese Weise gehen bis 1990 rund 385 Mrd. DM verloren. Angesichts der dringend notwendigen Investitionen im Umwelt- und Sozialbereich, für die angeblich kein Geld vorhanden ist, kann diese Ausgabenpolitik des Bundes nur als unverantwortlich bezeichnet werden. Wer wie der Bundesfinanzminister Stoltenberg Ausgaben für lebensnotwendige Zukunftsvorsorge verweigert und gleichzeitig Geld für unsolide, unrentable und fragwürdige Großpro-

jekte in Milliardenhöhe zum Fenster hinauswirft, hat den Anspruch verliert, seriöse - Spatpolitik zu betreiben.

### „Wörmers Milliardenpläne durchkreuzen“

Zur Verlängerung des Grundwehrdienstes, durch den die „jungen Leute (zum) Spielball homogenen Politikinteresses“ wurden, erklären Grünen-Sprecherin Anne Borgmann und Nachrücker Henning Schierholz: Der eigentliche Skandal der Kahrheitsdebatte besteht aber darin, daß es Wörmer geschafft gelungen ist, viel gravierendere Entscheidungen während der letzten Monate aus der öffentlichen Diskussion herauszumanövrieren und damit ohne gründliche Debatte schon jetzt festzuklopfen: „...In den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums befindet sich ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, dessen Umfang und Gefährlichkeit auch in der Friedensbe-

### SPD-Ablehnung einer Grünen Vizepräsidentin ein politisches Armutszeugnis

Zur gestrigen Ablehnung der SPD des Antrags der GRÜNEN IM BUNDESTAG auf Erweiterung der Anzahl der Bundestagsvizepräsidenten erklärt Heinz Suhr, Pressesprecher:

Die SPD ist weiter auf dem Weg zu einer senilen Gruppierung: Während landauf, landab von Sozialdemokraten lauthals beklagt wird, die GRÜNEN wären nicht bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, haßt sich die SPD-Bundestagsfraktion vornehm zurück, wenn es um die demokratische Beteiligung der drittstärksten politischen Kraft geht — ein Armutszeugnis!

Wir freuen uns auf die nächsten Diskussionen, wenn Vertreter der SPD erneut versuchen sollten, die GRÜNEN in die Verweigererreihe zu stellen.

Die Begründung, man habe schon vor eineinhalb Jahren so entschieden und dabei habe es gleichzeitig welche Veränderung sich mittlerweile ergeben haben — erinnert an die Forderung des Nationalsozialismus: „Das haben wir schon immer so gemacht.“ „...“ könnte ja jeder kommen und was verändern wollen... Demokratische Wechselwähler werden diese Haltung zu quittieren wissen.

Könnte ja jeder kommen und was verändern wollen Demokratische Wechselwähler werden diese Haltung zu quittieren wissen

wegung noch nicht richtig erkannt worden ist

1. Allein an Beschaffungsvorhaben (ohne Personal und Sachkosten) sieht die Bundeswehrplanung 1985 Projekte im Umfang von DM 240 Milliarden vor. Diese Planung ist auf der Basis des Jahres 1984 kalkuliert, und wer die Preissteigerungsrate in der Branche kennt, der weiß, daß etwa das Vierfache dieser Summe durchaus viel realistischer ist. Es wird sich also herausstellen müssen, daß diese Planung, die in erster Linie auf eine massive konventionelle Aufrüstung hinaus-

nen Kürzungen von rund 30 % des 30 Mrd.-Rüstungsetats. „Einen vom Umfang und von den der Abrüstungspolitischen Bedeutung her zentralen Platz in den grünen Vorschlägen nehmen die Beschaffungsmaßnahmen ein. Die Bundeswehr ist nach Auffassung der Grünen für den reinen Verteidigungsauftrag hinreichend ausgerüstet (77%) so daß auf Anschaffung neuer Generationen von Schiffen, Panzern, Flugzeugen und Raketen verzichtet werden kann. Das „Beschaffungsmoratorium“ brächte für den Haushalt 85 Einsparungen von 11,7 Mrd. DM. Weitere Kürzungen sollen vor allem im Bereich militärischer Infrastruktur Ausgaben (Gebäude, Flugplätze, Pipelines etc., insgesamt 773 Mio. DM) und bei den Ausgaben, zu denen die Bundesregierung im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft verpflichtet ist (1,4 Mrd.), vorgenommen werden. Darüberhinaus sollen die militärischen Aktivitäten der Bundeswehr (Mantelver, Schießübungen etc.) um 1/3 verringert werden.“ (Ob das dann noch „für den reinen Verteidigungsauftrag hinreichend“ ist?)

(Zum Thema konventionelle Aufrüstung weisen die Grünen auf eine ganz andere, von Fraktions-Sprecherin Anne Borgmann und anderen herausgegebene Broschüre hin: „Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre. Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums.“ 90 Seiten, DM 7,80)

für den Export von Telexnetzen, großen Kraftwerken und industriellen Anlagen, die deutschen Firmen Aufträge sichern, muß nicht. Die Grünen im Bundestag protestieren gegen diese Form der Hilfe als Selbsthilfe.“

Die großzügige Hilfe für die weiße Minderheitsregierung Südafrikas kritisiert der afrikapolitische Sprecher der Grünen, Walter Schweininger. Nach dem in Fernsehberichten gezeigt wurde, wie Südafrikas Truppen Militärlastwagen aus der BRD im Bürgerkrieg gegen die schwarze Befreiungskämpfer eingesetzt werden, ist er verwundert, was von der Bundesregierung bisher immer bestritten wurde: „Daß bundesdeutsche Unternehmen systematisch das UN-Rüstungsembargo gegen Südafrika mit Kenntnis und Billigung der Bundesregierung durchbrechen. Dummerweise ist außerdem eine Fabrik für Motoren, die die Armee herstellt, Siemens produziert in einer neugebauten Fabrik Mikroelektronik. MTU liefert Motoren für Raketenbeschleuniger. Die Firma Abeking & Rasmussen liefert Minenkampfbomben. Gutehoffnungshütte und Varta AG liefern für die von STEAG entworfene Urananreicherungsanlage entscheidende Teile. Dort wird Uran für militärische Zwecke angereichert. Die Rüstungsgüter aus der Bundesrepublik werden aber nicht nur gegen die eigene Bevölkerung, sondern auch gegen Namibia, Angola und andere Nachbarstaaten eingesetzt. Bundesdeutsche Rüstungsfirmen und die Bundesregierung tragen somit eine direkte Verantwortung für Unterdrückung und Krieg im südlichen Afrika.“

### 30.11. in Bonn: Öffentliches Forum „Mit dem Strafrecht gegen Neonazismus?“

Am 11.4.1984 hat die Bundesregierung den Entwurf eines „21. Strafrechtsänderungsgesetzes“ in den in den Deutschen Bundestag eingebracht, wonach diejenigen bestraft werden sollen, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Volkverrats leugnen oder verharmlosen oder die Gegenstände mit NS-Kennzeichen zum Zwecke des Verstoßes oder öffentlichen Verwendens herstellen, vorrätig halten oder einführen.

Sowohl innerhalb der Regierungslager als auch im linken und „alternativen“ Spektrum der Bundesrepublik ist weitestgehend Unverständnis über diesen Entwurf.

Sowohl innerhalb der Regierungslager als auch im linken und „alternativen“ Spektrum der Bundesrepublik ist weitestgehend Unverständnis über diesen Entwurf. Sowohl innerhalb der Regierungslager als auch im linken und „alternativen“ Spektrum der Bundesrepublik ist weitestgehend Unverständnis über diesen Entwurf.

Erstens ist der mit diesem Gesetz verbundene Anspruch („Neonazismus-Gesetz“), es habe zentrale Bedeutung in der Auseinandersetzung mit anwachsendem Rechtsradikalismus und Neofaschismus, zu problematisieren. Demgegenüber sollten die Erscheinungsformen der Rechtsentwicklung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden, die unter heutigen Bedingungen für die Herausbildung autoritärer Herrschaftsformen vermutlich viel größere Relevanz haben: Perfektionierung staatlicher Überwachungs- und Repressionsmechanismen bei gleichzeitiger Einschränkung demokratischer Rechte („Autoritärer Legalismus“), grassierende Ausländerfeindlichkeit / Rassismus als Kernform eines neuen Populismus, die Reformulierung explizit faschistischer Thesen im Überwachungs- und den Gruppen der „Neuen Rechten“.

Zweitens sind die Mittel zu überprüfen, die gegen neonazistische Aktivitäten mit dem 21. StrAG in den Vordergrund gestellt werden. Gegenüber dem Mittel des Strafrechts und damit verbunden der individuellen Schuldzuweisung sind die gesellschaftlichen Ursachen zu diskutieren, die insbesondere Jugendliche unter neonazistischen Einfluß geraten lassen. Um jedoch die Forderung nach gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung als einer Alternative zu Strafrecht nicht einfach nur unüberwindlich zu machen, sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, die den gesellschaftlichen Engagement — gerade im Zusammenhang mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs — nicht ernsthaft zu gefährden, ist zudem die Situation, unter anderem durch die Auseinandersetzung für den parlamentarischen Bereich notwendig.

Von den Grünen nehmen an der Tagung Juchka Fischer, Otto Schily und Henning Schierholz teil. Anmeldungen an den Arbeitskreis Recht & Gesellschaft der Grünen, Bundeshaus HT 408, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 60337-1992.

Tagungsort ist der Fraktionsaal der Grünen im Bundestag, Hochhaus Tulpenfeld, Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1. Beginn: 30.11. 10 Uhr.

### „Innerdeutsches“ Ministerium auflösen!

Eine „positive Signalwirkung“ erhoffen sich die Grünen von der Abschaffung des Ministeriums für innerdeutsche Fragen. Mit einem entsprechenden Beschluß hat sich die Fraktion in der Vergangenheit immer wieder von ihrem (sonst oft unmissenden) deutschlandpolitischen Sprecher Dirk Schneider erheben Forderung entschlossen: „Die Grünen im Bundestag sind der Auffassung, daß ein Ministerium für „innerdeutsche“ Beziehungen historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik ist. Das Ministerium symbolisiert nur noch ein Anspruchsdenken gegenüber der DDR, da alle wichtigen Entscheidungen ohnehin durch das Bundeskanzleramt getroffen werden. 5 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten steht sowohl der juristische Anspruch der Bundesregierung, alle Deutschen im Rahmen der Grenzen von 1937 vertreten zu müssen, als auch die politische Auffassung, daß die DDR nur ein „Gebilde“ sei, das überwunden werden müsse, der Entwicklung weitergehender Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis entgegen.“

### Grüne Imperialismus-Kritik

An Hand von Daten aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit belegen die Grünen, daß „Entwicklungshilfe“ vor allem Hilfe für die bundesdeutsche Wirtschaft bedeutet. So sind in den letzten Jahren „sowohl der Anteil an der Gesamthilfe als auch die absolute Höhe der Fördermittel für landliche Entwicklung zurückgegangen. Die Förderung ländlicher Entwicklung paßt nicht in das Konzept des Ministers, die Entwicklungshilfe für die deutsche Exportförderung zu nutzen.“ Ebenso wurde die Förderung besonders armer Länder (LDC) zurückgeschraubt. „Das Ministerium trägt mit dieser Tendenz der Erkenntnis Rechnung, daß — wie auch aus der Förderung ländlicher Entwicklung — aus den LDC für die bundesdeutsche Wirtschaft und die so genannte Beschäftigungswirkungen vergleichsweise wenig herauszuholen ist. Die Entwicklungshilfe wird lieber



## Wahlen in Baden-Württemberg

## Die Verparlamentarisierung der GRÜNEN

Die Wahlerfolge der Grünen bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (und in NRW) haben auch eine Schattenseite: Die aktiven Mitglieder werden zunehmend durch die Parlamentsarbeit aufgezehrt, die außerparlamentarische Arbeit liegt brach. „Das Standbein wackelt“, heißt denn auch ein Hilferuf aus der Vorstandsebene. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Papier.

## Das Standbein wackelt

Bei den Wahlen am 28. Oktober vervielfachten die Grünen die Anzahl ihrer Stadt- und Gemeinderäte (auf 540), bei den gleichzeitigen Kreistagswahlen gab es sogar einen Mandatsanstieg um uns 16-fache (von 12 auf 195 Räte). Jürgen Maier (LaVo), Birgit Schwarz (L. Geschäftsführerin) und Gabi Gumbel (KV Mannheim) sehen das so (1): „Ganze Ortsverbände (freien sich) umschließen zu diesen Wahlen an — eine Partei parlamentarisiert sich hier sehr viel schneller und vermutlich auch sehr viel gründlicher als erwartet“. In der Tat: Etwa 6000 Mitglieder stehen in Baden-Württemberg mittlerweile über 740 Mandatsträger auf den verschiedenen Ebenen gegenüber, zusammen mit Assistenten, Referenten und technischem Personal sind es gut 1000 „verparlamentarisierte“ Grüne. „Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann diese Leute so von ihrem alltäglichen parlamentarischen Kleinkram aufpassen werden (als bestimmt eben das sein der Bewußtsein, dass die Partei zu einem Anhängsel der zahlreichen Parlamenten strukturiert wird, um quasi als Stütze- und Verflechtungsorgan für ParlamentarierInnen“ beschreiben die Autoren des Papiers.

## Rotation nach oben

In der Partei gibt es eine zunehmende Tendenz, „daß sich der Sachverstand

immer mehr in den Parlamenten konzentriert“. Zwei Beispiele dafür — Vom Anfang an hieß Rotation de facto (...) Rotation von einem Posten ins andere — an der Spitze der neuen Personelle dürfte sich dies auch kaum ändern. Endstation ist dabei in der Regel ein Parlamentarier, Partei-Posten als Sprungbrett ins Parlament.

— „1983, plötzlich war Bundestagswahlkampf — und der 15-köpfige Landesvorstand bestand faktisch nur noch aus 3 Leuten, der Rest (sowie selbst Teile dieser drei) war mit seiner ihrer Kandidatur zum Bundestag beschäftigt.“

Die Gabelung in Partei einerseits, Parlamentarier andererseits „ist mittlerweile bereits für weit weniger strenge Parteipostchen zu beibehalten, z.B. bei Parteitagesteilnahmen. (...) Ein Drittel bzw. ein Viertel kommt schon gar nicht mehr. In vielen Kreisverbänden findet keine politische Delegiertenwahl statt, sondern es wählen zunächst einmal reihenweise Leute ab und auch hier wieder oftmals aktive, erfahrene und daher meist vielbeschäftigte Leute zuerst, und dann findet die Delegiertenwahl nach dem Motto „Wer hat mal Lust, auf 'nem Parteitag zu gehen“ statt. Immer häufiger ist in Delegiertenberichten zu lesen oder zu hören, „...und dann hielten wir nicht mehr durch.““

## Politik und Privates

Ein Grund für die Verparlamentarisierung dürfte sicherlich auch im schwindenden Manpower zu suchen sein: Parlamentsabgeordnete sind relativ gut bezahlt, selbst Gemeinderäte erhalten eine saubere Spesenrückstellung. Politische Arbeit außerhalb der Mandate ist hingegen in der Regel unentlohnt, auch bei den Grünen ein knochenharter Job.

„Für mich war die Dreifachbelastung durch Beruf, Politik und Haushalt auf die Dauer nicht auszuhalten“, begründet Christof Oberdorf seinen Rücktritt aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand.

Zur gleichen Zeit und im selben Greenhous war auch Benita Schulz das Handtuch. Sehr verständlich führte sie dazu aus (2):

„Das heißt: Ich, als meine Tochter, Daniel vor sieben Monaten war ich zuhause in eine Situation geraten, die

mir die Ausübung meines Amtes nicht mehr in dem Umfang möglich machte, wie ich es für richtig und notwendig halte (...). Die einzige Lösung, die ich für mich gesehen hätte — jemanden zu haben, dem ich das Kind halbtags und während meiner Sitzungen anvertrauen kann — ist für uns finanziell nicht

lösbar. Auch innerhalb der Parteihaushalte sind für solche Aufwendungen bisher keine Mittel vorgesehen, was für mich bedeutet, daß Frauen mit kleinen Kindern, die nicht über ein entsprechendes finanzielles Polster verfügen, aus solchen Ämtern ausgeschlossen sind — und mit einem Spesenabstand von 10 Mark pro Sitzungstag sind solche Aufwendungen nicht zu bestreiten.“

Sie finanziert: „Ein typisches Frauenproblem (das auch bei den Grünen) und doch ist es nicht nur ein Problem, von dem Frauen betroffen sind. Es ist ein Problem all jener Leute, die mit beruflichen und privaten Verpflichtungen so viel Zeit verbringen müssen, daß politische Arbeit in einem größeren Umfang nicht mehr leistbar ist: Vor allem Männer und Frauen mit Achtstundentag und Familie, zuweilen nicht ein Familienmitglied bereit ist, hauptverantwortlich die Arbeit im Reproduktionssektor zu übernehmen.“

Als Lösung schlägt sie vor, daß aus der Parteikasse Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, „etwa in Form einer Aufwandsentschädigung für Kinderbetreuung oder Lohnausfall“. Denjenigen, die das dafür notwendige Geld nicht freigegeben wollen, hält sie entgegen: „Für mich ist das eine Frage der Prioritätensetzung und eine Frage dessen, was politisch angestrebt wird.“

## Aus der Not eine Tugend machen?

Auf dem Spiel steht hier allerdings nicht nur, ob aus den Grünen „eine Partei der Studenten, Lehrer, Singles, Hausfrauen und sonstiger zeitlich privilegierten Gruppen“ wird oder ob das so bleibt, wie Benita Schulz meint. Auf dem Spiel steht auch, ob die Grünen „damit allmählich die weitgeschmachten Polster anderer Parteien übernehmen“, was Jürgen Maier und Birgit Schwarz beantragen. Ihn Vorschlag aber würde die Fupolierung der Parteistrukturen zugunsten der Parlamentsarbeit noch beschleunigen: Sie wollen „die Delegiertenfunktion für Parteitage und Landesausschüsse deutlich verkleinern“, anstatt — wie das z.B. in Hessen und anderen LVs durchaus üblich ist — zumbildend für wichtige Themen auch Landes- und Kreisverbände einzuberufen. Das ist entweder schlecht überlegt — oder schlitzohrig.

Jürgen/Stuttgart

1) grüne Bülleten 10/84  
(2) z.B. AZ 9/84

## Kurze Übersicht über die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Die Landesergebnisse der Stadt- und Gemeinderatswahlen die Trends nicht richtig widerspiegeln (siehe CDU und SPD sind nur in einem Bruchteil der Orte mit eigenen Parteistimmen angetreten), veröffentlichten wir mit den Ergebnissen der Kreistagswahlen.

Ausführlicher ist hier nicht der Vergleich mit 1979 (wo die Grünen nur vereinzelt kandidiert hatten), sondern mit der Landtagswahl 1984. Demnach haben die Grünen im letzten halben Jahr „nur“ 0,1% zugelegt. Gegenüber

der Europawahl, wo die Grünen in Baden-Württemberg auf 10,1% kamen, ergab sich sogar ein Rückgang um 1,6%.

Allerdings läßt sich so nicht rechnen: Spezialität des Süddeutschen sind nämlich die Freier Wählervereinigungen (FWV), die nur auf Kommunal- und Kreisebene antreten, dort aber mit großem Erfolg. Bei den Kommunalwahlen wurden sie mit 37,2% zur stärksten Kraft, bei den Kreistagswahlen erhielten sie immerhin 16,6%. Immer wieder ziehen sie die

Stimmen der eigenwilligen und individualistischen Schwaben und Badener auf sich — zum Schaden der „richtigen“ Parteien. Das erklärt einerseits die Verluste der Grünen gegenüber der Europawahl, zeigt aber auch, daß man hier nicht im Wortsinne von Verlusten sprechen kann. Die anderen Parteien gaben nämlich weit stärker an, „die einzige bürgerliche Alternative zu den etablierten Parteien“ (FWV Slogan) ab:

- die CDU 8%
- die SPD 8%
- die FDP die Hälfte ihrer Stimmen

gibt es eine „linke Mehrheit“ nur, wenn man zu den 2 Sitzen der DKP, den 14 der AL und den 13 der SPD auch noch die 10 der eben erwähnten „Freien Liste“ hinzuzählt — außerhalb der eigentlichen Umweltthemen ist die „FL“ allerdings ein schwerkalibrierbarer Bündnispartner.

Hinzu kommt, daß — anders als in NRW — der Oberbürgermeister nicht vom Gemeinderat gewählt wird, sondern direkt von den Bürgern. Ein wichtiger Fixpunkt für SPD/Grüne-Gespräche entfällt somit.

Kein Zweifel besteht daran, daß die Grünen vor allem auf Kosten der SPD gewonnen haben. Deren Schaukelkurs hat sich — vor allem in den Großstädten — nicht ausgerollt. „Sie gilt den Wählern nur mehr als zweitbeste Regierungspartei und auch als zweitbeste Oppositionspartei“, faßt der SPIEGEL zusammen.

## Linke Alternativen?

Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht begünstigt im Grunde linke Alternativkandidaturen. Es gibt keine 5% — Klausel, und der Wähler kann „panaschieren“. Jeder Wähler hatte z.B. in Stuttgart 60 Stimmen, die er auf mehrere Listen verteilen konnte. Das Druckmittel „kleineres Übel“ entfällt weitgehend.

Es spricht für die Stärke der Grünen auf der Wahlhöhe, daß trotz dieser günstigen Bedingungen linke Alternativkandidaturen nicht offen konnten.

In Stuttgart war Jax „Partifreie Bündnis“ des Einzelkommunisten Eugen Eberle nicht mehr zustande gekommen. Ursache waren nicht nur das hohe Alter und die Krankheit des Altstadtrates, sondern auch der Übertritt vieler seiner ehemaligen Mitstreiter zu den Grünen. 1980 hatte das PFB 2,4% erhalten, was Eberle den Wiedereinzug in den Stadtrat gebracht hätte. Die MLPD die in ihrer „Hochburg“ Stuttgart Stärke zeigen wollte, ist es nicht gelungen, dem Bauch Mitternachtsbesuch zu machen. 14 Jahre lang war sie die zweitstärkste Partei

gewinn. Auch im Kampf der „Vorherrschaft der Arbeiterklasse“ nur 2. Sieger. Ihr linke DPK brachte es auf 0,6%, was allerdings auch einen deutlichen Verlust (-0,4%) gegenüber 1980 darstellt. Bemühungen um eine BAL von DKP-Seite waren mangels Masse schon im Juni aufgegeben worden.

In Tübingen verlor die DKP die Hälfte ihrer Wähler an die AL schickte aber immer noch 2 (vorher 1) Stadträte ins Rathaus. Zusammen mit dem DKP Stadtrat in Mannheim (1980 2,2%/1984 2,2%) sind das allerdings die einzigen im „Ländle“, ein Sitz in Ellingen ging verloren. In Freiburg hatte die „Friedensliste“ Glück und schaffte mit 2% (Europawahl, 2,4%) den Einzug hauchdünn. Nicht mehr geschallt hat es die „Bunte Liste“, die mit 1,1% (1980: 2,4%) sogar noch hinter dem Freiburger Unikum „Neit, Lustig, Beibei“ (NIB), einer Punk-Verbindung (1,4%), zurückblieb. In Konstanz hatte eine „Alternative Liste“ mit DKP-Dominanz keine Chance gegen die „Freie Grüne Liste“ (1,1% zu 16,1%), ebenso wenig wie in Heilbronn („AL“: 0,5%, Grüne 11,6%), und in Elmendingen (AL: 1,4% / Grüne 9,1%). Am besten schlug sich die „Demokratische Liste“ in Oerzen (2,6% / Wyl 1,1% / DL: 3,5% / Grüne 12,6%). Die drei letztgenannten Hindnisse wurden neben der DKP auch vom BKK getragen, bzw. unterstützt.

## Fazit:

Diese Bilanz ist ermutigend, spricht aber nicht gegen linke Kandidaturen generell, sondern lediglich gegen ein Aufstreben in Konkurrenz zu den Grünen.

Denn die links grünen Bündnisse in Tübingen (AL) und Heilbronn (GAL) hatten ihrerseits mit 21% bzw. 18,1% ja die höchsten Ergebnisse überhaupt eingefahren — allerdings ohne die DKP.

Jürgen/Stuttgart

## Endergebnis der Kreistagswahl

Die Kreistagswahl in Baden-Württemberg ergab nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis folgende Stimmenanteile und Mandate für die Parteien:

	28. Oktober 1984		28. Oktober 1979		Landtagswahl
	Prozente	Mandate	Prozente	Mandate	
Wahlbeteiligung	62,4	2301	51,1	2179	71,2
CDU	43,8	1007	48,5	1057	51,9
SPD	23,6	544	27,8	606	32,4
FDP	3,8	87	4,4	95	7,2
Die Grünen	0,1	195	0,6	12	8,0
Freie Wähler	16,6	381	14,1	307	—
Sonstige	0,2	6	0,0	1	—
Gemeinsam	3,5	81	4,6	101	—

## Ökorepublik Tübingen?

Spektakuläre grüne Ergebnisse gab es vor allem in den Großstädten, wobei die 17,2% in Freiburg und die 18,1% in Heidelberg (GAL) eigentlich eher erwartet wurden als die „grüne Welle“ in den Industriestädten: Karlsruhe 12%, Mannheim 9,7% und Stuttgart 15,9%. Stuttgart ist damit bundesweit die (Halb-)Millionstadt mit dem höchsten grünen Anteil. In Tübingen (wo die AL die SPD als zweitstärkste Partei ab (21% AL, 19,9% SPD) Sensationell ist hier, daß mit der „Freien Liste“ (FL) eine weitere Öko-Verbindung auf Anhieb in den Stadtrat sprang. Die 10,7% der Stimmen folgte die FL offensichtlich nicht aus dem alternativen Potential, sondern eher aus dem Block der Bürgerlichen. Kein Wunder: mehrere CDU- und FWV-Diskutanten haben die Liste gegründet. „Rein Grüne“ Diskussionen gibt es kaum, weil fast überall weiterhin „bürgerliche Mehrheiten“ bestehen. Die „Freien Wähler“ bauen in der Regel zur CDU. Selbst in Tübingen



## Anarcho-Kapitalismus

Philosophisch-ökonomische Doktrin, wonach der vollständige Verzicht auf Staat und jegliche Anordnungen notwendig sind, um die Freiheit und das Streben nach Glück zu gewährleisten. Die individuelle Tätigkeit und reguliert Konflikte. Haupttheoretiker dieser radikalen Version des Neo-Liberalismus sind Murray Rothbard und David Friedman. (Das Zeichen\* weist auf weitere Suchwörter in dieser Liste hin, Anm. AK).

## Angebotswirtschaft

Der Begriff dient gleichzeitig zur Kennzeichnung eines Typs ökonomischer Analyse, die die Betonung auf das Angebot („supply side“) und nicht auf die Nachfrage legt (im Gegensatz zu den Keynesianern und Monetaristen\*) sowie zur Kennzeichnung einer antipolitischen\* ökonomischen Politik, die daraus entspringt: Zentrale Idee der Angebots-Ökonomen (Milton Friedman\*, Arthur Laffer\*, Paul Craig Roberts, Jude Wanniski etc.): Für jeden Produkt (Konsumtion (Kapital, Arbeit) existiert eine Schwelle, wonach jegliche Erhöhung der ihn betreffenden Steuerrate eine Senkung der Einnahmen, die diese Steuern für den Staat bedeuten, provoziert. Das Angebot des Produktionsfaktors wird demnach entmutigt, daß seine Senkung durch die Steuerentnahme nicht mehr kompensiert wird. Umgekehrt: wenn diese Schwelle überschritten ist, wird eine Senkung der Steuern durch das Angebot des Produktes erhöht, sodaß sich schließlich der Steuergewinn vergrößert. Die Angebotswirtschaft hat die ökonomische Politik von Ronald Reagan maßgeblich inspiriert.

Anti-Fiskalismus  
(Flakus: Steuer)Anti-Fiskalismus  
(Flakus: Steuer)

Begriff zur Kennzeichnung von Positionen oder Bewegungen, die eine substantielle Steuerraten-Senkung befürworten. Anlaß des Volksentscheides in Kalifornien über die „Proposition 13“ spektakuläre Manifestation des Anti-Fiskalismus. Beruht sich oft auf den radikalen Liberalismus\*, wonach jede Art von Steuereinnahmen Diebstahl ist, von umso schwerwiegenderer Art, als daß der Staat selber der Täter ist. Beruht sich allerdings meistens auf der Angebotswirtschaft\*, wonach eine Steuerraten-Senkung keine Senkung des nationalen Brutto-Produktes noch der Staatseinnahmen bedeutet.

## Aron, Raymond (1905-1983)

Autor zahlreicher Philosophen-Soziologie- und Politikwerke. Aron ist einer der Hauptvertreter des französischen gemäßigten Liberalismus\* und wahr- scheinlich der französische liberale Intellektuelle mit dem größten Einfluß im Ausland.

Als adrethischer Antikommunist ist er in den 60er Jahren Karriere-Haupt-Aktivist gewesen (dessen Jugendfreund er vormals war). Professor an der Sorbonne, am Collège de France, 25 Jahre lang Direktor bei der Tageszeitung „Figaro“ bis zu seinem Tode im Oktober letzten Jahres. Chefredakteur der Wochenzeitschrift „L'Express“.

## Becker, Gary S. (geb. 1930)

Amerikanischer Ökonom der Chicago-Schule\*. Becker ist einer der einflussreichsten und bedingungslosesten Befürworter des „Supply-Side“-Wirtschafts\*. Er schrieb zur ökonomischen Analyse rassistischer und sexueller Diskriminierung („The Economics of Discrimination“, 1957), zur Theorie des menschlichen Kapitals („Human Capital“, 1964) sowie zur ökonomischen Analyse der sozialen Interaktionen („The Economic Approach to Human Behavior“, 1976), insbesondere im Kontext der Familie („A Treatise of the Family“, 1981).

Zwar beruht er auch auf der Genetik, allerdings könne die Soziobiologie\* alleine nicht zur Erklärung des menschlichen Verhaltens herhalten.

## Bell, Daniel (geb. 1919)

Soziologie-Professor an der Universität von Harvard. Bell gehört zu jenen New-Yorker Intellektuellen, die in den 1960er Jahren Radikale waren, in den 1970er Jahren Liberale\* im amerikanischen Sinne des Begriffes (damals veröffent-

# Liberaler Post-Moderner

## Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten

Rund ein dutzend Autoren haben für die diesjährige März-Ausgabe der belgischen Zeitschrift „La Revue Nouvelle“ diese Mikro-Enzyklopädie erstellt. Von Montaigne bis Th. Schmidt, um Prominente bis weniger Prominente zu nennen, erfährt sich der neo-konservative Trend in seiner liberalen Variante neuen Zulaufs.

Schwerpunkt dieser Arbeit sind die Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen Konservatismus und Neo-Liberalismus, der sich in den USA auch als „Libertarianismus“ bezeichnet. Die US-Libertären wenden sich gegen jede staatliche Einmischung in die Markt-Mechanismen: der Staat soll weg, die freie Marktwirtschaft bleiben.

Der Markt sei eine freiwillige Interaktion zwischen über sich selbst frei bestimmenden Individuen — seit jeher eine Grundidee des Liberalismus. Die „Libertär-Liberalen“ treten für die Freiheit gegen den (meistens: Ost-)Totalitarismus auf. Besser als jedes andere System würde der Kapitalismus die individuellen Bedürfnisse des Menschen befriedigen. Und wie ein kurzer Blick nach anderswohin bezeuge, ginge Freiheit und Demokratie einher mit Kapitalismus. Allerdings ist dieser schon ausbaufähig: der einzig kohärente Anarchismus wie auch der einzig kohärente Kapitalismus sei der Anarcho-Kapitalismus.

Wie die Neo-Konservativen oder allgemein die Konservativen sehen sie im „modernen, bürokratischen Wohlfahrtsstaat“ und im darauf folgenden „sozialstaatlichen Egalitarismus“ (Nivellierung) die zwei Grundfehler der modernen westlichen Zeiten. Denn, so die tapfere Moral, wer will, der kann auch. Und wer nicht kann, für den wird schon Grund gegeben. Es gibt schließlich so etwas wie unterschiedliche Begabung.

## Frankreich-Kommission

## Frankreich-Kommission

lichte Bell „The Radical Right“, eine Analyse des McCarthyismus), um schließlich in den 80ern zu Theorien des Neo-Konservatismus\* zu werden.

Seine bekanntesten Veröffentlichungen: „The End of Ideology“, 1960; „The Coming of Postindustrial Society“, 1973; „Les Contradictions culturelles du capitalisme“, 1976.

Beneton, Philippe  
(geb. 1946)

Französischer Soziologe und Politologe. Raymond Boudon\* nahestehend. Beneton beschäftigt sich v.a. mit dem Bildungswesen, politischem Verhalten und sozialer Mobilität. In seinem letzten Buch stellt er eine vollständig negative Bilanz der Sozialpolitik in den USA und in Frankreich seit 1960 auf. Als Ultra-Liberaler greift er linke Intelligenz und Wohlfahrtsstaat und die „gleichmacherische Utopie“ an, die eine totalitäre Denkweise sei. Dagegen setzt er die Marktmechanismen und die Legitimität von Reichtum.

Boudon, Raymond  
(geb. 1934)

Französischer Soziologe, der sich vor allem mit Fragen der Methodologie sowie der sozialen Mobilität beschäftigt. In einer jüngeren Aufsatzsammlung („Effets pervers et ordre social“, 1977) sowie in seinem Soziologie-Handbuch („La Logique du social“, 1979) verteidigt er den methodologischen Individualismus\* als theoretischen Rahmen der Soziologie. Den Begriff der „effets pervers“ („negativen Auswirkungen“) sieht er als zentrales Mittel zur Analyse sozialer Prozesse an. 1982 veröffentlichte er gemeinsam mit François Bourricaud ein umfangreiches „Dictionnaire critique de la sociologie“. Demnach wird erscheinen „La place du désordre, Critique des théories du changement social“.

## Brittan, Samuel

Wirtschafts-Kolumnist der „Financial Times“, ständiger Mitarbeiter des „Institute of Economic Affairs“. Bruder des gegenwärtigen britischen Innenministers Leon Brittan. Veröffentlichte mehrere Bücher. Bekanntestes Werk: „The Economic Consequences of Democracy“, 1976. Er setzt sich mit den Widersprüchen der gemischten Wirtschaftsformen auseinander und lobt die Vorteile der freien Marktwirtschaft, wie zum Beispiel die Entwicklung von Kooperativen und anderen Alternativen.

Buchanan, James M.  
(geb. 1919)

Mitgründer (mit Gordon Tullock\*) des bekannten Forschungszentrums öffentlichen Verhaltens\* beim Virginia Institute von Blacksburg. Buchanan, ein Finanz-Experte, beschäftigt sich heute v.a. mit der ökonomischen Analyse politischer Prozesse und Institutionen („The Calculus of Consent“, 1962) sowie mit der Ausarbeitung einer liberalen\* Staatstheorie („The Limits of Liberty“, 1975).

Buckley, William F.  
(geb. 1925)

Reputierter Romancier, Journalist, Essayist und Conférencier. Als Leader der konservativen Bewegung spielt Buckley eine wichtige Rolle in der US-Öffentlichkeit. Seit 1955 Chefredakteur der einflussreichen „National Review“.

## Bürokratie

Ursprünglich bezog sich der Begriff sowohl auf den öffentlichen als auf den privaten Sektor und hatte keine negative Besetzung. (Bei Max Weber bedeutet er die zentralisierte, rationale und legale Verwaltung durch Experten). Der Begriff ist immer stärker auf den öffentlichen Sektor begrenzt und negativ besetzt worden. Und zwar in der marxistischen Tradition (Troizki, Castoriadis, Lefort) wie in der liberalen Tradition (von Tocqueville bis Cronier\*). Für die Neo-Liberalen\* sind die Bürokraten, als Parasiten des Wohlfahrtsstaates, die Feinde par excellence. Eine erfolgreiche Bekämpfung des bürokratischen Übels sei darüberhinaus nur durch einen Abbau (!) der Demokratie möglich.

## Chaunu, Pierre (geb. 1923)

Geschichtsprofessor an der Sorbonne, Autor verschiedener akademischer Werke, insbesondere zur Renaissance. Pierre Chaunu ist durch seine Alarmrufe zum westlichen Bevölkerungsrückgang bekannt geworden. „Das bedrohliche Ereignis unserer Zeit und vielleicht aller Zeiten — besteht darin, daß der Intelligenz-Tell unseres Planeten seinen Abgang beschleunigt.“ In diesem Sinne und auch seine Bücher („Le refus de la vie“, 1975; „Le peu blanc“, 1977; „Un futur sans avenir“, 1979). Führender Vertreter des Natalismus\*, d.h. der geburtenfördernden Politik.

## Chicago-Schule

Gruppe von Ökonomen an der Chicagoer Universität. Unter anderen: Frank Knight (1885-1972), Milton Friedman\*, Ronald Coase\*, Gary Becker\*, George Stigler und Richard Posner\*. Seit dem 2. Weltkrieg über die Chicago-Schule als Vorreiterin des Monetarismus\*, des Wirtschaftsimpenalismus\* und der Laissez-Faire-Doktrin\* einen beträchtlichen wirtschaftlich-politischen Einfluß aus. Die Marktwirtschaft wird prinzipiell verteidigt, als Untersuchungsmittel wie als organisierendes Prinzip der Gesellschaft.

## Chicago-Boys

Bezeichnung der lateinamerikanischen Ökonomen, die entweder dort ausgebildet wurden oder unter dem Einfluß stehen, insbesondere aufgrund des Aufenthalts von Milton Friedman\* und Arnold Harberger als Berater des Generals Pinochet in Chile. Die Chicago Boys befürworten eine monetaristische Politik\* als notwendige Therapie gegen Entstabilisierungsgefahren der lateinamerikanischen Wirtschaftsform. Die Besonderheit des lateinamerikanischen Neo-Liberalismus\* besteht in der Einschätzung der Notwendigkeit eines autoritären Regimes. Politische Freiheit kann erst gewährt werden, wenn die Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit) mit ihrer „Irrationalität“ gebrochen und die Tugenden des freien Marktes begriffen haben.

## CIEL

Komitee der Intellektuellen für das Europa der Freiheiten. 1977 in Frankreich von Alain Ravenes gegründet, mit Unterstützung ca. 100 französischer Intellektueller aus verschiedenen politischen Heimaten. Der CIEL verteidigt den Ideen-Pluralismus gegen den Totalitarismus. An seiner Tagung im Juni 1982 beteiligten sich Liberale wie Raymond Aron\*, Jean-François Revel\*, Michel Crozier\* und Jean-Marie Benoit\* wie auch Vertreter der antitotalitären Linken wie Jean-François Kahn.

## Club de l'Horloge

1974 in Frankreich gegründeter Studien-Zirkel. Versammelt mehrere wichtige Verantwortungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Aktuell geleitet von Yvan Blot, Kabinettschef von Bernard Pons, General-Sekretär der Chirac RPR. Der Club de l'Horloge (Uhrenwerk-Club) lehnt seine gewöhnliche Etikettierung als „Neue Rechte“ oder „elitär“ ab, und erklärt die Begriffe links/rechts für heute überholt. Nichtsdestoweniger veröffentlicht der Club monatlich eine „Lettre“ („Brief“), die Zeitschrift „Contrepoint“ sowie zahlreiche Bücher, worin Gleichmacherei (Egalitarismus), Sozialdemokratie und eine positive Haltung gegenüber der 3. Welt („Tiers-mondisme“) im Zentrum der Angriffe stehen.

## Coase, Ronald H. (geb. 1910)

Amerikanischer Ökonom britischer Herkunft. Professor an der Universität Chicago. Durch zwei Aufsätze bekannt geworden: „The Nature of the Firm“, 1932; und „The Problem of Social Cost“, 1960. Darauf gründet die Eigentumsrecht-Schule\* bzw. allgemeiner die ökonomische Rechts-Analyse\*.

## Commentaire

Dreimonatlich erscheinende französische Revue, geführt von J.-C. Casanova. Raymond Aron\* leitete das Redaktions-Komitee. Die Revue hat zum Ziel, „ihre Leserschaft mit allen großen Fragen der Moderne“ zu konfrontieren. Das Zitat von Thukydides auf der Titelseite verdeutlicht die Orientierung: „Kein Glück ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Tapferkeit.“ „Commentaire“ publiziert insbesondere Texte der amerikanischen Neo-Liberalen\*.

## Commentary

New-Yorker Monatsheft, seit 1946 herausgegeben vom „American Jewish Committee“, unter der Leitung von Norman Podhoretz (seit 1959). In den 40er und 50er Jahren nahm „Commentary“ eine eindeutig antikommunistische Haltung ein, gepaart mit einer vorsichtigen sozialdemokratischen Perspektive. Im Zusammenhang mit der Radikalisierung in den 60er Jahren wurde

„Commentary“ privilegiertes Organ der neo-konservativen\* Intellektuellen.

## Contre-Produktivität

Begriff zur Bezeichnung der Entwicklung des Dienstleistungssektors, wenn diese ein Stadium erreicht, die ihn überrollt bzw. gemessen an den eigenen Zielsetzungen hemmt. Ivan Illich, der den Begriff modern machte, sieht die Contre-Produktivität als Hauptcharakteristik des Bildungswesens an („Une société sans école“, 1971) wie auch des Transportwesens („Energie et Équité“, 1973) und der Medizin („Nemesis médicale“, 1975). Unter zahlreichen Aspekten überschneidet sich diese Frage mit der Thematik der Neo-Liberalen\*.

## Crozier, Michel (geb. 1922)

Französischer Soziologe, Forschungsleiter beim CNRS (Nationales Studien- und Forschungszentrum). In seinen Arbeiten untersucht er vor allem Macht- und Organisationsfragen. In seinem Buch „Le phénomène bureaucratique“ (1964), das ihn bekannt machte, greift er die Bürokratie, „die paralytische Erbschaft der Vergangenheit“ an. In jüngster Zeit veröffentlichte er Überlegungen zur Krise der westlichen Gesellschaften („La société bloquée“, 1970; „On ne réforme pas la société par décret“, 1979). Sowohl Theoretiker als auch Moralist ruft er die Intellektuellen zu einem Neo-Pragmatismus auf: wie sollen die Gesellschaften verwaltet, nicht sie zerstört. Insbesondere ist er an der Ausarbeitung eines wichtigen Berichts im Auftrag der Trilateralen Kommission\* beteiligt gewesen: „The crisis of democracy“ (1975).

De Benoist, Alain  
(geb. 1943)

Chef des GRECE\*, somit auch der französischen Neuen Rechten\*. De Benoist hat zunächst zu verschiedenen ideologischen Fragen publiziert („L'empirisme logique et la philosophie du cercle de Vienne“, 1970; „Nietzsche, Morale et Grande Politique“, 1974). Drei kurz aufeinander veröffentlichte Aufsätze („Vu de droite“, 1977; „Les idées à l'endroli“, 1979; „Comment peut-on être païen?“), 1981) führten zur Konsolidierung der französischen Neuen Rechten und machten ihn zu ihrem Führer.

Darüberhinaus ist De Benoist Animator der Revue „Éléments“ (unter dem Pseudonym Robert de Herde) und „La Nouvelle École“ (unter dem Pseudonym Fabrice Laroché). In zahlreichen Aspekten stehen seine Positionen (meistens brillant stilistisch formuliert) den neo-liberalen\* Positionen diametral entgegen. Insbesondere wirft er ihnen eine Überbetonung der Ökonomie vor, letztendlich auch die Befürwortung eines Abbaus des Staates und der nationalen Grenzen, sowie die Unterschätzung der nicht materiell fixierten Bedürfnisse.

De Closset, François  
(geb. 1933)

Französischer Journalist und Essayist. Autor einer leidenschaftlichen Anklageschrift gegen Privilegien, das heißt Vorteile, die nicht aus dem Wettbewerb stammen („Toujours plus“, 1982). Man trifft dort auf Lieblingsthemen der liberalen\* Strömung (wie die „perverse Folgen“ der sozialen Fürsorge), aber auch auf Elemente aus der sozialistischen Tradition (wie die Kritik der sozialen Ungleichheit und des Korporatismus).

De Jouvenel, Bertrand  
(geb. 1903)

Französischer Ökonom mit internationalem Ruf. De Jouvenel hat an verschiedenen Universitäten gelehrt (Oxford, Manchester, Berkeley, Cambridge, Sorbonne). Autor zahlreicher Werke („L'économie d'argent“, 1928; „De la politique pure“, 1963; „Essai sur le mieux-vivre“, 1968; „L'écologie de l'économie“, 1978). Sein bekanntestes Buch („Le pouvoir, histoire naturelle de sa croissance“) warnt vor dem fortwährenden Ausbau des Staates und dem Abbau der öffentlichen Kontrollmöglichkeiten. In diesem Sinne interessiert er sich besonders für die neo-liberalen\* Antistaatlichen. Bertrand de Jouvenel ist darüberhinaus Präsident der internationalen Gesellschaft „Futuribles“, die eine gleichnamige Zeitschrift veröffentlicht.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorantiger Seite

**Dekkera, Fred (geb. 1928)**

Wahrscheinlich der themenfreudigste belgische Autor. In seiner Lach- und Satire des Dekkera, in der er die belgische Musik der amerikanischen Liberté-Musik der 1960er Jahre imitiert.

**Dellapers (-Stiftung)**

Kulturbewertung der belgischen Neuzeit. Die Stiftung veröffentlicht eine Monatszeitschrift „Tijdschrift voor de Letteren“, die die „wissenschaftlichen“ Begründungen des Nationalismus, der germanischen Ursprung der belgischen und europäischen Kulturen, das „Europa der Völker“.

Verlagsweise werden dort Texte von P. Taminiaux, F. Delva, A. R. Jensen und A. de Bontin publiziert.

**Dworkin, Ronald**

Rechtsphilosophie-Professor an der Universität Harvard und Oxford. Dworkin gilt gemeinsam mit Rawls und Nozick als einer der wichtigsten Autoren der amerikanischen politischen Philosophie. In seiner Buch „Law's Empire“ (1986) entwickelt er eine Rechtskonzeption, in welcher das „natürliche Individualrecht“ absoluten Vorrang genießt.

**Elliott, Hans**

Gemeinschaftspsychologe und Soziologe aus verschiedenen Bereichen (Genetik, Psychologie der Intelligenz, Soziologie der Organisationsformen), die qualitative Unterschiede zwischen Rassen, Klassen und sozialen Gruppen behauptet und rechtfertigt. Der Elliottismus begreift sich als Gegensatz zum Individualismus (Gleichmacherei) und findet im „Recht auf Unterschied“, auf „Anpassung“, auf „Vorteil“ im „Kollektivismus“ seinen Ausdruck. In der „Theorie von Arthur Jensen“, Hans Eysenck und R. J. Herrnstein.

**Eysenck, Hans (geb. 1916)**

Engländer, deutscher Ursprung. Psychologie-Professor am psychologischen Institut der Londoner Universität. Eysenck ist Anhänger der Experimentalpsychologie, erklärter Gegner der Psychoanalyse, interessiert an Astrologie (siehe sein neues Buch im „The Times“ vom 1. April 1984). Eysenck ist ein Gegner der Psychologie. Er bevorzugt die These der angeborenen „Genetik“. Von daher geneigt er bei der Neuen Rechten hohes Ansehen.

**Feldstein, Martin (geb. 1939)**

Professor an der Universität Harvard von 1969 und Präsident der „National Association of Public Choice“ (1971-1973). Feldstein ist ein Gegner der Sozialpolitik. Er bevorzugt die These der angeborenen „Genetik“. Von daher geneigt er bei der Neuen Rechten hohes Ansehen.

**Forces Nouvelles**

Belgische neo-faschistische Partei, Ende der 70er Jahre gegründet durch Mitglieder von „Front de la Jeunesse“. Besonders eng mit der spanischen Organisation „Fuerza Nueva“ liiert und in guter Verbindung zur italienischen „MSI“. Kandidierte erfolglos bei den Parlamentswahlen 1981. Hat politische Programme für „Antisemitismus“ und „Arbeitslosenfeindlichkeit“.

**Friedman, David (geb. 1945)**

Physiker, lehrt an der Universität Los Angeles. David Friedman hat die Position eines Vaters (Milton Friedman) übernommen und gehört zu den „Anarchisten“ der „Libertären Bewegung“. In seinem populärwissenschaftlichen Buch „The Machinery of Freedom“ (1973) tritt er für eine radikale „Anarcho-Kapitalismus“ ein. Seine akademischen Arbeiten behandeln Wirtschaftsethik und eine konzeptionelle juristische Institutionen, die mit dem „Libertarismus“ vereinbar wären.

**Friedman, Milton (geb. 1912)**

Professor seit 1948 an der Universität Chicago, 1971 Nobelpreis für Ökonomie. Friedman ist ein Anhänger der „Neoliberalen“.

**Friedman, Milton (geb. 1912)**

Professor seit 1948 an der Universität Chicago, 1971 Nobelpreis für Ökonomie. Friedman ist ein Anhänger der „Neoliberalen“.

**Front de la Jeunesse**

Belgisch-francophone neo-faschistische Bewegung, 1974 als Jugendorganisation der „MSI-Club“ (Studentenklub um die Wochenzeitschrift „Le Nouvel Europe-Magazine“) gegründet. Aktivisten stammen hauptsächlich aus der „MSI“.

**Gilder, George (geb. 1940)**

Amerikanischer Soziologe und Ökonom aus Harvard, Mitarbeiter des „Wall Street Journal“. Bekannt geworden 1981 durch die Schrift „Reich und Armut“. Dort vertritt er die These, die in den USA massiv herrschende Armut sei nicht Produkt einer kapitalistischen Wirtschaft, sondern der staatlichen Intervention. Es heißt, das Buch gehöre zu Reagans Lieblingslektüre.

**Glucksmann, André (geb. 1937)**

Französischer Philosoph, der sich zu Unrecht als einer der bedeutendsten „Neuen Philosophen“ betrachtet wird. Nachdem er lange Zeit zum Unstrukturalismus gehörte („Strategie et Révolution en France“, 1968), begann er, sich mit dem sowjetischen Repressionsystem auseinanderzusetzen und die

„Logischen Ursprünge des Totalitarismus zu untersuchen („La cuisine et le mangeur d'hommes“, 1975, „Les

Logischen Ursprünge des Totalitarismus zu untersuchen („La cuisine et le mangeur d'hommes“, 1975, „Les

Logischen Ursprünge des Totalitarismus zu untersuchen („La cuisine et le mangeur d'hommes“, 1975, „Les

**GRECE**

(„Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation“). „Grece“ (Club, 1969) gründete junge belgische französische Intellektuelle unter der Leitung von Alain de Benoist.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Die GRECE ist eine Gruppe von belgischen Intellektuellen, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben. Sie haben die GRECE gegründet, die sich der „Neuen Rechten“ angeschlossen haben.

Insbesondere rezensiert er minutiös sämtliche Erscheinungen seitens der „Neo-Liberalen“ bzw. der Neuen Rechten.

Insbesondere rezensiert er minutiös sämtliche Erscheinungen seitens der „Neo-Liberalen“ bzw. der Neuen Rechten.

**Hayek, Friedrich A. (geb. 1889)**

Professor der Rechts- und politischen Wissenschaften an der Wiener Universität. Hayek war zunächst in der österreichischen Verwaltung tätig, lehrte später an der Londoner Universität (1931), in Chicago (1950) und in Freiburg/Breisgau (1962). Rentner seit 1968, Nobelpreis für Ökonomie 1974. Hayek ist ein Gegner der „Neuen Rechten“.

Nach der Krise der 70er Jahre und dem Scheitern der keynesianischen Ankurbelung versuchte die Wirtschaft sich seine Bücher auf neues Interesse zu stellen. „Preis und Produktion“, 1931, „The pure theory of capital“, 1941, „The road to serfdom“, 1944, „The constitution of liberty“, 1960. Rechts-Gesetzgebung und Freiheit 1973/74, „Individualism and Economic Order“, 1948, „The Counterrevolution of Science“, 1952.

**Homo Economicus**

Der Begriff des „homo economicus“ bezeichnet ursprünglich rein vom Logos diktiertes menschliches Verhalten. Heute bezeichnet er meistens eine Art menschlichen Verhaltens, das auf die bestmögliche Befriedigung eigener Interessen ausgerichtet ist, unabhängig von einer inhaltlichen Bewertung dieser Bedürfnisse.

**Hospers, John**

Philosophie-Professor an der kalifornischen Universität, Autor verschiedener Bücher, darunter: „Libertarianism: A political philosophy who

se time has come“ (1971), 1972 Kandidat der „libertären“ Partei zur Präsidentschaft der USA.

**Institut de l'Entreprise (Belgien)**

(Institut des Unternehmens). Studien- und Forschungszentrum zu allen Fragen, die mit dem „Unternehmen, der einzigen Wohlstandsquelle“, verbunden sind. 1980 gegründet auf Initiative mehrerer belgischer Großunternehmen, darunter insbesondere Jacques Dopsche (Lib-Inno-DM) und Pierre Schlier. (Obepat) Veröffentlicht ein Informationsbulletin und populäre verlässliche Broschüren wie „L'entreprendre“, organisiert Konferenzen über „L'entreprendre“, „Unternehmen und Politik“ (1982). In Frankreich existiert ein gleichnamiges Institut, von Michel Brancourt geleitet; Beziehungen existieren zu ähnlichen Instituten in den USA und der BRD. Das gemeinsame Ziel ist die medienwirksame Mobilisierung der Unternehmer um neo-liberale Fragen herum.

**Institute for Human Studies**

Privates Forschungszentrum, gegründet 1961 in Menlo Park, in der Nähe der Privatschule von Stanford (Kalifornien), aktuell unter der Leitung von Leonardiggio. Veröffentlicht Zeitschriften („Literature of Liberty“) und Bücher. Wurde in der Presse erwähnt während der Entdeckung von Dokumenten in den Instituts-Archiven, die die Bespitzelung der Wahlkampagne von Carter zugunsten von Reagan belegen.

**Institute of Economic Affairs**

Privates Wirtschaftsforschungsinstitut in London, das sich seit rund 30 Jahren um eine Rehabilitierung der Markt- und Kapitalismus-Begriffe bemüht. Unter der Initiative vor allem von Lord Ralph Harris und Arthur Sheldon organisiert das Institut zahlreiche Colloquien und veröffentlicht die Schriften von Hayek, M. Friedman, Samuel Brittan, James Buchanan u.a. Publiziert die Zeitschrift „Public Affairs“.

**Institutum Europaeum**

Forschungsinstitut mit Sitz in Rhodé-Saint-Genès (Benedux), geleitet vom Holländer Mikael van Notten, ehemaliger Parlaments-Beamteter. Bemüht sich die gleiche Rolle in der „Neuen Rechten“ wie das „Institute of Economic Affairs“ in England. Veröffentlicht im Taschenbuchformat Texte von Hayek, LePage, Laffer u.a.

offenlegt im Taschenbuchformat Texte von Hayek, LePage, Laffer u.a.

**Ipo facto kapitaal**

Dreimonatlich erscheinendes flämisches Magazin, herausgegeben seit 1982 durch die S.A. Aeropolis. Die S.A. Aeropolis veröffentlicht auf holländisch die Schriften von Milton Friedman, Hayek u.a., wird geleitet durch den Holländer Rijk Kattier, der kürzlich festgenommen wurde aufgrund massiver Geldbetrügereien in den USA. Luxuriös aufgemacht und mit viel Werbeanzeigen, richtet sich „Ipo facto“ vor allem an die Mittelklassen, welchen sie teure neo-liberale Themen beibringen will („Anti-Fiskalismus“, „Monetarismus“). Insbesondere findet man dort heftige Angriffe gegen den Staat, die Gewerkschaften, die soziale Fürsorge usw.

**Jensen, Arthur**

Erziehungspsychologie-Professor an der Universität von Los Angeles, Re., rühmt geworden durch die Veröffentlichung eines Artikels in der sehr respektablen „Harvard Educational Review“ (1969), wo er sich für eine wissenschaftliche Begründung der Überlegenheit der weißen Rasse gegenüber der schwarzen ins Zeug legte. Die Neue Rechte bezieht sich in dieser Frage vorzugsweise auf Jensen.

**Joseph, Keith**

Industrieminister, später Bildungsminister in der Thatcher-Regierung. Sir Keith Joseph gilt als der Hauptvertreter des neoliberalen Flügel innerhalb der konservativen Partei. Die Höhepunkt von ihm als Industrieminister veranlassenen Subventionen für die nationalisierten Deutsche hat allerdings seine Glaubwürdigkeit etwas geschwächt.

Fortsetzung im nächsten AK



## OTRAG: Raketen für die BRD

## — Wer steckt dahinter —

Die Firma OTRAG hat in den 70er Jahren auf einem Privatgelände in Zaire, mit 100.000 qkm so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen, Cruise missiles erprobt. Seit 1983 arbeitet sie an einer Langstreckenrakete, die mit der amerikanischen „Maustron“ vergleichbar sein soll.

Wiederholt haben wir Hinweise darauf veröffentlicht, daß es sich bei der OTRAG, lediglich um eine Scheinfirma handelt, über die Staat und Großkonzerne blickende Forschungsvorhaben tarnen. Durch die von der „Lageszeitung“ aufgedeckte Verbindung zwischen der Flickkonzern Paul, ihrem Mit„arbeiter“ Barzel und der OTRAG, wurde dies bestätigt.

Im folgenden ergänzen wir das bisher Bekannte durch eine Zusammenstellung weiterer Geschäfte der Firma OTRAG, die bisher kaum diskutiert werden. Auch hier stützen die OTRAG-Partner wieder in den Chefetagen von Staat und Großkonzernen.

## Nazi-Forscher leisteten Starthilfe

Die Geschichte der bundesdeutschen Raketenentwicklung belegt, wie eng verbunden die Anfänge der OTRAG mit der staatlichen Forschung sind. 1944 legte Professor Eugen Sänger mit seiner Studie „Raketenantrieb für Fernbomber“ die Grundlage für heutige „Cruise missiles“, ebenso wie für das „Space Shuttle“. 1954 konnte er unter Mithilfe der Bundesregierung und eines Industriekonvents unter Führung von Daimler-Benz in Stuttgart das Forschungsinstitut für Physik der Strahltriebwerke (FPS) aufbauen. Mit von der Partie waren drei andere Nazi-Raketenbauer: Pitz, Dadiou und Goercke hatten zusammen mit Sänger am oben erwähnten „Projekt Wasserfall“ geforscht (1). 1960 wechselte Sänger plötzlich nach Zaire über. Dort sollte er „auf Wunsch einer vorgesetzten Dienststelle“ (2) die Raketenentwicklung in größerem Maßstab fortsetzen. Was die offizielle Geschichtsschreibung verschweigt (3): Die „vorgesezte Dienststelle“ hatte im Privatvernehmen mit der Bundesregierung gehandelt, in der damals Kriegsmilitär Strauß immer mal wieder deutsche Atomwaffen forderte. Und: Es ging bei den Forschungsarbeiten nicht um „Höhenraketen“ zum Zwecke der Forschung, sondern um Angriffsraketen. Für ein Honorar von zwei Millionen DM entwickelten die Deutschen die „El-Kahir“ (der Eroberer) und die „El-Safir“ (der Sieger), mit einer Reichweite von 560 bzw. knapp 300 km. Im Juli 1962 fanden die ersten Starts nördlich von Kairo statt, die ägyptische Post gab eine Sonderbriefmarke heraus. Hier endet die Episode Sänger, kehrte im Herbst 1962 „auf Wunsch der Bundesregierung“ wieder in die BRD zurück (2). Über die Gründe der Abberufung kann nur spekuliert werden. Einerseits hatte der israelische Geheimdienst mit Sabotage und Attentaten gegen das Projekt begonnen. Die beiden Geschosse hatten jederzeit Israel bedrohen können. Andererseits ist durch das Mitwirken von Strauß klar, daß hier bundesdeutsche Interessen im Spiel waren, die damals auch den Westmächten ein Dorn im Auge waren.

Immerhin: Die Proteste und Erschütterungen auf diplomatischer Ebene waren zu erheblich, daß Sänger sogar seine Tätigkeit am Stuttgarter FPS einstellen mußte und auf einen Lehrstuhl an der TU Berlin abgeschoben wurde. Er starb am 10.2.1964; seine Ideen jedoch fanden ihre Fortsetzung in der Raketenfirma OTRAG, und auch in der staatlichen „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ (DFVLR).

## Ein kleines „Peenemünde“ im „Ländle“

Parallel zu den Arbeiten Sängers und Pitz in Ägypten wurde auch im Schwabenlande fleißig weitergearbeitet. Insbesondere brauchte die FPS dringend ein Versuchsgelände, um Prüfungsarbeiten für Raketentriebwerke durchführen zu können. „Mit Unterstützung des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums“ (2) wurde die Suche nach einem geeigneten Gelände begonnen. In Hardthausen-Lampoldshausen (Nordwürttemberg) wurde man schließlich fündig. Vorher mußte allerdings noch der Widerstand des Gemeinderats beseitigt werden. Sänger beschloß persönlich bekämpfte in einer Bürgerversammlung „domäne Schlagworte“ (2) gegen den Bau „domäne Schlagworte“ über den militärischen Nutzen der Anlage? Immerhin dürfte den Bürgern zu denken gegeben haben, daß auch Straußens Kriegsministerium die

## Anlage mitfinanzierte (4)

Heute hat die DFVLR die Lampoldshausener Prüfstände übernommen. Sie kennen sich vorbestanden zu den Leistungen Sängers und hat in der Gemeinde sogar eine Straße nach ihm benennen lassen. Das sollte einen nicht verwundern. So wie die FPS damals mit militärischer Auftragsarbeit befaßt war, so ist auch ihre Nachfolgerin DFVLR im Raketenbereich aktiv. Seit 1980 wird in Lampoldshausen an einem „Marschflugkörper großer Transportleistung gearbeitet“ (5). Und die Verbindungen zur OTRAG sind mannigfaltig — dazu weiter unten noch mehr.

## „OTRAG erreichte, was Peenemünde nicht schaffte“

Nicht zu trennen von den Stuttgarter Raketenpionieren ist die Laufbahn des OTRAG-Gründers Lutz Kayser (1). 1956 gründete Sänger in der Schwabenmetropole eine Untergruppe der „Deutschen Gesellschaft für Raketen-technik und Raumfahrt“ (DGRR). Leiter dieses Studentenkreises wurde — neben anderen — Lutz Kayser, Sohn des Direktors der Südwest AG. Auf dem Gelände der väterlichen Firma kam es dann ab 1958 zu Flugversuchen von Feststoff-Raketen, die wahrscheinlich den seinerzeitigen Großbrand (6 Mio. DM Schaden) verursachten (1967).

Die Arbeiten wurden abgestimmt mit Sänger und Pitz, der heute offen zugibt: „Die Kayser-Rakete ist das Projekt Wasserfall. Der macht es wie wir in Peenemünde.“ Und über die (oben geschilderten) Raketenversuche in Ägypten notierte der Vater: „Die Triebwerke gleichen der OTRAG-Entwicklung.“ Doch auch von anderer Seite kam Unterstützung. 1968 wurde bekannt, daß Prof. H.H. Koelle, Nachfolger Sängers an der TU Berlin, in Ägypten mündete der Veteran. „Die Triebwerke gleichen der OTRAG-Entwicklung.“ Doch auch von anderer Seite kam Unterstützung. 1968 wurde bekannt, daß Prof. H.H. Koelle, Nachfolger Sängers an der TU Berlin, eine Nutzlastrakete im Auftrag der Bundesregierung erforscht hatte. Die angegebene sechseckige Konfiguration (bei der die 2. Stufe von der 1. Stufe umschlossen ist), entspricht genau dem Typus, den auch Kayser selbst ab 1970 entwickelt.

Der hatte eigens eine Firma mit dem unschuldigen Namen „Technologie-forschung GmbH“ gegründet. Dafür hatte er lächerliche 20.000 DM zusammengebracht, wurde dann aber sofort von der Bundesregierung mit 10,4 Millionen DM gepumpt. Für diese Summe sollte er ein kostenintensives Träger-system für den Nutzlastentransport im erdnahen Weltraum entwickeln. Zur Erprobung schob die Brandt-Regierung dann weitere 4 Mio. DM ab. 1971 nach 1974 wurde dann die OTRAG gegründet, und für die weiteren Arbeiten wurde das Geld nie knapp. Hierüber wurde schon ausführlicher berichtet (zuletzt in der „LZ“ vom 27.10., davor auch im AK 244 und 248).

An dieser Stelle sei auf bisher nur wenig bekannte Querverbindungen verwiesen, die Kayser bis 1978/79 seine Raketenversuche vermutlich ermöglicht haben (6).

— MBB: Der damalige OTRAG-Vorsitzende Kurt Debus (bis 1943 Leiter der V2 Versuche in Peenemünde) gab gegenüber dem „Spiegel“ 1978 zu, daß mit MBB ein Erfahrungsaustausch bestehe.

— D.E. Kölle: Zum MBB-Fachleiter des Bereichs Raumfahrt hatte Kayser schon durch die DGRR Verbindung gehabt (10).

— Ebenfalls durch die Stuttgarter DGRR hatte Kayser einen Herrn Kaufmann kennengelernt, als Geschäftsführer von Bayern-Chemie heute ein Treibstofflieferant für MBB.

— OTRAG-Gründungsmitglied Irene Sänger-Bredt (die Frau und Mitarbeiterin von Eugen Sänger) führte bis 1972 als beratende Ingenieurin theore-

tische Arbeiten für MBB durch.

— Dornier: Lutz Kayser's Bruder Manfred, mit dem er die Technologie-forschung GmbH gegründet hatte, wurde dann Leiter des Lindauer Werks der Raketen- und Raumfahrtfirma Dornier. 1978 war Dornier in seiner Cruise Missile Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß ein Sprecher klagte: „Das Problem ist, wir haben keine Teststände.“ (?) Dornier hat keine, aber Kayser's Bruder hatte 1976 begonnen, hier Abhilfe zu schaffen. Die OTRAG pachtete in Zaire ein Testgebiet für ihre Raketen, was idealer kaum vorstellbar ist. Mit 100.000 qkm so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Dort wurde dann umgehend eine riesige Landepiste angelegt.

Nach den Recherchen von Tad Sculz für das amerikanische Magazin „Penthouse“ wurden die OTRAG-Versuche in Zaire außer mit MBB und Dornier auch mit der französischen Thompson-CSF koordiniert. Andere Quellen sehen den US-Riesen Boeing als Mithelfer an.

— DFVLR: Die oben schon erwähnte staatliche Forschungseinrichtung DFVLR hatte bereits ab 1967 Vorarbeiten für die OTRAG-Geschosse betrieben (8). Im August 1975 legte der ehemalige Sänger-Freund und Ex-Nazi-Forscher Dadiou (10) für die DFVLR ein Gutachten über die OTRAG-Raketen vor.

— Gründungsmöglichkeit der OTRAG und Halter eines Aktienpakets ist Prof. Theo Peters, Stuttgarter Fachbereichsleiter der DFVLR.

— 1983 stellte die DFVLR der OTRAG ihre Raketenprüfstände in Lampoldshausen zur Verfügung, und leistete Starthilfe für neue OTRAG-Raketen auf dem ESA-Versuchsgelände Kiruna in Nordschweden. OTRAG seinerseits ist „förderndes Mitglied“ der DFVLR (9).

## Kayser ist immer noch in Zaire!

Einigen anderslautenden Presseberichten war April 1979 nicht das „Aus“ für die OTRAG in Zaire. Zwar war nach internationalen Protesten gegen die Raketenversuche der Pachver-trag vom Mobutu-Regime gekündigt worden; doch ein halbes Jahr danach, am 12. Oktober 1979, gab die OTRAG den Tod von sieben Mitarbeitern in Zaire an (10). Die Leichen der angeblich Ertrunkenen waren in einem merk-würdigen Zustand: Ihre Haut war schwarzlich gefärbt und wies Blasen auf. War der Bootsunfall eher eine Explosion bei einem weiteren Raketen-experiment gewesen?

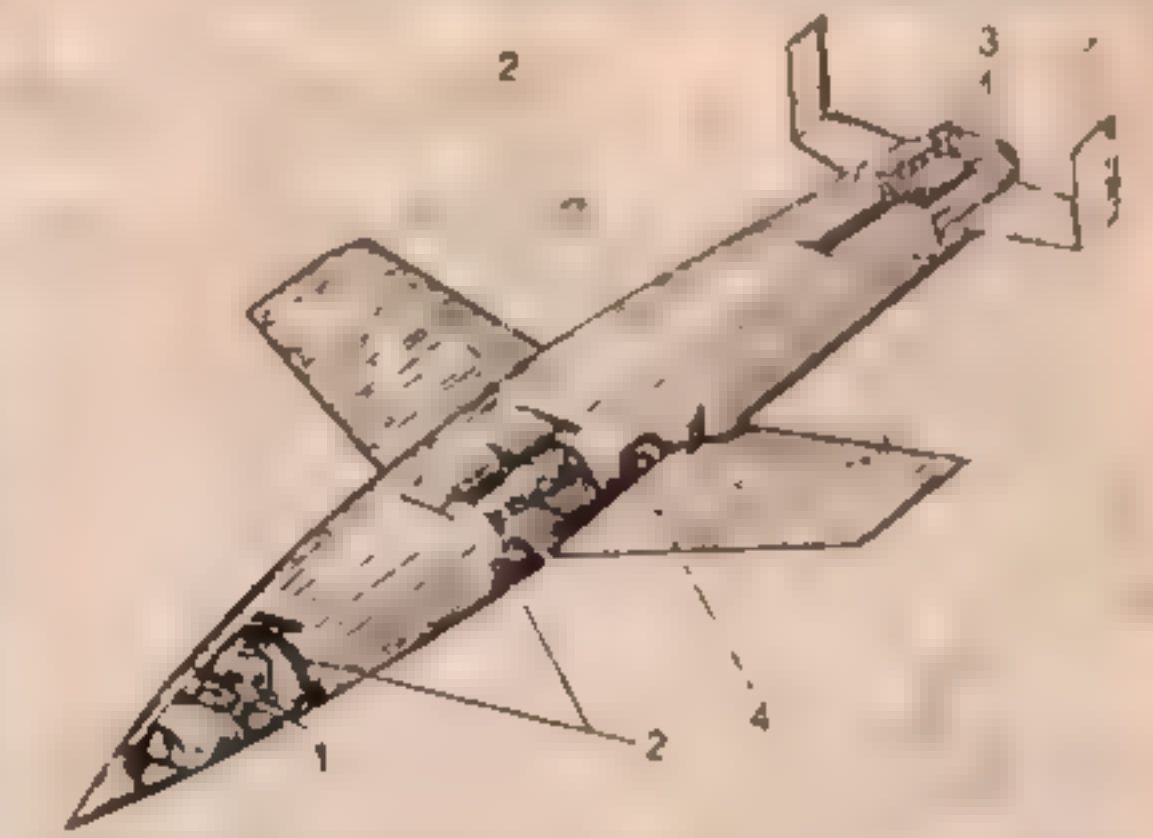
Zwei Leute können darauf Antwort geben: Der Arzt Prof. Rausche, der die Toten obduziert hat. Er ist schon öfters als Gerichtsmediziner in Erscheinung getreten, u.a. hatte er den Tod von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe untersucht und die Selbstmord These der BKA abgelehnt.

Genauso glaubwürdig ist Lutz Kayser selber. Nach seinem mißlungenen Geschäft mit Libyen wurde er zwar von der OTRAG Spitze entfernt (10), er ist jedoch bis heute in Zaire aktiv als „Fahrzeugtester“ — was immer das heißen mag (11).

## Plan „Delta“

Während die Weiterarbeit in Zaire nach 1979 im Dunkeln liegt, gibt es einen Delta-Plan. Er beruht auf den andernwärtigen OTRAG-Bemühungen insgesamt, kam es mit sechs Ländern zu sog. Optionsverträgen, wobei als Namen Indonesien, Brasilien und Sri Lanka genannt werden. Die Verbindung zu Pakistan, das sich zu gleicher Zeit auch um eine bundesdeutsche Urananreicherungsanlage bemühte, hat OTRAG offiziell bestätigt.

Kritikern werden jedoch war die Kooperation mit Caddafi Anfang 1979 überlassen Libyen an die Firma 15 Mio. Dollar, damit die OTRAG, von Zaire nach Libyen umziehen und neues Material einkaufen konnte. (3) Nach Auskünften einer libyschen Regierungskommission gegenüber dem Stern soll die OTRAG versprochen haben, „Raketen zu liefern, die auch Atom-sprengköpfe tragen können.“ Im Januar 1980 wurde in Zürich dann ein entsprechender Vertrag abgeschlossen, von Caddafi wurden 100 Mio. Dollar für Testreihen locker gemacht. Am 13. 1981 hob dann zwar die erste



Projekt Wasserfall: Sängers Modell für die Nazi-Rakete (1 = druckfeste Kabine, 2 = Kraftstofftanks, 3 = Raketenmotor, 4 = eingezogenes Fahrgestell)

OTRAG-Rakete vom Startgelände Sebha (800 km südlich von Tripolis) ab und flog immerhin 300 km weit. Doch nach Protesten Ägyptens zog sich OTRAG aus der Sache zurück. Lutz Kayser wurde als Firmenchef gefeuert.

Am interessantesten ist das Abkommen mit Saudi Arabien, das als „Plan Delta“ bekannt wurde (3). Unter diesem Titel wollte der Öl-Staat ab 1980 knapp 2.000 Raketenstellungen aufbauen, und zwar für den Kurz-, Mittel- und Langstreckebereich. Zwei Drittel der Geschosse sollten auf mobile oder unterirdische Basen verteilt, der Rest in Bergstollen in Reserve gehalten werden. Auftragnehmer für das Mammut-Projekt waren westliche Firmen unter Führung der OTRAG. Obwohl die Umsetzung schließlich am israelischen Geheimdienst, der sich den „Delta“-Plan beschafft hatte, scheiterte, verdient der Vorgang Beachtung. Hier werden nämlich weitere Querverbindungen der OTRAG sichtbar.

— Mesplan: Diese Frankfurter Firma unter ihrem Nahost-erfahrenen Chef Nickel fidelte die Verbindung zwischen Kayser und der saudischen Regierung ein.

— Merck, Flack und Co: Frühere Hausbank der OTRAG (die jetzt bei der Bayerischen Hypo-Bank untergeschlüsselt ist). Stellte die Verbindung her zwischen OTRAG, Nickel und

General Wust. War bis November 1978 als Generalinspektor der Bundeswehr tätig. Wust erarbeitete für die Saudis eine 200-seitige Expertise mit den Details zum „Plan Delta“ und führte die Verhandlungen in Riad. Er brachte auch den Nürnberger Rüstungskonzern

— Diehl GmbH & Co: In das Geschäft ein. Diehl ist ein guter Freund von Strauß, seine Firma belegt Platz 11 in der Liste der bundesdeutschen Waffenschmieden. „Ihr Vertreter ließ keine Zweifel daran, daß man konventionelle Gefechtsköpfe für die Raketen sofort liefern könne. Nur für die fortgeschrittenen Technologien der endphasengelenkten Submunition“ (...) sei eine „Anpassungsentwicklung notwendig“, berichtete der „Stern“.

Außerdem sind mit von der Partie AEG-Telefunken (für Radargeräte), die Frankfurter Firma Polensky und Zöller und zwei Zürcher Firmen (für Aufbauten und Bunker).

Fast wöchentlich trafen sich im Winter 1979/80 die Partner des Milliardenprojekts — mal in Zürich, mal bei Diehl in Nürnberg, mal in Frankfurt.

1981 trennte sich die OTRAG von Lutz Kayser und „Buterie“ nach zum „Partner der Europäischen Raumfahrt“. Ihr neuer Chef ist Frank Wukasch. Kleiner Schönheitsfehler: Auch dieser Herr war an den Verhandlungen um den „Plan Delta“ persönlich beteiligt. (12)

Die Kontinuität der OTRAG-Arbeit ist also gewährleistet. Kein Wunder, daß sie nach einer kurzen Versuchspause von zwei Jahren 1983 schon wieder zündelte. (13)

## Jürgen / KH-Stuttgart

## Quellen:

- (1) nach AK 138
- (2) DFVLR-Nachrichten 37/82
- (3) folgende Angaben entnommen aus: Penthouse, 1. Jahrgang, 1. Heft, S. 108; Deutsches S. 298 ff.
- (4) neben dem Bundesverteidigungsministerium und der Landesregierung Baden-Württemberg.
- (5) DFVLR-Jahres- und E-Geschäftsbericht 1980, S. 10 ff. in AK 244 S. 1
- (6) Die meisten der folgenden Angaben sind der Broschüre „Atomwaffen: A- und H-Schwerpunkt Süddeutschland“ entnommen.
- (7) Spiegel 14.8.78
- (8) OTRAG-Projekt Mai 1977
- (9) a. dazu ausführlich AK 249 S. 17
- (10) ID 7.11.79
- (11) so eine Meldung aus geschichtlich gut unterrichteten Kreisen.
- (12) Stern 4.11.81
- (13) a. AK 249 S. 17

## OTRAG: Geflickte Politik

Endlich in der AK nicht mehr die einzige Zeitung, die über bundesdeutsche Raketenentwicklung berichtet: In ihren Ausgaben vom 27.10. und 2.11. hat die „LZ“ jeweils Titelstories über die OTRAG zusammengestellt. Aufhänger waren die Geschäfte des Flick-„Gesellschafts“ Herrn Barzel (Dessen Geldwaschanlage, die Anwaltskanzlei Paul, hatte 1978 erreicht, daß die OTRAG Ausfuhrbeschränkungen für Raketenente nach Zaire umgehen und die dortigen Tests ungestört weiterführen konnte. Mit dem Hinweis auf Rüstungsprojekte wurde die Barzel-Affäre weitergezogen).

Allerdings bieten sich hier möglicherweise noch weitere Angriffspunkte. Die staatlichen Unterstützungsgelder für OTRAG kamen in beträchtlicher Höhe vom damaligen Forschungsminister Matthöfer. Siewerliche Vermögensangaben und Abschlagsmöglichkeiten gewährte das hessische Finanzministerium, in letzter Instanz Holger Börner als Regierungschef. Der damalige Forschungsschreiber Hauff unterstützte die Weiterförderung der OTRAG 1975 ebenfalls (1). Zumindest von Matthöfer ist bekannt, daß er von Flick Geld bekommen hat. In den Entwürfen des Flick-Buchhalters (Diehl) von 40.000 DM die Rede um einen Januar 1980. Zu dieser Zeit verhandelte OTRAG mit Saudi Arabien über Raketenlieferungen. (2)

Schon relativ frühzeitig war im Januar 1980 zu dieser Zeit verhandelte OTRAG mit Saudi Arabien über Raketenlieferungen. (2)

Schon relativ frühzeitig war im Flick-Skandal erwähnt worden, daß Heinz Herbert Kärr, der hessische FDP-Wirtschaftsminister, die „Schlüsselrolle“ beim Selbsten von Exportgenehmigungen für Waffen gewesen war (3). Matthöfer, die hessische FDP-Minister, haben über seinen Schreibtisch. Das waren die OTRAG-Geschäfte, die das waren, kam zu dem Zeitpunkt mehr sagen 1981 wurde Kärr erschossen, angeblich von den „Revolutionären Zellen“. Die Zweifel an dieser Version wurden im AK ausführlicher dargestellt.

Von den erwähnten SPD/FDP-Politikern kann sich heute keiner mehr herausreden, es habe nicht gewußt, wen oder was er bei OTRAG unterstützte. Schmidt's Regierungssprecher Lothar Rühl äußerte immerhin in einem Rundfunkinterview über die OTRAG-Entwicklungen: „Weil diese Raketen nach ihren technischen Merkmalen eingesetzt werden können als Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 100 km oder mehr, (...) und schließlich, weil sie ein Gewicht zwischen 80 und 200 kg tragen könnten, war die Möglichkeit, einen Gefechtskopf drauf zu setzen — all dies bedeutet, daß sich hier allem Anschein nach eine Raketenwaffenstufe entwickelt.“ (4)

## Jürgen / KH-Stuttgart

## Anmerkungen:

- (1) Informationsdienst SDG Afrika 1/82 S. 97
- (2) Süddeutsche Zeitung, München, 1.11.81 — Die gekaufte Republik, S. 108
- (3) Süddeutsche Zeitung, München, 1.11.81
- (4) HZ-Interview, z.B. nach NPUR 20.4.81



# Von »airland-battle« zur »air-sea-battle«

„Warum zu warten, bis Flugzeuge und Raketen des Warschauer Paktes auf uns zufliegen, wenn es viel leichter ist, sie am Boden zu treffen, ehe sie losgeschickt werden“, schrieb der dänische Oberst Helge Kroon vom „Defence College“ der NATO in Rom. Für sein Heimatland, so Kroon, habe diese strategische Überlegung vor allem in der Ostsee Bedeutung: Es gelte, die sowjetische Flotte in einer „Spannungsperiode“ (d. h. v o r Ausbruch eines Krieges) nicht aus der Ostsee entweichen zu lassen (1). Bildung hieß es offiziell, daß ein Ausdrücken der sowjetischen Seestreitmächte in Richtung Atlantik — zwecks Unterbrechung des transatlantischen Nachschubs der NATO an die „europäische Zentralfrente“ — in Höhe der „Gluk-Lücke“ (Seeleiste zwischen Grönland, Island, United Kingdom) erfolgen solle. Zur Schlacht um die Kontrolle des Atlantiks möchte es die NATO jedoch nun gar nicht erst kommen lassen. „Unsere Antwort auf die sowjetische Bedrohung darf nicht nur passiver Natur an der Gluk-Lücke sein“, sagte der US-Admiral Lee Baggett vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses in Washington (2). Und US-Marineminister John Lehman ergänzte, der Kampf sei „in die Heimatgewässer des Feindes“ zu führen, um auf die sowjetischen U-Boote zu treffen, ehe diese sich ausbreiten könnten und die US-Flotte wie die transatlantischen Seeverbindungen bedrohen könnten (3).

„TEAMWORK '84“ hieß das Manöver, bei dem im Frühjahr 1984 der „präventive“ Schlag gegen die sowjetischen Seestreitmächte geübt wurde. An dem dreiwöchigen Manöver beteiligten sich neun NATO-Staaten mit insgesamt etwa 150 Schiffen, 300 Flugzeugen und Hubschraubern sowie mit einer Truppenstärke von ca. 40.000 Mann. Für die Koordination war der Befehlshaber des NATO-Oberkommandos Atlantik (SACLANT) zuständig, der seinen Sitz in Norfolk, dem Haupthafen der zweiten US-Flotte an der Ostküste der USA hat (4). Den offiziellen Verhandlungen zufolge diente das Manöver der Demonstration der Entschlossenheit der NATO, die transatlantischen Verbindungswege und die NATO-Nordflanke zu „sichern“.

## Ausgangspositionen ...

„So wünschenswert es auch sein mag, einen möglichst großen Teil der zur Verteidigung Westeuropas notwendigen Streitkräfte an Ort ihres Einsatzes bereitzustellen, so ist dies weder aus politischen noch wirtschaftlichen Gründen möglich. Und in jedem Fall hat die Einführung von Langstrecken-Großraumtransportflugzeugen die Zuführung von Truppenverstärkungen zu einer relativ einfachen Sache gemacht, die für einen militärischen Einsatz von der Führung von Truppenverstärkungen zu einer relativ einfachen Sache gemacht. Eine atlantische Luftbrücke kann jedoch niemals einen wesentlichen Teil der großen Mengen von sperrigen und schweren Geräten und Nachschubgütern bewältigen, die benötigt werden, und es wird notwendig bleiben, etwa 90 % des benötigten Materials auf dem Seewege zu transportieren.“ So Air Marshal Sir John Curtis auf dem „Sinking '84“-Symposium (5).

Der Umfang des im Konfliktfall (genauer: bereits im Spannungsfall) vorgesehenen transatlantischen Nachschubs ist beachtlich: „Es wird nötig sein, die alliierten Armeen durch etwa 1,5 Millionen Mann zu verstärken, es werden 4,5 Millionen Tonnen Munition, 4 Millionen Tonnen Material und Gerät und rund 16,5 Millionen Tonnen Öl und Treibstoff zugeführt werden müssen. Über 1.200 Schiffe der NATO-Handelsflotte werden nötig sein, um diese großen Frachtmengen zu transportieren und das bedeutet, daß wenigstens 60 Schiffe pro Tag, die diese lebenswichtigen Güter und Verstärkungen an Bord haben, auf der europäischen Seite des Atlantik eintrafen und die verschiedenen Häfen der Karibik und der Nordsee anlaufen müssen, um ihre Fracht zu entladen“ (6). Die Sowjetunion weiß natürlich um die strategische Bedeutung des transatlantischen Nachschubs. Und so ist es nur logisch, wenn sie sich überlegt, diesen frühzeitig auf dem Atlantik zu stoppen. Damit verbunden ist zweifellos das Kalte Blut auf diese Weise eine Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt in Europa auf einen Seekrieg zu begrenzen, d. h. durch die Unterbrechung des maritimen transatlantischen Nachschubs den Landkrieg, mit seinen noch weit verheerenderen Folgen, zu verhindern bzw. nach Aufbruch dieses NATO-Aufmarsches in Europa in eine völlig unterlegene Situation zu geraten. Es ist typisch, daß dieser Nachschub in keiner Kategorie gerechnet der NATO aufzukaufen. Daß dieses Kalte Blut allerdings ein sehr ernstes militärisches Agieren voraussetzt, wird noch aufzuzeigen sein.

Mit dem transatlantischen Nachschub steht und fällt die Option einer „erfolgreichen“ Land- und Luftkriegsführung für die NATO an der „europäischen Zentralfrente“. Anfanglich des NATO-Manövers „TEAMWORK '84“ erklärte der US-

Vizeadmiral Metcalf III, daß die NATO-Nordflanke „aus strategischer Sicht die eigentliche Schlüssel zur Verteidigung Europas ist“. Metcalf III erläuterte auch gleich den Sinn der bisherigen Flottenübungen der NATO unter winterlichen Bedingungen im Nordmeer: „Wir müssen gegenüber dem Osten demonstrieren, daß dieses Nordmeer nicht der Sowjetunion gehört.“ Für die atlantischen Verbände der USA sei die Aperturierung der europäischen Nordflanke zur Hauptaufgabe geworden (7). Und der Inspektor der BRD-Marine, Vizeadmiral Ansgar Bethge, schrieb: „Die im Verteidigungsfall zur Kontrolle des See- und Luftraumes notwendige maritime Überlegenheit der NATO muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Punkt oder gar eine Unterlegenheit mit kalkulierbarem Risiko mögen in anderen Seeräumen einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Ost und West hingenommen werden, nicht jedoch im atlantischen Raum.“ (...) Nur so können der Nachschub und die Operationsfreiheit der Trägerkampffluggruppen gesichert und dadurch der Abwehrkampf an der europäischen Landfront flexibel unterstützt werden“ (8).

Die Sowjetunion steht sich hinsichtlich einer Unterbrechung des transatlantischen Nachschubs mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die zum Großteil geostrategisch bedingt sind. Neben der Flotte, die die Sowjetunion ständig auf den Weltmeeren patrouillieren läßt, und das ist nur ein kleiner Bruchteil der Gesamtflotte, hat sie im Nordatlantik überhaupt nur die Nordmeerflotte eine theoretische Chance von Aussicht zu erreichen und auch das nur, wenn es gelang, das Nordmeer zu beherrschen bzw. die scharf bewachte „Gluk-Lücke“ zu durchbrechen. Die alliierten Flotten der NATO (Schwarzmeeerflotte, Ostsee- und die in Arden stationierten Flottenteile) sind durch Meerengen vollkommen abgesperrt. Für das Nordmeer ist Moskau der einzige existente Hafen. Geeigneter wären die vom Ostsee an die Ostsee gehenden norwegischen Fjorde. No. Norwegen zu kontrollieren, wäre für die Sowjetunion als so von dominanter Bedeutung. Es würde gesungene Bäume für die strategischen U-Boote schaffen und hielte den für die Kontrolle des Nordatlantik eingesetzten Teil der Nordmeerflotte den Rücken frei. Die NATO geht davon aus, daß die SU im Falle eines drohenden Land- und Luftkrieges an der „europäischen Zentralfrente“ Nordnorwegen besetzen werde.

Die NATO hat diesbezüglich bereits vorgesorgt. In den letzten Jahren wurden in Norwegen erhebliche Mengen von militärischem Gerät vorverlagert. Norwegen hat mit den USA ein Abkommen über die Einlagerung von amerikanischen Geräten in Mittelnorwegen abgeschlossen, um die Abhängigkeit der US-Einsatztruppen vom Luft- und Seetransport zu verringern. AWACS-Flugzeuge können vom norwegischen Stützpunkt Orland aus alle Bewegungen der SU Nordmeerflotte um Nordatlantik und Nordnorwegen beobachten und Zeit genügend der BRD-Marinestützpunkt.

Bei den Manövern „TEAMWORK '84“ wurde der strategische Land- und Luftkrieg gegen die Sowjetunion in der Nordsee, bei dem die etwa 8.000 Mann zählende US-Marine-Infanteriebrigade (MAB) die Hauptrolle spielte. Norwegen und die das Land umgebenden Gewässer sollen keinesfalls der SU überlassen werden, im Gegenteil: Norwegen und die Norweger sollten zum Ausgangspunkt von Angriffen gegen die SU Nordmeerflotte werden, deren Zerstörung noch erfolgen soll. b g v o r die SU Nordnorwegen und seine Häfen unter ihre Kontrolle be-



kommt bzw. gar sowjetische Seestreitmächte die „Gluk-Lücke“ erreichen.

Air Marshal John Curtis äußerte auf dem „Sinking '84“-Symposium: „Es mag attraktiv erscheinen, sich vorzustellen, daß die Verteidigung und Sperrung der Linie Grönland-Island-England-Norwegen den nordatlantischen Seewegen ausreichend Schutz gewähren würde, doch würde ein solches Konzept bedeuten, daß man die Norwegen-See den Streitkräften des Warschauer Paktes überläßt. Mit ungedeckter Bewegungsmöglichkeit in der Norwegen-See und ihren modernen weitreichenden Waffensystemen könnte sie erheblichen Druck auf das Gebiet des Nordatlantik ausüben und die Aufgabe der Offenhaltung der Seeverbindungswege tatsächlich außerordentlich schwierig machen. Die Beherrschung der Norwegen-See ist absolut notwendig für erfolgreiche Operationen im Nordatlantik, da es der sowjetischen Seite die operative Freizügigkeit nehmen und verhindern würde, daß sie die Initiative wiedergewinnen, ganz abgesehen von anderen wichtigen Aspekten, wie z. B. des Auftrages der alliierten Streitkräfte, Nordnorwegen zu halten und zu verstärken. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang der Auftrag, die Sowjets daran zu hindern, die norwegischen Seewege frühzeitig zu schließen. Zusammengefaßt heißt das: Die Sowjets daran zu hindern, die norwegischen Luftbasen für ihre Langstrecken-Aufklärungs- und Seekampfflugzeuge zu nutzen, was unsere Schwierigkeiten, die nordatlantischen Seewege offen zu halten, gewaltig erschweren würde“ (9).

BRD-Vizeadmiral Ansgar Bethge formulierte 1980: „In einem bewaffneten Konflikt in und um Europa wird es zunächst die Aufgabe der europäischen Marine sein, die Voraussetzungen zur Anlandung der überseeischen Verstärkungen und Versorgungsgüter in Europa zu erhalten, um eine erfolgreiche Vorverteidigung des Mittelabschnittes Europa sicherzustellen.“

## NATO beschließt Richtlinien zur Führung eines konventionellen Angriffskrieges

Am 9.11.84 verabschiedete der militärische Planungsausschuß der NATO den Rogers-Plan als verbindliche Richtlinie, nachdem schon vorher die 14 Stabschefs ihren Segen erteilt hatten. Am 4./5.12. dürfen dann in Brüssel noch einmal die „Verteidigungsminister“ ihre Zustimmung geben. Bei dieser Gelegenheit erfüllt man, daß dieser Plan mit dem NATO-Namen „Long Term Planning Guideline — Follow on Forces Attack — FOFA“ (auf Deutsch: „Langfristige Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestärken“) schon seit 1976 in Vorbereitung ist und als erster Entwurf seit 1982 den Regierungen vorlag. Die Ziele dieser Strategie beschrieb 1979 Colin S. Gray, bekannter als Propagandist vom „Siege im Atomkrieg“, folgendermaßen: Die NATO braucht neben einer (wegreichen) Atomstrategie „eine nicht-nukleare Truppenkontingente, das vorbereitet in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren ... Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — was ist das mindeste — ist wieder einmal offen...“

Diese konventionelle Kriegsführungstrategie wird offiziell als „Anhebung der Atomschwelle“ verkauft. Da es aber vor allem zu einer Senkung der Kriegsschwelle führt, kann es nicht

Die Behauptung der NATO-Nordflanke, einschließlich der nordnorwegischen Randmeere, ist daher unerlässlich. Hierzu ist eine Operationsführung erforderlich, die alle Möglichkeiten nutzt, um die gegnerischen Kräfte frühzeitig abzunutzen und dem Gegner die Initiative zu nehmen“ (10).

## Der dritte Weltkrieg beginnt zur See

Es ist das Dilemma der sowjetischen Ostsee- und Nordmeerflotten, daß sie aus geographischen Gründen für vorzeitige Angriffe äußerst verwundbar sind. Wollen sie einem vorzeitigen Angriff, der sie in ihren Heimatgewässern treffen würde, entgehen, müssen sie sehr frühzeitig ausrücken. Für die NATO bedeutet dies wiederum, daß ihr Angriff noch frühzeitiger, genauer betrachtet noch im Übergang zum Spannungsfall, erfolgen muß, auch um den reibungslosen Ablauf des transatlantischen Nachschubs zu garantieren. + Mensch könnte etwa folgendes (grob gezeichnete) Szenario entwerfen: Ein zunächst noch regionaler Krieg im Nahen/Mittleren Osten weitet sich derart aus, daß die beiden Großmächte hier direkt aneinander zu geraten drohen. Die USA bzw. die NATO ver-

suchen hier direkt aneinander zu geraten. Die USA bzw. die NATO verstärkt nicht nur ihre Präsenz in der unmittelbaren Konfliktregion selbst, sondern auch an der „europäischen Zentralfrente“, um ihre militärischen Operationen im Nahen/Mittleren Osten gegenüber der SU und dem Warschauer Pakt „abzudecken“ (bzw. um Druck auszuüben, der die SU zur Zurückhaltung in der unmittelbaren Konfliktregion anhalten soll) sowie für den Fall der horizontalen Eskalation des noch regionalen Krieges gewappnet zu sein. Die SU wird sich gezwungen, den transatlantischen Nachschub frühzeitig zu stören und zu unterbrechen: a) um es nicht zu einer Verschiebung des Kräfte-

verhältnisses zu ihren Ungunsten an der „europäischen Zentralfrente“ kommen zu lassen (bzw. sich für den Fall, daß ein Landkrieg unvermeidbar wird, eine möglichst günstige Ausgangsposition zu sichern), b) um die Option eines begrenzten Seekrieges, der den transatlantischen Nachschub, der der NATO die Führung zur erfolgreichen Kriegsführung verleiht, zu garantieren, und die NATO wiederum noch frühzeitiger einem Ausrücken der sowjetischen Ostsee- und Nordmeerflotten in Richtung „Gluk-Lücke“ zuvorkommen. Und zwar durch einen direkten Angriff auf die sowjetischen Seestreitmächte oder aber durch den Versuch, diese in ihren Heimatgewässern einzuschließen, was wohl ebenfalls den Seekrieg zur Folge haben dürfte, da die SU ein derartiges Bemühen der NATO als direkte Herausforderung und Vorbereitung des Landkrieges interpretieren muß.

Die Gefahr, daß hier sehr frühzeitig (noch im Übergang zum Spannungsfall) ein Eskalationsautomatismus ausgelöst wird, ist sehr groß. Dabei müßte es nicht bei einer rein konventionell geordneten Auseinandersetzung bleiben. In den letzten zwanzig Jahren ist die Nordmeerflotte zu einer Kernstück der sowjetischen Armas wie angebaute worden. Zwei Drittel des seegestützten strategischen Nuklearpotentials der SU halten sich um Kola auf. Mit ihren SS-BMs (auf Delta III und Typhoon-U-Booten stationiert) kann die SU von Positionen in der Barentssee aus Ziele in den USA anvisieren. Für die SU kommt es darauf an, daß die SS-BM-bestückten U-Boote ihre Basen rechtzeitig verlassen können, damit sie, im Falle einer nuklearen Eskalation, kein konzentriertes Ziel für US-Schläge abgeben. Es dürfte der NATO schwerfallen, eine Auseinandersetzung mit der Nordmeerflotte der SU so zu gestalten, daß die SU auch davon ausgehen muß, daß diese auch ihren seegestützten nuklearen Potential und dessen Aktivität ausnutzen.

dsm

- Quellen  
1 zitiert nach „Frankfurter Rundschau“ — „FR“ vom 27.2.84  
2 zitiert nach „FR“ vom 11.4.84  
3 ebenda  
4 Angaben nach Frankfurter Allgemeine Zeitung — „FAZ“, vom 28.2.84  
5 Sir John Curtis, die Lullage im Nordatlantik, in: „Marine Rundschau“ 6/1984  
6 ebenda  
7 zitiert nach „FAZ“ vom 28.2.84  
8 Ansgar Bethge. Die Bedeutung von Seestreitkräften vor dem Hintergrund eines gewandten maritimen Umfeldes in: „Wehrtechnik“ 8/1980  
9 s. die Quellenhinweise 5  
10 siehe Quellenhinweise 8

die Steigerung der Rüstungsausgaben um real 4 statt 3%, besser gesagt um 7%, wie es kürzlich nachschob. Laut Würzburg ist aber noch gar nicht ausgemacht, ob dadurch weitere Kosten entstehen, immerhin hat man es jetzt amtlich, daß der Bundeswehrplan 90 schon auf den Rogers-Plan abgestimmt wurde. Dieser Plan sieht für 3 Jahre Rüstungsbeschaffung vor, die nach heutigem Stand schon auf 100 Mrd DM veranschlagt werden.

Zu den Märschen um den Rogers-Plan gehört, daß die NATO behauptet, dies habe mit der Airland Battle-Konzeption vom ganz Anfang der 70er zu tun (was die taz dann prompt aus einer dpa-Meldung abnimmt). Im Airland Battle-Konzept werden nicht nur die Zielwaffen, sondern auch Truppen ganz neu und doof auf Dringlichkeitsanfragen im Bundestag, daß es noch offen sei, wie weit über 30 km hinaus die vorgesehene „Schläge in die Tiefe“ reichen sollen. Tatsächlich gibt es eine genaue Zielliste und schon heute Atomwaffen, die auf diese Ziele programmiert sind, für die ersten Ziele (Ausschaltung der Luftwaffe) sind solche Atomwaffen (auch bei der Bundeswehr) in ständiger Alarmbereitschaft, um innerhalb von 15 Minuten zum Einsatz kommen zu können. Solche Ziele bis zu 800 km sollen durch konventionelle Waffen erzielt — genauer gesagt ergänzt — werden.

Die Anschaffung der dafür notwendigen Waffensysteme erfordert laut Rogers zusätzlich 90 Mrd DM, bzw.

(siehe ansonsten ausführlichere Artikel in AK Nr. 227, 230, 233 und 239 zu diesem Thema)







#### K4. Harzburg







## Niederlande:

## Onkrut-Raubzüge in Notdepots

Onkrut und andere niederländische Antimilitarist/innen brachen im März dieses Jahres in vier Notdepots des Gesundheitsministeriums ein (s. AK 245, S. 18). Medikamente und medizinische Geräte im Wert von zwei bis dreihunderttausend Mark wurden geklaut. Mit der Aktion protestierten die Antimilitarist/innen nicht nur gegen die Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen, denen das eingelagerte Material dient. Sie wollten zugleich verhindern, daß das Material „sinnlos vergraben wird, während es an vielen Orten der Welt dringend gebraucht wird“.

Die gesamte Beute ist mittlerweile beim Adressaten — eine Befreiungsbewegung irgendwo in der Welt — angekommen („bluff“, 4.10.84).

## Grünes Licht für die nächste Aktion

Am 1.10. wurden die fünf Onkrutter/innen, die nach dem Einbruch in eines der Depots festgenommen worden waren (alle anderen Einbrüche waren verlustfrei vorübergegangen), zu jeweils drei Wochen Knast (ohne Bewährung) verurteilt. Einer der Verurteilten war die den Ausgang des Prozesses als Erfolg. Die Justiz habe „Angst (gezeigt) vor der Aufregung, die ein härteres Urteil in der Öffentlichkeit hervorgerufen hätte“. Das Preis-/Leistungsverhältnis der Aktion sei außerordentlich günstig. „Zwei hunderttausend Gulden (der Wert der Beute, Anm. AK) gebührt durch einhundert Tage (soviel ungefähr müssen wir zusammen absetzen) macht zweitausend Gulden Entwicklungshilfe pro Tag und Person, bezahlt vom Militarismus. Mit diesem Gedanken wird das Absitzen der Strafe sehr erträglich sein.“ Aber: „Grünes Licht für die nächste Aktion.“ („bluff“, 4.10.84).

Keine zwei Tage nach dieser Veröffentlichung, in der Nacht vom 3. auf den 6. Oktober, versuchten

Keine zwei Tage nach dieser Veröffentlichung, in der Nacht vom 3. auf den 6. Oktober, versuchten Antimilitarist/innen zwei weitere medizinische Notdepots, in den Orten Alphen aan de Rijn und Dubbeldam, auszubrechen. Diesmal schlugen die Beutezüge fehl. In Alphen aan de Rijn wurde die Polizei gerade noch rechtzeitig entdeckt, um die Aktion in aller letzter Minute abblasen zu können. In Dubbeldam hatte sich die Bullerei in einem Wohnviertel in der Nähe des Depots versteckt. Sie ließ Onkrut das Depot aufbrechen. Die Beute (Schleppen und den Transportwagen voll in den. Dann schlug sie zu. Dabei konnte sie jedoch nicht mehr als sechs Beutegüter festnehmen. Die Mehrheit der Antimilitarist/innen, die arbeitsteilig in verschiedenen Gruppen operiert hatten, entwichen. Sogar der vollgeladene Transportwagen konnte — obwohl die Polizei mit Pistolenkesseln versuchte ihn zu stoppen — zunächst entkommen. Wenig später mußte der Wagen samt Beute jedoch zurückgelassen werden.

## Gerichtsblockade gegen U-Haft

Die sechs Festgenommenen, zwei Männer und vier Frauen, wurden knapp zwei Wochen in U-Haft gehalten, das ist für niederländische Verhältnisse relativ lange. Am 17.10. mußte der Richter über den Antrag des Staatsanwalts entscheiden, die U-Haft um dreißig Tage zu verlängern. Onkrut hatte, nachdem bereits diverse Protestaktionen stattgefunden hatten, aufgerufen, das Gerichtsgebäude in Dordrecht am 17.10. effektiv zu blockieren. Dem Aufruf folgten etwa fünfhundert Sympathisant/innen (darunter auch Mitglieder der Gruppe „30 und älter gegen Atomgewalt“), die morgens in aller Frühe in einem Demo Zug geschlossen zum Gericht zogen. Für etwa eine Stunde konnten die drei Eingänge des Gebäudes, in das die Angeklagten vorwiegend bereits am Tag zuvor gebracht worden waren, „blockiert“ werden. Der Beginn der Sitzung wurde verzögert. Dann er schoben sich die 300 bis 400 italienischen Aufgänger, die die Blockade auflösten. Der Tag verlief ohne größere Vorfälle und eine Verurteilung.

Am späten Nachmittag wurden die sechs Angeklagten überraschend freigelassen. Der Staatsanwalt hatte seinen Antrag zur Verlängerung der U-Haft damit begründet, daß die Gefahr einer

Wiederholung der Straftat bestünde. Der Richter hingegen sah hierfür keinen eindeutigen Beweis. Zwar seien schon einmal Notdepots ausgeraubt worden und es gebe Ankündigungen, daß weitere Beutezüge folgen würden. Aber es sei keineswegs erwiesen, daß die Angeklagten bei den vorigen Einbrüchen beteiligt waren bzw. etwas mit den Ankündigungen zu tun hätten. Das Argument des Staatsanwalts, daß sowohl die vorigen Einbrüche als auch die Ankündigungen (zumindest) von „Gesinnungsgenossen“ der Angeklagten stammen würden, dürfe — so plädierten die Anwälte mit Erfolg — nicht als Grund gelten, die Angeklagten länger in U-Haft zu halten, da ansonsten das Prinzip vom individuellen Charakter der Rechtsprechung verletzt werden würde (Man denke sich denselben Prozeß einmal unter bündendeutschen Bedingungen ...).

## Prozeß

Am 8.11 fand — gedeckt von einigen hundert Bullisten — der Prozeß gegen die sechs Onkrutter/innen in Dordrecht statt. Die Anklage lautete: „Gemeinschaftlicher Einbruch und Gewaltanwendung“. Der zweite Anklagepunkt (Gewaltanwendung) dürfte nach Auffassung von Prozeßbeobachtern kaum zu einer Verurteilung führen. Nach Angaben der Polizei war der vollgeladene Transportwagen auf der Flucht auf einen Beamten zugefahren. Allerdings befanden sich die sechs Angeklagten zum betreffenden Zeitpunkt nachweislich nicht in diesem Wagen. Die Polizei hatte sie nämlich schon festgenommen.

Die Verteidigung konzentrierte sich — neben der Widerlegung der zur Last gelegten „Gewaltanwendung“ — auf eine politische und juristische Rechtfertigung des Einbruchs.

## BRD-Frankreich:

## BRD-Frankreich:

## Ein gemeinsames Leitsystem für Atomwaffen

Für den Ausbau der westeuropäischen Militärmacht fanden Ende Oktober zwei Treffen von großer Bedeutung statt: die römische Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der sieben WEU-Staaten (4.B. Frankreich, Italien, die Benelux-Länder und die BRD) am 26. und 27.10. und die 44. westdeutsch-französische Konsultationen am 29. und 30.10. Herausragendes Ergebnis ist die zwischen Kohl und Mitterrand gefundene Einigung über die weiteren Schritte der BRD und Frankreichs bei der ökonomischen und militärischen Eroberung des Weltraums.

## Militärischer „Aufklärungs“satellit für Zielplanung und Ziellindung

Im Mittelpunkt der westeuropäischen Weltraumpolitik werden nach den Plänen der BRD und Frankreichs bis in die Mitte des kommenden Jahrzehnts drei Projekte stehen.

- Die Weiterentwicklung der Träger Rakete „Ariane“.
- Die Beteiligung an der US-amerikanischen bemannten Raumstation „Columbus“.
- und der Bau eines westdeutsch-französischen Minisatelliten.

Die Träger Rakete „Ariane“ wird seit 1980 von dem damals gegründeten westeuropäischen Unternehmen Arianeespace betrieben, 47 westeuropäische Firmen waren an der Gründung der Arianeespace beteiligt, von denen 44 die Franzosen 59,25 %, die Westdeutschen 19,6 % halten. Im Unterschied zur derzeit eingesetzten „Ariane 3“ soll die für ca. 1993 projektierte „Ariane 5“ die technischen Voraussetzungen für bemannte Raumfahrt erhalten. Ihre Entwicklung wird deshalb als die Grundlage für eine von den USA unabhängige Raumfahrt betrachtet. Die Gesamtkosten für dieses Pro-

jekt sollen sich auf 3 Mrd. Mark mit einem westdeutschen Anteil von 1,6 Mrd. DM belaufen. Die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Raumtransportunternehmens Arianeespace wird belegt durch die Aussicht, von den bis Ende der 80er Jahre weltweit zu erwartenden 200 kommerziellen Weltraumstarts rund 50 bei einem Transportpreis von 25 Mio. Dollar pro Stück abwickeln zu können.

Die bemannte US-Raumstation „Columbus“ soll Mitte der 90er Jahre im All stationiert werden. Die Gesamtkosten werden sich auf 8-10 Mrd. Dollar belaufen. Um diese Kosten aufzutreiben, forderte die US-Regierung die Westeuropäer und Japaner auf, sich an dem Projekt zu beteiligen. Am weitesten gediehen und unter dem Systemführer MBB ERNO (Bremen) westdeutsch-italienische Pläne, ein bemanntes Weltraumbühnen zu schaffen, an dessen Kosten von 6 Mrd. Mark sich weitere westeuropäische Staaten beteiligen sollen. Mit der Teilnahme an dem US-Projekt soll ein technologischer Rückfall Westeuropas auf dem Sektor der bemannten Raumfahrt verhindert werden. „Ein cleverer Zwischenschritt zur vollen Unabhängigkeit im Orbit“ („Zeit“, 31.10.84).

— In westeuropäischen Regierungskreisen wird inzwischen auch eine Beteiligung am Aufbau eines weltraumgestützten Abwehrsystems gegen strategische Raketen geprüft.

Die bedeutsame Einigung aber wurde über die Entwicklung eines militärischen „Aufklärungs“satelliten erzielt, der mit modernster Technologie ausgerüstet werden soll. Denn nach westdeutscher Meinung ist die Beschränkung auf nur optische Beobachtung nicht ausreichend, weil allein die volle Funkkommunikation bei jedem Wetter die Unabhängigkeit von der Datenübermittlung durch die USA gewährleisten. Das französische Interesse an einer eigenständigen (und nicht mehr von den USA abhängigen) Zielplanung und Lenkung der nationalen Atomwaffen und der weit verfolgten westdeutschen Wunsch nach einem Zu-



Engagierter Einsatz gegen die Demonstranten, die das Gericht blockierten, um ihrer Forderung nach Freilassung der antimilitaristischen Aktivisten Nachdruck zu verleihen (Foto aus „bluff“, 18.10.84)



Nach Blockade des Gerichts: Die Aktivisten von Onkrut und „Mach das Heer leer“ sind wieder frei (Foto aus „bluff“, 18.10.84)

Niederlande-Kommision

griff auf Nuklearwaffen werden hier auf unheilvolle Weise gekoppelt.

Die Franzosen möchten zwar „ihre Atomwaffen nach wie vor allein und ohne jegliche Dreierbeispiele von Bonner Seite befehlen, doch immerhin würde die BRD Miteigentümer eines Weltraumflugsystems für den Einsatz französischer Nuklearwaffen“ (Rywek), Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es Mitterrand war, der in seiner Haager Rede im Februar die BRD und andere EG-Staaten zur gemeinsamen Militarisierung des Weltraums aufforderte. Unter dem Motto „Mehr Verantwortung für Europas Sicherheit“ wird so eine neue Bedrohung gegenüber den Völkern der RGW-Staaten geschaffen.

## Die WEU-Jubiläumskonferenz

Weniger spektakulär in ihren Ergebnissen war die römische WEU Tagung, doch bestätigte sie, daß Westeuropas Imperialisten den Weg einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit zurecht beschreiben. In der politischen „Erklärung von Rom“ wurden die wichtigsten Aspekte bei der Übertragung größerer militärpolitischer Verantwortlichkeiten auf die WEU festgehalten.

— Die internationale Rüstungskoordination soll aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen mittels der WEU konzentriert werden.

— das militärische Einfluß- und Einwirkungsgebiet soll über das NATO-Vertragsgebiet hinaus ausgedehnt werden.

Im „Dokument von Rom über die institutionelle Reform“ wurden konkrete Festlegungen getroffen. Die Außen- und Verteidigungsminister sollen sich in Zukunft zweimal jährlich treffen. Die Arbeit des Ständigen Rates soll ebenso wie die der WEU-Parlamentarierversammlung intensiviert werden und die Rüstungskoordination soll durch das Rüstungskontrollamt, das einmal zur Kontrolle der in zwischen aufgehobenen Beschränkungen westdeutscher Rüstung geschaffen wurde, gesteuert werden.

Auch eine räumliche Erweiterung der WEU könnte demnächst vorliegen, wenn die WEU positiv auf das portugiesische Beitrittsersuchen reagiert und wenn die spanische Regierung ihre Sympathieerklärung für die WEU in einen offiziellen Beitrittsantrag kleidet.

Eine Protestdemonstration gegen den WEU-Ministerrat, die auf der „Europäischen Konferenz“ in Prag im Juni beschlossen wurde, war mit 5.000 bis 8.000 Teilnehmern nur schwach besucht. In der Vorbereitung waren die besonders WEU-kritischen Grünen und Demokratische Proletariat von dem neugegründeten italienischen „Initiativkomitee“ übergegangen worden. Das „Initiativkomitee“ aus Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten (KPI) hatte im Interesse eines breiten Bündnisses jegliche konkrete Aufklärung über die WEU vermieden.

Die Ausbreitung radikaler Kräfte dient nicht allein der Einbeziehung der SPD, sondern resultiert auch aus der Position der KPI, die eine rechte WFL als Mittel zur Selbstbehauptung Westeuropas gegen die USA ansieht.

fa.

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Neue Zeit“, „Die Zeit“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, „Die Zeit“, M. Rywek, Bonn. Briefe an die Militärs, die die Welt als ein in „Bilder für deutsche und internationale Politik“ 1984. Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes Nr. 1150/84, „TAZ“.



## Wir waren die neuen Juden

**Erzähl um Wechsel von deiner eigenen Geschichte.**

Geboren 1934. In Berlin. Mein Name war Sonnenberg. Meine Mutter war eine assimilierte Jidin, mein Vater kam aus Rußland. Sie waren keine Nationalisten, und als Hitler zur Macht kam, haben sie sich entschlossen: sie wollten weg. Wir waren keine Flüchtlinge, wir konnten nach Amerika oder nach Palästina fahren. Mein Vater aber liebte Amerika nicht, so fuhren wir nach Palästina. Ab 1934 habe ich dort gelebt, als ein jüdisches Kind in Palästina. Wir hatten kein Nationalistisches, kein ideologisches, kein zionistisches Haus. 10 Jahre habe ich dort gelebt, bin in die Schule, Hochschule, ins Militär gegangen. Wir hatten nicht viel mit zuhause zu tun, verstandest du? Das Klima war gut, die Vögel schrien, zwei Minuten nur zum Strand. Es war eine ganze Generation, die eigentlich dazu erzogen wurde, auf die Eltern runter zu schauen. In der Schule hatte man uns erzähl, die Juden im Ausland seien mies, aber hier in Palästina, hier wachse ein neuer Jude heran.

Wir also waren die neuen Juden, die in Palästina aufgewachsen waren. Unsere Eltern — das war die „schwache“ Generation. „Die verstehen doch gar nicht, worum es geht — können noch gar nicht mal richtig hebräisch.“

Zu einer Jugendbewegung habe ich nicht gehört, die Verbände waren alle links, zionistisch, die Mehrheit links, eine Minderheit rechts. Ich war ziemlich oft in Jaffa, einer rein arabischen Stadt, ich dachte: „Araber? Menschen so wie wir.“ Ich hatte nie Probleme mit Arabern. Das Problem waren die Engländer, das war die englische Polizei, die englische Armee. Was man überall sah, das waren die Engländer. Mit Polik beschaffte ich mich nicht, selbstverständlich war ich in der Hagana (jüd. Widerstand gegen das englische Mandat; Anm. AK); aber eben gegen die Engländer. Ich habe niemals ein Gewehr gegen jemanden geschossen, niemals eine Kugel auf einen Menschen geschossen.

Nicht, selbstverständlich war ich in der Hagana (jüd. Widerstand gegen das englische Mandat; Anm. AK); aber eben gegen die Engländer. Ich habe niemals ein Gewehr gegen jemanden geschossen, niemals eine Kugel auf eine Person abgeschossen. Aber wäre ich in eine entsprechende Lage gekommen, hätte ich es vermutlich doch gemacht. Pazifist war ich nicht. Was soll ich sagen? Zionist war ich eben auch nicht. Für die ganze Jugend, die dort aufwuchs, bedeutet der Zionismus sehr wenig. Der Zionismus ist eine Art weltjüdischer Nationalismus; Palästina, also der Jüdischkeit, gehört den Juden der ganzen Welt. Aber die Juden der ganzen Welt haben uns wenig interessiert. Wir dachten an ganz anderes. Ich wachse hier auf, hier ist die englische Polizei, ich will mein eigenes Leben führen, und die Engländer stören mich dabei.

Das war ein ganz lokaler Palästina-Nationalismus. Araber kamen dabei gar nicht vor. Die waren so etwas wie ein Teil der Landschaft. Du siehst das einen Hügel, sieht auch ein arabisches Dorf, das ist so gut reingebaut, als ob es ein Teil des Hügels wäre. Wir begriffen die Palästina als einen Teil der Landschaft, nicht als eine Bevölkerung und eine Gesellschaft. Bei der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung existierte zu dieser Zeit kaum Haß auf Araber. Den sehr großen Aufstand der Palästinaer 1936 nannte die jüdische Gesellschaft die „Unruhen“. Niemand hat damals gesagt, daß die Palästinaer für ihre Selbständigkeit, für ihr eigenes Land kämpfen.

Die Kämpfe wurden in die Kette des Nationalismus eingeordnet. „Warum kämpfen die Palästinaer gegen uns? Weil wir Juden sind. Juden hat man überall und immer gehaßt und geschlachtet, und hier geht diese Geschichte weiter.“ Polik hat man es nie gesehen, nur so: „Der Rest der Welt gegen die Juden, und wir müssen uns dagegen wehren.“ Die gesamte Palästina-Frage wurde eigentlich erst ab 1948 politisch und wieder ab 1967 zugespitzt. Bis dahin wurde die jüdische Jugend so erzogen, als ob die Palästinaer nur aus irrationalen Haß, eben weil wir Juden sind, gegen uns kämpften. So hat man das erklärt.

**Was punktierte dann für dich, nach der Unabhängigkeitserklärung Israels '48?**

Ich war zwei Jahre in der Handelsmarine, danach ging ich zur Handelsmarine. Nach einem Jahr hatten wir in der Handelsmarine einen Seelute-Streik. Warum? Weil wir keine Gewerkschaft hatten, niemand der uns vertrat, der gekämpft hätte für weniger Arbeitsstunden, hätte Lohn usw.

Auf einmal habe ich gemerkt, daß die sogenannte Gewerkschaft, die Histadrut, eigentlich überhaupt keine Gewerkschaft ist, sondern die ökonomische Abteilung des linken Zionismus. Die Histadrut besitzt die größten Ge-



Akiva Orr

(Foto: R. Nentwig)

## Interview mit einem Gründungsmitglied von Matzpen

# »Die Revolution ist ein Abenteuer — man muß etwas riskieren«

Akiva Orr ist ein israelischer Linker, der heute in England ist. Er lebte 30 Jahre in Israel, war Mitglied der Kommunistischen Partei, bevor er Anfang der sechziger Jahre zusammen mit einigen Freunden „Matzpen“ bzw. die „Sozialistische Organisation Israel“ gründete. Wir lernten ihn anlässlich einer Tagung „Dialog zwischen Arabern und Juden, Evangelis und Palästinaern“ kennen, die vom 18. bis 21. Oktober in der Evangelischen Akademie Arnoldshain (Hessen) stattfand.

Entsprechend den Vorstellungen der Initiatoren waren Künstler, Wissenschaftler, Journalisten arabischer und jüdischer Herkunft aus Israel und den beteiligten Gebieten eingeladen worden, sowie aus der BRD und weiteren europäischen Ländern. Eine Dokumentation dieser Tagung wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres erscheinen. Der Dialog verlief nicht nur zwischen Juden und Palästinaern teilweise kontrovers — wie etwa Micha Brumlik ausgerechnet in der „Kommune“ (11/84), dem Zentralorgan der Pökelhaubenfraktion, schreibt — sondern auch zwischen Juden und Juden, Palästinaern und Palästinaern. Dies verdeutlicht das folgende Interview. Be. und E.

sellschaften im Lande, die großen Banken. Und unter anderem hat sie eben eine Abteilung, die sich mit Problemen von Arbeitern beschäftigt.

Die Schiffsgesellschaft, für die wir arbeiteten, gehörte ebenfalls der Histadrut. Derselbe, der einer der Direktoren der Gesellschaft war, war gleichzeitig mein Gewerkschaftsvertreter. Das haben wir nicht ganz verstanden. Kurz und gut: durch diesen Seelute-Streik wurde ich politisch. Warum? Ich hatte doch früher auch, wie jeder kleine Junge, Flugblätter gegen die Engländer gemacht und verteilt. Das war aber alles eine Politik, für die ich nicht denken brauchte, ich wurde für diese Sache in der Schule erzogen. Ich habe ganz einfach funktioniert. Beim Seelute-Streik

hat man aber die Polizei gerufen und uns von den Schiffen runtergeprügelt. Da habe ich gesagt: Moment, Moment, was passiert denn hier eigentlich? Ich habe doch nichts gestohlen, ich habe doch kein Gesetz gebrochen, warum also kommt die Polizei? Und ich habe mich gefragt: was ist eigentlich die Rolle der Polizei in der Gesellschaft? Plötzlich mußte ich anfangen, für mich selbst zu denken. Damals bin ich politisch geworden — als ich gezwungen war, alles, was ich in der Schule gelernt hatte, zu überdenken, in Frage zu stellen, und meine eigene Meinung darüber zu bilden.

Durch diesen Streik bin ich schließlich in die kommunistische Partei eingetreten. Ich hatte ja nie etwas gegen

Kommunisten. Während des Streiks hatte ich alle Zeitungen, von extrem links bis extrem rechts gelesen (extrem links war damals KPD). Ich habe alle Versionen unseres Streiks studiert und gesehen, daß die KP die einzigen waren, die das richtig beschrieben und mich auch unterstützten. Da habe ich mir gedacht: „Dann gehe ich doch mit — ganz einfach.“ So wurde ich Mitglied der KP.

## Die KP war immer antilperialistisch ...

**Welche Erfahrungen hast du dort gemacht?**

Ich habe mit Arbeitern zu tun gehabt, wir haben Flugblätter verteilt, und dann kam der bekannte 20. Parteitag der KPD/SU. Am Anfang waren wir staunistisch, das heißt nicht so genau, weil meine Generation, die jetzt in die Partei eingetreten war und erstmals Marx las, folgendes begriffen hat: Revolutionär zu sein, heißt, daß du eine Revolution machen willst. Und auf einmal habe ich von der Partei — daß Revolutionär sein bedeutet, ständig und überall die Sowjetunion zu unterstützen. Das verstand ich nicht. Was ging mich das an? Ich bin Revolutionär, weil ich die Revolution will! Was hat das mit der SU zu tun? Und da hatte ich schon einen ersten Konflikt mit der Partei. Dann hat sich herausgestellt, daß die Partei überhaupt nicht demokratisch funktioniert. Das ZK ist dem Politbüro unterworfen, die Partei wiederum ist denen unterworfen — du konntest keine andere Meinung äußern.

Der 20. Parteitag hatte großen Einfluß auf die europäischen KPs, oft führten Kontroversen zum Bruch, zu Austritten.

Zur selben Zeit, 1946, fand aber der Suez-Krieg statt, wo Israel gemeinsam mit Frankreich und England dieses Spiel gegen Ägypten getrieben hat. In dieser Frage war aber die Partei total in Ordnung, weil sie ideologisch immer antizionistisch und anti-nationalistisch war, wie erklärte, es gäbe ein palästinensisches Volk, welches das Recht auf ein eigenes Staat hat. Sie war auch immer anti-imperialistisch und daher gegen den Suez-Krieg. Da haben wir gesagt: Ungarn ist weit weg, Moskau ist weit weg. Hier aber haben wir einen Krieg, und in dieser Frage ist die Partei hundertprozentig ok. Das ist erstmal das wichtigste, also bleiben wir drin.

**Wie stark war damals die kommunistische Partei?**

Bei Wahlen bekam sie damals um 5 % der Stimmen. Ich habe zu der Zeit an der Uni in Jerusalem Mathematik und Physik studiert, dort haben 20 % der Studenten für die Partei gestimmt. An der Universität war sie die zweite Kraft nach der zionistischen Linken.

**Wie kam es dann doch zum Bruch mit der Partei?**

Einen richtigen Bruch gab es nicht. Wir hatten Differenzen zum Politbüro. Es gab mehrere Genossen hier und dort, die zunehmende Probleme hatten. Wir haben gesagt: „Eigentlich haben wir keinen Zank mit der Partei, aber wir haben einen anderen Weg.“ Ein, zwei Jahre haben wir gedacht, die Partei von innen zu ändern. Da merkten wir: Das geht nicht. Wenn die Struktur nicht demokratisch ist, kannst du von innen nichts ändern — denn niemand wird überhaupt hören, was du zu sagen hast.

**Wie stark war die innerparteiliche Opposition?**

Von einer Opposition kann kaum gesprochen werden. Es waren einzelne, hauptsächlich Studenten, die dann ausgetreten sind und 1962 MATZPEN gegründet haben.

**Kannst du eure Differenzen etwas näher erläutern?**

Ich kann noch an den Suez-Krieg erinnern. Ich war Seemann, machte meinen Reservendienst in Haifa. Einen Monat vor Kriegsbeginn sah ich, wie französische Schiffe in der Bucht von Haifa anlegten. In der Nacht fuhren sie in den Hafen. Über den Namen hatten sie ein großes Tuch gespannt; im Hafen wurden französische Panzer einladen. Um Mitternacht fuhren diese Panzer lautstark durch Haifa, und alle Leute sahen sich das an. Auf dem Flughafen standen auch französische Flugzeuge. Ben Gurion hatte ja ein Arrangement mit den Franzosen, daß er die israelische Luftwaffe gegen die Ägypter einsetzen würde, damit es nicht bliebe, er kämpfte mit französischer Unterzui-

lung. Aber sollten die Ägypter Tel-Aviv bombardieren, weil er den französischen Schiffr (schon damals; Anm. AK) doch schaden. Sie sahen also alle die französischen Flugzeuge — und wo sind die Piloten? In den Bars von Tel-Aviv! Die Bars sind voll, und jeder bekommt das natürlich auch mit. Das alles einen Monat vor dem Krieg. Plötzlich beginnt der Krieg. Die SU und die USA waren wütend, die Sowjets warfen Israel die Zusammenarbeit mit England und Frankreich vor. „Ihr habt ihnen den Grund geliefert, wieder nach Israel zu kommen, und alles war ein geplanter Coup.“ Da platzte die ganze irische Bevölkerung vor Lärerung. „Wie könnt ihr so was behaupten! Wir haben absolut nichts mit Frankreich oder England zu tun!“ Und wer sagt das? Alle, die die französischen Tanks in Haifa gesehen hatten ... Ich beschloß, ein Buch über diesen Krieg zu schreiben. Nur mußte ich jedoch erkennen, daß ich 1956 nicht ohne 1948 erklären kann. Was ist der eigentliche Konflikt zwischen den Arabern und den Israelis? Warum gab es diesen Krieg? Und schließlich: Was ist eigentlich 1948 tatsächlich geschehen? Als ich damit anfang, gab es ein Problem mit der Partei.

Die Einstellung der Partei war so: Die Welt ist geteilt in Imperialismus und Sozialismus. Imperialismus = USA, Sozialismus = SU. Jeder Mensch auf der Welt steht entweder zu der einen oder anderen Sache, und von dieser Einstellung hängt alles weitere Denken, Handeln, in ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen ab.

Diese Schablone, wandte sie auch auf Ben Gurion an, die meinten, er würde wie wir denken und hätte sich eben für die USA entschieden. In dem Sinne: die Außenpolitik bestimmt die Innenpolitik.

Ich setzte mich zunächst mit dieser These auseinander. Ich bin in die Archive der Nationalbibliothek gegangen und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gab hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen. Kurz und gut: Es gibt hier einen Bruch und habe die gesamte Presse, von 48 bis 56, von links bis rechts, Tag für Tag nachgelesen. Plötzlich sehe ich diese These stimmt mit der Wirklichkeit gar nicht überein. Ben Gurion wollte 1948 mit den Russen zusammengehen



Fortsetzung von vorheriger Seite

streik kamen, kritisierten die Partei Position, wonach wir in der Histadrut arbeiten sollten, um sie zu verändern. Sie sagten: Lenin hat doch geschrieben, daß die Revolutionäre auch in reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollten. Wir antworteten: „Das ist noch nicht einmal eine reaktionäre Gewerkschaft — das ist überhaupt keine. Dort arbeiten ja — aber mit welchem Ziel, wofür sollen wir kämpfen?“ Warum sind so viele Israelis in der Histadrut? Weil es die Gesundheitsversicherung ist. Es gibt keine staatliche Gesundheitsversicherung. Man zahlt sein Krankengeld an die Histadrut und erhält den Versicherungsschutz.

So haben wir gesagt: „Die Partei soll dafür kämpfen, daß die Gesundheitsversicherung vom Staat übernommen wird.“ Das hat sie abgelehnt. Noch einen Punkt haben wir kritisiert: Wenn ein Arbeiter seinen Beitrag einzahlt, geht es direkt an die Gewerkschaftszentrale, nicht an die lokale Gewerkschaft.

Die Histadrut verteilt dann das Geld auf die Einzelgewerkschaften. Was passiert? Wenn zum Beispiel Metallarbeiter streiken wollen, haben sie kein Streikgeld — wenn die Zentrale will, zahlt sie, wenn sie nicht will, eben nicht.

Da haben wir gesagt: Nein! Die Partei soll dafür kämpfen, daß jede Gewerkschaft ihre eigene Kasse besitzt. Auch diese Forderung lehnte die Partei ab. Wenn wir die Linke der Partei kritisiert haben, hat uns zum Beispiel Wilmer (Vorsitzender der KP; Anm. AK) gesagt: „Es gibt einige Genossen, die meinen, es würde hier nicht gut riechen; vielleicht ist was mit ihrer Nase nicht in Ordnung.“ Ofters haben wir die sowjetische Politik, die Politik von Stalin kritisiert. Das Politbüro war total dagegen: nein, nein, nein, Stalin ist hundertprozentig in Ordnung. Wir sagten: „Aber vielleicht könnte dieser eine Standpunkt anders sein, oder jener.“ Aber nein, „hundertprozentig in Ordnung“.

Auf einmal kommt Chruschtschow und erklärt: „Nein! Alles, was gegen Stalin gesagt wurde, ist richtig, und es war noch viel schlimmer!“ Dieselben, die Stalin verehrt hatten, drehen sich um 180 Grad und unterstützen jetzt Chruschtschow. Wir, die Stalin kritisiert hatten, waren plötzlich in einer Situation, wo wir sagen mußten: „Moment mal! Was heißt das, alles auf ei-

Chruschtschow. Wir, die Stalin kritisiert hatten, waren plötzlich in einer Situation, wo wir sagen mußten: „Moment mal! Was heißt das, alles auf einen Mann zu schieben? Was soll diese Dämonisierung? Ein Paranoiker und alle machen mit? Sind wir keine Marxisten? Müssen wir denn nicht die SU marxistisch analysieren? Wo bleibt die ökonomische, die soziologische Analyse, die Geschichte?“ Wir waren also erneut in Opposition zu den früheren Stalinisten ... Jetzt waren sie ja Chruschtschowisten. Denn sie gehen nicht nach Stalin, nach diesem oder jenem, sondern nach der jeweiligen Mehrheit im Politbüro. Sie meinten zu uns: „Ok! Ihr wollt also eine Revolution machen? Zeigt uns ein einziges Land, in dem eine Revolution siegreich war, ohne daß sie von einer KP angeführt worden ist.“

Wir hatten tatsächlich kein Beispiel. Da plötzlich kam die Revolution auf Kuba! Castro! Wir sagten zur Partei: „Hört mal, Genossen. Wo waren eigentlich die kubanischen Kommunisten! Haben Termine gemacht, eine Analyse der Weltlage und Kräfteverhältnisse-Einschätzungen entworfen. Und Castro war in den Bergen. Die Kommunisten nannten ihn ja einen „Abenteurer“. Na klar — weil er auch ein Abenteurer war! Jede Revolution ist ein Abenteuer. Was wollt ihr? Linen Versicherungsschein, daß sie gelingen wird? Jede Revolution ist ein Abenteuer — man muß etwas riskieren!“ Und da haben wir gesagt: „Wenn der das kann, können wir es auch probieren.“ Das hat uns Mut gemacht. Bis dahin hatte die Partei immer gesagt, ohne sie keine Revolution. Wir dachten: „Na, vielleicht gibt es da irgendwo ein geschichtliches Gesetz, daß es ohne die Partei nicht geht.“ Wir haben dann gesehen: Castro, der kann's. Wir können's auch. Wenigstens probieren kann man es.

Wie war es möglich, außerhalb der KP politisch wirksam zu werden?

Wir haben eine Zeitung herausgegeben; wir hatten etwas Eigenes zu sagen über die Arbeiter Probleme. Viele Arbeiter gründeten damals eigenständige Komitees. Das stellte der KP ein Problem, denn sie unterstützte die selbständige Arbeiterinitiativen, man sollte nur innerhalb der Histadrut arbeiten, um aus dieser reaktionären Gewerkschaft ein progressive zu machen. Unsere Meinung war: Die Arbeiter haben eigene Initiativen, also unterstützen wir

diese, wir dachten an eine eigenständige Arbeiterorganisation. Es ist nichts daraus geworden — aber die Aktivität war damals vorhanden ...

Wir wollten nicht die KP bekämpfen — weil sie innerhalb Israels ein positiver Faktor ist. Unsere eigene Analyse war aber eine andere — und wir wollten einen anderen Weg gehen.

MATZPEN heißt „Kompas“; so hieß die Zeitung, und die Organisation nannte sich „Sozialistische Organisation Israels.“ Chaim Kaganbi hat den Namen in einem Taxi erfunden. Wir hatten über einen Zeitungsnamen diskutiert, Chaim schlug „Matzpen“ vor. Da meinten wir: „Gut, das sind nur vier Buchstaben (im Hebräischen, Anm. AK), und wir wollen eine Richtung aufzeigen.“

Wir waren nicht dogmatisch, sondern offen. Leute haben angefangen, Trotzki zu lesen, sind aber keine Trotzkisten geworden. Leute haben angefangen, Mao zu lesen, sind aber keine Maoisten geworden. Unsere Ansicht war: Wir leben in einer sehr spezifischen Situation, und von dieser müssen wir ausgehen. Von anderen lernen ja! Aber niemals einen Gott daraus machen, niemals kopieren! Die Trotzkisten kamen zu uns und haben gesagt: „Wir sind Trotzkisten, schon seit 30 Jahren. Wir wollen eintreten.“ Wir sagten: „Kommt, tretet ein und ihr könnt eure Meinung frei vertreten. Wenn die Mehrheit dem zustimmt, wird die Organisation eben trotzkistisch sein. Aber diese keine Dinge unter dem Tisch, keine separate Organisation mit eigenen Plänen und so ...“. Sie traten ein, und der beste Trotzkist war ein palästinensischer Arbeiter, Jabir Nicola — ein guter Freund von mir, der vor zehn Jahren gestorben ist — ein vollkommener Internationalist, der nie den großen Gurus gespielt hat. Er war älter als wir alle, 50, während wir so 25 waren ... Wir waren Studenten, einige Arbeiter, sowohl Juden wie auch Palästinenser.

Später begriff ich: Das war eine Organisation der Neuen Linken. Damals aber wußten wir nichts von der Neuen Linken in Europa. Wir hatten unsere eigenen Probleme. Wir brachten eine eigene Zeitung heraus, hatten aber keinen großen Einfluß.

„Gewalt! Verräter!“

Dann kam der 67er Krieg ...

„Gewalt! Verräter!“

Dann kam der 67er Krieg ...

Einige von uns waren damals in Europa, ich war in England, Elie Lobel war in Paris, ein anderer in der BRD, zum Studieren ... Plötzlich war die Linke im Westen verwirrt. Alle hatten den Kampf der Vietnamesen gegen die Amerikaner unterstützt. Als es aber um Israel ging, unterstützte man Israel. „Die armen Leute ... Man wird Israel verachten“ und so ... Die Linke hatte eine falsche Einschätzung der Situation, sie hat aber bemerkt, daß irgend etwas doch nicht in Ordnung war. Wenn ich 1963/66 in England die israelische Politik kritisiert habe, sagte die Mehrheit: „Was redest du denn da? Israel ist ein fortschrittliches Land, und die vielen Kibbuzim ...“. Ich versuchte ihnen zu erklären, daß Israel mit dem Imperialismus zusammenarbeitete und nicht aus lauter kleinen Kibbuzim bestand. Es gibt kleine Inseln, die haben ihre Phantasie. Die Kibbuzim haben nie mehr als 5% der Gesamtbevölkerung ausgemacht. Und wo lebt der Rest? 95% lebt in den Städten, in einer kapitalistischen Gesellschaft. Als der 67er Krieg ausbrach, haben wir eine dreiwertige Analyse angefertigt und sie an alle möglichen Leute verteilt: Sartre, Russell, usw. Sartre wollte damals nichts davon hören, er hatte einen jüdischen Sekreter (Victor Lévy, Anm. AK), der mit Selbstmord drohte, falls Sartre unsere Erklärung unterschreiben sollte. Sartre hat geschwiegen, Bertrand Russell aber nicht. In England arbeiten wir also mit dem Russell-Komitee und dem CND zusammen.

Zusammen mit einem palästinensischen Arbeiter verfaßte ich eine Erklärung gegen den Krieg, die „Times“ druckte sie am ersten Kriegstag ab. Wir erklärten dort, was sich in Israel abgespielt hat, gab plötzlich eine alternative Analyse zur zionistischen vorweg: „Die A- aber wollen uns töten, weil wir Juden sind und Europa hat nichts zu sagen, wegen Hitler ...“

Wie war die Reaktion in Israel selber?

Zum ersten Mal hörte man in Israel von Matzpen. Sie schreckten auf: „Ein israeli sagt solche Sachen in der Welt zu den Gojim, zu den Un-Juden? Gewalt! Verräter! Selbsthaß! Pässe abnehmen!“ Das war vielleicht ein Radikal ... Wir waren nie mehr als 30 Aktivisten, für unsere Zeitung mußten wir jedes Mal Geld sammeln. Aber wir ha-

ben mehr Radikal gemacht als die Kommunistische Partei, die immerhin fünf Abgeordnete hatte.

Und warum? Wegen unserer Analyse, und weil wir uns nicht geschämt haben, unsere Meinung öffentlich kundzutun. Ein Beispiel von 1968 an der Londoner School of Economics: Die Uni war besetzt. Die jüdischen Studenten wollten auch was machen und luden einen Mann ein, einen marxistischen Zionisten, der für die Propaganda der zionistischen Jugend im Ausland verantwortlich und gleichzeitig General in der israelischen Armee war. Auf dem Weg zum Meeting, zu dem etwa 1 000 Leute kamen, sagte mir der Vorsitzende des palästinensischen Studentenverbandes: „Wir werden nicht erlauben, daß ausgerechnet jetzt ein israelischer General spricht.“ Ich fragte ihn: „Wenn ihr das macht, werden die Zionisten behaupten, die Araber und Palästinenser haben solche Angst vor uns, daß sie unsere Leute nicht mal reden lassen. Laß ihn reden. Er wird sich selber zugrunde richten, und dann nehmen wir ihn auseinander.“ Kurz und gut: Der Mann hat sich total blamiert. Seine Rede fing so an: „Ich will euch sagen, daß ich, obwohl ich General in der Armee bin, nichts gegen Araber habe. Einige meiner besten Freunde sind Araber.“ Bei diesem Satz begann der ganze Saal zu lachen. Damals, 1968, wußte man, daß das der Standard-Satz der Rassisten ist.

Die waren in Israel so im Rausch des 67er-Krieges, daß sie 1968 überhaupt nicht verstanden haben, was plötzlich mit der Jugend passierte.

Am Ende des Meetings sagten mir jüdische Studenten: „Akki, wir stimmen nicht mit dir überein, aber auch nicht mit dem General.“ Ich antwortete: „Ihr sollt das nicht mit uns Ohr flüstern — das ist für mich Luft — sondern öffentlich, auf der Veranstaltung sagen. Dann erst wird das politisch.“ Einige Tage später veröffentlichte ein israelischer Journalist einen großen Artikel: „Matzpen — Agent der PLO? Nein, nein PLO — Agent von Matzpen! Ich habe gehört, wie Akiya Orr dem Vorsitzenden des palästinensischen Studentenverbandes gesagt hat, ...“. Ja, auf dem Niveau war das. Und das ganze Land dachte, das muß eine riesige Organisation sein, mit tausenden von Leuten.

Gibt es besondere Gründe, weshalb du heute nicht mehr in Israel lebst?

Vom Ich, habe ich schon nach England

Gibt es besondere Gründe, weshalb du heute nicht mehr in Israel lebst?

Nein. Ich bin als Student nach England gekommen und als Lehrer später dort geblieben. Ganz einfach. Es ist mir in England bequem, interessant. Ich habe überhaupt nichts dagegen, in Israel zu leben, ich würde aber nur schwer eine Arbeit bekommen. Nachstes Jahr fahre ich für ein Jahr hin, meine Mutter ist schon 77, und ich will ihr etwas helfen. Politik ist auch nicht meine einzige Beschäftigung. Ich habe eine Verpflichtung, zur israelischen Situation Stellung zu beziehen, auch zur englischen Situation. Ich sehe mich aber nicht als politischer Leader, bin kein Lenin im Ausland. Mich interessieren z.B. philosophische Probleme, oder auch ob eine Maschine wie ein Mensch denken kann usw. Nun bin ich seit 30 Jahren ein Anti-Zionist, und wenn ich Leute höre, die keine Ahnung haben, bin ich manchmal wütend. Das sind alles so Ballons, die muß man mit der Nadel zum Platzen bringen.

Jeder Krieg ergibt einen Rechenzuck

Wie verlaufen heute die innerisraelischen Diskussionen? Was erscheint dir am wichtigsten?

Israel entwickelt sich zunehmend zum Nationalismus. Jeder Krieg führt zu einer weiteren Rechtsverschiebung: 1948 — Verschiebung nach rechts, 56 — weiter nach rechts, 67 — weiter, 73 — weiter, Libanon — weiter.

Im 1967 war die ideologische Hegemonie in Händen der zionistischen Linken, ihre Idee war es immer, Zionismus und Sozialismus zu verbinden. Wenn Menschen wie ich meinten: „Das geht nicht“, regten sie sich auf. Aber Zionismus ist ein ethnozentrisches System, es betrachtet Juden als etwas Besonderes. Sozialismus ist ein anthropozentrisches System, es betrachtet alle Menschen als gleich. Diese zwei Systeme können nicht vermischt werden. Alle Versuche, den Sozialismus mit dem Nationalismus zusammenzubringen, führen zum National-Sozialismus. In manchen Fällen endet es mit Gas-Kammern, in anderen mit Apartheid. Als Beginn zur Macht kam, gab es diese Diskussion nicht mehr. Mit Sozialismus hatte er nichts zu tun und wegen einer Meinung wie meiner hat er sich nicht aufgeteilt. Die ganze Bevölkerung ist aber weiter nach rechts gegangen. Bei der letzten Wahl im ei-

was Neues geschah: Kahane! Zum ersten Mal wird im Parlament gefordert: „Araber — raus! Der Judenstaat den Juden!“ Und da, auf ein Mal, waren ein Teil der Zionisten, die nie ihren Zionismus zu Ende gedacht haben: „Gewalt! Das wollen wir nicht! So ein Zionist will ich nicht sein! Ich will nicht, daß so jemand im Namen des Zionismus reden kann!“

In Israel hat der linke Zionismus, mit allen seinen intellektuellen und ideologischen, bereits seit 1977 die Macht verloren.

Die Hegemonie hat jetzt der rechte Nationalismus, und zunehmend kommen religiöse Ideologien zum Zuge. Letztlich ist eine religiöse Legitimation notwendig. Die Religiösen können den Unreligiösen sagen: „Warum seid ihr eigentlich nach Zion gekommen? Warum nicht nach Uganda? Was hat denn die Bibel euch zu sagen, wenn ihr Ungläubige seid? Also, bitte! Da haben wir's!“ Und darauf haben die Anderen nichts zu antworten, die sagen „historisch, historisch“.

Auf einmal kommen sie dann und sagen, sie wissen nicht, wer sie sind, wohin sie gehören, „Identitätskonflikte“ usw. „Ich weiß nicht, wer ich bin, wenn ich keinen Judenstaat mehr habe.“ Die zionistische Linke hat das Problem, daß sie jetzt Kahane bekämpfen muß, weiß er ihnen das Selbst-Image klaut. Die heutige israelische Gesellschaft ist gespalten, beinahe 50/50. Die liberalen und sozialistischen Zionisten sind gezwungen, einen Kampf zu führen, um ihr eigenes Image zu retten.



Die anti-zionistische Linke dagegen ist sehr klein und hat kaum Einfluß. Sie hat aber eine Bewegung mit aufgebracht: „Progressive Leute für den Frieden.“ Das Programm hat ein Matzpen-Mitglied geschrieben. Innerhalb von drei Monaten hat diese Liste 50.000 Wähler und zwei Sitze im Parlament erhalten. Die Liste haben 40.000 Araber gewählt. Es war nämlich das erste Mal in der gesamten israelischen Geschichte, daß ein Araber Listenführer war. Ein israelischer General war auf Platz 2, auf Platz 3 wieder ein Araber, auf Platz 4 ein Jude usw. Jetzt taucht die Frage auf, ob und welche Partei. Soll man eine jüdisch-arabische gründen, oder eine progressiv-jüdische und eine progressiv-arabische? Und dann irgendwann mal beide Parteien vereinigen?

Meine Meinung — und die der Mehrheit von Matzpen — ist: Wir müssen für eine jüdisch-arabische Partei arbeiten. Das ist sowohl ideologisch als auch taktisch der richtige Weg, wenn du einen jüdisch-arabischen Staat willst. Einige meinen, das könne nicht funktionieren. „Wenn wir zum jüdischen Publikum gehen werden, wird uns niemand Gehör schenken.“ Über ihnen schwebt ständig die Angst vor der Niederlage. Es stimmt: Wenn du in Südafrika bei der weißen Bevölkerung gegen Apartheid sprichst, wirst du keinen Erfolg haben. Doch muß es jemand geben, der diese Fahne hochhält, damit, wenn Einzelne sie suchen, diese dann auch wissen, wo sie zu finden ist. Man muß dieses Prinzip aufrecht erhalten, manchmal auch ganz alleine. Die Anderen sagen, sie wollen effektiv sein. Aber ich habe schon gesehen: Von dir beeinflußt du nicht, das habe ich in der Histadrut, in der KP erfahren. Ich kenne das. Du hast Angst, man wird dich erkennen, dann veränderst du dich selbst, damit sie dich nicht erkennen, und am Ende bist du so verändert, daß du schon einer von ihnen bist. Ich habe nichts vom Entismus, von Eintritt in eine Organisation, um dann im Verborgenen zu arbeiten. Nein, nein. Raus! Draußen wehen! Offen! Öffentlich sagen, was du willst, die einen werden kommen, die anderen werden dich bekämpfen.

Die anti-zionistische Linke ist einflußlos, die zionistische Linke regt sich wegen Kahane auf, die Richtung insgesamt geht zu immer mehr Rassismus. Ich sage nicht, daß alle Rassisten sind. Kahane hat aber den Vorteil einer logischen, stabilen und kohärenten Ideologie, was die Anderen nicht haben. Kahane fragt zum Beispiel: „Ihr seid Zionisten. Ihr wollt einen Juden-Staat. Ein Juden-Staat kann aber nicht demokratisch in einem arabischen Land existieren.“ Er hat recht. „Ihr wollt Demokratie und Judenstaat — das geht aber nicht. Was wird sein, wenn die Araber die Mehrheit sind und sie einen arabischen Staat wollen? Da werden ihr sagen: ‚Das? Nein! Ihr seid doch selber keine Demokraten! Also was spielt ihr mir dieses Spiel vor?‘“

Sharon ist das Modell und Kahane die Ideologie.

Was meinst du in diesem Zusammenhang zu der hier laufenden Konferenz?

Was ich auf dieser Konferenz sehe, und Palästinenser, die die Geschichte gut kennen und ärgerlich sind, daß sie mal wieder diese Argumente von den Links-Zionisten hören müssen. Sie werden von Kahane bedroht — (und man sagt ihnen: „Ihr müßt das verstehen, es ist alles so kompliziert.“)

Die Komplikation ist aber der eigene Kopf von diesen Linken. Im eigenen Kopf können sie keine Trennung von Humanismus und Zionismus oder Sozialismus und Zionismus vornehmen. Weil sie doch irgendwie einen jüdischen Staat wollen ... Da kommt der ganze jüdische Komplex raus! Der jüdische Staat gibt ihnen eine Identität als unglaubliche Juden. Obwohl das tiefste Problem — nämlich: was bedeutet ein Juden-Staat für einen unglaublichen Juden — im Juden-Staat nicht gelöst worden ist.

Das Beste, was die linken Zionisten sagen, ist: „OK. Machen wir zwei Staaten. Einen für die Araber. Einen für die Juden.“ Aber wenn die Palästinenser sagen: „Wir wollen einen demokratischen, säkulareren Staat, wo kein Unterschied zwischen Juden und Arabern gemacht wird“, dann regen sich alle auf: „Nein!“ Warum eigentlich nicht? Darauf haben sie keine Antwort. „Weil ich einen Ort brauche.“

Auf dieser Konferenz höre ich Argumente von vor 10 — 15 Jahren, die in Israel schon überhaupt keine Rolle mehr spielen. Das sind Individuen, aber sie projizieren ihre eigenen Probleme, als ob es sich dabei um die Probleme des ganzen Landes handelte. Es sind aber nicht die Probleme des Landes. Das Land hat sich geändert. Diese Ideen haben überhaupt kein Gewicht. Heute ist das Modell Sharon und die Ideologie Kahane. Das hat Macht. Das geht nach vorne.

Meiner Meinung nach muß eine Ideologie mit einer anderen bekämpft werden. Du kannst nicht mit taktischen Argumenten gegen eine Ideologie kämpfen. Du kannst nicht mit taktischen Argumenten eine Ideologie annehmen, das ist nie gut genug. Sondern die haben dieses Prinzip — du hast jenes Prinzip. Prinzip gegen Prinzip!

Eigentlich geht die Auseinandersetzung hier nicht so sehr zwischen linken Zionisten einerseits und Palästinensern andererseits. Der Kampf geht im Kopf jedes einzelnen Zionisten vor sich. Es ist die Front. Du mußt sie zwingen, ihre eigenen Neurosen, ihre eigenen Ängste zu erkennen. Du mußt diese Neurosen bekämpfen.

Was hast du von der Debatte über „Jüdische Identität“, wie sie auch hier geführt wird?

Es gibt tatsächlich das Problem. Das habe ich im Ausland begriffen. Ein Jude, der in Israel aufgewachsen ist, hat, selbst wenn er unglaublich ist, eine stabile Identität. Er ist Israel. Keine Probleme. Ein gläubiger Jude ebenfalls, der braucht keine Beschreibungen, Anweisungen. Anderswo hat ein unglaublicher Jude, der Jude bleiben will, Probleme. „Bin ich Deutscher? Bin ich Jude? Ich fühle, ich bin was Anderes. Du kommst aus einer anderen Tradition. Wie kann man das lösen? Auf individueller Ebene können sich Leute zusammenfinden, die dazu eine Definition entwickeln, die ihnen zutrifft — und das ist auch gut so. Als Oran aber gibt es keine Lösung. Oran glaubt, wenn sie nach Israel gehen, wäre die Frage gelöst, oder wenn sie Israel mit Judentum vermischen. Nun, dazu habe ich schlechte Nachrichten zu überbringen: Auch in Israel ist die Frage nicht gelöst. Sie ist sogar dadurch verschärft worden, daß selbst innerhalb eines jüdischen Staates darauf keine Antwort existiert.

Meiner Meinung nach ist das Problem kulturell und braucht eine kulturelle Antwort. Ein kulturelles Problem kann keine politische Lösung haben. Hier wird stundenlang darüber mit den Zähnen geklappt — und ich sage Ihnen etwas in zehn Minuten dazu. Das stört sie: „Alles zu einfach! Schwarz/Weiß!“ Natürlich: In zehn Minuten kannst du kein Portrait in allen Farben malen, da mußt du erstmal schwarz-weiß ...

L.Horshamstraße  
Akiya Orr (The politics of Jewish identity in Israel) (Pharos Press London, 1983)



Die führenden Vertreter des BRD-Finanz- und Industriekapitals besuchten im Oktober die VR China. Die VR-China nimmt erst seit sechs Jahren im größeren Umfang am Weltmarkt teil. Vor dem Hintergrund der drastischen Importbeschränkungen der hochentwickelten lateinamerikanischen Länder, gewinnt der südostasiatische Raum und insbesondere die VR-China gewinnt so als neuer Markt zunehmende Bedeutung. Wir nehmen die China-Reise des Kanzler zum Anlaß das gesteigerte Interesse der BRD am Kapital- und Wareneinsatz in die VR-China vor dem Hintergrund der sich dort seit 1978 verschärfenden Rechtsentwicklung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beleuchten.

# Freie Bahn dem Tüchtigen!

„Die Menschen unterscheiden sich von Natur aus stark voneinander. Einige haben den Wunsch und das Vermögen schwer zu arbeiten. Anderen geht es nicht so. Diejenigen, die den Wunsch und die Fähigkeit mitbringen haben die Möglichkeit ein angenehmes Leben zu führen. Vielleicht wird es ihnen durch ihre schwere Arbeit sogar außerordentlich gutgehen. Diejenigen, die nicht schwer arbeiten, werden und sollen nicht das gleiche verdienen wie die Anderen. ... Diese unvermeidbare Tatsache liegt im Menschen selbst begründet. Die Menschen sind nicht gleich und es ist gefährlich zu denken sie sind es.“ (Peoples Daily, 12. Juni 1984 (1))

nicht das gleiche verdienen wie die Anderen. ... Diese unvermeidbare Tatsache liegt im Menschen selbst begründet. Die Menschen sind nicht gleich und es ist gefährlich zu denken sie sind es.“ (Peoples Daily, 12. Juni 1984 (1)). Ein Zitat aus der momentanen Diskussion in der chinesischen Presse über die Ungleichheit der Menschen.

Die „Revolutionierung“ des chinesischen Wirtschaftssystems beginnt Ende 1978 mit der Einführung des „vertragsgebundenen Verantwortungssystems“ in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaftsproduktion, bis dato in Genossenschaften und großen Volkskommunen organisiert, wird dezentralisiert. Die vorher kollektiv bearbeiteten Böden, Waldgebiete, Fischteiche etc. werden parzelliert und auf die bäuerlichen Haushalte verteilt. Das Eigentumsrecht bleibt formal bei den Genossenschaften und die einzelnen Haushalte schließen Nutzungsverträge für den überlassenen Boden ab. Diese Nutzungsverträge legen Mindestanbau und -abgabemengen fest. Der Staat kauft die produzierten Nahrungsmittel zu Fixpreisen in der vereinbarten Menge auf. Welche Nahrungsmittel von den Bauern bevorzugt angebaut werden, wird der Staat durch die Gestaltung der Ankaufpreise zu beeinflussen. Alle Erträge, die die Bauernhaushalte über die vereinbarte Abgabemenge hinaus erwirtschaften, können sie auf dem freien Markt verkaufen. Das System der „vertragsgebundenen Verantwortlichkeit“, ursprünglich für die ärmsten Agrargebiete geplant, umfaßt mittlerweile 99% der Bauernhaushalte.

Diese Entwicklung ging faktisch mit der Liquidierung der großen Volkskommunen einher. In diesem Jahr wurden sie auch juristisch abgeschafft und gleichzeitig der Nutzungszeitraum für Grund und Boden um 15 Jahre verlängert. Das Nutzungsrecht der Bauernhaushalte für den ihnen überlassenen Boden verwandelt sich damit in ein Quasi-Eigentumsrecht. Mit der Privatisierung der Landwirtschaft wurde ein durchschnittlicher Zuwachs der Produktion von jährlich 8% erreicht. Bei bestimmten Erzeugnissen wie z.B. Obst oder Baumwolle verdoppelte oder vervierfachte sich die Produktion sogar.

Die Steigerung der Erträge geht mit einer durchschnittlichen Einkommenssteigerung der Landbevölkerung von 30% einher (seit 1977). Das gesetzlich Verbot von Nebeneinkünften wurde abgeschafft. 1977 verdiente ein Bauer im Schnitt 2,7 mal soviel wie ein Bauer. 1984 haben sich die Einkommensdifferenzen von Stadt zu Land auf 2,1 reduziert. Das pro-Kopf Jahreseinkommen der chinesischen Bauern liegt heute bei 110 Yuan. Diese Zahl allein betrachtet ist wenig aussagekräftig, da sie die mittlerweile erheblichen Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land nicht berücksichtigt. So erzielen 25% der Bauernhaushalte ein Jahreseinkommen von 400 Yuan (1 Yuan = ca. 125 DM). An der Spitze der Einkommensentwicklung stehen zahlreiche Bauern mit 10.000 Yuan Jahreseinkommen und mehr. Die kleinen Einkommensunterschiede werden sich wohl weiter verfestigen, denn diese „neureichen“ Bauern sind in der Lage ihre Gewinne zu akkumulieren. Sie kaufen sich für den privaten Gebrauch „Taktoren und LKWs (Marke „Großer



## VR China:

## VR China:

# Das letzte Stück der Torte ist noch nicht verteilt

Sprung nach vorn“)

Angesichts dieser Entwicklung wird selbst die „Süddeutsche Zeitung“ nachdenklich und träumt: „Wird es den wendigen Lastwagenbesitzern gelingen mit Hilfe ihrer neuen, eigenen Arbeitsgeräte noch schneller zu noch größerem Wohlstand zu gelangen und die übrige Bevölkerung noch weiter hinter sich zu lassen, oder entwickelt sich hier ländliche Produktivkraft unter besonders günstigen sozialistischen Bedingungen? Nagt hier das kapitalistische Akkumulationsprinzip gefährlich am Fundament der kollektiven Ordnung, oder wird nur die lange Zeit vernachlässigte individuelle Initiative zum Tragen gebracht?“ (2) Das juristische Verbot der lohnabhängigen Beschäftigung von nichtverwandten Personen fiel bereits im Juli 1981 (für städtische mittelständische und Kleinbetriebe in Privathand). So ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis auch die „neureichen“ Bauern auf ihren Feldern Tagelöhner beschäftigen.

## VR-China auf dem Weg zur Marktwirtschaft?

Die Modernisierung und Neustrukturierung der industriellen Produktion bis Ende 1978 und wurde nur am Vorabend der Vertragsgebundenen Verantwortung der Modernisierungsmaßnahmen ist es, Chinas bisheriges Bruttoinlandsprodukt von ca. 871 Mrd. Yuan (1983) bis zum Jahre 2000 zu vervierfachen. Sollte der VR China dies gelingen, so hätte sie damit um die Jahrhundertwende den Anschluß an den Entwicklungstand der westlichen Industrienationen erreicht.

Die Neustrukturierung der industriellen Produktion der letzten 5 Jahre umfaßt ein ganzes Bündel von Maßnahmen:

- Seit 1983 werden die von den Betrieben erzielten Gewinne befreit. Vorher führten die Unternehmen ihr gesamtes Betriebsergebnis an die staatlichen Aufsichtsbehörden ab. Diese wiederum entschieden zentral, in welchen Bereichen der Produktion nach den Planvorgaben die Gewinne reinvestiert werden sollten. Heute verbleiben die in den Betrieben erzielten Gewinne nach der Besteuerung in der Verfügungsgewalt der Unternehmensleitung.
- Durchgängiges Prinzip der Betriebsführung ist die „Einmannleitung“. Der Direktor eines Betriebes wird von den aufsichtführenden Behörden eingesetzt. Kollektive Formen der Betriebsleitung sowie

ein direkter Einfluß der Belegschaft auf diese wurden damit hinfällig. Der Direktor eines Unternehmens bestimmt seine Stellvertreter sowie das sonstige technische Leitungspersonal.

— Bisherige staatliche Entscheidungsprozesse zur Investitions- und Lohnpolitik werden dezentralisiert und in die Betriebe verlagert. Die Unternehmensleitung entscheidet ob die erzielten Gewinne akkumuliert, in neuen Produktionsmitteln angelegt, oder aber in Form von Sozialleistungen und Prämien an einen Teil der Belegschaft weitergegeben werden. Nicht mehr benötigte Produktionsmittel können an andere Betriebe vermietet oder verkauft werden.

— In einigen Industriesparten wie z.B. Energieversorgung, Baustoffe und Chemie wird es auch in Zukunft staatliche Rahmenpläne für die Produktion geben. Außerhalb oder aber über Planstoff produzierte Waren können jedoch von den Betrieben auf dem freien Markt verkauft werden. Die Preise dieser außer planmäßigen Waren dürfen dabei bis zu 20% über oder unter den staatlich festgelegten Preisen liegen. Damit sollen die Industrieunternehmen in direkter Konkurrenz zueinander treten.

— Das staatliche Monopol der Arbeitsvermittlung wird aufgehoben. Die Betriebe können auf dem freien Arbeitsmarkt ihre Arbeitskräfte selbst suchen. Sie konkurrieren dabei mit anderen Betrieben um die qualifiziertesten Arbeitskräfte.

— Entscheidende Maßnahmen sind für die Lohnpolitik beschlossen. Es wird ein nach Leistung differenzierendes Entlohnungssystem eingeführt. Die Betriebsleitung entscheidet, welche Arbeiter und Angestellten Lohnzuschläge und Prämien erhalten, wie kann diese Lohnzuschläge jedoch auch wieder stornieren. Der Lohn weniger qualifizierter („faule“) Arbeiter können sogar von ihrem bisher bezogenen Lohn her abgestuft werden. Unterste Grenze ist der gesetzliche Mindestlohn. Die einschneidendste Maßnahme ist wohl, daß die bisherige absolute Arbeitsplatzsicherheit aufgehoben wurde. Die Beschäftigten können bei Bedarf entlassen werden.

## Joint Ventures — Gemeinschaftsunternehmen

1979 hat sich die Volksrepublik für westliche Kapitaleport geöffnet. Das ausländische Kapital ist bislang mit 540 Mill. US-Dollar an Gemeinschafts-

unternehmen beteiligt. Ein Joint Venture wird aus einem Anteil ausländischen Kapitals von mindestens 25% bis max. 99% gegründet. Den zu 100% fehlenden Teil bringt die chinesische Seite ein. Zum Teil in Form von Nutzungsrechten an Grundstücken und bereits bestehenden Fabrikgebäuden, sowie Rohstoffen. Der erwirtschaftete Profit wird je nach eingebrachten Kapitalanteilen auf die Vertragspartner verteilt.



Die Unternehmensentscheidungen werden jedoch in der Regel nicht nach Kapitalanteil sondern paritätisch getroffen. Von Ausnahmen abgesehen, sind die Gemeinschaftsunternehmen gezwungen die erzeugten Waren zu exportieren. Der Profittransfer ins Heimatland der Kapitalexporthure ist nur bei einem Plus auf dem Devisenkonto des Unternehmens möglich. Nur „auswärtige Inventuren, die China mit wirklich fortgeschrittener Technologie versorgt haben, können ihre in China hergestellten Produkte zum Teil auf dem Binnenmarkt absetzen“ (3). Nun ist dies wohl mehr Wunsch als Realität. Zahlreiche Unternehmen haben schon 1983 Ausnahmegenehmigungen zum Absatz ihrer Produkte auf dem Binnenmarkt erhalten, darunter Sanyo, der Tabakkonzern Reynolds (Camel und Winston), sowie Pepsi-Cola. Vielfach wird der Wunsch der Unternehmen am Binnenhandel teilzunehmen auch von den lokalen Behörden unterstützt, auch sie profitieren an Umsatzsteigerungen, da ein Teil der erhobenen Steuern an die Kommunalbehörden abgeführt wird. Die Anschöpfung der chinesischen Kaufkraft scheint die Auslandsinvestitionen rentabler zu machen. „So zieht eine mit Hongkong Kapital aufgebaute Elektronikfirma über zwei Drittel ihrer Gewinne aus dem chinesischen Markt, obwohl sie dorthin nur 30 Prozent ihrer Produkte schickt“ (4).

Überhaupt können sich die Kapitalrenditen der Auslandsinvestoren sehen lassen, sie liegen zwischen 15 bis über 30% pro Jahr. Das investierte Kapital amortisiert sich also bereits in einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren. Nach Ablauf des Vertragszeitraums wird das Gemeinschaftsunternehmen aufgelöst. Die abgenutzten bis schrottreifen Produktionsanlagen werden dem chinesischen Staat zur weiteren Nutzung überlassen. Letzteres verleiht die

chinesische Seite bereits während des Vertragszeitraumes mit einer höheren Gewinnbeteiligung, sowie Steuerfreiheit bei Gewinntransfer ins Ausland.

## Die Wirtschaftsbesonderheiten

Um das Auslandskapital zu Investitionen anzuregen richtete die VR China im September 1979 im Süden des Landes vier Wirtschaftswonderzonen (WSZ) ein. Die WSZ bieten dem Auslandskapital besondere Vorzugsbedingungen. Dazu gehören Steuererleichterungen (50% weniger Steuern, bei Reinvestition der Gewinne Steuerfreiheit), großzügige Finanz- und Ausweiserleichterungen für Ausländer, sowie Zollbefreiungen u.a.m. Seit Oktober 83 darf das Auslandskapital dort auch hundertprozentige Tochterfirmen gründen. Im April dieses Jahres wurden weitere 14 Küstenstädte für Auslandsinvestitionen geöffnet. Somit ist heute die gesamte chinesische Küste, unter Einfluß der wichtigen Häfen, mit einem Netz von wirtschaftlichen Sondergebieten überzogen und nicht für das Engagement der imperialistischen Metropolen weit offen. Sie sollen eine Art Katalysatorfunktion für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Innenlandes ausüben. Die Öffnung der Küstenregionen stimuliert die Entwicklung der Hinterlandprovinzen. So wie die Küstenregionen zum Ausland schauen, so wenden sich die Hinterlandprovinzen an die Küstengebiete“ (5).

Die Bereitstellung für die vom Auslandskapital benötigte Infrastruktur (Verkehr, Energieversorgung, Transportwege etc.) verschlingt ungeheure Summen. Allein der Ausbau der Infrastruktur der WSZ Shenzhen kostete bislang 1,7 Mrd. Yuan (ca. 2,3 Mrd. DM). Die WSZ Shenzhen umfaßt ein Gebiet von 327 Quadratkilometern. Eine ungeheure Summe wenn man bedenkt, daß für den Ausbau der Verkehrs- und Nachrichtenwege 1981 für die gesamte Volksrepublik knapp 7 Mrd. Yuan aufgewandt wurden. (6) Das Auslandskapital hat sich in der WSZ Shenzhen bis heute insgesamt 2.970 Mrd. Hongkong Dollar engagiert (ca. 1,28 Mrd. DM).

Die Bereitstellung für die vom Auslandskapital benötigte Infrastruktur (Verkehr, Energieversorgung, Transportwege etc.) verschlingt ungeheure Summen. Allein der Ausbau der Infrastruktur der WSZ Shenzhen kostete bislang 1,7 Mrd. Yuan (ca. 2,3 Mrd. DM). Die WSZ Shenzhen umfaßt ein Gebiet von 327 Quadratkilometern. Eine ungeheure Summe wenn man bedenkt, daß für den Ausbau der Verkehrs- und Nachrichtenwege 1981 für die gesamte Volksrepublik knapp 7 Mrd. Yuan aufgewandt wurden. (6) Das Auslandskapital hat sich in der WSZ Shenzhen bis heute insgesamt 2.970 Mrd. Hongkong Dollar engagiert (ca. 1,28 Mrd. DM).

## Der deutsch-chinesische Handel

Die VR-China gilt im internationalen Handel als erste Adresse als Bilanzier. Im Gegensatz zu anderen hochverschuldeten Ländern der Region kann die Volksrepublik auf eine Devisenreserve von 20 Mrd. US-Dollar, bei einer Auslandsverschuldung von 3,4 Mrd. Dollar, zurückgreifen.

Die VR-China hat derzeit aber der BRD eine passive Handelsbilanz, verstand es jedoch diese im Laufe der letzten sechs Jahre kontinuierlich abzubauen. Noch 1979 importierte sie für 1,8 Mrd. mehr Waren als sie der BRD exportierte. Der Handelsbilanzüberschuß der BRD mit der Volksrepublik betrug 60 Mill. DM. Im vergangenen Jahr hat sich die Handelsbilanz als klassischer Rhythmus der Freizeidomizier der BRD mit den Leistungswerten mit einem Anteil am Einfuhrvolumen der BRD von 4%.

Der chinesische Markt wird von den imperialistischen Metropolen heiß umkämpft. Bislang ist sich das BRD-Kapital beim Wareneinsatz nach den USA, Japan und Hongkong mit dem vierten Platz begnügen. Im Bereich des Technologietransfers, also dem Verkauf von technologischen Wissen, Konstruktionsplänen und Fertigungstechniken liegt die BRD mit einem Handelsvolumen von 1 Mrd. US-Dollar nach Japan an zweiter Stelle.

Beim klassischen Kapitaleinsatz, und erst der eröffnet den Zugang zum chinesischen Binnenmarkt (60%), ist das BRD-Kapital bislang weit abgeschlagen. So gibt es nur vier echte Joint Ventures mit deutschen Unternehmen. Jüngstes Beispiel ist das anläßlich der Kohltreise vertraglich vereinbarte Gemeinschaftsunternehmen mit der Volkswagen AG. VW wird ab 1988 20.000 Santana PKW für den chinesischen Markt produzieren.

Die bislang aufreichte Zurückhaltung des BRD-Kapitals hat u.a. steuerliche Gründe. Während die USA, England und Frankreich bereits vor längerer Zeit ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbarten, so werden die von BRD-Unternehmen erzielten Profite nach Transfer in die BRD noch einmal mit deutschen Steuern belegt. Kohl drängt deshalb in Beijing auf die schnelle Ratifizierung eines solchen Abkommens, um die Wettbewerbsvorteile des US-Kapitals aufzuheben. Nach Abschluß des Abkommens wird

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

## El Salvador:

allgemein mit einem kräftigen Anstieg des BRD-Kapitalexports nach China gerechnet.

## Klinkenputzen in Beijing

Das gesteigerte Interesse des BRD-Kapitals an der VR China findet auf politischer Ebene seine Entsprechung. Die Kanzlerreise Anfang Oktober war nur der Höhepunkt einer langen Reihe von Regierungsbesuchen in diesem Jahr. Die BRD-Regierungsvertreter gaben sich in Beijing die Torklinken in die Hand.

Der Reigen eröffnete Brigadegeneral Söder im Februar 84. Er ist Leiter der „Stabsabteilung 2 (militärisches Nachrichtenwesen)“. Was macht der hochrangige Geheimdienstchef des Bundesverteidigungsministeriums in Beijing? Nun, nachdem die Bundesregierung den Besuch zunächst streng kontrolliert behandelt wissen wollte, erkläre er, man dürfe die Visitation „dem persönlichen Kennenlernen auf höherer militärischer Ebene“ gewidmen.

Im Mai 84 besuchte eine Regierungsdelegation für Zivilluftfahrt China. Sie verhandelte über den Ausbau der Lufttransportkapazitäten sowie über Flugsicherheitsmaßnahmen. Ende dieses Jahres will China den Auftrag für einen Verkehrsflughafen vergeben, mit dessen Hilfe ein landesweites Fernverkehrsnetz aufgebaut werden soll. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) bewirbt sich gegen französische und amerikanische Konkurrenten um den Auftrag. Folglich fand sich Bundespostminister Schwarz-Schilling im April in Beijing ein, um die Interessen von MBB zu vertreten. Außerdem besuchte das Know-How der Bundespost für die Musterplanung von Telefonnetzen in mehreren chinesischen Provinzen an. Während der Kanzlerreise war die Vizepräsidentin von MBB selbst vertreten, konnte bislang aber noch keine Zusage für das Satellitengeschäft nach Hause bringen.

Prominentester Besucher im Mai 84: Verbandspräsident von MBB selbst. Er vertrat die Firma, aber noch nicht den Zuschlag für das Satellitengeschäft nach Hause bringen.

Prominentester Besucher im Mai 84: Bundesminister Zimmermann. Er sprach mit seinem Amtskollegen Liu Fuzhi. Die chinesische Regierung äußerte ihr Interesse, sich in der BRD mit Polizeiausrüstungsgütern einzudecken, besonders Fahrzeuge und Funkgeräte (die geschätzte Gesamtsumme der chinesischen Polizei liegt bei einer Million). Danach erörtere man den Beitritt Chinas zu Interpol. Zimmermann bekundete sein Interesse, mit der chinesischen Seite Erfahrungen in der Terroristenbekämpfung auszutauschen. Er lud chinesische Spezialisten zum Besuch beim Terrorkommando GSG 9 ein.

Es bleibt noch die deutsch-chinesischen Verhandlungen über die friedliche Nutzung der Kernenergie nachzutragen. Am 9.5.84 wurde ein entsprechendes Abkommen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng und Außenminister Genscher unterzeichnet. Das Abkommen sieht die verstärkte Zusammenarbeit bei Entwicklung, Aufbau und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken vor. Wesentlich als das Abkommen selbst und wohl die für die deutsche Atomindustrie erwarteten Nebeneffekte. Die Siemens-Tochter KWU wird nämlich in der engeren Wahl, ein AKW in der Nähe von Shanghai aufzubauen. Der große Wurf gelang der BRD-Atomindustrie im Februar 84. Die China Nuclear Energy Industry Corp. (CNEIC), sowie drei deutsche Unternehmen (darunter NUKEM, Henkel) vereinbarten in Zukunft bei der Endlagerung von abgebrannten Brennstäben zusammenzuarbeiten.

Die drei deutschen Firmen streben dabei an, Agentur der CNEIC auf, sie sollen drei europäischen AKW-Betreibern Endlagerkapazitäten anbieten. Nun, die werden sich nicht lange bitten lassen: Die geplante Endlagerstätte ist schon weit weg. Voraussichtlicher Standort Wschima, möglicherweise die Wolle Goh.

## M. Hamburg

## Anmerkungen

- Solange nicht anders angegeben sind die angeführten Zahlen, Daten und Fakten den Ausgaben von „China Aktuell“ (Berichterstatter im Januar bis August 84, der China-Beilage des Monatsheftes „AK 10/84“ sowie der Tages- und englischen Ausgaben/Wochenpapiere 1984 entnommen.)
1. Zitiert nach J. D. P. (Hamburg), China 84, S. 20.
  2. Zitiert nach „Current History“, September 84, S. 127, 24.3.84.
  3. Ministerpräsident Zhao Ziyang auf der 2. Sitzung des 6. NVK, Beijing, 22.04.84, S. 1.
  4. Zitiert nach „China Aktuell“, 24.04.84.
  5. Zitiert nach „China Aktuell“, 24.04.84.
  6. Zitiert nach „China Aktuell“, 24.04.84.

## Duarte's Friedenstaube, ein Dialog und Bomben

Am 15. Oktober kam es in La Palma, einer Kleinstadt im Norden El Salvadors, zu einer ersten Begegnung zwischen dem Oppositionsbündnis FMLN/FDR und der Regierung des Christdemokraten Duarte (s. AK 251). Dieser Gesprächsrunde, die in der zweiten Novemberhälfte fortgesetzt werden soll, wurde von der internationalen Presse viel Aufmerksamkeit gewidmet, ging es doch um nichts geringeres als die Bedingungen und Voraussetzungen für eine Beendigung des seit vier Jahren andauernden Bürgerkrieges. Der Anschein, den die Schlagzeilen der Medien während dieses ersten Gesprächs erwecken wollten, daß mit Duarte Initiative ein Frieden in El Salvador in greifbare Nähe gerückt ist, trug. Bereits 24 Stunden später wurden neue Kämpfe gemeldet: Mit 6.000 Soldaten startete die Armee eine Offensive gegen die von der FMLN kontrollierten Gebiete; die Guerilla ihrerseits reagierte mit dem Lahmlegen des Verkehrs im Osten des Landes und Sabotageanschlägen.

Für viele kam der Vorschlag des salvadorischen Präsidenten Duarte über gemeinsame Friedensgespräche, den er am 8.10.84 der FMLN/FDR vor der UNO-Vollversammlung unterbreitete, äußerst überraschend. Denn unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 84 hatte er erklärt, er werde „solange nicht verhandeln, bis die andere Seite (die Guerilla) nicht die Waffen niederlegt“ („mid“ Nr. 12 v. Okt. 1984).

Im Vorfeld der ersten Gesprächsrunde kursierten drei verschiedene Versionen, die Duarte veranlaßt haben, nun doch den Dialog zu suchen. Die erste Version stammt von Duarte selbst; demnach hätte er mit seiner „Friedensinitiative“ die US-Regierung „überrascht“, die erst im nachhinein den „mutigen Schritt“ (O-Ton Reagan) akzeptiert hätte. Diese Erklärung hat nichts mit der Realität gemein, denn unmittelbar vor seinem Auftritt vor der UNO-Vollversammlung orientierte er in Washington mit den zuständigen US-Stellen, so daß davon auszugehen ist, daß Duarte Initiative mit der Reagan-Regierung abgesprochen wurde. Die zweite Version besagt das Gegenteil der ersten: Duarte habe nur auf Geheiß Washingtons gehandelt, da Reagan für den Wahlkampf weitere Pluspunkte mit seiner Mittelamerikapolitik sammeln wollte. Tatsächlich spielte El Salvador (im Gegensatz zu Nicaragua) im US-Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Die dritte Version gibt als Grund für den Dialogbeginn die verfahrenste Situation an, in der die Reagan-Regierung in Mittelamerika steckt. Nachdem die vier Contadora-Staaten (Kolumbien, Venezuela, Panama, Mexiko) ihren Friedensplan unterbreitet, der u.a. vorsieht, Waffenlieferungen innerhalb der Region und vor außerhalb zu unterbinden, die Militärberater abzurufen und aus Militärstützpunkten innerhalb von sechs Monaten aufzulösen, geschah das, wozu die Reagan-Regierung am wenigsten geneigt war. Nicaragua erklärte sich ohne Einschränkungen bereit, den Friedensplan zu unterzeichnen und wollte unmittelbar nach Vertragsabschluss die rund 300 kubanischen Militärberater nach Hause schicken. Die Sozialistische Internationale drängte auf ihrer Konferenz in Rio auf das Zustandekommen des Contadora-Plans, unterstützt von den EG-Außenministern in Costa Rica. Die USA verhielten sich jedoch die Unterzeichnung des Plans, wohlwissend, daß die Regierungstruppe El Salvadors nach Abzug der US-Militärberater und Einstellung der Waffenlieferungen innerhalb weniger Monate zusammenbrechen würde. Die Frist für den Vertragsabschluss, die auf den 15. Oktober gesetzt war, verstrich, den „Schwarzen Freitag“ hatten die USA. Doch einen Tag später war die Reagan-Regierung mit ihr Duarte durch den Beginn der ersten Gesprächsrunde mit der FMLN/FDR politisch wieder in der Offensive; vergessen war, daß mit der Nicht-Unterzeichnung des Contadora-Plans die US-Regierung einen Schritt in Richtung Frieden in Mittelamerika

verhindert hat. Diese äußeren Umstände haben sicherlich dazu beigetragen, daß der Dialog so unverzüglich schnell in Gang kam, schließlich lagen zwischen der UNO-Rede Duarte und dem ersten Gespräch mit der FMLN/FDR nur sieben Tage. Dennoch greift diese Erklärung zu kurz, da sie die wesentlichen Ursachen, die in den letzten Wochen El Salvadors zu sehen sind, außer acht läßt.

## Zur Vorgeschichte

Seit 1982 forderte die FMLN/FDR die Regierung El Salvadors wiederholt zur Aufnahme eines Dialogs ohne Vorbedingungen auf. Dies wurde von Regierungsebene stets kategorisch abgelehnt mit dem Hinweis, die Guerilla solle zunächst die Waffen niederlegen und sich an „Wahlen“ beteiligen. Der letzte Vorschlag der FMLN/FDR zu Friedensverhandlungen mit dem Ziel der „Bildung einer provisorischen Regierung der breiten Beteiligung“ stammt vom Februar 1984 (s. AK 247) — also kurz vor den Präsidentschaftswahlen aus denen Duarte als Sieger hervorgegangen ist. Duarte führte diesen Wahlkampf mit dem Versprechen, Verhandlungen mit der Guerilla aufzunehmen. Mit der Parole „Frieden in El Salvador“ und dem Versprechen wirtschaftliche Projekte zum Wohle des Volkes durchzuführen, wurde Duarte nicht nur von der internationalen Presse als „Aufrechter Demokratie“ gefeiert, der sich gegen den Terror von links (= Guerilla) und rechts (= Todesschwadronen) durchsetzen muß, sondern er erhielt auch eine bemerkenswerte Resonanz in der salvadorischen Bevölkerung selbst.

erhielt auch eine bemerkenswerte Resonanz in der salvadorischen Bevölkerung selbst.



In einem Land, das von einem vierjährigen Krieg ausgeblutet wird und angesichts der massenmörderischen Repressionen und der Leiden der Zivilbevölkerung, ist die Wirkung eines Politikers auf die Bevölkerung, der die vorhandene Friedenssehnsucht aufgreift und Frieden und nationalen Dialog verspricht, nicht zu unterschätzen. Welch geschickte Demagogie Duarte an den Tag legte, zeigt seine Wahlkampfführung in den von der FMLN und der Regierungstruppen umkämpften Gebieten, dort sicherte er der Bevölkerung zu, den Krieg durch einen Dialog mit seinen „Brüdern in der Guerilla“ zu beenden. (S. d. l. Nr. 11/12 1984)

## Vom Bombenkrieg ...

Was nicht in das Bild des Mannes des „Ausgleichs und Friedens“ paßt, ist, daß es Duarte war, der nach seiner Wiederwahl die Voraussetzungen höherer Militärhilfe und besserer Waffensysteme — aus Washington brachte, mit denen das Militär den Bombenkrieg auch gegen die Zivilbevölkerung intensiviert. Der Chef der US-Militärberater in El Salvador hat vor der Presse angegeben, daß sich die Zahl der täglich abgeworfenen Bomben in den letzten drei Monaten verdreifacht habe. Die hohe Treffsicherheit und schnelle Einsatzbereitschaft der salvadorischen Jäger werden gewährleistet durch den ständigen Tag- und Nachtsatz US-amerikanischer Aufklärungsflugzeuge, die von Stützpunkten in Honduras aus den Luftraum im Länderdreieck Nicaragua,

Honduras und El Salvador überwachen und jede Ansammlung von Menschen feststellen können (s. AK 248). Der Schwerpunkt der Bombardierung liegt in der Guerillazone von der Bevölkerung die meisten Gebiete verlassen sind und in den letzten Wochen Tausende den 250 km Bomben der salvadorischen Kampfbesatzung zum Opfer gefallen. Aufgrund dieser Eskalation befürchtet die FMLN, daß sich der Militärhilfskrieg zusehends in einen Bombenkrieg verwandelt.

In dieser Phase der zunehmenden Bombardierungen war von einer Gesprächsbereitschaft Duarte keine Rede mehr. In einem Interview des US-Magazins „Playboy“ Ende August äußerte Duarte die Ansicht, daß die Zeit für einen Dialog mit der FMLN „nicht reif“ sei, es könne „noch Jahre dauern“, bis er zustande käme („mid“, Okt. 84, Nr. 12).

## zum Dialog

Doch von September an geriet Duarte innerhalb El Salvadors mehr und mehr unter Druck. Nach wiederholten Friedensaufrufen der katholischen Kirche, setzte auch eine Streikwelle der Gewerkschaften ein. Die Auswirkungen der katastrophalen Wirtschaftslage auf die Bevölkerung, die Zunahme der Arbeitslosenquote auf 35%, der Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel bei gleichzeitigen Entlohnungen der Löhne bei Regierungseinküfern führten zu einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung und einer breiten Streikwelle, der sich selbst Staatsangestellte anschlossen. Während in den vergangenen Jahren mit repressiven Maßnahmen wie Belagerung und Militarisierung der Betriebe jeglicher Widerstand der Arbeiter selbst Staatsangestellte anschlossen. Während in den vergangenen Jahren mit repressiven Maßnahmen wie Belagerung und Militarisierung der Betriebe jeglicher Widerstand der Arbeiter

Guerilla verhindern, hat sich in der Reagan-Administration die Einschätzung durchgesetzt, daß das militärische Patt auf diese Weise nicht aufgebrochen werden kann. US-General Krieg, Experte im Anti-Guerilla-Kampf, äußerte: „Sicherlich hat es bei den salvadorischen Streitkräften große Fortschritte gegeben. Aber sie können die Pat-Situation nicht überwinden (...) Man kann einen Krieg wie diesen nicht gewinnen, ohne die Aufständischen vollständig auszuschalten. Dazu fehlt es der salvadorischen Armee an Truppen und an Feuerkraft“ („mid“, Nr. 210). Die Regierungstruppen von El Salvador verfügen über 45.000 Mann unter Waffen, während die FMLN ca. 10.000 bewaffnete Guerillakämpfer in ihren Reihen hat. Nach der Analyse des Kissinger-Reports müssen die Regierungstruppen jedoch zahlenmäßig zehnmal stärker sein als die Guerilla, um einen militärischen Sieg erringen zu können. Selbst bei noch stärkeren Zwangsrekrutierungen ist eine Verdoppelung der Armee auf 100.000 Mann schlichtweg unmöglich, zumal Zwangsrekrutierungen der ohnehin schon desolaten Moral der Regierungssoldaten alles andere als zuträglich sind. Da die Truppen der CONDECA-Paktisten — mit Ausnahme von Honduras — wohl kaum für eine Invasion in Frage kommen (1), bleibt als einzige Möglichkeit, einen Sieg über die FMLN zu erringen, der Einsatz von US-Truppen. Damit drängt sich der Verdacht auf, daß Duarte den Dialog mit der FMLN/FDR deshalb sucht, um ihn scheitern zu lassen.

## Duarte's „Verhandlungsmasse“ in La Palma

## Duarte's „Verhandlungsmasse“ in La Palma

In La Palma unterbreitete Duarte der FMLN/FDR einen 10-Punkte-Vorschlag. Dieser Vorschlag beinhaltet im wesentlichen nichts weiter, als daß Duarte den FMLN-Kämpfern die „Wahl“ läßt, sich entweder in die Gesellschaft zu integrieren oder unbeteiligt ins Ausland auszuweisen. Die in der FMLN vertretenen Organisationen wollen Parteien bilden und am demokratischen Prozeß teilnehmen. Zu diesem Zweck will Duarte dem Parlament eine Generalamnestie vorschlagen — einem Parlament, das von den Ultra-Rechten um den Mörder des Erzbischofs Romero, Ex-Major d'Aubuisson, beherrscht wird.

Falls es Duarte gelingt, sowohl international wie innerhalb El Salvadors die FMLN zu isolieren und ihr das Scheitern der Verhandlungen anzuliegen, besteht die Gefahr, daß Duarte damit eine politische „Legitimation“ für eine US-Invasion schafft. Die militärischen Voraussetzungen dafür sind mit dem Ausbau von Honduras zu einer US-Basis längst geschaffen. Die von politischen Manövern Duartes hat die FMLN/FDR Rechnung getragen. In dem von der Guerilla in La Palma vorgelegten Forderungskatalog findet sich erstmals nicht die Forderung nach direkter Beteiligung der bewaffneten Opposition an der Macht; stattdessen stellte die FMLN/FDR sehr harmlose Forderungen, die jedoch ihre Forderungen erhalten, daß sie von Duarte nicht eingeblendet werden können. Dafür Beispiele:

— Die FMLN fordert die Bestrafung der Mörder des Erzbischofs Romero, dies ist für Duarte unmöglich, weil er den Präsidenten der Nationalversammlung und Führer der Todesschwadron d'Aubuisson inhaftieren will.

— Die Forderung der FMLN nach Senkung der Offiziersgehälter und einer 30% igen Lohnerhöhung für die Kaffee- und Baumwollarbeiter (2 kann Duarte nicht durchsetzen, obwohl mit den bestimmenden Kräften El Salvadors in Konflikt zu geraten, die Mitglieder der Großgrundbesitzer und der Armee.

Die für Duarte heikeltste Forderung besteht in der gerichtlichen Verurteilung von Kriegsverbrechen. Denn die von den internationalen Menschenrechtsorganisationen am schwersten beschuldigten haben hohe Regierungsfunktionen inne. Die Bestrafung der Verantwortlichen der Repressionen und der Mordaktionen während des vierjährigen Krieges ist eine totale Voraussetzung der Armee-, Polizei- und Justizreform (3).

Die FMLN erklärte, solange diese Forderungen nicht erfüllt sind — und

Fortsetzung nächste Seite







# »Wir brauchen Eure Solidarität nötiger denn je!«

## Drei Wochen kreuz und quer durch Nicaragua

Wir haben eine Reise gemacht in ein Land, das derzeit die schwierigste Situation seit dem Sieg der Revolution durchlebt. Wir sind mit einer Reisegruppe drei Wochen lang kreuz und quer durch Nicaragua gefahren, hatten eine Vielzahl von politischen Gesprächen mit Vertretern aller gesellschaftlichen Schichten. Wir waren bei Gewerkschaften, beim Frauenverband, bei Großgrundbesitzern, auf einer Kooperative, bei der Regionalregierung von Leon (denn das eigentliche Ziel der Reise war die Vertiefung der Beziehungen für das Zustandekommen einer Partnerschaft zwischen den Städten Hamburg und Leon), beim Unternehmerverband, bei den Zeitungen „La Prensa“ (oppositionell zu den Sandinisten) und „Barileada“ (Zeitung der FSLN), beim Ministerium für Agrarreform und bei der Moravia-Kirche, die bei den Miskitos an der Atlantikküste arbeitet.

Wir haben ein Land kennengelernt, das mitten im Krieg ist und trotzdem mit aller Kraft aufbaut, so primitiv und beschränkt die Mittel dafür auch sind. Wir haben den enormen Optimismus erfahren, der von diesem bedrohten Volk ausgeht, und wir haben kennengelernt, was es heißt und welche Auswirkungen es hat, wenn ein kleines, vom Imperialismus und Kolonialismus geschädigtes Land ständig von der Weltmacht schikanieren, unter Druck gesetzt und militärisch in Atem gehalten wird, nur, weil es seinen eigenen, unabhängigen Weg gehen will.

Wir wollen keine weitreichenden politischen Analysen geben, sondern einen Eindruck von unseren Erlebnissen vermitteln, und wir wünschen uns, daß dieser Bericht ein bißchen vom Mut und von der Kraft vermittelt, die dieses Volk täglich aufbringt.

NO PASARAN! UI und a

### Managua

Managua ist anders, als wir uns eine lateinamerikanische Hauptstadt vorgestellt haben. Managua kann man in seiner riesigen Ausdehnung eigentlich nur vom Flugzeug aus beurteilen. Als wir unten auf der Straße stehen, fragen wir uns, wo all die Häuser, die wir von oben gesehen haben, geblieben sind — wir kommen uns vor, als wären wir mitten auf dem Land. Grüne Bäume, niedrige Gebäude, wenig Verkehr und immer wieder riesige Grünflächen.

Tatsächlich hat Managua so gut wie keine Hochhäuser oder mehrstöckige Gebäude. Der Grund: Das Erdbeben 1972, bei dem 20 000 Menschen starben und das den gesamten Stadtkern zerstörte. Er wurde unter Somoza nicht wieder aufgebaut, und heute fehlt es der Regierung am notwendigen Geld und am Baumaterial. Betonrippen stehen als einsame Ruinen auf grünen Wiesen. Die tropische Vegetation ist auf den unbebauten Flächen Büsche und Gräser üppig und wild wachsen. Das machen sich die Nicas heute zunutze: Sie legen auf den weiten Gebieten, wo früher Häuser standen, einfache Parks an.

Managua ist flächenmäßig eine sehr große Stadt. Um zu den verschiedenen Institutionen, Regierungsämtern etc. zu gelangen, muß man den Bus nehmen. Das heißt, sich in ein klappriges Ungeheuer quetschen, fast erdrückt von lauter Menschen. Fahrpläne gibt es

sie beispielsweise einfach meldet, Seife würde knapp. Aufgrund der daraufhin einsetzenden Hamsterkäufe wird Seife wirklich knapp, und zwar vor allem in den kleinen Läden, in denen die Bevölkerung mit Lebensmittelkarten günstig einkaufen kann. Wenn die Nachfrage dann nicht mehr befriedigt werden kann, tauchen die Händler auf dem Mercado Oriental in Managua auf und verkaufen die Seife zu horrenden Preisen.

Die Regierung hat versucht, diese Geschäfte etwas zu unterbinden. Zum einen durch die Zensur von „La Prensa“, die solche Meldungen nicht mehr drucken darf. Zum anderen wurden die staatlichen Supermärkte bis zum Rand mit den knappen Waren gefüllt. Dort kosteten sie zwar immer noch das 3-4-fache der normalen Ladenpreise, aber sie waren immerhin für jedermann erhältlich. Trotzdem waren die Leute natürlich wütend. Und sie sagten: „Warum füllt die Regierung nicht erst einmal die Regale in den billigen Tiendas (so heißen die Läden)? Sie verkaufen die Waren überteuert und machen so auch ein Geschäft mit uns.“

Die ständige Bedrohung durch die USA hat natürlich insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungslage der Bevölkerung. Dennoch muß niemand hungern. In der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist Nicaragua heute fast autark. Importware jedoch ist knapp und teuer — sie muß mit Devisen bezahlt werden, und Devisen sind knapp. Sie werden im Inneren

Wir konnten morgen um drei Uhr auf dem Busbahnhof in Managua an. Die Schlange für den Bus nach Leon ist schon über 100 Meter lang — das kann ja heiter werden! Eine Frau in der Schlange erzählt, das sie schon dreieinhalb Stunden für den Bus ansteht — und uns wird schon eine Stunde warten lang. Endlich kommt der Bus, aber er kann gar nicht in die Haltestelle hineinfahren, weil die Leute sich vorne bis auf die Straße drängeln. Unter wildem Geschreien arbeitet er sich bis auf wenige Meter an die Haltestelle vor, noch darf keiner einsteigen, dann gibt er wieder auf, fährt zurück und — weg. Lange Gesichter bei allen Wartenden, erregte Rufe, man möge doch die Warteschlange einhalten. Vergebliche Liebesmüh. Plötzlich taucht der Bus wieder auf und hält mitten auf dem großen Platz vor dem Bahnhof — mit geöffneten Türen. Alle stürzen dort hin, es gibt ein wildes Gekitze und Getöse. Wir geraten mit unseren Reisetaschen mitten in den Sog, und dann gibt es kein Halten mehr. Wir werden geschoben, gedrückt, gequetscht, an den Haaren gezogen, einer versucht, die Situation auszunutzen und wirf uns die Tasche weg, wir bogen, reiten und drängen uns gegen ein Wunder, daß wir schließlich doch im Bus sind, eine ganze Menschentraube hängt noch draußen vor der Tür und kommt nicht mehr rein.

Bei dem ganzen Kampf um einen Platz im Bus nimmt übrigens niemand Rücksicht auf Mutter mit Kindern, schwangere Frauen oder alte Leute. Sie müssen genauso drängeln wie die anderen. Daß sie dabei häufig den Kürzeren ziehen oder die Kinder dabei manchmal fast erstickt, liegt auf der Hand. Als wir nach fast zwei Stunden Fahrt in Leon ankommen, sind wir völlig geschafft. Für die Nicas ist das alltäglich. Kein Bus, in dem es kein solches Gedränge gäbe, und wer einen Sitzplatz ergattert hat, preist sich glücklich und hält ein Nickerchen. Denn die meisten sind schon seit über einer Woche müde auf den Beinen.

Die schlechten Straßen sind ein weiteres wichtiges Problem für Nicaragua. Es gibt keine Straße, die keine Schlaglöcher hätte, aber kaum Schotter oder Asphalt zum Auffüllen der Löcher. Befestigte, asphaltierte Straßen gibt es nur zwischen den großen Städten. Alle anderen Verkehrswege sind staubige Pisten, die bei Regen völlig verschlammen und damit für die meisten Fahrzeuge unpassierbar werden. Wir lernen es als unglaubliches Privileg schätzen, daß wir für unsere 14-tägige Rundreise in der Gruppe einen eigenen Bus gehabt haben, der uns aller Transportprobleme entthob. Und wir bekommen

ein schlechtes Gewissen, als wir immer wieder an allen Anhaltern vorbeifahren, obwohl wir im Vergleich zu den Linienbussen massenweise Platz haben. Aber der Busfahrer hat Anweisung, nur Passagiere mitzunehmen, wenn sie auch alle sitzen können. Außerdem sollen wir es als Gäste des Landes so angenehm und bequem wie möglich haben. Es ist uns allen immer wieder etwas peinlich.

### Die Märkte

Wichtigster Handelsplatz für den Alltag, wichtigste Geruchsbörse und wichtigster Schwarzmarktaustauschplatz ist der Markt. In jeder Stadt in jedem Dorf in Nicaragua gibt es Märkte, aber alles freilich, was der Mensch zum Leben braucht und noch viel mehr. Wir sind natürlich alle neugierig, solche Märkte zu besuchen. Vorstellimgen orientalischer Bazars und bunte Händler von Indiemärkten schwärmen uns im Kopf herum. In Managua soll es möglichst der Mercado Oriental sein. Da allerdings sperrt sich unser Reiseleiter lächelnd höflich aber bestimmt dagegen. Er wisse einen viel schöneren Markt. Einige machen lange Gesichter, denn der Mercado Oriental haftet der Ruch des Geheimnisvollen und Verbotenen an — schließlich ist er der größte (und dreckigste) Schwarzmarkt des Landes.

Dafür bekommen wir eine Lektion in Sachen Revolution. Der Markt, den wir besuchen, ist neu gebaut und der Stolz von Managua. Eine riesige Halle beherbergt eine Reihe von gekachelten Kochstellen, auf denen die Marktfrauen Leckereien aller Art zubereiten. Das Essen ist für alle erschwinglich und gut. In der Mitte der Halle lange, gekachelte Tischreihen, leicht zu putzen, unempfindlich und sauber. Daneben neu gebaute Hängeln mit Obst- und Gemüseständen, hübsch geputzt, kühl. Welche Errungenschaft diese neuen Hallen bedeuten, wird uns erst klar, als wir andere Märkte auf dem Land sehen. Dort steht eine Papphütte an der anderen, Fleisch, Fisch, Obst etc. liegen offen und fliegen umwirrt durch die Luft. Der Boden: festgetampelter Lehm, der natürlich, wenn der tägliche Regenguß kommt, zur Schlammwüste wird. Gekaut wird aus Bananenblättern mit den Fingern. Abfälle wandern direkt auf den Boden. Meistens sinkt es entsprechend.

In Leon beispielsweise findet der Markt zum Teil auf den Gleisen am Hauptbahnhof statt. Wenn der Zug kommt — und er kündigt sich schon kilometerweit mit lautem Pfeifen und

Tuten an — werden die Tische schnell zur Seite geräumt, Hinterher geht der Handel wie gewohnt weiter.

Aber Armut macht sich auf Fotos ja immer sehr malerisch... Was wir auf dem Markt in Managua gesehen haben, war eine revolutionäre Leistung. Hygienische Zustände sind in Nicaragua immer noch nicht selbstverständlich, und sie werden zu Recht stolz als Fortschritt präsentiert.

### Leon

Als wir unseren ersten Abend in Leon verbringen, erleben wir eine Premiere. Um 19 Uhr ist Prohealarm. Leon hat nämlich drei funkelnagelneue Sirenen bekommen, um bei einem Luftangriff Alarm geben zu können. Jeder Haus hat Schutzengraben ausgehoben. Für die Übung sollen die Bewohner punkt sieben Uhr ihre Häuser verlassen, alle Lichter löschen und ihre Schutzengraben aufsuchen. Kein Fahrzeug darf auf der Straße fahren. Die Aktion wurde tagelang vorbereitet und vom Radio aus geneuert. Solche Übungen haben bisher nie stattgefunden, weil es gar kein Luftwarnsystem gegeben hat.

Vom Sirenenalarm hören wir nicht viel, offenbar ist die Reichweite nicht sehr groß. Und auch das Abwachen der Straßenbeleuchtung klappt nicht überall. Das nationale Energiewerk hat einige Schwierigkeiten bei der zentralen Steuerung. Aber immerhin 80% der Straßen waren dunkel.

Die Bevölkerung macht die Übung bereitwillig mit, sitzt allerdings zum Teil schwarzend vor den Häusern statt im Graben... Unsere Hotelwirtin macht lächelnd das Licht wieder an: „War ja nur Probe.“



### Beim Großgrundbesitzer

Einhalb Großgrundbesitzer stehen auf unserem Programm, das heißt: einer mit maßig großem Besitz und einer, der seinen Blick über die eigenen Klonierweiden Baumwollfelder schweifen lassen kann. Er sieht auch genauso aus. Don Fernando ist behäbig, dick und reaktionär, obwohl er sich mit Felipe, dem Chef der Regionalregierung, dazwischen und malen versteht. Felipe will es aus. Don Fernando ist behäbig, dick und reaktionär, obwohl er sich mit Felipe, dem Chef der Regionalregierung, dazwischen und malen versteht. Felipe will es aus. Don Fernando ist behäbig, dick und reaktionär, obwohl er sich mit Felipe, dem Chef der Regionalregierung, dazwischen und malen versteht. Felipe will es aus.

Don Fernando ist großzügig. Er fürchte ihn nicht als Konkurrenz, im Gegenteil, er liebt sich daran, daß er sich so leicht hochgearbeitet habe. Da sehe man es eben: wenn man nur wolle, könne man es auch zu etwas bringen.

Sein früherer Arbeiter nickt, hat er Sandinist? „Meine Politik ist die Arbeit“, weicht es aus. Und: „Ich habe keine Kritik an der Agrarpolitik, weil sie mit meine Arbeit ermöglicht.“ Sind seine Landarbeiter in der Gewerkschaft? „Nein, sie arbeiten so besser. Sie bekommen den Mindestlohn (61 Cordobas am Tag, das sind rund sechs Mark) und sind zufrieden.“

Für Don Fernando hat sich seit der Revolution nicht viel verändert. Früher hat er seine Baumwolle an einen Exporteur verkauft, heute an den Staat. Den Preis bestimmt der Weltmarkt, die Gewinnspanne ist weitgehend gleichgeblieben. Er bezahlt die gleichen Steuern wie früher, ihre Höhe hängt von seinem Gewinn ab. In manchem stellt er sich sogar besser: wenn es heute zu Mindernden kommt, die nicht auf das Verschulden der Bauern zurückzuführen und, zählt der Staat eine Unterstützung. Früher war das abhängig von guten Beziehungen zu den Somozas. Heute kommen die Angestellten des Staates aufs Feld und prüfen nach, ob und wie gut gearbeitet wird. Don Fernando zahlt seinen Arbeitern mehr als den Mindestlohn. Er erzählt das gerne.

Fortsetzung nächste Seite

gehabt haben, der uns aller Transportprobleme entthob. Und wir bekommen



Ein Großgrundbesitzer, ein Arbeiter, der heute Land besitzt und ein Regierungsvertreter diskutieren über die Landreform



Arbeiter/in auf der Finca des Großgrundbesitzers

### Die Versorgungslage

Es gibt immer noch und immer wieder eine Reihe von Waren, die knapp werden. Teilweise versucht „La Prensa“ so etwas geschickt zu lancieren, indem

### Die Transportmittel

Alle Transportmittel in Nicaragua sind extrem knapp. Autos werden gefahren, bis sie auseinanderfallen, und selbst dann wird versucht, sie noch einmal zu flicken, zu kleben oder zu schwelgen.

Wichtigstes Transportmittel sind die Busse. Viele sind auch schon schrottig, aber sie werden dringend gebraucht. Als wir uns zu zweit auf die Reise von Managua nach Leon machten, bekamen wir einen kleinen Ford-FK von dem, was in Nicaragua als „chicken“ und wir fuhren das 100 Kilometer zu La Graciosa werden können.



Fortsetzung von vorheriger Seite

und gibt gerade in Anwesenheit von Felipe auch ein bißchen an. Dann, zum Beweis führt er uns beim großen Picknick, das er für uns im Garten vorbereitet hat, alle seine Arbeiter vor. Sie schauen uns an, halten sich zurück und tun das, was ihnen die Dona, Don Fernandos Schwester, befehlt. Hier ist die Hierarchie deutlich spürbar.

Und natürlich hat sich Don Fernando nicht lumpen lassen mit unserer Bewirtung. Vor uns stehen Berge von Tortillas, Bohnen mit Reis, Käse, Kuchen, kleine Leckereien, Cola, Fanta und — natürlich — Rum. Schließlich ist es für sie auch eine Ehre, daß die Regierung ausgerechnet ihren Hof ausgerechnet hat, um ihn der Delegation aus Hamburg als vorbildlich vorzustellen.

Später, als wir Don Fernando und seinen Sohn, fast ebenso dick und genauso jovial, alleine zu fassen kriegen, sieht es mit seiner Regierungsloyalität schon etwas anders aus. Er äußert maximale Kritik, es gebe zu wenig Freiheit für den Einzelnen. Die Kooperativen wurden nicht wirtschaftlich arbeiten, da würde die Regierung nur Geld verschwenden. Man müsse die Arbeiter streng unter Kontrolle halten, denn der Alkohol und das Geld lägen ihren Herzen am nächsten. „Außerdem“, so meint er, „hätten die Kooperativen der Meinung, daß der Nicaraguaner zuviel ist.“

Don Fernando jammert auch darüber, daß heute das Geld nichts mehr wert sei, früher hätte man damit wenigstens noch etwas kaufen können. Heute zähle nur noch der Dollar etwas. Die Bevölkerung aber habe keine Devisen, deshalb müsse der Bauer auf dem Schwarzmarkt die Dollars zum Kurs von 1.300 kaufen.

Ulrika hatte bei Don Fernando ihre rege Mühe mit dem Übersetzen: „Dem fehlt ein Zahn genau an der Stelle, wo die Konsonanten produziert werden“, stolzt sie.

#### Bei der Kooperative

#### Bei der Kooperative

Der Gegensatz zum Hof von Don Fernando könnte nicht größer sein. Wir lernen auf der Baumwoll-Kooperative, die uns von Felipe vorgestellt wird, kennen, wie mühsam und schwierig es für die früher völlig abhängigen Landarbeiter ist, selbständig ihr Land zu bebauen. Sie haben mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen: Sie kennen den Boden nicht, sie wissen nicht, ob er für den Anbau von Baumwolle überhaupt geeignet ist, sie haben keine Erfahrung im Umgang mit den Maschinen, sie wissen noch nicht, welches Stadium im Wachstum der Baumwolle gefährlich ist (z. B. faulen im November leicht die unteren Teile der Pflanzen, wenn es viel regnet). So kommt es dazu, daß sie in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens noch keine Gewinne einbringen konnten. Sie werden trotzdem weiter von der Regierung unterstützt, die ihnen die Zeit läßt, um Erfahrungen zu sammeln.

Es sind sehr einfache Leute, mit denen wir sprechen. Wir sehen ihnen an, daß sie gewohnt sind, sehr hart zu arbeiten. Aber wie stolz sind sie auf ihr Land! Und sie strengen sich ungeheuer an, um dem Vertrauen, das durch die Kredite der Regierung in sie gesetzt wurde, gerecht zu werden.

Sie wissen, daß sie noch nicht perfekt sind, aber sie haben in ihrem Kreis (die Kooperative hat 15 aktive Mitglieder) begonnen, ihre Selbstverwaltung zu organisieren. Es gibt geteilte Zuständigkeiten (Verantwortliche für Produktion, Verwaltung, Propaganda), gemeinsam bilden sie die Leitung der Kooperative.

Die einzige Frau ist zuständig für die Propagandaaarbeit. Sie fängt mit ihrer Arbeit gerade erst an und hat vor, gemeinsame Versammlungen abzuhalten, um die Probleme zu diskutieren. Sie will sich um die Erziehung kümmern (sowohl für Erwachsene und Kinder (Unterricht werden) und Wandzeitungen über aktuelle Meldungen machen. Es muß viel organisiert werden, denn natürlich hat jedes der 15 Kooperationsmitglieder eine Familie, die mit auf dem Hof wohnt und die in das gemeinsame Arbeiten mit einbezogen werden soll. „Dafür brauchen wir alle noch eine viel bessere politische Ausbildung, meint die Frau mit blitzenden Augen.

Noch kann die Kooperative nicht auf zusätzliche Arbeitskräfte verzichten. Auch sie muß Saisonarbeiter einstellen. „Das ist eigentlich nicht unser Ziel“, meint der Verantwortliche, „denn wir wollen ja schließlich keine anderen Arbeiter ausbeuten. Aber wir können darauf noch nicht verzichten, sonst würden wir die Saat verlieren, und das wäre noch viel schlimmer.“

Andere Kooperativen sind heute schon produktiver. Im Jalapalet im



Nordosten des Landes werden alle Grundnahrungsmittel des Landes produziert. Andere, in der Gegend von Estelí, versorgen das ganze Land mit Kartoffeln. Der Ertrag ist heute dreimal so hoch wie 1979. Teilweise brauchen diese Kooperativen schon keine Kredite mehr von der Bank, um Maschinen zu kaufen. Sie können sie selbst aus ihren Gewinnen finanzieren. „Privateigentum ist heute immer noch produktiver als Kollektiveigentum“, erklärt uns später Demetrio in Managua, Spezialist in Sachen Agrarreform. „Verhindert werden muß, daß Privateigentum zum Ausbeutungsinstrument wird.“

Die Kooperativen sind ein beliebtes Angriffsziel der Contra. In der Region um Estelí wurden in den letzten drei Wochen 10 Lagerhäuser mit Tabak und zwei Traktoren zerstört sowie 40 Bauern entführt. Die Bauern gehen meistens nur noch mit dem Gewehr aufs Feld. Auf einer Kooperative in Estelí wurden die Saatkartoffeln unter ständigem Beschuß durch die Contra in die Erde gebracht.

Jaime Wheelock gab am 16.10. bei einer Pressekonferenz bekannt, das in den letzten zwei Jahren Werte in Höhe von 400 Millionen Cordobas (das sind 40 Millionen DM) im produktiven Sektor zerstört wurden.

Noch während wir im Gespräch sind, biegt ein großer Lastwagen um die Ecke und fährt auf den Hof. Darauf eine Horde „Juvenil Sandinista“, die gerade auf Wahlpropagandafahrt ist. Parolen skandierend steigen alle mit großem Hallo aus und geben für unsere elends eingeschalteten Tonbandmikrofone noch einmal eine Extravorstellung.

Die sandinistische Jugend macht im ganzen Land solche Einmärsche, jedes Haus, jeder Bauernhof wird besucht. Sie verteilen die Wahlzeitung der Frente und erklären, wie die Wahl vor sich geht und worauf zu achten ist. Es ist ein ungeheurer Aufwand an Menschen und Material, den die Frente da betreibt. Welches Opfer das ist, wird erst klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß all die Zeit, die die Jugendlichen und Erwachsenen mit der aktiven Wahlpropaganda verbringen, so dringend in der Produktion gebraucht wird.

#### Die Frauen in Nicaragua und ihr Verband AMNLAE

Die Mehrheit der Frauen in Nicaragua ist im Haushalt tätig und verkauft auf dem Markt Hausarbeit, das heißt aber nicht wie bei uns nur waschen, putzen, kochen, Kinder erziehen, das heißt in Nicaragua vor allem: Das Feld bestellen, auf den Markt gehen, und zwar mit zeigunbenden Anfahrtswegen, zu Pferde, zu Fuß oder mit dem überfüllten Bus, die Ware auf dem Kopf, die Kinder an der Hand.

Auch wenn es nicht den Zielen des Frauenverbandes AMNLAE entspricht, arbeitet die Organisation heute doch hauptsächlich — einfach aus Grund der derzeitigen Bedingungen — auf diesem gesellschaftlichen Sektor. Ihre Devise: Auch wenn die Frauen nicht außerhalb der Familie arbeiten, müssen sie politisch und kulturell einbezogen werden.

Hauptprinzip von AMNLAE ist, alle gesellschaftlichen Bereiche mit Frauen zu beleben, zu infiltrieren und dort mitzubestimmen und mitzugestalten. „Im Prinzip ist die Problematik der Frauen hier ein Problem der Erziehung, vor allem auch der Männer“, erklärt Yvonne, zuständig für internationale Kontakte bei AMNLAE. „Wir versuchen, in allen Massenbewegungen ein Bewußtsein über die Situation der Frauen zu schaffen. Wir bemühen uns, überall Frauengruppen innerhalb der Massenorganisationen zu gründen. Denn je mehr Frauen sich beteiligen,

umso mehr können wir die Interessen der Frauen durchsetzen.“

Für uns gibt es da zwei Etappen: Zuerst streben wir an, daß sich die Frauen überhaupt an den Bewegungen beteiligen. Zum zweiten formulieren wir gemeinsam innerhalb der Bewegung unsere eigenen Forderungen, wir kämpfen dafür, damit ernstgenommen und angehört zu werden.

Ein Beispiel: Als das Land an die Bauern verteilt wurde, erfolgte eine namentliche Eintragung in das Grundbuch. Ursprünglich sollte nur der Name des Mannes eingetragen werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, daß zusätzlich auch der Name der Ehefrau als Besitzerin eingetragen wurde. Dadurch steht sie bei einer Scheidung nicht mehr mit leeren Händen da, sondern hat Anspruch auf die Hälfte des Besitzes. Außerdem kann sich so der Mann nicht einfach eine jüngere Frau nehmen, weil sie eine fröhliche Arbeitskraft ist. Unsere Intervention hatte Erfolg.

Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, daß Hausarbeit und Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe begriffen werden, und zwar auch von den Männern. Das war und ist ein hartes Stück Arbeit. Es geht uns heute noch nicht darum, viele neue Kindergärten einzurichten, dafür fehlen die Mittel. Aber es ist notwendig, daß die Männer begreifen, daß sie, wenn sie Kinder in die Welt setzen, ihren Teil an Verantwortung mit tragen müssen. Deshalb haben wir einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der die gemeinsame Verantwortung und die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern beinhaltet. Das gab heiße Diskussionen. Ganz besonders unvorstellbar war es für die Männer, sich mit der Schürze an der Spüle zu sehen, um das Geschirr abzuwaschen oder die Wäsche zu machen. „Dieses Gesetz ist heute verabschiedet. Es wird sicherlich nicht überall eingehalten, aber die Frauen haben die Möglichkeit, ihr Recht einzufordern.“

Insgesamt ist uns klar, daß wir die Hausarbeit nicht überbewerten wollen, aber wir wollen sie als Arbeit gesellschaftlich anerkannt wissen. Auch wenn sich in der Praxis heute noch nicht so viele Veränderungen ergeben haben, allein die Diskussion um diese Problematik ist ein großer Schritt nach vorn. Daß dieses Thema beispielsweise auf den ersten Seiten der Tageszeitungen diskutiert wurde, ist die Durchbrechung eines jahrzehnte- und jahrhundertalten Tabus.

Daß wir als Frauen heute überhaupt angehört und beachtet werden, ist auch nicht von selbst gekommen. Als wir mit unserer Arbeit begannen, war das durchaus nicht überall anerkannt.

Wir sind daraufhin zu den Commandantes gegangen und haben um Unterstützung gebeten. Wir haben uns da von versprochen, daß ihr Einfluß und ihre Glaubwürdigkeit dafür sorgen könnten, daß wir mehr Gehör finden würden. Und so war es auch. Für uns als Frauenorganisation ist die FSLN der größte Verbündete. Wir haben auch erreicht, daß alle FSLN-Mitglieder unsere Forderungen und Schriften studieren müssen. Und wir denken, daß es auch jetzt, in dieser schwierigen Situation, notwendig ist, ideologische Fortschritte zu schaffen.“

Denken, daß es auch jetzt, in dieser schwierigen Situation, notwendig ist, ideologische Fortschritte zu schaffen.“

Die Kriessituation bedeutet für die Frauen nicht nur mehr Anstrengung und Entbehrung. Sie sind durch die Umstände auch gezwungen, die engen Mauern ihres Hauses zu verlassen. Sie erleben, daß ihre Kinder zum Militär eingezogen werden. Das hat zwei Seiten. Zum einen tut es den Frauen weh, ihre Kinder so jung in den Krieg ziehen zu sehen. Auf der anderen Seite bedeutet das für viele eine Politisierung. Sie erkennen und wissen, warum das so sein muß, und dort, wo sie es nicht einsehen, leisten die Kinder selbst Überzeugungsarbeit.

Die Sandinisten achten die Mütter ihrer Kämpferinnen und Kämpfer sehr hoch. Auf jeder Veranstaltung gibt es Stuhlreihen und Ehrplätze für die Mütter von Gefallenen. Und jeder Commandante begrüßt diese Ehrengäste mit Handschlag oder Umarmung. Und das ist keineswegs aufgesetzt, sondern eine herzliche und ehrliche Geste.

Heute sind drei Viertel der Verantwortlichen in den Staditeilkomitees (CSD) Frauen. Sie kümmern sich um wesentlichen um die Probleme des alltäglichen Lebens, also, daß das Licht funktioniert, daß genügend Wasser vorhanden ist usw. Die Frauen versammeln sich und diskutieren, wie sich die Probleme lösen lassen. Das zwingt sie, sich außerhalb der eigenen vier Wände zu bewegen und zu betätigen. Auch wenn das vor allem eine soziale Arbeit ist: Sie ist unter diesen Umständen heute enorm politisch und lebensnotwendig.

Im Rahmen der Alphabetisierungskampagne versammeln sich auf dem Land täglich 200.000 Menschen, um zu lernen, die Mehrheit davon sind Frauen. Das bedeutet, daß eine Bauernin täglich mehrere km laufen muß, um an den Abendkursen teilnehmen zu können. Transportmittel und Straßen gibt es meistens nicht. Das alles zusätzlich zu der harten Haus- und Feldarbeit, die morgens um 4 Uhr beginnt. Beim Unterricht wird nicht nur das Alphabet gelernt, sondern es wird auch über politische und wirtschaftliche Probleme gesprochen. Insofern findet auch durch die derzeitige Notsituation eine allgemeine Politisierung der Frauen statt.

Abtreibung ist in Nicaragua verboten, außer bei Gefahr für Mutter oder Kind. Wer genug Geld hat und abtreiben will, fliegt nach Cuba. „Die Frage der freien Abtreibung stellt sich heute für Nicaraguanerinnen nicht wie in Europa“, erklärt Yvonne. „Darüber besteht bei uns bisher noch kaum ein Problembewußtsein. Es gehört zum Frauen dazu, Kinder zu haben. Die Frauen stellen sich von vornherein darauf ein, sie alleine großzuziehen, weil sie sowieso damit rechnen, daß ihr

Mann sie irgendwann verläßt.“

AMNLAE hält sich mit einer klaren Stellungnahme zur Frage der freien Abtreibung zurück. Sie wollen dem Problem vorher über die Verhütung beikommen.

AMNLAE hat breite Aufklärungskampagnen gestartet, um das Problem der Empfängnisverhütung bei der Wurzel zu packen. Die Kampagne beginnt schon in der Schule, wo über Verhütungsmittel und Sexualität gesprochen wird, natürlich mit Mädchen und Jungen. Sie setzt sich fort auf der Universität und bei den Erwachsenen im Rahmen der Volkserziehung und der Gesundheitsprogramme. Zum dritten innerhalb der Zeitung der AMNLAE, „Somos“. In jedem Heft stehen Artikel zur Sexualität der Frau, die in ihrer Offenheit und Einfühlbarkeit so mancher Frauenzen nützt und gut stehen würden.

Unter der Titelzeile „Lernen wir uns kennen“ steht z.B. in der Septembernummer ein Text über die körperliche Liebe, alle Phasen, von der Erregung bis zum Orgasmus und zur Entspannung werden dort beschrieben und erklärt. Der Text fordert die Frauen an, ihrem Partner gegenüber ihre Wünsche und Bedürfnisse zu äußern und bestätigt sie darin, ihre eigene Lust nicht hinterher zu stellen.

In der Oktobernummer geht es um das heikle Thema Frigidität. Da wird auf die Erziehung eingegangen, die vielen Frauen eintrichert, daß Sexualität bedeute, dem Mann stets zu Diensten zu sein, die die Sexualität als etwas Schmutziges propagiert etc. All diese Vorurteile werden einfühlsam widerlegt, und die Frauen werden bestärkt, über Vorbehalte und Probleme mit ihrem Partner zu sprechen. Sie werden bestärkt, daß sie sich verwelken, wenn sie keine Lust haben, mit ihm zu schlafen. Und sie werden aufgeklärt, in welchen Fällen sie zum Arzt gehen müssen, wenn sie sich Infektionen geholt haben. Übrigens: AMNLAE sucht im Moment Geldgeber für eine Aufklärungsbroschüre speziell für Bäuerinnen. Ein Aufklärungsprogramm für Hebammen gibt es schon, weil die „Frauen nicht die Geburt beobachten“.

Ein Aufklärungsprogramm für Hebammen gibt es schon, weil die Frauen nach der Geburt besonders aufgeschlossen sind, um über Verhütung und Verhütungsmittel zu sprechen. Auch in jedem Gesundheitsposten erhalten die Frauen Aufklärung über Verhütungsmittel.

Bei einem Gespräch in Leon zwei Wochen später erfahren wir von einer Apothekerin, daß die Frauen immer noch in der Mehrheit die Pille nehmen, daß sich die Männer kaum um die Verhütung kümmern. „Kondome, die in den Gesundheitsposten verteilt werden, benutzen allenfalls die Kinder als Luftballons. Nur dort, wo es Modellprojekte zur Aufklärung über Verhütung gibt, werden sie zögernd angenommen. Die Mehrheit der Frauen nimmt die Pille oder Spirale.“

Das befragt auch Rafael, Arzt und in der Frauenmedizin tätig, und er gibt ein besonderes Zeugnis von „machismo“, als er mit auf die Frage, wie er denn verhütet, treuherzig antwortet: „Ich als Paar (‘me as a couple’), wir verhüten mit der Spirale.“

Prostitution wird heute als strukturelles Problem betrachtet. Sie ist verboten, aber unter der Hand gibt es immer noch Frauen, die auf den Strich gehen. Allerdings mehr individuell und nicht innerhalb von Zuhälterkreisen. Wenn Nachbarinnen merken, daß eine Frau anschnarcht geht, sprechen sie mit ihr, auch AMNLAE kommt sich um diese Frauen und schlägt ihnen vor, in einem ihrer Eingliederungsprojekte mitzumachen. In Leon und Corinto beispielsweise hat AMNLAE Nähwerkstätten gegründet, in denen die Frauen ausgeleitet werden und Röcke, Blusen, Hemden, Hosen und Laken nähen, die dann in einem eigenen Laden verkauft werden.

#### Werkstattprojekt Monimbo

In Masaya ist der Name Dietzenbach bekannter als Bonn oder Berlin. Der Grund: Der bewusste Ort hat hier mehrere Projekte gefördert oder aktuell im Aufbau. Wir besuchen eine Ausbildungswerkstatt für Schneider und Tischler, insgesamt 21 Projekte gibt es hier, die von der Bundesrepublik aus betreut und finanziert werden (es werden Schulen gebaut, Kindergärten eingerichtet, Wasserleitungen gelegt, Pumpen installiert, eine Kfz-Werkstatt aufgebaut etc.).

Die „Friedenwerkstatt“, „Tina Pflaum“ läuft seit einem Jahr. Vorgesehen ist eine zweijährige Ausbildung. Einige der Lehrlinge haben die Ausbildung jedoch nach einem Jahr abgebrochen. Das hat mehrere Gründe. Zum einen sind die Familien darauf angewiesen, daß die Kinder so schnell wie

Fortsetzung nächste Seite





Eine Tischlerwerkstatt, in der Mädchen und Jungen besonders armer Familien ausgebildet werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

möglich Geld verdienen. Das geht woanders (z.B. durch Getränkeverkäufe auf dem Markt) schneller und leichter als mit einer Lehre, die am Anfang noch keinen Verdienst einbringt. Zum anderen sind die Jugendlichen hier nicht gewohnt, überhaupt eine Ausbildung zu absolvieren. Im Handwerk wird man allenfalls angelernt.

In der Tischlerwerkstatt hier gibt es jeden Morgen zwei Stunden theoretischen Unterricht. Das Essen für die Lehrlinge und Ausbilder wird von einer der Mütter der Lehrlinge gekocht. Während der Ausbildungszeit verdienen die Lehrlinge nichts. Susanne, Schreinerin und Ausbilderin aus der Bundesrepublik, erklärt, warum: „Eine Bezahlung während der Lehre wäre gegenüber den anderen Jugendlichen eine zu große Übervorteilung. Es ist normalerweise nicht üblich, daß z.B. Werkzeug gestellt wird. Hier haben die Lehrlinge alles zur Verfügung: Sägen, Hobel, Feilen usw. Sie müssen nichts mitbringen außer ihrer Bereitschaft zu lernen. Deswegen haben wir auch bestimmte Auswahlkriterien: Aufgenommen werden nur Jugendliche, deren Familien durch den Krieg stark gehärtet haben. Sie sollen als erste in den Genuss dieses Förderprojektes kommen.“

Wir produzieren fast ausschließlich Gebrauchsgegenstände, Fenster, Türen, Stühle. Anlässlich des dritten Todestages von Tonio Pflaum haben wir 40 Kisten mit Bauklötzen für die hiesigen Kindergärten angefertigt. So etwas bedeutet für die Lehrlinge eine hohe Motivation. Es spornet an, etwas für den Ort, wo sie leben, herzustellen. Überall können sie dann sagen: „Seht her, das haben wir produziert!“

#### Gespräch mit der COSEP, dem Unternehmerverband

#### Gespräch mit der COSEP, dem Unternehmerverband

„COSEP ist Mitglied der Coordinadora und hat 1978/79 bei zwei Streiks eine wichtige Rolle gespielt. Ich selbst war dreimal in Somozas Folterkammern und bin verfolgt worden.“ - mit diesen Worten führt sich der Vizepräsident des Unternehmerverbandes für die Privatindustrie, Andres Zuniga, bei uns ein. Wir sind beeindruckt. Während des Gesprächs sollte sich noch zeigen, daß es mit der antikomunistischen Haltung des Herrn Zuniga doch nicht so weit her war.

COSEP strebe eine „mehrfache Lösung“ für das Land an, wird uns mitgeteilt, man sei gegen das derzeitige unterdrückte „Regime“ des Marxismus-Leninismus. „Die Comandantes selbst haben zugegeben, daß sie Marxisten-Leninisten sind. Wir haben nichts gegen eine andere Ideologie, aber wir wollen, daß die Menschenrechte nicht verletzt werden, und das ist allerdings heute in diesem Lande der Fall. Es hat in der letzten Zeit zwei Diktaturen gegeben: Somozas und die FSLN“, meint Zuniga. Unter einem Militärregime, wie es die jetzige Regierung darstelle, könne man nicht auf zivilrechtlichen Wege seine Ziele verfolgen. „Die 15.000 Soldaten der Guardia haben uns viel gekostet - was sollen wir jetzt erst sagen, wo die Sandinisten 100.000 Soldaten unter Waffen haben.“

Herr Zuniga hat immer Schwierigkeiten, die Leute, die ihn aus USA oder Europa besuchen (es handelt sich offenbar meistens um Mitglieder der internationalen Brigaden), zu überzeugen, daß Nicaragua heute eine Diktatur ist, klagt er. Seine Beweise sind auch etwas dürftig: 1. Pressezensur. Sie sei heute viel stärker als unter Somozas. Man betrachte nur die Schikane gegen „La Prensa“, die im wesentlichen politische und ökonomische Themen betreffen. Um seine Aussage

zu unterstreichen, hält Herr Zuniga eine Mappe mit Fotokopien hoch, die wir natürlich nicht kontrollieren können - alles zensierte Artikel aus „La Prensa“. Die Zensur sei in einigen Fällen nur noch lächerlich, weil sie auch Sport-Themen betreffe oder Einladungen zu Totenfeiern von Opfern der Frente.

2. Die Gefängnisse seien voll von politischen Gefangenen. Einige Gewerkschaften würden in ihrer Tätigkeit behindert. Die Situation auf dem Land sei noch schlimmer als in der Stadt. Man erfahre häufig nichts von dem Verschwinden einzelner Personen. Die Organisation für Menschenrechte publiziere jeden Monat eine Liste über Folterungen, die von der FSLN ausgingen. Die Volksgesetze werden von Laien geführt, die keine Ahnung von Jura hätten (das ist unwahr - die Volksgesetze, die erst vor kurzem wieder eingerichtet wurden, weil die Justiz mit der Bearbeitung der Fälle nicht mehr nachkam, bestehen aus drei Richtern, einem Vorsitzenden (Anwalt oder Jurist) und zwei Laienrichtern).

Vor 1979 habe Nicaragua viel Unterstützung von anderen Ländern, z.B. den USA erfahren. Carier habe als erster diese Hilfe gekürzt, jetzt streiche auch die BRD die Mittel, weil im Lande keine Demokratie herrsche. Nach 1979 habe die Frente eine Ausrüstung begonnen, ohne daß auch nur eine Spur von Guerilla in Sicht gewesen sei: „Die ursprünglichen Ziele der Revolution wurden nicht weiterverfolgt, sondern es fand eine Abkehr zum Marxismus-Leninismus statt, mit dem Ziel, aus Nicaragua eine getreue Kopie Cubas zu machen. Es unterstreicht die traurige Situation des Volkes, daß wir seit 1821, als wir die Unabhängigkeit von Spanien erlangten, niemals in Frieden haben leben können.“

Auf die Frage, ob er denn nicht der Ansicht sei, daß Nicaragua durch die Contra und die USA bedroht werde,

den haben leben können.“

Auf die Frage, ob er denn nicht der Ansicht sei, daß Nicaragua durch die Contra und die USA bedroht werde, meint Herr Zuniga: „Es gibt keine Aggression, denn alle, die kämpfen, sind Nicaraguaner.“ Die Coordinadora habe eine nationale Dialog gefordert, in den alle Nicaraguaner einbezogen werden sollten, auch die, die jetzt gegen die Sandinisten kämpfen. Das habe die Frente blockiert und nicht zugelassen. Offiziell will die COSEP mit der Contra nichts zu tun haben: „Die Sandinisten versuchen immer, uns mit der Contra in Verbindung zu bringen, aber das akzeptieren wir nicht. Damit würden wir ja unser eigenes Grab schaufeln. Außerdem wollen wir keine Zwischenhändler sein, sondern unabhängig und selbständig voneinander den nationalen Dialog führen.“

Ein großes Problem sei die Indoktrination, die in der Schule stattfindet, klagt Herr Zuniga. „Früher haben die Kinder die Sprache gelernt, indem sie Verben wie 'leben', 'lachen', 'spielen' konjugierten. Heute müssen sie das anhand von Worten wie 'töten', 'schlagen' und 'unterdrücken' üben. Viele Ärzte, Lehrer und Selbständige haben seit 1979 das Land verlassen, weil sie nicht wollen, daß ihre Kinder dieser Erziehung ausgesetzt sind.“

Und auch die Internationalisten und Herrn Zuniga eine Dorn im Auge: „Nicaragua ist von unzähligen Internationalisten bevölkert, die sich in unsere internen Probleme einklinken.“ Auf den Tod von Tonio Pflaum angesprochen, meint er: „Wir sind gegen jeden Tod, wir sind für zivile Methoden. Aber jeder Krieg bringt Tod und Schmerz.“ Kein Wort des Bedauerns. Er könne außerdem den Fall Tonio Pflaum nicht gut einschätzen, weil dazu nichts publiziert worden sei.

Dafür ist die COSEP um so dankbarer für die loyale Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihnen moralisch (nur?) viel geholfen habe. Sie sei sehr beliebt bei den Verbandmitgliedern.

## Ein eindeutiges Ergebnis der Wahlen: Vertrauen in die Frente Sandinista

Nicaragua hat gewählt. In einem Land, das sich eines inneren Krieges an zwei Grenzen erwehren muß, erwartete ein Volk die ganze Nacht hindurch die Stunde der Wahl, um dann ab 5 Uhr morgens, zwei Stunden vor Eröffnung der Wahllokale in filia patriótica zu stehen und das erste Mal in der Geschichte des Landes mit einem Gefühl von Stolz und Würde an freien Wahlen teilnehmen zu können.

Es waren Wahlen, in denen sich die Einbeziehung der Menschen in das politische Geschehen des Landes nicht nach dem uns westlicher Demokratien auf die Abgabe eines Kreuzes reduzierte, sondern die den Kristallisationspunkt einer Monate dauernden Massenkampagne bildeten, in deren Mittelpunkt die Verteidigung der Souveränität des Landes gegenüber der US-amerikanischen Aggression steht.

Der Erfolg der Wahlbeteiligung, vor allem auch in den Kriegsgebieten, haben gezeigt, daß selbst eine geringere Zahl von kandidierenden Parteien und vor allem weniger kontroverse Wahlvorschläge als die vorgelegenen die Wahlen nicht endemokratisiert hätten, solange der eigentliche Souverän der Wahl, das nicaraguanische Volk, sich nicht der Wahl enthielt.

Unter den Augen von fast 1.000 Journalisten und mehreren hundert Wahlbeobachtern aus der ganzen Welt fiel die Bewertung des Wahlvorganges selber recht eindeutig aus: Alle bescheinigten der Durchführung größte Sorgfalt, ja manchmal sogar Übersorglichkeit. Offenbar zeigten sich aber nicht nur die ausländischen Wahlbeobachter beeindruckt. Sondern auch Vertreter der PCD und PLI, beides bürgerliche Oppositionsparteien, die in scharfer Abgrenzung zur FSLN kandidiert hatten, vertraten in einem Interview die Meinung, daß die Geschlossenheit und der Enthusiasmus, den sie im Volk gesehen hätten, großartig sei („Barricada“, 6.11.84).

#### BRD-Pressetext: Auch nach den Wahlen nichts Neues

Die Gegner einer selbstständigen Entwicklung Nicaraguas, insbesondere die BRD-Pressen, fanden nun selbstverständlich im Ergebnis der Wahl ihre seit Monaten aufgebaute These von der Wahl-Farce bestätigt. Ein wenig Schwierigkeiten bereitete dabei natürlich

stündlich im Ergebnis der Wahl ihre seit Monaten aufgebaute These von der Wahl-Farce bestätigt. Ein wenig Schwierigkeiten bereitete dabei natürlich das Wahlergebnis selbst, das sich ja nicht so ohne weiteres verkugeln ließ. Aber auch dies läßt sich von professionellen Retuschieren der Geschichte natürlich geradebiegen. So schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ - „FAZ“ - „Bei abgeklungen von der FSLN folgt auf dem zweiten Platz die linke konservativ-demokratische Partei mit 12 % vor der unabhängigen liberalen Partei mit 10,5 % („FAZ“ vom 7.11.84). In diesem Fall war ein einziges Adjektiv in der Lage, eine ganze Kampagne zu entlarven: Um die These der nichtvorhandenen Opposition aufrechterhalten zu können, versah man sie mit dem Attribut „links“. Ein Kommentator der „Hessisch-Nieders.“ Allgemeinen übertraf diese Charakteristik noch, indem er die PCD unter der Rubrik „Kommunistische Mitläufergruppen“ abhakte („HNA“ vom 6.11.84). Linke Konservative? Konservative kommunistische Mitläufer? In Nicaragua würde jeder in schallendes Gelächter ausbrechen, allen voran die PCD selbst, käme jemand auf die Idee, diese alte rechte Partei Nicaraguas als „links“ zu bezeichnen. Ihre Positionen unterscheiden sich inhaltlich nicht von denen der Coordinadora, mit dem einen Unterschied, daß sie sich nicht der nordamerikanischen Wahlboykottstrategie untergeordnet haben. PLI und PCD haben beide mit Unterstützung der Presse einen fulminanten Feldzug gegen die FSLN geführt.

Beide werfen der Frente vor, Schuld am Krieg zu sein und der katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Sie wenden sich gegen die Wehrpflicht, werfen den Sandinisten vor, sie wollten keine Nationale Verständigung und unterdrückten die Kirche.

Verständlich also, daß es am Wahltag in Nicaragua genug Möglichkeiten gab, sich deutlich gegen die FSLN auszusprechen.

Wahlergebnisse			
Partei	Stimmen	%	Stitze
Sandinistische Befreiungsfront (FSLN)	518.640	66,9	61
Konserv.-Demokratische Partei (PCD)	104.642	13,5	12
Unabhängige Liberale (PLI)	76.053	10,0	9
Christl. Soziale Volkspartei (PPSC)	44.179	5,8	5
Kommunistische Partei (PCN)	11.406	1,5	2
Sozialistische Partei (PSN)	10.178	1,4	2
Marx.-Len.-Volkswegung (MAP/ML)	7.158	1,0	1

Quelle: Oberster Wahlrat v. 7.11.84

#### Trotz erfolgreicher Wahlen bleibt die Zukunft ungewiß

In Nicaragua selbst sind nicht nur die Sandinisten mit dem Wahlergebnis zufrieden. So äußerten sich auch die beiden größten Oppositionsparteien in ihren ersten Stellungnahmen zufrieden über den Ablauf der Wahl selbst. Die PCD erklärte in ihrer Stellungnahme, sie habe sehr gute Ergebnisse erzielt im ländlichen Sektor und sei der Meinung, daß die Enthaltung, die es gegeben hat, nicht gerade feinfühlig gewesen sei („Barricada“, 6.11.84). Ähnlich äußerte sich die PLI, wenigstens sie nicht in Gänze zufrieden war, da sie als persönliches Wahlergebnis nur einen Drittel der Stimmen gerechnet hatte. Sie führte jedoch ihr schlechtes Abschneiden auf den von einem Teil der Partei gewünschten Wahlboykott zurück, für den sie einen Denkzettel erhalten hätten.

Immerhin hatte die PLI noch kurz vor den Wahlen für einige Verwirrung gesorgt, als sie sich am 21.10.84 auf ihrem außerordentlichen Parteitag entschied, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Der innerparteiliche Streit um Teilnahme oder Nichtteilnahme, der danach tobte, wurde erst dadurch entschieden, daß der Oberste Wahlrat am 30.10. den Antrag der PLI zurückwies, von der Kandidatenliste gestrichen zu werden und diese Entscheidung mit dem öffentlich-rechtlichen Status der Parteien begründete, der es verbiete, erst Erwartungen bei der Bevölkerung zu wecken, die dann nicht erfüllt werden. Zusätzlich war es aus organisatorischen Gründen zu dem Zeitpunkt unmöglich, aus den Wahlzetteln noch eine Partei zu streichen. Immerhin sprachen sich über die Hälfte der Kandidaten aus organisatorischen Gründen zu dem Zeitpunkt unmöglich, aus den Wahlzetteln noch eine Partei zu streichen. Immerhin sprachen sich über die Hälfte der Kandidaten gegen einen Wahlboykott aus.

Offensichtlich steckt hinter den Überlegungen des Wahlboykotts der letzten Minute ein Angebot der Reagan-Administration, für jeden Präsidentschaftskandidaten, der von der Wahl zurücktrete, 300.000 Dollar zu zahlen.

In diesem Zusammenhang machte der „Nuevo Diario“ auf eine histori-

sche Parallele zwischen 1924 und 1984 aufmerksam. Damals vertrat die PLI die Position, unter keinen Umständen die Waffen niederzulegen. Die USA boten dann 10 Dollar pro niedergelegtem Gewehr, und die Angehörigen der PLI streckten 1924 die Waffen. 1984 war die Summe immerhin 300.000 Dollar pro Präsidentschaftskandidat, und auch hier verfiel sich die PLI in den Netzen des CIA.

Aber auch die PCD stand spürbar unter dem Druck der US-Botschaft und selbst die PPSC ließ abgesehen von der Nichtteilnahme und setzte sich im Rahmen des Nationalen Dialogs für eine Verschiebung der Wahlen ein, was jedoch abgelehnt wurde.

Lediglich dem ungeheuren Druck der nicaraguanischen Bevölkerung ist es mit Sicherheit geschuldet, wenn letztendlich alle neuen Parteien nicht mehr an dem Wahltermin vorbeikommen wollten, sie sich nicht völlig ins Abseits stellen.

Trotzdem hat auch die Wahl — wie erwartet — keine Antwort für die Fragen Nicaraguas gebracht, vor allem keine Antworten. Eine nicht unwesentliche Bedeutung für die Entwicklung der innenpolitischen Fronten wird dem „Nationalen Dialog“ zukommen, einer Instanz, die zur Beratung aller gesellschaftlichen Kräfte eingerichtet wurde. Bislang nehmen an diesem Dialog 33 Organisationen teil, darunter die Kirchen, die Gewerkschaften sowie der Unternehmerverband COSEP. Sie diskutieren Fragen der Verteidigung, z.B. Probleme der Familien der mobilisierten Kämpfer, Fragen, ob die Rechtssprechung der Parteien, so wie das Wahlgesetz es vorsieht, bei Nichtbeteiligung an den Wahlen enden soll etc.

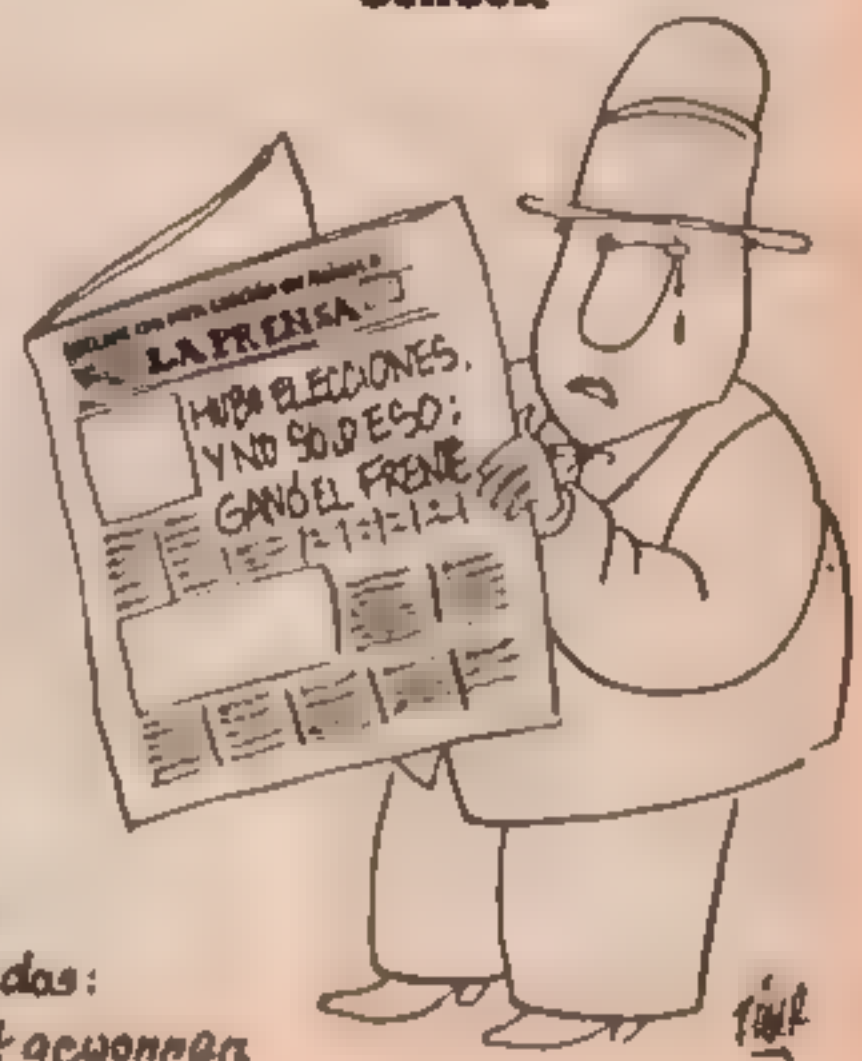
Neben der gewählten Exekutive und ohne den Anspruch, sie ersetzen zu wollen, wird seitens der FSLN versucht, einen nationalen Konsens um die Lösung der wichtigsten Probleme des Landes zu finden. Bleibt abzuwarten, welchen Weg dieser Dialog nehmen wird, wenn der Druck sich, wie zu erwarten, weiter explosionsartig verschärft.

Neben der gewählten Exekutive und ohne den Anspruch, sie ersetzen zu wollen, wird seitens der FSLN versucht, einen nationalen Konsens um die Lösung der wichtigsten Probleme des Landes zu finden. Bleibt abzuwarten, welchen Weg dieser Dialog nehmen wird, wenn der Druck sich, wie zu erwarten, weiter explosionsartig verschärft.

Internationalismus-Kommunisten, Cöllingen

LAPRESA, 9.11.84, S. 1

#### Schock



Es gab Diktatur  
- und nicht nur das:  
Die Frente hat gewonnen



## Bausteine für die Militärmacht Westeuropa

### Westeuropäische Union und Europäische Gemeinschaft

„Was Europa angeht, kann die deutsche Antwort nur lauten: Ohne eine gemeinsame Sicherheitspolitik wird es im freien Europa auf Dauer auch keine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geben“ (A. Dregger, in „Die Zeit“, 23.3.84). Engere militärische Kooperation der imperialistischen Staaten Westeuropas und eine „Europäisierung“ der NATO sollen die Schritte sein zur Integration Westeuropas, wie die westdeutsche Bourgeoisie es sich vorstellt.

In diesem Artikel werden die Bestrebungen dargestellt, über das Koordinationszentrum der EG-Außenpolitik, die Europäische Zusammenarbeit (EPZ), oder über die Westeuropäische Union (WEU) zu einer selbständigen westeuropäischen Militärmacht zu gelangen.

Spadolini

#### Der sicherheitspolitische Konsens

Die Auseinandersetzung um die Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa und das Bekanntwerden US-amerikanischer Offensivstrategien haben in größeren Teilen der Bevölkerung Zweifel hervorgerufen, ob denn das enge Bündnis Westeuropas mit den USA tatsächlich die beste aller Lösungen sei, einen 3. Weltkrieg zu vermeiden. Was innerhalb der Friedensbewegung als „Weg zwischen den Supermächten“ Punkte sammelt, wird von den Herrschenden als „Selbstbehauptung Europas“ vermarktet, um „der Neigung zum Aussteigen aus der Sicherheitspolitik und zum Neutralismus“ dadurch zu begegnen, daß „über eine Stärkung der Sicherheitapotheken Dimension der EG, die Lebensgrundlage der Sicherheitspolitik“ wächst (Kaiser, SPD-Mitglied und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, in: „EG-Magazin“ 9/83). Das Unbehagen der Menschen über die Militäropolitik der NATO soll genutzt werden, „Europa als eine Macht, die zu eigenständigen Entscheidungen fähig ist“, auszubauen (Mitterrand, in: „Europa-Archiv“ 7/84).

#### Kostensenkung, Standardisierung, westeuropäische Rüstungsagentur

#### Kostensenkung, Standardisierung, westeuropäische Rüstungsagentur

Zu einem Dauerbrenner ist in der NATO der Streit zwischen den USA und den Westeuropäern um eine „gerechte Verteilung der Verteidigungslasten“ geworden. Angesichts der gewaltigen Summen, die für die Rüstung aufgewendet werden müssen, um den NATO-Standard zu halten, erscheint „die Beschleunigung der bisher eher unkoordinierten Bemühungen um eine arbeitsteiligere und kostenwirksamere europäische Rüstungswirtschaft aus politischen Gründen geradezu zwingend“ (EG-Kommissar Narjes, in: „EA“ 7/84), um auf diese Weise einer weiteren Belastung der Staatshaushalte vorzubeugen. Autoren einer Studie für das US-Außenministerium kamen zu dem Ergebnis, „daß das nationale Vorgehen in Rüstungsbereich die Verhandlungen jährlich bis zu 15 Milliarden Dollar kostet — bei einem jährlichen Gesamtumsatz von 17 Mrd. Dollar für Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Waffen und Geräten“ (K.W.). Die immer noch ungeklärte Chance — Europas Rüstungswirtschaft bleibt national, in: „EG-Magazin“ 9/83).

Das Instrument, Standardisierung und Kostenreduzierung voranzutreiben, könnte eine westeuropäische Rüstungsagentur sein, wie sie im Jahre 1973 der belgische Premierminister Tindemans in dem nach ihm benannten Bericht vorschlug. Die Rüstungsagentur sollte Motor einer „gemeinsamen Industriepolitik im Bereich der Rüstungsproduktion“ werden, um „die Autonomie Europas sowie die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie zu vergrößern“ (Tindemans-Bericht, in: Schneider, Weisels, Hrsg., Auf dem Weg zur Europäischen Union 7, 1977).

Obgleich, oder genauer: Weil eine westeuropäische Rüstungsagentur bis

heute nicht eingerichtet wurde, wird sie in offiziellen Studien regelmäßig vorgeschlagen. Eine Studie der fünf außenpolitischen Institute in Paris, London, Bonn und Den Haag trägt diesen Gedanken erneut vor, „da die wenigen Beispiele für wirklich nennenswerte Rüstungskoperationen und -produktionen in Europa zu finden sind und bisher Standardisierungsversuche über den Atlantik hinweg fruchtlos scheiterten ... Angesichts der laufenden Diskussion über neue konventionelle Alternativen, die dank fortgeschrittener Technologie jetzt möglich sind, müssen die europäischen Regierungen und Industrien tatkräftige Bemühungen unternehmen, um zu verhindern, daß sich eine Einbahnstraße aufbaut, auf der amerikanische Waffen und Technologien nach Europa strömen. Dies wiederum erfordert eine enge Verknüpfung gemeinsamer europäischer Politik in den Bereichen der „hohen und militärischen Spitzentechnologie“ (Kaiser) a. Die EG vor der Entscheidung, Fortschritt oder Verfall, 1983).

#### Zukunftsindustrien für Westeuropa

Der letztgenannte Aspekt, der Aufbau der sogenannten Zukunftsindustrien, bereitet den EG-Imperialisten inzwischen manche Sorgen, denn allzu offensichtlich ist die Notwendigkeit, auf diesem Sektor schnell zu gemeinsamen westeuropäischem Handeln zu kommen. „Wir brauchen Europa vor allem auch, um die vor uns liegende große technologische Herausforderung der ‚dritten industriellen Revolution‘ zu meistern. Auf sich allein gestellt kann kein europäisches Land, auch wir (die BRD — Anm. Ak) nicht, den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan bestehen ... Europa besitzt die nötige Forschungs- und Industriekapazität sowie die nötige Größe der Märkte für einen erfolgreichen Wettbewerb mit den USA und Japan. Voraussetzung dafür ist, daß wir Europäer unsere technologischen Fähigkeiten und finanziellen Ressourcen gemeinsam einsetzen. Die nationalen Märkte in Europa sind zu klein, um die hohen Kosten für Entwicklung und industrielle Umsetzung der modernen Technologien wieder einzubringen. Wollen wir am Kampf um die Weltmärkte teilnehmen, so brauchen wir in Europa gemeinsame Forschungsanstrengungen und vor allem einen gemeinsamen Markt für Spitzentechnologien. Dazu bedarf es einer Harmonisierung der nationalen Normen und einer gemeinsamen öffentlichen Beschaffungspolitik bei Spitzentechnologien“ (Außenminister Genscher vor der Carl-Schurz Gesellschaft am 10.4.84, in: Presseamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 42/84). Auch um dieses bald zu erreichen, soll „der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Europas die dritte Dimension einer gemeinsamen Sicherheitspolitik“ angefügt werden (Genscher am 20.6.84 vor der WEU-Versammlung, in: „EA“ 13/84).

#### Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)

Außerhalb der existierenden europäischen Gremien in der NATO und es vor allem zwei Institutionen, die regel-

mäßig als Kern einer integrierten westeuropäischen Kriegerpolitik genannt werden: die EPZ und die WEU. Die EPZ ist das Organ, mit dem die zehn EG-Staaten durch ihre Außenminister ihre Außenpolitik aufeinander abstimmen. Ausgangspunkt der EPZ-Bildung ist der Versuch der sechzehn EG-Staaten gewesen, Anfang der 70er Jahre angesichts der ersten EG-Erweiterung und des „Eintritts in die Endphase des Gemeinsamen Marktes“ (Texte zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit, Hrsg. Presseamt der Bundesregierung, im folgenden: EPZ-Dokumentation) das außenpolitische Vorgehen daran zu koordinieren, daß „es den Mitgliedsstaaten gelingt, gemeinsam zu handeln, um der steigenden Verantwortung gerecht zu werden, die Europa in der Welt zukommt“ (Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EG 23.11.72 in EPZ-Dokumentation). Sowohl Kremer (vgl. Institut für Internationale Beziehungen, Hrsg. Westeuropa — Politische und militärische Integration, 1980) wie Vertreter einer westeuropäischen Militäropolitik stimmen darin überein, daß die Vergemeinschaftung der „Verteidigungspolitik“ mit zu den Zielen der EPZ gehörte (vgl. Jansen, Die Institutionen, in: Carstens, Mahneke, Hrsg., Westeuropäische Verteidigungskooperation, 1972). Der bereits zitierte Karl Kaiser wies Kritikern einer EG-Kriegerpolitik „Etikettenschwund“ vor, da die EPZ „nichts anderes als der Anfang einer koordinierten Sicherheitspolitik“ sei (1972). Der bereits zitierte Karl Kaiser wies Kritikern einer EG-Kriegerpolitik „Etikettenschwund“ vor, da die EPZ „nichts anderes als der Anfang einer koordinierten Sicherheitspolitik“ sei (in: „EG-Magazin“ 9/83).

Obgleich die EPZ formal nicht Teil der EWG-Institutionen ist, sind beide faktisch auf das Engste miteinander verzahnt, da es eine Trennung zwischen EG-Außenministerrat und EPZ-Treffen nicht gibt.

Neu ist der Gedanke nicht, die EPZ unmittelbar zum Gremium einer westeuropäischen Kriegerorganisation auszubauen oder als Kern für eine solche zu nutzen (vgl. Jansen, Die Institutionen, a.a.O., Bismarck, Eine Europäische Verteidigungsunion — der Weg in die Zukunft, in: „Europäische Wehrkunde“ 9/80). Beachtung verdient insbesondere ein alter Aufsatz des heutigen (Europa und die Atlantische Allianz, in: „EW“ 4/76), weil darin die wesentlichen Motive und Argumente der Befürworter — einer EG-Militärorganisation — ausformuliert sind. Wörner stellt einen 5-Punkte-Katalog auf, in dem die „Rahmenbedingungen für eine Initiative zur Neustrukturierung westeuropäischer Sicherheitspolitik definiert“ werden:

1. Die Initiative dürfe die Schaffung einer politischen Union nicht hemmen; 2. sie solle „der europäischen Einigungsbewegung neue Impulse geben“; 3. ein stufenweises Souveränitätsverzicht müsse eingeplant werden, bei dem „die nukleare Frage nicht an den Anfang des westeuropäischen Einigungsprozesses“ gestellt werden dürfe; 4. Frankreich muß die Initiative „mittragen“; 5. „sie darf weder anti-amerikanisch, noch anti-amerikanisch sein“.

Alle fünf Bedingungen wußt Wörner am ehesten in der EPZ erfüllt, denn in der Euro-Group der NATO arbeite Frankreich nicht mit und die WEU erfasse nur 7 der 13 europäischen NATO-Staaten (mit dem NATO-Beitritt Spaniens und es zwischenzeit-

lich 14 geworden) und andererseits wären zwei EG-Staaten (Dänemark und Irland; sowie inzwischen noch Griechenland) nicht WEU-Mitglieder. Deshalb solle „die westeuropäische Verteidigung auch organisatorisch in den westeuropäischen Integrationsprozeß“ eingeführt werden, „und zwar entweder als Teilbereich in der institutionalisierten europäischen Zusammenarbeit (EPZ) oder ... als eigenständiger Integrationsbereich“.

Die erwähnte Studie fünf westeuropäischer außenpolitischer Forschungsinstitute fordert ebenfalls unter Berücksichtigung dessen, daß nach der EG-Erweiterung alle europäischen NATO-Staaten (außer Island, der Türkei und Norwegen) zugleich EG-Mitglieder sein werden, „die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ... organisatorisch aus der Struktur des derzeitigen Systems der EPZ (sich) entwickeln“. Eine westeuropäische Militäropolitik der EG sei notwendig, weil es zwischen den USA und der EG „in einigen Bereichen unterschiedliche Prioritäten und Interessen“ gebe und „eine Nachfrage für einen europäischen Beitrag zur Stabilisierung von Krisenregionen ... (als) Alternative zur erdrückenden Präsenz einer oder beider Supermächte“.

Wie dieser „Ausbau der Politiken und Zuständigkeiten der Zehner-Gemeinschaft ... im Bereich der Sicherheitspolitik“ (Kohl vor dem Europäischen Parlament, 30.6.83, in: „EA“ 15/83) aussehen soll, konkretisiert Karl Kaiser (Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe, a.a.O.):

1. Die EPZ müßte auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik durch regelmäßige Gespräche der zuständigen Minister über diese Themen und durch Einbringung eines EG-Standpunkts auf der politischen und konzeptionellen Ebene der NATO ausgebaut werden.

2. Auf längere Sicht müßte versucht werden, die WEU mit ihrer weitgehenden Beistandsverpflichtung als Instrument europäischer Politik zu stärken, indem die WEU-Mitgliedschaft auch jenen EG-Mitgliedern angeboten wird, die bereit sind, solche Pflichten auf den Gebieten der europäischen Verteidigung und politischen Koordinierung zu übernehmen. „Unmittelbare Bedrohungen der Sicherheit Westeuropas“ sieht Kaiser vor allem im Nahen und Mittleren Osten heraufziehen, der nicht zum Zuständigkeitsbereich der NATO gehöre. Deshalb müsse die Sicherheit Europas „in diesem Raum dadurch gestärkt werden, daß die Gemeinschaft das zentrale Planungs- und Koordinationsgremium wird — durch diplomatische Interventionen, wirtschaftliche Hilfen und eine aktive Friedenswahrung, die sogar zu militärischen Maßnahmen führen kann; durch die Entsendung von EG-Friedenstruppen ... oder von Eingreifverbänden in Krisen, bei denen es um gemeinsame Interessen der Europäer geht“.

#### Die „Querulanten“ ziehen nicht mit

Den Versuch, die Zuständigkeit des Europäischen Rates (Gipfel der zehn Staats- und Regierungschefs der EG) für militärische Entscheidungen schwarz auf weiß festzuschreiben, unterstützen die Außenminister Colombo (Italien) und Genscher mit ihrem „Vorschlag für eine Europäische Ak-

te“, in dem sie die Notwendigkeit formulierten, „eine Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen und die Festlegung gemeinsamer europäischer Haltungen in diesem Bereich (zu treffen), um die Unabhängigkeit Europas zu wahren, seine lebenswichtigen Interessen zu schützen und seine Sicherheit zu stärken“ („EA“ 2/82). Daß auf dem Stuttgarter EG-Gipfel, 19.6.83, dann in einer „entschiedenen“ Fassung nur noch Erörterung und Koordinierung der „politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit“ („Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, in: „EA“ 15/83) an zukünftige Aufgabe der EPZ festgeschrieben wurde, ist wesentlich Irland, Dänemark und Griechenland geschuldet, während Irland sich dagegen wehrt, auf Umwegen seinen Neutralitätsstatus — Irland ist nicht NATO-Mitglied — aufzugeben. „Ich habe jetzt keine Namen, die Reihe von Eigenschaften, die sie sich in der NATO gewährt haben, sich nicht durch neue Integrationszwänge innerhalb der EG einschränken zu lassen. Da es „Abstriche an der nationalen Souveränität befürchtet“, gehörte allerdings auch Frankreich zu den „Hauptopponenten“ („Neue Zürcher Zeitung“, 8.3.84).

#### Die Westeuropäische Union

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

#### Die Westeuropäische Union

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Gerade Frankreich ergriff wenige Monate später die Initiative für eine „Aufwertung“ der WEU.

Fortsatz auf Seite 37



## Das System von Bretton Woods ...

Bekanntlich konnten die USA ihre Vormachtstellung nach dem zweiten Weltkrieg auch in den internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen durchsetzen. Im Bretton-Woods-Abkommen von 1944 wurde der US-Dollar zur internationalen Leit- und Reservewährung erhoben und ein System fester Wechselkurse vereinbart. Gleichzeitige wurde der Kurwert des Dollar am Gold fixiert, wonach 35 US-Dollar einer Unze Feingold entsprachen (Gold-Devisen-Standard). Das hieß beispielsweise, daß Zentralbanken zu diesem fixen Kurs Gold in Dollar tauschen mußten.

Der zentrale Widerspruch dieses festen Wechselkursystems auf Dollarbasis war hierin bereits angelegt: Der Dollar fungierte sowohl als nationale Währung als auch als internationales Kauf- und Zahlungsmittel.

Nun ist der Dollar nicht einfach „neutrales“ Geld, sondern Kapital, das nach seiner Verwertung strebt und so pumpen die USA ihre Dollar in Form riesiger Kapitalexporte in die ganze Welt, die gedruckten Dollarnoten ermöglichten den größten Nachkriegsboom in Westeuropa und sorgten gleichzeitig dafür, daß sich die Länder der „3. Welt“ in Abhängigkeit vor allem von den USA — befanden.

In den 50er und 60er Jahren waren die USA selber Waren- und Kapitalexportland. Dies schlug sich einerseits in positiven (Waren)handelsbilanzen nieder, andererseits in einer permanent negativen Zahlungsbilanz. Letztere war immer deshalb negativ, weil die USA Unmengen von Kapital exportierten — und zwar damals überwiegend über staatliche Transfers, sprich Marshallhilfe und vor allem die US-Notbank.

## ... und der Zusammenbruch

Doch lange hielt dieses System fester Wechselkurse nicht. Schon ab Mitte der sechziger Jahre zeichnete sich das Ende von Bretton Woods ab, was mehrere Ursachen hatte:

1. Der Wert der Leitwährung Dollar wurde von den amerikanischen Konkurrenten unterhöhlt. Vor allem die BRD, aber auch Frankreich, Großbritannien und Japan wuchsen zu ernsthaften Konkurrenten auf den Weltmärkten heran und holten den Produktivitätsvorsprung der USA mehr und mehr ein; die dominante Stellung der USA auf dem Weltmarkt hinsichtlich ihrer Anteile im internationalen Austausch von Waren nahm relativ ab. Bei festen Wechselkursen heißt das aber, daß die USA nicht mehr — im Vergleich zu den aufkommenden Konkurrenten — so kostengünstig produzieren konnten: Die US-Warenexporte verteuerten sich, während die Exporte von Waren aus der EG in die USA sich verbilligten. Wenn sich die realen Austauschverhältnisse von Waren infolge dieser konnten: Die US-Warenexporte verteuerten sich, während die Exporte von Waren aus der EG in die USA sich verbilligten. Wenn sich die realen Austauschverhältnisse von Waren infolge

Das führte dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken gezwungen waren, die überbewerteten und in der Welt vagabundierenden Dollar aufzukaufen, um den überhöhten Kurs zu halten. Die USA zwangen also ihren Konkurrenten die Kurswert-Stabilisierung ihres Dollar auf. Diese Politik wurde von den westeuropäischen Notenbanken eine ganze Zeit lang mitgetragen, denn ein hoher bewerteter Dollar, der durch Stützkauf hochgehalten wurde, hatte den Vorteil, daß die Warenexporte der EG in die USA und in die übrige Welt (die Warentransfers wurden überwiegend in Dollar abgewickelt) sich verbilligten, während die US-Exporte relativ teuer waren. Die EG, vor allem die BRD, stützten also den Dollar, um ihre Weltmarktpositionen hinsichtlich des internationalen Warenaustausches zu halten und gegenüber den USA sogar noch zu verbessern. Der Nachteil dieser Stützung des Dollar war jedoch, daß die Warenimporte in die EG sich aufgrund des hohen Dollarkurses verteuerten und zu höheren Inflationsraten führten, die aber zunächst noch in Kauf genommen wurden.

2. Auch der Dollar jedoch mehr und mehr im Vergleich zu den übrigen Währungen entwertete, waren die westeuropäischen Zentralbanken ab einem bestimmten Punkt nicht mehr bereit, den Dollar zu stützen.

3. Neben diesem internationalen Aspekt gab es handelspolitische und binnenwirtschaftliche Gründe in den USA selbst, die das System

## Zur Weltwährungskrise des Kapitals

### (Teil 1)

# Von der Illusion

## fester Wechselkurse

Der amerikanische Dollar ist wieder wertlos: sein „Höhenflug“ erreichte einen Kurswert gegenüber der DM von etwa 3,— DM. Dies Wiedererstarben des Dollar wird — außerhalb der USA — mit sehr gemischten Gefühlen kommentiert: Die Länder der „3. Welt“ klagen über hohen Dollarkurs und Wucherzinsen, weil ihre extrem hohe Verschuldung dadurch noch weiter erhöht wird und kaum noch Kapital vorhanden ist, um wenigstens die jährlichen Zinsen zurückzuzahlen.

Die westdeutsche Industrie denkt ganz anders darüber: Der hohe Dollarkurs verbilligt die Warenexporte in die USA und die BRD konnte in diesem Jahr ihre US-Exporte um 50 % steigern („FAZ“, 13.10.84). Die westdeutschen Großkonzerne können sich ebenso wenig beklagen: Sie profitieren einerseits vom BRD-Exportboom in die USA, andererseits auch von dem hohen Zinsen. Nicht nur die Deutsche Bank, sondern auch Firmen wie Siemens und Daimler-Benz strichen Milliardengewinne nicht etwa durch reale Warenverkäufe, sondern durch Teilnahme an Kapital Spekulationen vor allem in den USA ein. Der Dollar sei — so Bundesbankpräsident Pöhl — zwar um rund 50 Pfennig überbewertet, und die hohen Zinsen verteuerten benötigtes Leihkapital — aber profitabel leben läßt sich's damit trotzdem.

Die bürgerlichen Ökonomen verstehen die Welt nicht mehr: Wie kann das bloß geschehen, daß der Dollar so stark ist angesichts desiger amerikanischen Haushalts-, Zahlungs- und Handelsbilanzdefizite? Ursachen und Hintergründe der hohen Zinsen und des hohen Dollarkurses sollen in zwei Artikeln näher beleuchtet werden. Um überhaupt nachvollziehen zu können, wie es zum „starken“ Dollar kam, wird in diesem ersten Teil die Entwicklung der internationalen Währungsbeziehungen seit Bretton Woods bis Ende der sechziger Jahre dargestellt. Im zweiten Teil wird es um die aktuellen währungspolitischen Fragen, u. a. die Ursachen der amerikanischen Hochzinspolitik und den „starken“ Dollar gehen.

von Bretton Woods untergraben. Die USA waren, vor allem wegen der enormen

führte denn auch dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken nicht mehr

von Bretton Woods untergraben. Die USA waren, vor allem wegen der enormen Kosten des Vietnamkrieges, aber auch sonstiger gesteigerter Staatsausgaben, gezwungen, immer mehr Dollarnoten zu drucken. Diese „Dollarschwemme“ erhöhte die Inflationsraten in den USA selbst und führte dazu, daß die entwerteten Dollar längst nicht mehr real durch das Gold gedeckt waren. Folgerschlag wurde 1971 der Gold-Devisenmarkt beiseite und das Gold mehr und mehr durch den Papierdollar ersetzt (1).

Im gleichen Jahr hatten die USA erstmals auch eine negative Handelsbilanz zu verzeichnen, was Ausdruck der relativen Schwächung der US-Position auf dem Weltmarkt gegenüber den wichtigen Konkurrenten war und zeigte, daß die USA hinsichtlich ihres Produktivitätsvorsprungs von der Konkurrenz ein- bzw. sogar überholt wurden. Damit aber verlor der Dollar seine überragende Bedeutung als Kauf- und Zahlungsmittel. Gleichzeitig suchte sich der Dollar seine profitablen Anlagephären nun lieber auf den internationalen privaten Kapital- und Devisenmärkten.

Die Folge war das Entstehen von sogenannten „Euro-Dollar-Märkten“ oder „Euromärkten“. Dahinter verborgen sich nichts anderes als private Finanz- und Kapitalmärkte, die sich jenseits staatlicher Kontrolle und den Kontrollen der Notenbanken entziehen (2). Die vagabundierenden Dollars untergraben damit das System von Bretton Woods, da sich ein kontrollierter Devisen- und Kapitalverkehr kaum mehr bewerkstelligen läßt. Hinzu kommt, daß der „Euro-Dollar-Markt“ auch vom quantitativen Umfang her eindeutig den öffentlichen Kapitalmarkt in den Schatten weite (3).

Die zunehmende „Dollarschwemme“ einer entwerteten Leitwährung

führte denn auch dazu, daß die westeuropäischen Zentralbanken nicht mehr bereit waren, noch länger den Dollar durch Aufkäufe zu stützen. Die EG führte als Verteidigungsmaßnahme das „Floaten“ ein, d. h. die nationalen Währungen in der EG sollten nur noch in einer bestimmten Bandbreite nach oben oder unten auf- bzw. abgewertet werden. Wesentliche Funktion des „Floaten“ war, wie wenig später auch die Bildung einer „europäischen Währungsschlinge“ war, den ständigen Kursschwankungen infolge der Dollar-Turbulenzen Einhalt zu gebieten. Aber auch diese Hilfs- und Schutzkonstruktion nützte nichts: 1973 brach — zwei Jahre nach Aufhebung des Gold-Devisen-Standards — auch als System fester Wechselkurse zusammen, da eine Kursstabilisierung des Dollar obsolet geworden war.

Seit dieser Zeit besteht das internationale Währungssystem — wenn von „System“ dabei noch die Rede sein kann — auf Basis „freier“, flexibler Wechselkurse.

## Die Turbulenzen der siebziger Jahre

Die weitere Entwicklung des internationalen Währungs- und Finanzsystems nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods unterlag im sieben Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vor allem folgenden geänderten Rahmenbedingungen: Wesentlicher Punkt ist das Schrumpfen der weltweiten Warenhandels und der Akkumulation des Kapitals; die Wachstumswelten liegen deutlich niedriger als in den zwei Jahrzehnten zuvor. Ausnahmlos alle wichtigen Industrieländer versuchten mit dem keynesianischen „deficit spending“, also staatlicher Nachfrageförderung in nicht-profitablen Bereichen, dieser Tendenz des abgeschwächten realen Produktionswachstums entgegenzuwirken. „Deficit spending“ hieß aber auch: Anstieg der staatlichen Kreditausgaben (Staatsverschuldung). Vor dem Hintergrund sinkender Investitionen, insbesondere der Erweiterungsinvestitionen und Kontraktion des Weltmarktes expandierte der weltweite Kredit- und Kapitalmarkt: Wird Kapital nur teilweise für reale Akkumulation verwendet, flüchtet sich das überschüssige Leihkapital auf die internationalen privaten Devisenmärkte, um sich als Kapital dort zu verwerten. Spekulative Momente treten dabei hinzu und die Währungsbeziehungen entwickeln eine gewisse — von der realen Akkumulation unabhängige — „Bogendynamik“, deren eigentliche Ursache aber in den verschlechterten Verwertungsbedingungen des Kapitals in der materiellen Produktion und der verringerten Kapitalakkumulation liegt (4).

Weiteren Einfluß auf die internationalen Währungsbeziehungen hatte der entwertete Dollar. Letzterer büßte Mitte der 70er Jahre seine unangefochtene Dominanz auf den internationalen Finanzmärkten ein, ohne jedoch seine führende Position abzugeben. An die Stelle des Dollar-Standards trat zunehmend ein „Multi-Devisen-Standard“, dessen Hauptmerkmal darin liegt, daß neben dem Dollar auch DM, Yen, britisches Pfund und Schweizer Franken zunehmend als internationales Kauf- und Zahlungsmittel auftraten. Die USA hatten also ihre unumsrüttelte führende Rolle in den internationalen Währungsbeziehungen (vorübergehend) eingebüßt und mußten sich diese mit den Hauptkonkurrenten teilen.

## Die relative Schwächung des Dollar

Die relative Schwäche des Dollar als internationale Leihwährung ist nicht nur den Veränderungen in den weltweiten Währungsbeziehungen geschuldet, sondern auch Ergebnis einer bewußten amerikanischen Finanzpolitik, die diese Schwächung in Kauf nahm. Hier zeigt sich wieder der durchgehende Widerspruch, daß der Dollar nicht nur internationale, sondern zugleich auch nationale Währung ist. Denn bis Ende der sechziger Jahre haben die USA keine wesentlichen Maßnahmen ergriffen, um ihrerseits den Dollarkurs zu stützen. Als die Zentralbanken der Konkurrenz den Dollar „fallen lassen“ und nichts zur Stützung des Kurses unternahmen, bestand ja aufgrund des „Doppelcharakters“ des Dollar durchaus die Möglichkeit, daß die USA nun selbst Maßnahmen zur Stützung des Dollar ergriffen hätten. Die USA taten aber nichts, um den national wie international entwerteten Dollar zu stützen. Dahinter steckte die Strategie, im weltweiten Konkurrenzkampf auf den Warenmärkten verlorenes Terrain gegenüber den wichtigsten Nebenbuhlern wieder gut zu machen, denn ein „billiger“ Dollar erhöhte die Absatzchancen von US-Warenexporten, verteuerte aber umgekehrt die US-Importe für die ausländischen Konkurrenten. Bezeichnendes Beispiel dafür war die damalige Produktionsverlagerung von VW in die USA, um auf diesem wichtigen Markt „mithalten“ zu können.

Im Ergebnis aber ist diese US-Politik, den Dollar ruhig in den Keller rutschen zu lassen, schlaggeschlagen, die US-Industrie konnte der westeuropäischen und japanischen Konkurrenz keine nennenswerten Weltmarktanteile im Warenaustausch abjagen, die US-Industrie erwies sich im Vergleich zu Japan und der BRD als nicht produktiv genug. Währungspolitisch ließ das, daß die USA nach wie vor ihre Dollars in die Welt pumpeten, aber der Dollar aufgrund seiner Entwertung nun nicht mehr uneingeschränkt als Leihwährung dominierte, sondern daß auf den internationalen Finanzmärkten auch mit DM, Schweizer Franken, britischem Pfund und verkauft wurde: Der „Multi-Devisen-Standard“ beherrschte die Szene. Die relative Schwäche des Dollar drückt sich in folgenden Zahlen aus: In den sechziger Jahren wurde noch 90 % des internationalen Handels auf Dollarbasis abgewickelt, in den sechziger Jahren nur noch 55 %.

Die Anteile der Devisenreserven in Dollar sanken von 78,4 % im Jahre 1973 auf 68,3 % im Jahre 1980, während die DM beispielsweise ihre Anteile im gleichen Zeitraum von 5,5 % auf 11,9 % steigern konnte.

Auch auf den privaten Kapitalmärkten, im internationalen Kreditgeschäft zeigte sich ein ähnliches Bild: Die USA beherrschten den „Euro-Dollar-Markt“ bis Anfang der siebziger Jahre deutlich mit einem Anteil von rund 90 %; dieser schrumpfte 1978 auf den Tiefstand von 67 %.

Und am Euro-Anleihemarkt — hier werden Wertpapiere mit langen Laufzeiten gezeichnet — hatte der US-Dollar 1978 einen Tiefstand von 48,4 % erreicht, während der Anteil der in DM abgewickelten Finanzgeschäfte auf 41 % hochschnellte (5). Hinzu kam, daß ein weiterer Konkurrent gegenüber den USA (und der EG) mehr und mehr auf den internationalen Kapitalmärkten auftrat: Die japanische Regierung lockerte und liberalisierte ihre bis dahin noch weitgehenden abgeschotteten Finanzmärkte und der Yen drang nun auch als internationales Kauf- und Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt vor.

Es dürfte damit deutlich geworden sein, daß die USA ihre weltweite „Dollar-Hegemonie“ im Verlauf der sechziger Jahre eingebüßt hatten. Diese Feststellung ist von Bedeutung, um den Übergang zur amerikanischen Hochzinspolitik und die Wiederentstehung eines „marken“ Dollar vertehen zu können.

## Die Aufblähung der Kreditmärkte

Die zunehmende Labilität des internationalen Währungssystems im auch durch das Aufblähen der privaten Kapital- und Kreditmärkte beeinflusst worden. Während sich das Bruttoinlandsprodukt in den westlichen Industrieländern von 1971 bis 1980 etwa nur verdoppelt hat, verzehnfachte sich der Brutto-Umsatz der Gelder an den sogenannten Euro-Märkten. Waren es 1971 nur 130 Mrd. Dollar internationales Leihkapital, wies dieser spezielle Geldmarkt 1980 auf ein Kreditvolumen von 1323 Mrd. Dollar auf. Dabei ist zu fragen, woher diese riesigen Summen kommen: 66 % dieser 1,3 Billionen Dollar stammen aus den USA, Kanada, der EG und Japan, an die umgekehrt nur 58 % der Kredite vergeben wurden. Es folgen die sogenannten „off-shore“-Finanzmärkte, also Steuer- und Spekulationsparadiese wie Hongkong, die Bahamas, Bahrain und sonstige Finanzzonen. Aus diesen stammen 12,3 % der bereitgestellten Kreditmittel und 14,2 % der erhaltenen Kredite. Die OPEC, die ja für manches schlechte in der Wirtschaft verantwortlich gemacht wird und deren „Oil-Dollars“ nach den beiden Ölpreiserhöhungen 1973 und 1979 zum großen Teil ebenfalls auf die Euro-Märkte strömen, spielt eine vergleichsweise bescheidene Rolle: 11,9 % der Kreditmittel stammen aus diesen Ländern und nur 5,2 % der Kredite sind an diese Länder bereitgestellt worden. Dies zeigt, daß die OPEC für die Aufblähung der internationalen Kapital- und Kreditmärkte nur zum geringen Teil beigetragen hat, was jedoch häufig falsch und übertrieben dargestellt wird.

Der große Batzen der Euromarktgelder stammt also aus den Industrieländern. Aber das „woher“ muß noch anders beantwortet werden: Wieso kam es zu einem so rasanten Anwachsen von Leihkapital auf den privaten Kapitalmärkten? Der Hauptgrund liegt in der allgemeinen Investitionsschwäche des Kapitals, in den sinkenden Profitraten (6): Kapital fließt nicht zurück in die industrielle Akkumulation, sondern das Leihkapital liegt brach und „verwertet“ sich über die zahlreichen Anlageformen auch spekulativer Art in der Form des Zinses; ein weiterer Aspekt ist, daß in den sechziger Jahren ein hoher Bedarf an langfristigen Krediten bestand. Zum einen pumpen die kapitalistischen Großbanken langfristige Kredite in die „3. Welt“, vor allem die „Schwellenländer“.

Dies geschah nicht nur wegen des hohen Kapitalbedarfs dieser Länder, sondern mit diesen Krediten mußten die „Schwellenländer“ die teuren Warenimporte aus den Industrieländern bezahlen. Umgekehrt ausgedrückt: Die USA, die EG und Japan versuchten, einen Teil ihrer Überakkumulationskrise durch kreditfinanzierte Warenexporte abzuschieben — zu Lasten der „3. Welt“, die sich bekanntlich hoch verschuldet.

Eine Nachfrage nach langfristigen Krediten ergab sich auch aufgrund des „deficit spending“, der hohen Kreditaufnahme der Staatshaushalte der imperialistischen Länder (7).

Ein weiterer Grund für das Aufblähen des privaten internationalen Finanzmarktes ist darin zu sehen, daß die privaten Dollaranlagen außerhalb der USA nicht wieder in die USA zurück fließen, weil die profitablen Anlagemöglichkeiten außerhalb der USA vielfach größer waren.

Was hat all das mit den Wechselkursen und den internationalen Währungsbeziehungen zu tun?







Der nebenstehend wiedergegebene Brief von drei Leuten, die insofern möglich die Linie des KBW mitbestimmen — darunter auch der der AK Lesern bereits bekannte Peter Koenen (vgl. AK 215 v. 21.12.83, S. 8) —, verfolgt das Ziel einer Vergangenheitsbewältigung ganz im Sinne der AK.

Man erinnert sich: Der Auflösungsprozeß linker Gruppierungen brachte schon früher statt ernsthafter Analysen gemachter Fehler mehrfach eine bestimmte Sorte von Publikationen hervor, in denen enttäuschte ehemalige Aktivisten ihren bislang praktizierten respektvollen Umgang mit Tatsachen unter umgekehrten Vorzeichen fortsetzten. Vorher in trübem Licht dargestellte Hoffungsobjekte (Klassen, Verbündeten, Befreiungsbewegungen, usw.) verwandelten sich in solchen Veröffentlichungen unter der Hand in Objekte rabiaten Enttäuschungs. Immerhin wurde hier wenigstens noch der Anspruch erhoben, die höhere Gestaltung inhaltlich zu schlagen. Ganz anders wurde das mit dem Aufkommen einer weiteren Literaturrichtung, den ganz „persönlichen“ Erlebnisberichten, in denen die Dissonanzen nun frei von allen „Zwängen“ aus „subjektiver Sicht“ Zukunftsbewältigung betrieblen.

Im Jahr 1977 veröffentlichten ehemalige Mitglieder der Anfang 1980 aufgelösten KPD beim Rotbuch-Verlag das Buch „Wir warn die stärkste der Parteien ...“ Erfahrungsbereiche aus der Welt der K-Gruppen.“ Texte dieser Art zeichnen sich regelmäßig durch folgendes Anliegen aus: Es geht nicht darum, der theoretischen Verwirrung durch solide Untersuchungen der Ursachen der Mißerfolge ein Ende zu setzen, vielmehr wurde die ganze Angelegenheit von vornherein unter der Fragestellung behandelt, „Wie überwinde ich wieder den Gegensatz zu der erstaunlich rezenten Realität, in der ich mich nicht meiner Kritik an ihr drücke, und wie bewähre ich die damit verbundenen psychischen und intellektuellen Zumutungen für meinen Willen und Verstand ohne größere Beschädigung?“

## Über die menschliche Seite des KBW

Es liegt in der Natur eines solchen Vorgehens, daß die theoretischen Fragen in einem Aufwasch „mitgelöst“ werden, auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird. Denn der Anhaltspunkt für den derart strapazierten Verstand ist eben die vielbeschworene Realität, d.h. die Gewalt der herrschenden Verhältnisse. Aus der übrigen Vorstellung heraus, daß die Wahrheit einer Theorie und die Begründetheit einer Kritik dasselbe sei wie ihre Fruchtbarkeit, entsteht die Auffassung, die Wahrheit liege dort, wo die Macht ist. Die erste und wichtigste Selbstdiagnose lautet daher „Beängstigende Realitätsferne“.

Weshalb das theoretische Wissen über die allgemeinen Gesetze der Kapitalbewegung und darüber wie sich diese Gesetze in den Handlungen der Individuen durchsetzen, zunächst getrennt ist von den Möglichkeiten der Realisierung dessen, was man als Notwendigkeit erkannt hat, entsteht leicht der Eindruck, das eigene Wissen sei nichts als eine Halluzination. Die diesem Effekt zugrundeliegende Trennung zwischen Wesen und Erscheinung bzw. zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und hartnäckigem Alltagsbewußtsein ist selbst notwendiges Resultat der bürgerlichen Gesellschaft. Auch Linke bewegen sich permanent zwischen partieller Erkenntnis der kapitalistischen Realität und der Neigung, sich theoretisch

und politisch auf den Standpunkt zu stellen, zu dem man durch die Übermacht der gegebenen Verhältnisse gezwungen wird.

### Die hauptsächlichsten Fehler des KBW

Das nebenstehende Dokument knüpft an die schon früher unternommenen Versuche an, diesen Widerspruch bürgerlich zu lösen. Das soll im folgenden bewiesen werden. Zunächst die bestehende Freundlichkeit dieses Briefes beruht keinesfalls auf guter KBW-Tradition. Es gab einmal Zeiten, da waren die Appelle führender KBW-Genossen an ihre Basis nicht nur im Ton bestimmter, sondern auch inhaltlich eindeutiger. Letzteres lag daran, daß der KBW über eine Programmatik verfügte und alle Kräfte dafür einsetzte, die darin festgelegten Ziele auf — theoretisch ebenfalls abgeleiteten — klar bestimmten Wegen gegen Staat und Kapital durchzusetzen. Dies war der eindeutige und einheitliche Wille aller Mitglieder. Leider waren die programmatischen Festlegungen falsch, wenn auch nicht in allen Details. Warum?

Im Mittelpunkt der Staatstheorie und der damit begründeten Politik des KBW stand bekanntlich der „Kampf um Demokratie“. Für den KBW war die BRD-Demokratie keine echte, weil sich angeblich Imperialismus und Demokratie (wegen der Monopole) nicht vereinbaren ließen. Der KBW, der sich angeblich Imperialismus und Demokratie (wegen der Monopole) nicht vereinbaren ließen, vertrat die Kritik der existierenden Demokratie als eine moderne Herrschaftsform, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn die lohnabhängigen Reichtumsproduzenten gelernt haben, sich selbst zu beherrschen. In diesem Lernprozeß dem schon immer mit viel Gewalt nachgeholfen wurde, wurde die „Erziehung“ erzwungen, daß Widerstand mehr Opfer kostet als der „normale“ Gang der Verhältnisse. (Der Faschismus war an der Konstitution der Demokratie somit beteiligt.)

Demokratie schließt das Verfolgen partikularer („egoistischer“) Interessen generell aus und damit die Duldung jeder Klassenpartei (die im Unterschied zu Volksparteien) soziale Partikularinteressen zu klären und durchzusetzen einschlossen. In Demokratie verlangt aber nicht nur, daß alle „Gruppen“ ihre prinzipiell berechtigten Interessen an „Allgemeinwohl“ fundiert und das ist in letzter Analyse das Wohl des Kapitals, denn ohne Profit keine Investitionen, ohne Investitionen usw. realisieren und sie zu „Mehrwerten“ zurückzuführen. Demokratie erweist sich auch als geeignetes Instrument imperialistischer Außenpolitik. Die endgültige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses auch in der „Dritten Welt“ erfordert letztlich freie Konkurrenz, d.h. freie Lohnarbeiter, freie Geld- und Kapitalmärkte usw. Der Export der Demokratie (ob nach Spanien, Bolivien oder sonstwo) wird aber stets an die Bedingung einer gewissen durchgesetzten Selbstbeherrschung der dortigen Massen geknüpft. Die fehlende Kritik der Demokratie war der erste große Fehler des KBW.

Der zweite große Fehler betraf die Einschätzung des Bewußtseins der „Massen“ und, daraus folgend, die taktische Stellung zu diesem Bewußtsein. Die bürgerliche Gesellschaft zeichnet sich durch die Verdoppelung der Individuen in politische Staatsbürger und ökonomische Privateute aus. Wenn der Arbeiter Müller und der Kapitalist Meier z.B. zur Wahl gehen, lassen sie ihre jeweilige empirische Wirklichkeit hinter sich und sind sich als die Herren Staatsbürger Müller und Meier gleichgestellt. Der Arbeiter, der als Staatsbürger nicht mehr das Brot selber fordert, sondern ein Recht auf Brot, hat daher gegen das Argument, seinem guten Recht stünden leider noch Rechte anderer entgegen, weswegen hier ein Kompromiß fällig wäre, wenig vorzubringen. Mit seinem „Kampf um Rechte“ hat der KBW diesen Fehler noch verstärkt. Er hat auch Kritiken



KBW-Zentrum in Frankfurt. Nicht nur die MOZ Redaktion ist heute froh, den „politischen Gebrauchswert“ der „Millionen-Ausrüstung aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen verlassener Generationen von KBW-Mitgliedern“ (Koenen, KVZ 16.4.82) konsumieren zu dürfen: „TAZ“ (Frankfurt) und „Plasterstrand“ sind von den Vorteilen, die ein zur Vernunft gekommener KBW zu bieten hat, schon lange überzeugt.

am Staat umstandslos als Staatsgegner zu interpretieren, wo die Betroffenen vom Staat lediglich mehr Engagement bei der Regulierung ihrer Konkurrenzbeziehungen forderten.

In einer Welt, wo die Arbeiter gleichzeitig Staatsbürger sind, wo der Lohn als Kostenfaktor und der Profit als auf die Kosten aufgeschlagene Risikoprämie erscheint, schafft das verkehrte Sein falsches Bewußtsein und zwar umso mehr, als sich die Lohnabhängigen mit diesen gewaltsam gesicherten Verhältnissen abfinden und anfangen zu wollen, was sie müssen. Diesen recht komplizierten Zusammenhängen versuchte der KBW durch folgendes Konstrukt beizukommen: Den Massen wurde zunächst ein „subjektives“ Interesse an Revolution unterstellt, das den Kommunisten damit natürlich bekannt war. Die nicht gerade begeisterte Verfassung der Volksmassen wurde mit einem „noch nicht“ als „Annäherungsprozeß“ der hinterher tinkenden „subjektiven Seite“ an die objektiven Interessen interpretiert. Noch 1981 streit man sich auf der 6. Delegiertenkonferenz des KBW allein darum, ob man das Tempo (!) dieses Prozesses überschätzt habe oder nicht. (Zur Methode des Einschätzens siehe weiter unten.)

Man stand also in einem gewissen Gegensatz zu den Massen und war unzufrieden mit ihnen, fand aber den genannten Dreh, diesen Gegensatz nicht in Kritik des falschen Bewußtseins auszuarten zu lassen. Stattdessen entwickelte man ein ausgeklügeltes Erziehungsprogramm. Über Teilforderungen sollten den Leuten Teilwahrheiten nahegebracht werden. Unbestrittenes Dogma war, daß das jeweils Vortragene zu jedem Zeitpunkt mehrheitsfähig zu sein hatte. Im Grunde war man ohnehin auf der Seite dessen, was die Massen „eigentlich“ wollen.

Auf Dauer war dieser Selbstbetrug nicht zu halten. Während die einen nun schlossen, wer sich nicht wehre, habe wohl auch keine Gründe dazu, gingen andere noch weiter und meinten, das Dazulernen der Mehrheit müsse irgendwo gute Gründe haben, die man herauszufinden und zu teilen hätte. (Im Juni 82 suchte die KVZ nach dem „richtigen Kern“ der Kritik von 50.000 Teilnehmern einer Pro-NATO-Demonstration der CDU). Seit diesem Zeitpunkt hat man an sich überprüft, was einer Mehrheitsfähigkeit noch im Wege stehen könnte und hat begonnen, sich immer offener dem Standpunkt des westdeutschen Volkes zu eigen zu machen. In der Sorge um den deutschen Wald hat man den gemeinsamen Nenner dann auch gefunden. Die „Kommune“-Ausgabe (3/84) mit dem Schwerpunkt „Heimat“ war nur die Konsequenz.

Die spezielle Gestalt, die das politische Gewebe des KBW über diese Fehler hinaus annahm (Theorie der Drei Welten, Gewerkschaftslinken usw.), folgt nicht zwingend in jeder Einzelheit aus den Hauptfehlern, ist aber umgekehrt ohne diese nicht denkbar. Richtige Inhalte, wie z.B. der Kampf um den Normalarbeitstag, Einzelkämpfungen über das Soziale Netz und andere Staatsdingkeiten usw. standen immer im Rahmen dieser falschen Gesamtkonzeption.

### Der KBW als Lebensgeschichte

Diese Skizze mag hier ausreichen, um den Brief der drei zukünftigen Herausgeber einordnen zu können.

Koenen und seine Mitarbeiter kündigen die Auflösung des KBW (der mit dem KBW, wie er bis etwa 1980 programmatisch bestimmt war, nicht mehr identisch ist) als notwendigen, aber irgendwo melancholisch stimmenden Schritt an. Der Wunsch, doch wenigstens ein Dokument zu hinterlassen, bedeutet in diesem Fall zugleich den Anspruch, auch die Geschichtsschreibung über diese Organisation zu beenden. Es fehlt manchem nicht, bis kurz vor Schluß alle Wenden des KBW

bedeutet in diesem Fall zugleich den Anspruch, auch die Geschichtsschreibung über diese Organisation zu beenden. Es fehlt manchem nicht, bis kurz vor Schluß alle Wenden des KBW nur dann zugelassen zu haben, wenn sie mit den eigenen „neuen Erkenntnissen“ übereinstimmen, man möchte auch noch der ehemaligen Basis die Interpretation der Vergangenheit liefern. Dieser Anspruch wird allerdings — ganz zeitgemäß — nicht offen erhoben, sondern kommt daher als Subsumtion aller belegbaren theoretischen und politischen Auseinandersetzungen unter die Rubrik „Meine Geschichte“. So die Groß- und andere Vater zwei Weltkriege als eine lange Kette privater Erlebnisse bagatelisieren und dabei auch stets genügend anekdotische Anekdoten in Erinnerung behalten; so wie die atomisierten bürgerlichen Individuen die von Kapital und Staat hervorgerufenen Wechselfälle in ihrem Lohnarbeiterleben, inklusive der damit verbundenen Konkurrenz, als privates Pech oder Glück mißverstehen wollen, so sollen sich nach dem Willen von Koenen und Freunden die Ex-KBWler die ganze 11-jährige ML-Veranstaltung erstmal als „eine Lebensgeschichtliche Einschnitt“ zurücklegen. Von dieser Position aus stellt sich die Welt dann aber schon wieder ganz anders dar. Wenn auch in der biographischen Reihe „Kindheit — Abitur — Beruf — KBW“ die KBW-Zeit eindeutig unter die Rubrik „Pech“ fällt, so relativiert sich dieses Urteil umgehend, wenn man den Anschluß an den Zeitpunkt doch noch schaffen sollte. Denn — nur beispielsweise — in der Reihe „Kindheit — Abitur — Beruf — KBW — Grüne“ erkennt der dialektisch geschulte Blick doch mit Leichtigkeit, daß die KBW-Zeit nur Durchgangsstadium zu einer höheren Reife war. Die erste Frage von Koenen, „Was haben wir gelernt?“ ist dann schon am Prinzip beantwortet. Die zweite Frage „Und wie teuer haben wir das erkaufte?“ kann dann dem „politisch-philosophischen“ Urteil des Lesers überlassen bleiben. Das Spektrum der Antworten wird von „11 verschrenkte Jahre“ bis „alte Wunden waren notwendig, um das heutige Ausmaß an Einsicht zu erlangen“, reichen. Der statische Durchschnitt wird auf jeden Fall bei der Interpretation dieser Zeit als „Durchgangsstadium“ liegen. Wirklich traurig im wahren Geistesinn des Wortes wird solche Vergangenheitsbewältigung, die von konkreten inhaltlichen Fehlern nichts mehr wissen will, dort, wo sich „das Erlebnis KBW“ als Unterbrechung von Karriere entpuppen sollte.

Fortsetzung nächste Seite

G. Koenen/H. Löchel/V. Lehmann  
Frankfurt, 30.8.84

G. Koenen/H. Löchel/V. Lehmann  
Frankfurt, 30.8.84

Liebe(r) ...

Vielleicht hat es Dir zu Ohren gekommen, vielleicht nicht: der KBW wird sich am 8./9. Dezember 84 auf einer Mitgliederversammlung in Frankfurt definitiv auflösen.

Viele werden vielleicht der Meinung sein, daß ein Abgang aus der Geschichte ohne weiteres Aufhebens jetzt in der Tat auch das Beste ist. Andererseits: Für die meisten von uns hat die Zeit im KBW lebensgeschichtlich einen tiefen Einschnitt bedeutet. Und der KBW war in der Geschichte der 70er Jahre eine sehr eigenartige und markante Erscheinung. Sein Aufstieg und Niedergang könnten doch wohl Anlaß zu Schlußfolgerungen geben, die des Nachdenkens noch wert sind. Was haben wir gelernt? Und wie teuer haben wir das erkaufte?

Kurzum, wir denken, es wäre jetzt der passende Augenblick, noch einmal politische und persönliche Erfahrungen, die durch und im KBW gemacht wurden, festzuhalten, Spuren zu sichern und Brüche in der Entwicklung für sich und andere nachvollziehbar zu machen.

Wir haben uns eine Art Aufsatzsammlung vorgestellt, geschrieben von ehemaligen und noch-Mitgliedern, darunter auch solchen im BWK, den's ja auch noch irgendwie gibt. Angeschrieben haben wir ein Spektrum von ca. 30 Leuten, die wir (darunter Dich) bitten, einen Aufsatz beizusteuern, oder vielleicht auch nur eine kürzere Reflexion, einen Erlebnisbericht, eine bezeichnende Anekdote oder ähnliches. Natürlich war die Auswahl dieser Personen ganz subjektiv und willkürlich. Immerhin haben wir uns bemüht, eine Art von repräsentativem Sample zusammenzukleien aus Leuten, die die Linie bestritten, solchen, die sie fallend durchgeführt und solchen, die ihr hauptsächlich gefolgt sind. Wir haben neben solchen hierarchischen Bestimmungen biographische, soziale, geschlechtsspezifische u.a. Gesichtspunkte miteinbezogen, sodaß ein Kreis von Leuten zusammenkommt, die jeweils ihre Geschichte zu erzählen haben.

Worüber ihr schreiben wollt, sieht Euch natürlich frei: Über die programmatischen Ziele, über die praktische Politik — die nach außen und die nach innen —, oder einfach über die menschliche Seite dieser Politik und dieser Organisation, wie ihr sie erlebt habt. Oder zieht ein paar philosophisch-philosophische Schlußfolgerungen aus der ganzen Erfahrung. Je vielseitiger, umso reizvoller.

Wir dachten an Aufsätze oder Berichte in der Länge von 10 Schreibmaschinenseiten (oder eben weniger) — natürlich in „Formseiten“ gemessen, d.h. 40 Zeilen und 70 Anschläge. Wir würden Euch bitten, so sauber wie möglich zu schreiben, sodaß wir die Seiten direkt reproduzieren können und nicht nochmal abschreiben müssen.

Übrigens, falls ihr aus begründeten Motiven ablehnt etwas zu schreiben, würden wir gerne dies Ablehnungsschreiben anstatt nehmen.

Was wir mit dieser „Festschrift“ machen wollen, wissen wir selbst noch nicht ganz genau und hängt auch sehr stark davon ab, was zusammenkommt. Das Mindeste wäre, daß wir die Aufsatzsammlung vervielfältigen und allen Interessierten gegen Unkostenbeitrag zukommen lassen, also in einer einfachen Form in Zirkulation bringen. Vielleicht wird man in dem einen oder anderen Zusammenhang daraus zitieren oder den einen oder den anderen Aufsatz veröffentlichen. Ob wir etwa das Material als Ausgangspunkt nehmen, um noch etwas tiefer zu bohren, womöglich mit dem Ziel einer größeren Publikation irgendeiner Art — das gleicht in den Sternen und hängt einfach vom Interesse ab und wieder davon, was ihr uns schickt.

Schickt ihr übrige(n)sonst jemanden in Eurer näheren oder weiteren Umgebung kennen, dem etwas auf der Seele brennt, das er beitragen möchte — nur zu!

Ob man vielleicht am Ende des Jahres einmal anhand der eingegangenen Texte eine Wochenend-Diskussion durchführen wollte, hängt wieder vom Interesse und Resultat ab. Sagt es halt, wenn ihr so etwas gut finden würdet.

Zur Zeitplanung: Wir finden, wenn dann schon! Entweder ihr setzt Euch demnächst hin und schreibt, oder was ihr loswerden wollt, oder nicht. Das heißt, wir möchten Euch um eine kurze Notiz bis Mitte September und um die Texte selbst bis Mitte Oktober bitten. Dann bekommt ihr die „Festschrift“ Anfang November — als erste natürlich. In der Hoffnung auf baldige und positive Antwort. Euer G. Koenen u. H. Löchel



# KBW 1973 - 1984

## Addio, amore

Fortsetzung von vorheriger Seite

So oder so, wenn Koenen et al auf der lebensgeschichtlichen Seite insistieren und an die Veröffentlichung eines Story-Bandes denken, den man dann auch der begerigen bürgerlichen Presse als Abschiedsdokument anbieten kann, auf daß die Leiche der Dinge via „dpa“ nach noch den letzten Ex-Anhänger erreicht, dann erfüllen sie sich selbst damit (unter erneuter Ausnutzung des Opportunismus anderer) so manchen Wunsch. Erstens wird ihre eigene Verantwortlichkeit für die vom KBW gemachten Fehler durch die lebensgeschichtliche „Sichtweise“ relativiert: „Weißt du noch, wie der Koenen damals zusammen mit dem Deutschen Roten (I) Kreuz Päckchen nach Polen schickte...?“ Zweitens: Vor dem Pakt ihrer zukünftigen politischen Heimat haben sie sich mit dem Verweis, sie seien persönlich geschädigte Leute hinreichend erklärt, ohne inhaltlich ins Detail gehen zu müssen. Denn dort interessiert, mehr als eine programmatische Selbstkritik, der nachweisbare Versuch der ehemaligen „Orthodoxen“, aktiv andere auch von solchen „Irrwegen“ abgehalten zu haben. Koenen will deshalb „Spuren“ sichern und Brüche für sich und andere rekonstruierbar machen. Die Antischielt, daß alle Bestrebungen, sich mit Kapital und Staat anzulegen nur in privaten Katastrophen enden können, muß „voll überkommen“. Nur solche Ex-Radikale können als rehabilitiert gelten, die hierbei Aktivität gezeigt haben. Deshalb hoffen die selbsternannten Herausgeber: „Vielleicht wird man in dem einen oder anderen Zusammenhang daraus zillieren oder den einen oder anderen Aufsatz veröffentlichen“.

### Beschcheidenheit ist keine Zier

Genau hier liegt auch der Grund für den scheinbar rätselhaften **Mitteilungsdrang** ehemaliger Revolutionäre. Warum rätselhaft? Weil in dieser Gesellschaft normalerweise ein Versager, ein Geschwätchter, als eine Null gilt, von der man erwartet, daß sie sich nun wenigstens in Bescheidenheit übt und nicht weiterhin den Mund so voll tupft. **Normalerweise** ganz anders bei geschickten **LINKEN**: Je geschwätziger diese ihr Scheitern als **Linke** danach ausmalen, desto deutlicher wünschen sie sich rein. Hier kriegen Geschwätche noch Chancen wie sonst nirgendwo! Hier lassen sich Pluspunkte am laufenden Band sammeln. Man tilgt sich daher keinesfalls, wenn man in der Geschwätzigkeit ehemaliger Linker vor dem bürgerlichen Publikum die Berechnung zu erkennen glaubt, dort wieder Fuß fassen zu können und wenn man in diesem Mitteilungsdrang ein starkes Element der Denunziation gegenüber denen zu erkennen glaubt, die nicht „zurückkehren“. Die Staatsorgane klappen die Akte KBW jedenfalls am 8./9. Dez 1984 nicht zu.

Die Dreiweltigkeit des Versuchs, noch ein letztes Mal die ehemaligen Genossen für die eigenen Absichten indoktrinieren in den „Meine Geschichte“ Herausgebern durchaus bewußt. Sie berücksichtigen den zu erwartenden Widerspruch in einer Form, die eben nur für bestimmte Zwecke geeignet ist. In Anknüpfung an die bürgerliche Sozialogie (wo Biographie Forschung z.B. der HJ ist) versuchen die drei Autoren durch repräsentative Durchschnittsbildung der Verharmlosung politischer Programme zu persönlichen Erlebnissen „objektive“ Glaubwürdigkeit zu verleihen. Unten und

Oben, Frau und Mann (die Leiden und Schrecken fehlen, man muß also in puncto Aufgeschlownheit noch üben), Arbeiterkind und Bourgeois-Kind sollen gleichermaßen zu Wort kommen. Dabei wird offen erklärt, daß man an der Meinung dieser Leute völlig desinteressiert ist, weil es nur darauf ankommt, mit Hilfe dieser Methode die Privatisierung des Politischen als allgemeine obliche Sichtweise durchzusetzen. Und man will gerade die Meinungsverschiedenheiten dokumentieren, um dadurch zu beweisen, daß ein begründetes Urteil über solche „privaten Erlebnisse“ wie die „Theorie der Drei Welten“ nie und nimmer herbeizuführen ist. Koenen: „worüber ihr schreiben wollt, steht Euch natürlich frei“ soll heißen: „Auch wenn Ihr Euch weigert, die „menschliche Seite“ in den Mittelpunkt zu stellen, wenn Ihr eine Kritik an Programmen und Linien habt oder mein ganzes Projekt völlig ablehnt usw.“, schreibt trotzdem, denn je vielgestaltiger, umso reicherer, undogmatischer und harmloser erscheinen dadurch unsere früheren radikalen Absichten und Taten.“

Die drei Festschrift Herausgeber wenden sich auch nicht ohne Berechnung an diejenigen, die den Postulat, eben auch von Koenen, „hauptsächlich gefolgt“ sind und unter denen nicht wenige sind, denen von „oben“ mehr oder weniger zureichende Kritiken per Beschluß ausgetrieben wurden. Das Interesse daran, daß solche „Erfahrungen“ nun farbenprächtig ausgemalt werden, speist sich keineswegs aus der Absicht, bestimmte rigide Umgangsformen endlich als Ausdruck der Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit zu denunzieren. Eine Gleichgültigkeit, die Leinenden wie Geleiteten gleichermaßen geläufig war, wiewegen letztere sich zwar öfter in der Rolle des Opfers wiederfanden, aber nie eine prinzipielle Kritik daran entwickeln konnten. Die von allen gemeinsam geteilte Standpunktphilosophie, also das Verfahren, sich eine Weltanschauung zurechtzulegen und alle Ereignisse daran zu messen (sah den Gegenstand aus sich heraus zu analysieren), mündete regelmäßig in der Proklamation von „Ein-Schätzungen“, in denen ständig Trends und Entwicklungen behauptet wurden, die zufällig mit den eigenen Hoffnungen übereinstimmten. Mit Hilfe dieses Verfahrens, bei dem zwangsläufig jede Menge „Linienkämpfe“ zwischen den Schätzenden um Macht und Mehrheiten anfallen (nur in dieser Form können sich solche „Wahrheiten“ durchsetzen), wurden alle den jeweiligen Idealen entgegenstehenden Umstände uminterpretiert. Gerade G. Koenen hat das meisterhaft gezeigt, als er die penetrante und ernstgemeinte Gottesfurchtlichkeit der politischen Arbeiter in Analogie zu den Deutschen Bauernkriegen als bloße Form charakterisierte, hinter der sich in Wirklichkeit revolutionäre Absichten verbergen würden.

Ohne ein gewisses Maß an wechselseitigen Unterdrückung (und sei es durch Abstimmung über Wahrheiten!) ist ein Standpunktmaximus überhaupt nicht zu haben. Über das Ausmaß der damit zweifellos einhergehenden persönlichen Verletzungen und Deformationen usw. ist der hier geschilderte Zusammenhang aber nicht zu erkennen. Wenn ehemals führende Leute heute also ihre Ex-Basis großzügig zum Dampfblasen animieren, um dann noch die „menschliche Seite“ der Führungsgruppe daneben abzuzeichnen, kann als Resultat wiederum nichts anderes herauskommen als die Botschaft, daß alle irgendwie gehen haben und Kommunismus daher nicht nur Diktatur gegenüber anderen, sondern auch noch gegen sich selbst sei.

### Kosten und Unkosten

Gerade aber ist das Verfahren selbst in anderen politischen „Zusammenhängen“ kann das Finanziellen nämlich immer fortgesetzt werden und jenseits des 0,1%-Chetios sind diese persönlichen Deformationen plötzlich erträglicher. Abmahnungskämpfe, gesundheitschädliche Termintreue und sogar berufliche Stagnation sind zwar in anderen politischen Kreisen nicht immer angenehm, aber die Aussicht auf Erfolg, Anerkennung oder doch wenigstens Respekt von Seiten der Öffentlichkeit entschuldigen doch a. B. ordentlich. Beschuldigungen der Individaualität erscheinen nun als notwendige Kosten des Erfolgs, während sie in der erfolglosen K-Gruppenarbeit als reine Unkosten verbucht werden. So verwandelt sich frühere „Gegner des Parteiprinzip“ in überraschender schnell in Parteikämpfer der neuen marxistischen Organisationen. Und aus Gegnern der „bolchevischen Kadernarbeit“ werden sogar hauptsächlich Funktionäre. So sagt a. B. Ralf

Füchs, bekannter KBW-Kritiker und heute grüner „Referent für Wirtschaftsprüfung“ zu seinem Arbeitsvertrag mit den Bremer Grünen: „Nach 10 Jahren als politischer Amateur (bin ich) zu dem Schluß gekommen, daß man auch linke oder alternative Politik professionell betreiben muß. Ich war an einem Punkt gekommen, wo die Doppelbelastung von Beruf und Politik an meine Substanz gegangen ist.“ (Krokodil, Grüne Bremer Zeitung, Okt. 84).

In dem Buch „Wir warn die starke der Partei...Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen“ wird solche Kaderpolitik noch in den düsteren Farben als Prozeß der „Identitätsverunsicherung“ gezeichnet und werden insbesondere („hauptamtliche“) Berufsrevolutionäre, die „von Nervenzusammenbruch zu Nervenzusammenbruch die Revolution vorantreiben“ wollten, als Leute mit „künstlicher Identität“ und „illusionärer Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität“ charakterisiert. Das Urteil über jemanden, der sich für eine von ihm als richtig erkannte Sache auf eine Weise einsetzt, die möglicherweise mit gewissen Einschränkungen für Psyche und Gesundheit einhergeht — und die Entscheidung für Professionalität soll diese Einschränkungen lindern —, hängt also ganz offensichtlich mit der Beurteilung der politischen Ziele dieser Person zusammen.

Damit und wie bei dem springenden Punkt: Auch radikale Gegnerschaft gegenüber Staat und Kapital vertritt sich selten mit einer erkennbaren persönlichen Entwicklung. So wahr dieser Satz leider ist, so pervers ist es, wenn ehemalige Linke den Grund dafür bei sich bzw. in ihrer Überzeugung suchen statt in dem Faktum, daß Linken von der bürgerlichen Gesellschaft die Persönlichkeitsentwicklung militant bestritten wird. Solche Untertanenlogik bringt es mit sich, daß es nicht mehr ausreicht, nach Abwägung zwischen Kritik und Risiko, stillschweigend von marxistischer Kritik zu lassen. Den Schuldigen, also früherer Gesinnung und früherer Gesinnungsgenossen, muß noch ein kräftiger Tritt verpaßt werden und zwar möglichst öffentlich.

Im Jahr 1981 schrieb die FAZ anlaß einer vom Verlag Olle & Welter organisierten Diskussionsrunde ehemaliger KPD-Führer: „Die unerbittlichsten Kritiker (der Linken) scheinen heute tatsächlich die geschickten Orthodoxen zu sein.“ (30.7.81) Auf dieser Veranstaltung wurde auch schon das Geheimnis dieser durchgehenden Radikalität enthüllt: Der affirmative Bezug auf „die Massen“ zuerst auf ihre angeblichen „objektiven Interessen“ und später auf die „subjektive Seite“. Weil der Reformismus einmal „die durchschnittliche Bewußtseinsverfassung in der BRD“ sei — so seinerzeit Ulf Wolter — bedeute eine „Abgrenzung von dieser Realität (!) das Scheitern“. Man fragt sich, was diese Leute zwischen 33 und 45 gemacht hätten?

zur „neuen Welt“ zu verfolgen, wie diese früheren „Dogmatiker“ ihre weitere Biographie gestalten werden. So wie die besten Personalchefs bekanntlich die früheren Betriebsratsvorsitzenden und, so eignen sich Ex-ML'er bekanntlich bestens als Ouzepieren in Presse und Parteien oder einfach als Verfasser von Verbesserungsvorschlägen aller Art. Die verlorenen Kinder kehren zurück, um die Spaltung der Gesellschaft nun bürgerlich statt revolutionär zu überwinden. Katalysator und oder Tempelsturm! (Über solche Fragen streift man die Volkseinheit herbei, diesmal ohne wöchentliche Volkszeitung).

Nur bei einem Programmpunkt hat man sich erlaubt: „Brüche in der Entwicklung zu vermeiden, nämlich in seiner Gegnerschaft zu der „gefährlichen der beiden Supermächte“. Das ist der Realismus, der heute gefragt ist. Am 1./9. Dezember wird in einer letzten Inszenierung der Eintracht in die schöne neue Welt nochmal formal vollzogen. Die Presseagenturen werden ihrer demokratischen Informationspflicht ein weiteres Mal nachkommen und die Nachricht von der KBW-Auflösung neben den anderen Meldungen über den weltweiten Siegeszug des Realismus von China bis Zimbabwe platzieren.

G.J./W.F./J.M.S. Hamburg

P.S. Die Gefahr, daß der „Millionenschatz der versprengten Kommunisten“ (FAZ, 18.9.81) doch noch in falsche Hände gerät, ist wohl endgültig beseitigt. Daraus, daß die „menschliche Seite“ des KBW auch einen harten Geldkern hatte, sollte man jedenfalls nicht schließen, daß diese Mittel nun an diejenigen verteilt werden, die weiterhin für ganz grob gesagt — ähnliche Ziele emittieren, wie die, für die diese Gelder einmal aufgebracht wurden.

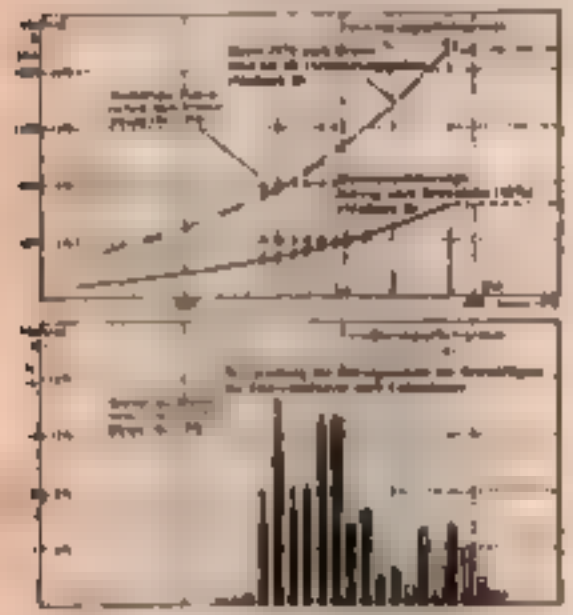


Schaubild aus dem theoretischen Organ des KBW „Kommunismus und Klassenkampf“ (1979). Noch genauer zu wissen, wie Kapitalismus heute zu gehen, ist zweifellos wichtig. Die Wirkungen des Kapitalismus sind den Lohnabhängigen aber nicht unbekannt, noch ist es ihnen möglich, sich täglich am eigenen Leib. Diesen Wirkungen kann man sich aber fügen oder widerstehen. Die Beweggründe, warum sich jemand trotz des erlittenen Schadens fügt, hat der KBW nie untersucht.



*Zweifeln nicht an dem, der dir sagt, er habe Angst. Aber habe Angst vor dem, der dir sagt, er kennt keine Zweifel!* (Friedrich Schlegel)

Sie hat wieder zugeschlagen, die „Partei der Arbeiterklasse“. Diesmal nicht gegen den Klassenfeind, sondern gegen drei bekannte Genossen aus den eigenen Reihen. Weil die langjährigen DKP-Mitglieder Thomas Neumann, Peter Marwald und Michael Ben eine neue Diskussionszeitschrift für kommunistische und andere linke Autoren gründen, wurden sie wegen „Ausweitung der Partei“, „Zerstörung der Einheit“ und „fraktioneller Bildung“ gegen die Partei gerichteten Plattform „aus der DKP“ verbannt.

Redakteur und Herausgeber: Rolf Meißner, von September 2000 an: Rolf Meißner, „Düsseldorfer Debatte, Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft“ — einer einseitig gesteuerten, nicht ganz leicht zu lesenden Mischung aus politischen Essays, Theorie Aufsätzen, Analysen, Einschätzungen, Gedichten und anderen literarischen Formen. Die über 50 Namen ange Autor\*innen von Schriftstellern, Wissenschaftlern und Journalisten umfaßt sowohl DKP-Mitglieder, darunter Fritz Josef Degenhardt, Georg Fohrer, Gerd Fuchs, Fika Ringe, Dieter Suverkrup, Peter Brokmeier, Lutz Linn — als auch eine Reihe sogenannter Bundesgenossen wie Frank Deppe, Bernd Engelmann, Christian Geisler, Holmut Heidenreich, Hermann Peter Pöhl, Hebrut Ridder, Peter Reinhold, Michael Schneider. Ziel ist eine von Partei und Organisationen unabhängige Debatte über politische Kultur und Entwicklung in der BRD, die anderswo mit dem Autoren-Spektrum nicht stattfindet oder nicht stattfinden kann. Über die Zielgruppe und Leserschaft so klare Vorstellungen nicht.

In den bislang vorliegenden drei Ausgaben ist die Debatte sehr lebendig. Der DKP-Feindfeind ist ein Anführer der Arbeiterbewegung. Die jetzt dennoch der Abwechslung und Gegnerschaft Beziehungen gäßen bis vor kurzem noch, wie es im Parteiprogramm heißt, als „verdienende Genossen“. Der Sozialist Thomas Neumann war mehrere Jahre lang Referent beim Parteivorstand der DKP und anschließend bis Anfang 1984 stellvertretender Chefredakteur der DKP-nahen „Deutschen Volkszeitung“. Der Schriftsteller Peter Marwald verfaßte Wahlreden, Gedichte und Songs für die Partei und veröffentlichte viel in Partei-Verlagen, war aber nie ein von der Partei ausstößender Kritiker, er gehörte vielmehr zu den seltenen BRD-Lyrikern, die von ihren Gedichten halbwegs leben können. Der Schauspieler Michael Ben gründete mit anderen die Berliner Theatermanufaktur, war bis zur Schließung in der Leitung des Frankfurter Theaters am Turm und reiste im Wahlkampf für seine Partei durchs Land.

Knuppel gegen die Parteischlaf-Störer

Nachdem die drei „Debatte“-Redakteure sich in den vergangenen Monaten der obersten Parteiführung kritische Beobachtung und Tolerierung ihres Projekts zugesagt erhalten hatten und die erste Ausgabe insgesamt partei-loyal gehalten war, kam das von Präsidium und Sekretariat des DKP-Vorstandes im September beschlossene Ausschlußverbot über die Betroffenen vollgültig zur Anwendung. Sie verweigerten sich der vorgewetzten moralischen Verhandlung vor der Schiedskommission, so als wären in ihren Augen die Parteiführer die Verursacher der „Debatte“-Entstehung.

Thomas Neumann schickte seinen Parteilich mit sozialistischen Grüßen an den Parteivorstand zurück, Peter Marwald und Michael Ben wurden unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin aus der Partei ausgeschlossen. Damit aber nicht genug, die Knuppel gegen die Parteischlaf-Störer „Debatte“ ging erst richtig los. Die DKP-Mitglieder unter den „Debatte“-Autoren wurden in die „Düsseldorfer Parteizentrale“ zu einer mit Inbegriffen von Präsidiumsmitglied Gert Deumlich geleiteten und „höher fröhlich“ im Auftrag der „Debatte“ erscheinenden, Peter Marwald erhielt Aufruf- und Publikationsverbot in Partei und Umfeld. So wurde eine schon Mitte September 1984 im November 1984 im „Düsseldorfer Parteivorstand“ kurzzeitig und unbegründet abgesetzt, „Debatte“-Autoren über DKP-Kollektiv

Sensibel

wie eine Baumaschine

oder

Wie die DKP das Erscheinen der neuen Linkszeitschrift „Debatte“ begrüßt

Buchladen nicht mehr vertrieben, Marwald-Texte in der Partei-Press (UZ, DVZ, „Elan“, „Rote Blätter“) nicht mehr gedruckt werden. Mit Beschwichtigungs-Tourneen von München bis Hamburg, von Duisburg bis Nürnberg versuchen Parteifunktionäre die von oben verfügte Disziplinierung vor der Mitgliedschaft ins rechte Licht zu stellen. Zwar hat die FAZ vom 26.10.84 mit ihrer genüßlichen „Debatte“-Kommentierung „Stimme der Abtrünnigen, Tumult unter den Linken“ maßlos übertrieben, dennoch scheint es für die DKP-Führung erforderlich, vor allem die über den Vorgang beunruhigten Intellektuellen in der Partei zu beruhigen und über die Richtung des harten Durchgriffs zu belehren. Allein in Hamburg fanden über 20 derartige Erziehungsabende statt, bundesweit mehr als 100. Die Linie für die Einschüchterung der Partei-Genossen gab Gert Deumlich, hoch dekoriert mit dem dreifachen Genoss „Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP“, in einem ganzseitigen Artikel des DKP-Organs „Unser Zeit“ (12) vom 29.9.84 aus:

„Ich gegen die aktiv Handelnden und damit zugleich gegen die Politik der DKP“. Denn der 7. Parteitag der DKP hat per Beschluß festgestellt, daß „es wachsende Kampfbereitschaft in den Betrieben gibt“, und die 3. Parteivorstandssitzung hat es am 25.8.84 bestätigt: „Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse hat gezeigt, daß sie willens und fähig ist, zu kämpfen.“ Wer das anders sieht, ist auf dem Trip einer 2. Linie.

2. „Den Bruch mit der DKP und ihrer Politik“ vollziehe die „Debatte“ mit der Veröffentlichung des Artikels „Die nützliche Mär von der bogen Gewalt“, in dem sich der nicht parteiorganisierte Journalist Karl Pawek mit folgenlosen Aktionsformen der Friedensbewegung und mit dem Gebot der Gewaltfreiheit auseinandersetzt. Es ist für die auf Minimalismus und Breitenfixierte Parteiführung offenbar unerträglich, daß Pawek „Zersplitternden und Abgrenzungsbestrebungen — auch durch die Friedensbewegung — in der Friedensbewegung“ ausmacht, von „Händchenhalten“, „Wunderkerzenzauber“ und „therapeutischer Selbsthilfevereinigung eines leidenden Kleinbürgertums“ schreibt und die Auffas-

Manche können sogar das Wasser verwässern.

Auszüge aus Peter Marwald, Notizbuch 1, aus „Düsseldorfer Debatte“ 2/84

In besser Bürokraten-Manier müht sich dieser Ordnungshüter über sechs volle Spalten ab, den UZ-Lesern mit einem Zitaten-Potpouri von Parteitag, Parteivorstandssitzungen, Parteiprogramm, Rosa Luxemburg und Lenin unter ständiger Gedröhne von „Kämpfen“, „Klassenkampf“, „Einheit“, „Arbeiterklasse“, „revolutionärer Arbeiterbewegung“ das Schreckgespenst einer parteifeindlichen „Debatte“ vorzuführen und die Sanktionen zu rechtfertigen.

sung äußert, „die Vision von einer massenhaften Friedensbewegung zu zerreden, ihr den Mut zum Weiterkämpfen und damit jede Perspektive zu nehmen“. Die Partei hingegen freue sich „über jeden, der sich in der Friedensbewegung engagiert“ — auch wenn, wie ja bekannt ist, diese „breitbreiter am breitesten-Devisen“ zu ständiger Verwässerung von Positionen, Forderungen und Aktionen führt.

„Zerreden, ihr den Mut zum Weiterkämpfen und damit jede Perspektive zu nehmen“. Die Partei hingegen freue sich „über jeden, der sich in der Friedensbewegung engagiert“ — auch wenn, wie ja bekannt ist, diese „breitbreiter am breitesten-Devisen“ zu ständiger Verwässerung von Positionen, Forderungen und Aktionen führt.

Fünf Bruchlinien im Bild der UZ — dem „täglichen Kraftpaket für Kommunisten“

Dieser von Gert Deumlich gerechnete Präsidiums-Text — eine Mischung aus niedriger Kleinartigkeit und hysterischer Arroganz — beginnt mit der Feststellung: „Die Befürchtungen der Parteiführung“, daß mit der „Düsseldorfer Debatte“ eine gegen die Partei gerichtete Plattform entstehen könnte, haben sich bereits mit der ersten Ausgabe dieser Zeitschrift bestätigt.“ Es wird dann in diesem „täglichen Kraftpaket kommunistischer Politik“ (so die UZ am 4.10.84 über sich selbst) der klägliche Versuch unternommen, das vorweggestellte Ergebnis aus einigen Stellen des 80-Seiten-Hefes herzuleiten.

1. Besonders anstößig und nichtkommunistisch ist demnach der „Debatte“-Beitrag „Ein ruhiges Land“. In dem sich Thomas Neumann mit den sozialen Bewegungen, den herrschenden Kräften und dem neuen Nationalbefinden befaßt. Die Neumann-Aussagen, „der Bundesrepublik sind viele Krisen voraus- und nachgeschoben worden, wirklich waren sie nie“, sie zeige „erstaunliche Stabilität und Beweglichkeit Problemen gegenüber“ und „Ob die beiden größten Errungnisse (gemeint sind Friedensversammlungen und Streikaktionen) dem Bundeskanzler schlaflose Nächte gemacht haben, ist nicht bekannt.“ — diese Aussagen teiligen Gert Deumlich, um daraus „Resignation“, „Geringschätzung der Friedensbewegung und Streikbewegungen“ und letztlich eine „2. Linie“ zu konstruieren. „Mit einer solchen Haltung“, so Deumlich, „steht man

3. Von Ignoranz gekennzeichnet reagiert Deumlich auf die von Thomas Neumann im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Wiederbelebung des Faschismus gemachte Äußerung: „Der stets parierte Vorwurf der Verfassungswidrigkeit, erhoben gegen jene, die das Grundgesetz als ihren eigenen Boden betrachten, macht ihnen die Kunstzucht, auf dem richtigen Boden zu stehen.“ Deumlich fällt dazu nur ein, damit würde „die Position der Partei auf den Kopf gestellt“, denn im Parteiprogramm heißt es doch: „Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes.“ Sie bekämpft sich zu seinen demokratischen Prinzipien. Sie verteidigt es entschieden gegen alle Anschläge der Reaktion.“ — Ah, ob das im Widerspruch zu den Neumann-Bedenken stehe.

4. „Auch in der Haltung zum realen Sozialismus“ erkennt Deumlich einen „Stoß gegen die grundsätzlichen Positionen der Partei“, weil Michael Ben in einem Kommentar es wagt anhand der „Pravda“ vom 2.8.84 und des „Neuen Deutschland“ vom 18./19.8.84 unterschiedliche Beurteilungen der internationalen Lage und der Politik der Bundesregierung nach der Raketenstationierung herauszuarbeiten. Wieder

Anhänger bedürfen einer Zugmaschine. Auf die schiefe Bahn gebracht, bewegen sie sich von allein.

Auszüge aus Peter Marwald, Notizbuch 1, aus „Düsseldorfer Debatte“ 2/84

um halt Deumlich, ohne mit einem Wort inhaltlich auf den beschriebenen Teilband einzugehen, eine Stelle des Parteiprogramms entgegnet: „Der reale Sozialismus ist die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse“ usw. — was von der „Debatte“ nicht bestritten wird.

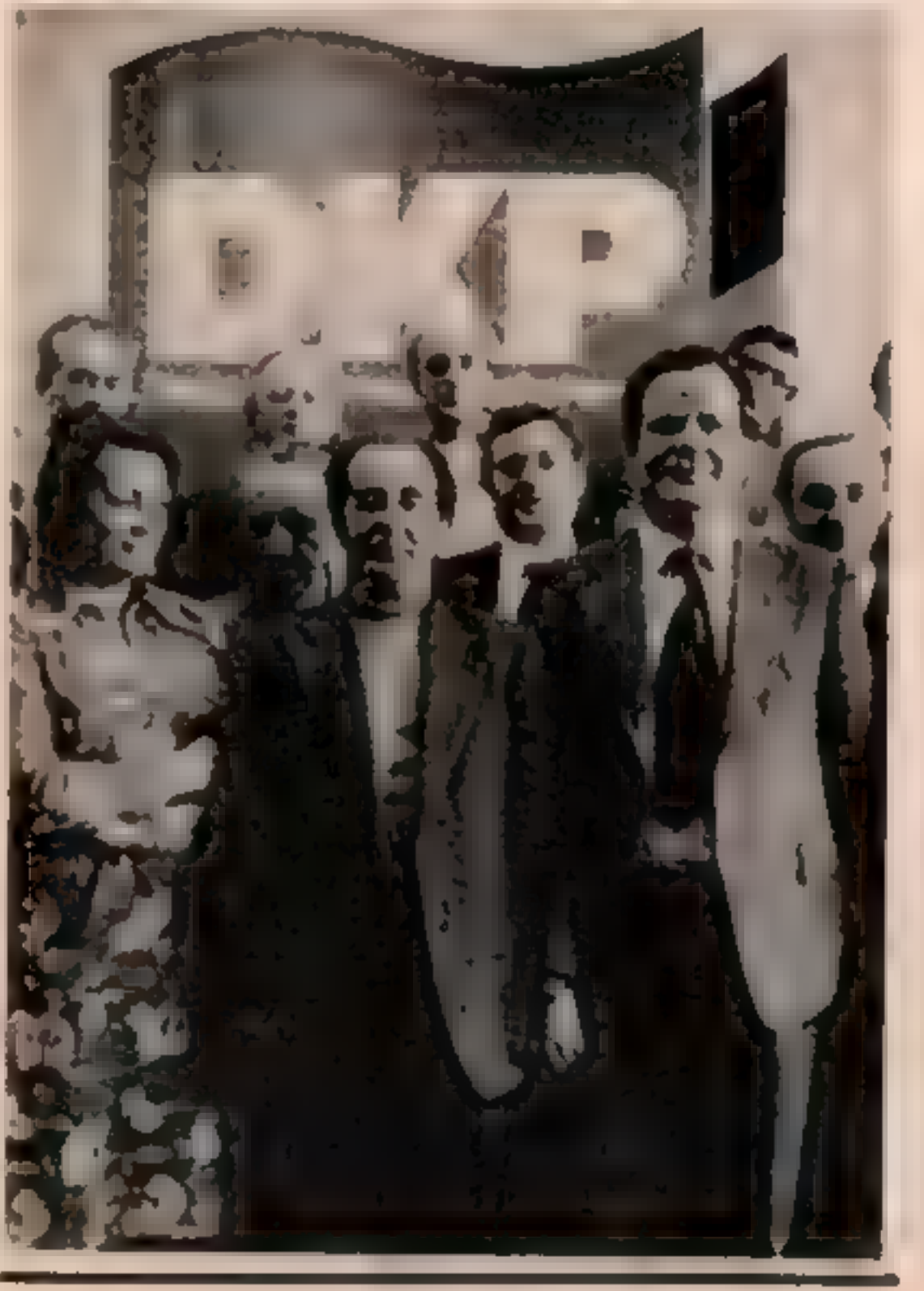
5. Schließlich empört sich Gert Deumlich noch über einen unter „Notizbuch 1“ wiedergegebenen Aphorismus des Schriftstellers Marwald — „Die Freiheit kam eines Tages an die Stelle, an welcher der Sozialismus vermutet wurde, und verlor sich in der Weite des Raums.“ Darin glaubt Deumlich allen Ernstes die „Debatte“-Alternative zu folgender Programmthese zu erblicken: „Kommunisten sind darum bemüht, der klassenmäßigen Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, daß im Sozialismus die befreite Arbeiterklasse gesellschaftliche Verhältnisse gestaltet.“

Kraftmeierisch abgelesene Präsidiums-Bildungen

Sorgenvoll referiert Deumlich weiter, daß mit der „Debatte“ die Gewerkschafts- und Bündnispolitik der DKP „ins Zweifelhafte gezogen wer-

Kraftmeierisch abgelesene Präsidiums-Bildungen

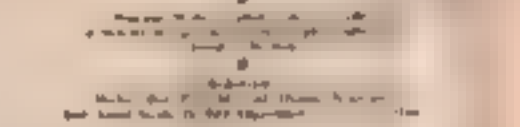
Sorgenvoll referiert Deumlich weiter, daß mit der „Debatte“ die Gewerkschafts- und Bündnispolitik der DKP „ins Zweifelhafte gezogen wer-



DÜSSELDORFER DEBATTE

Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft

3/84



Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

non Diskussion kontroverser oder gar tabuisierter Fragen. Dieser Fakt ist sicherlich ein Grund für das wilde Umschlagen gegen „Debatte“-Redakteure und -Autoren.

Fazit der kurvenreich und kraftmeierisch abgelesenen Pöbel- und Bänkelsänger „Mit der Debatte will man (?) die kommunistische Bewegung zwingen, die Legitimität einer parteilichen Plattform anzuerkennen.“ Die „Debatte“ zielt auf „Zerstörung von Einheit und Geschlossenheit der DKP“, betreibt „Fraktionsbildung“ und sei Ausdruck der „ganzen Raffinesse von Einheit und Geschlossenheit der DKP“. Aber, „dieser Versuch, ihre grundlegenden Positionen und Prinzipien infrage zu stellen, wird die Partei zurückwerfen“, sagt Deutlich. „Denn die politisch-ideologische und organisatorische Einheit der Partei ist ein unverzichtbarer Grundbaustein der revolutionären Arbeiterbewegung“. Wenn das nicht schlüssig ist! Zumal Rosa Luxemburg (zur „Freiheit der Kritik“)

Friedenskundgebungen und die Streikaktionen nicht als optimistisch einschätzbar, oder wenn Karl Pawek die der Aussage provoziert, „daß es keinen Frieden ohne Gewalt gibt, daß Frieden nicht in der Idylle und als Idylle geschaffen werden kann.“

Daß solcherart An- und Einsichten die Bandbreite der Diskussionsbereitschaft von DKP-Funktionären überschreiten, ist zwar traurig. Daran ist jedoch — wie in der Ausschlußbegründung geschehen — zu schlüßfolgern, die „Debatte“ ordne sich „in eine antikomunistische Strategie“ ein, ist absurd oder Ausdruck eines total gestörten Wahrnehmungsvermögens. Die Geschichte der Autoren und die Gesamtheit der Artikel ergeben ein Gestaltungsbild der „Debatte“, das zwar von einigen Zweifeln, durchaus aber von Loyalität und Solidarität gegenüber der DKP getragen wird.

Da dies aber auch der Parteiführung nicht verborgen geblieben ist, steht die Frage: Warum haut sie dann mit der Sensibilität einer Baumaschine so massiv auf dieses intellektuelle Diskussionsforum ein? Hat das Ghetto-

konferenz-Schulungsabende DDR-Kreisen, Aktivierungen und Parteipublikationen werden dem Theorie- und Ideologie-Anspruch vieler „DKP“-Genossen nicht gerecht. Immer wieder wird das Theorie-Defizit bekundet, nicht wenige Ausweisverordnungen nennen diesen Mangel als Begründung.

Vor diesem Hintergrund käme es dem Eingeständnis eines grundlegenden Versagens gleich, würde die DKP-Führung die Herausgabe der „Debatte“ durch Parteimitglieder guthießen oder tolerieren. In ihrem Selbstverständnis mußte das als Unsicherheit und Unfähigkeit zur Theorie-Debatte vor der eigenen Mitgliedschaft erscheinen. Da sie dies als Handlungsmotiv für ihr autoritäres Durchgreifen freilich nicht zugeben will, erteilt die Parteiführung stattdessen ein Verleumdungsbild von Antikommunismus und Antikomunismus gegen die „Debatte“-Herausgeber.

Da geschieht es auch eher ein, daß sie an offen und ohne Censur geführten Diskussionen gar nicht interessiert ist und ein solches Diskussionsbedürfnis auch nicht erkennt. Es geht nicht

als „Aushängeschilder für dieses Projekt“ fungieren. Im Klartext: Die DKP hat ihren Einfluß auf die „Argument“-Gestaltung eingebüßt; DKP-Mitglieder müssen sich dabei aus der Mitarbeit zurückziehen.

Mit ihrer Knüppel gegen Redakteure und Autoren von „Debatte“ und „Argument“ leistet die DKP-Führung zwar keine Bestätigung für die „Debatte“-Herausgeber, daß nämlich „Ghettoisierungen es schier unmöglich machen, die Debatte in den bestehenden Einrichtungen anzusetzen“. Ihr Anliegen, unabhängig von taktischen Rückschlägen und Begrenzungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ein bestimmtes Spektrum von kommunistischen und nichtkommunistischen Autoren in die Diskussion zu bringen, steht im klaren Gegensatz zu der DKP-Auffassung, solche Zeitschrift müsse inhaltlich und personell von der Partei bestimmt, d.h. von ihr herausgegeben werden. Die Debatte (und auch wo es ein Diskussionsorgan, in dem auch Kommunisten schreiben, die DKP will ein Partei-Organ, in dem auch Nichtkommunisten zu Wort kommen.

Noch hat die Gegenkampagne die „Debatte“ aus dem Markt zu kippen können und das Interesse an der Zeitschrift eher verstärkt. Die ersten beiden „Debatten“ sind mit jeweils 2.000 Exemplaren gut verkauft, die Abonnenten-Zahl liegt bei 800. Aber 2.500 Abos braucht die „Debatte“, um überleben. Die Einstellung dieses Zugs hängt auf Dauer wohl weniger von der Gegen-Gedächtnis der DKP Spitze ab von der inhaltlichen Gestaltung der „Debatte“ ab — ob es beispielsweise gelingt, mit stärker ökonomischen, ökologischen, internationalen und aktuell-politischen Themenstellungen den Reiz der „Debatte“ zu erhöhen.

Es wäre schade, wenn der hegemonale „Debatte“-Ansatz an der Unterstützung und mangelndem Interesse unter den Linken scheitern müßte.

Lido Hergenroder

(Die „Debatte“ ist in 21 Ausgaben über links Buchladen und die Adresse Karl Anton-Str. 16, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 021/361 37 60.)

## Die Freiheit kam eines Tages an die Stelle, an welcher der Sozialismus vermutet wurde, und verlor sich in der Weite des Raumes.

Auszüge aus Peter Mehlwald, Holzbuch 1, aus „Düsseldorfer Debatte“, 1984

und Lenin („Über die Arbeiterereinheit“) als Kronzeugen herhalten müssen.

### Unter der Gürtellinie wird das Wir-Gefühl wiedergefunden

Falls es dennoch, trotz dieser geballten Ladung, auf den Parteiveranstaltungen nicht die DKP-Genossen gibt, die Zweifel und Schwierigkeiten mit dem repressiven Vorgehen der Parteiführung artikulieren, dann gehts unter die Gürtellinie. Dann wird von den Parteiführern über Trunk-Gebrauche, Schlafgewohnheiten und Eheverhalten der DKP-Genossen hergezogen und auf die „Genossen“ hergezogen und die Frage gestellt: „Woher — glaubt ihr — haben die eigentlich das Geld? Obwohl ihnen die Antwort — aus Autorenspenden und Abos — bekannt ist, führen sie die Funktionäre weiter: „Solche Zeitschriften können nur durch Kapital haben die nicht, das wissen wir“. Und schon wird vom Klassengegner und sogar vom Verfassungsschutz geredet.

Und die Rechnung der Parteiführung geht meistens auf. Anfangliche Kritik und Zweifel an den Planungsmaßnahmen und der Praxis der Partei sind am Ende eines solchen Parteibandes weitgehend ausgeräumt. Vielen DKP-Genossen ist das ganze Thema unangenehm bis lästig, sie haben andere (Alltags-)Sorgen, Konflikte mit der Parteiführung, waren eh nie produktiv, Säuberung ist ab und an notwendig — die Geborgenheit des Wir-Gefühls ist wieder hergestellt. Von breiterem innerparteilichen Protest oder gar Widerstand kann keine Rede sein. Es ist der Parteiführung wieder mal gelungen, die intellektuellen Spinner zu isolieren. Für die übergroße Mehrheit der Mitglieder ist das Thema abgehakt — bis auf einen kleinen Rest sogenannter Intellektueller, Freunde der Redakteure und Autoren oder Abonnenten der „Debatte“, die sich eingehend mit dem komplizierten Inhalt, mit Konzeption und Vorgeschichte der „Debatte“ befaßt haben und den die Knüppel aus dem Sack Politik ihrer Parteiführung unverständlich und zuwider bleibt.

### Je geringer der Anspruch von außen, umso rigider der Zugriff nach innen

Tatsächlich erweist sich bei näherem Studium der bisher erschienen drei „Debatte“-Ausgaben der Deutlich-Versuch, die DKP-Funktionäre und eine 2. Partei-Gruppe zu belegen/als Mißlungen bzw. völlig unangenehm. Die veröffentlichten Artikel und Texte geben nichts her, was auf Antikomunismus und Dissidenten schließt. Da wird weder eine neue Haltung der DKP zum Selbstbestimmungsrecht im sozioökonomischen Einflußbereich, zur sozialen Finanzierung oder zur Produktivkraftentwicklung in den sozialistischen Ländern gefordert, wird weder die faktische Position der DKP zu demokratischen Rechten kritisiert oder etwa eine Kursänderung der Gewerkschafts- und Bundespolitik der DKP verlangt. Galt, da werden einige Tabus der DKP angekratzt, wenn z.B. der Schriftsteller Gerd Fuchs es ablehnt, daß seine „literarische Arbeit auf das Vorbringen breiter Bewegungen bezogen sein soll“, wenn Thomas Neumann die

Dasein der DKP ihre politische Aufnahme- und Differenzierungslogik bereits so nachhaltig geschwächt, daß sie ein publizistisches Handeln von DKP-Genossen mit Berni Engelmann, Frank Deppe, Helmut Rüdiger und anderen ihrem Sektierertum opfert? Was die auf dem Mannheimer DKP-Parteitag beschlossene Öffnung zu neuen Bündnispartnern nie ernst gemeint oder von vornherein nur für DKP-dominierte Bündnisse bestimmt? Oder bewegt sich die DKP mittlerweile schlichtweg in der fatalen Logik: je geringer der Anspruch von außen, umso rigider der Zugriff nach innen?

### Die Führung, die behauptet, sie irre sich nie, begeht eine Irreführung.

Auszüge aus Peter Mehlwald, Holzbuch 1, aus „Düsseldorfer Debatte“, 1984

### Konflikt um die Theorie — und Diskussions-Defizit der DKP

Auch wenn es die DKP-Führung in der „UZ“ rundweg abstreitet, muß es nicht falsch sein, daß den Hintergrund der Auseinandersetzung um die „Debatte“ ein „Konflikt zwischen Partei und Intelligenz“ bildet. Tatsache ist ja, daß die DKP zu Beginn der 70er Jahre einen großen Zulauf aus dem Bereich der sogenannten Intelligenz verzeichnen konnte, daß mit diesem Zustrom von Intellektuellen die Anforderungen an Theorie- und Ideologiediskussionen in der Partei zunahmen und bis heute nicht ausreichend befriedigt werden konnten. Das Bedürfnis in der DKP Mitgliedschaft ist groß, beispielsweise ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Grünen, Alternativen, Problemstellungen der ökologischen Zerstörung und der Produktivitätsentwicklung, Strategiefragen des Widerstands und der gesellschaftlichen Umgestaltung über die formalen Festschreibungen im Parteiprogramm und den allgemein praktizierten Pragmatismus hinaus umfassend und offen zu diskutieren. Die Methode „auf jede Frage von unten die passende Antwort von oben“ funktioniert da nicht, und auch Partei-

darum, ob wir für oder gegen Debatten sind“, formuliert Deutlich im Namen des DKP-Präsidiums, „die Frage lautet vielmehr, welche Debatte nötig ist.“ Und er liefert auch gleich die Antwort: „Die Partei braucht die Diskussion darüber, wie ihre Politik erfolgreicher gestaltet werden kann, wie ein größerer Beitrag zum Friedenskampf und anderen sozialen Bewegungen von uns zu leisten ist, wie noch effektiver der Kampf der Arbeiterklasse unterstützt werden kann, wie wir noch überzeugender unsere Sozialismuspropaganda entwickeln können, wie die Partei gestärkt und ihr Masseneinfluß erweitert werden kann.“ Diese unpro-

duktive Enge und beschränkte Lagermentalität ist es, die die DKP immer weiter in die Isolation führt, der sich die Debatte-Redakteure und -Autoren nicht unterordnen wollen.

### Angriff auch gegen „Das Argument“

Ähnliche Schwierigkeiten wie mit dem Rückgriff der zur DKP gehörenden „Debatte“-Autoren scheint die Parteiführung neuerdings auch mit Genossen zu haben, die als „ständiger Mitarbeiter“ das Impressum der in Westberlin erscheinenden Theorie-Zeitschrift „Das Argument“ schmücken. Vier Wochen nach der „Debatte“-Verurteilung durch Deutlich läßt die „UZ“ am 24.10.84 von Parteivorstandsmittglied Heinz Jung „Das Argument“ offentlich verurteilen. Nach „Verdrängung und positiven Tendenzen der Vergangenheit im Einfluß auf viele Kreise der linken Intelligenz“ wird dem „Argument“ nun durch die Parteiführung „die Abkehr von marxistischen Grundpositionen unter der Parole ihrer angeblich notwendigen Erneuerung und eine zunehmend feindselige Haltung gegen die marxistische Arbeiterbewegung“ attestiert. Es geht nicht an, daß „bekannte Marxisten“ weiter

### Anzeige

## KRITIK DER MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

# DIE ARBEITER UND IHRE PERSPEKTIVE

Vorwort	1
Das Ziel der MG	2
MG-Kritik am Realen Sozialismus	3
Die kommunistische Aufgabe	4
„Lohnarbeit lohnt sich nicht“	4
MG-Kritik am DN	4
Die Logik des gewerkschaftlichen Kampfes	5
Die Arbeiterklasse in der MG	6
Die (Ausbildung) der Arbeiterklasse	7
Die „Marxistische Arbeiterbewegung“ (MAE)	8
Die Agitation der MG	10
Die BILD-Zeitung (Exkurs)	10

### INITIATIVE ARBEITERZEITUNG UND -ZENTREN

Das Broschüre ist zu beziehen durch Überweisung von DM 4,- zuzüglich DM 2,50 Versand- und Porto-Kostenposten auf das Postcheckkonto 6000 Frankfurt 371 48-607 unter dem Stichwort „MG-Kritik“

## Kritik der MG-Kritik

„Die Arbeiter und ihre Perspektiven“ ist Titel einer 100-seitigen Broschüre, herausgegeben von einer „Initiative Arbeiterzeitung und -Zentren“, aus ehemaligen MG-Kreisen bestehend. Die Autoren stellen die mangelnde Verankerung der MG und ihrer „MAZ“ („Marxistische Arbeiterzeitung“) in der Arbeiterklasse fest. Die MG agitiere rein negativ und verurteile gar die sozioökonomischen Entwicklungen, die bei den Kollegen vorhandene Ablehnung des Marxismus. Das elendige Gebilde, welches jede positive Zielsetzung schon als falsch ansieht (die Kritik ist sowohl Praxis wie bereits auch Ziel), veranschaulicht auch die MG-Parole „Lohnarbeit lohnt sich nicht“. Diese Art von Agitation vor Beileben ignorierte die realen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen, die einer marxistischen Gruppe geläufig sein

mußten. Am liebsten, schreiben die Autoren der Broschüre, wurde die MG aus den Arbeitern „Studenten des Kapitalismus“ machen. Eine nach ihrer Devise: „Die gründliche Ausbildung von Intellektuellen muß, da sie Voraussetzung für richtige Politik im Proletariat ist, auch zeitlich dieser Praxis vorhergehen. Sie kann sogar temporär die zentrale Tätigkeit neben der Erarbeitung neuermarxistischer Kernthesen darstellen.“ (Programmatische Erklärung der MG, Nr. 9)

Insgesamt bietet die Broschüre eine nette Zitiert-Sammlung aus „MAZ“, „MAZ“ und „IE“ (s.). Auffallend ist die recht positive Einschätzung des real-ökonomischen Sozialismus durch die Verfasser.

E

### IM NEUNZENTEN JAHR HERRSCHT!!!

Spät abends zeigen wir die tiefen Wunden. Wie stüchig nehmen wir das Mitteil an. Ich sah Genossen, die nicht mehr gestanden von Schmerzen, die Kinnoschen auch getan.

Den hat, vor lauter Mühe, man vergessen. Den hat, im Streik der Worte, einer Freund. Den hat niemand mit seinem Maß gemessen. Der hat, in großer Not, allein gewinkt.

Nicht eingewachsen ist manch gutes Auge. Hart, als gesprakt aus Worten Freundlichkeit. Spricht nicht, was was in unsern Mündern laugt.

Die wagt es jedes Wort von uns zu lauschen. Wahr ist, der Freund betet uns mit vielen Händen. Liebt nicht auf uns, die mit uns verbunden.

Aus Peter Mehlwald: Bar. Lieder von Sanja 40 auf Sonntag. Gedichte. Die Deutliche. Vorlage: An. 1984. Stuttgart.







Fortsetzung von vorheriger Seite

Kampf in Mittelamerika (unter anderem hafter Ausklammerung des bewaffneten Kampfes) die gemeinsame Basis (wie dem Aufruf und weiteren zentralen Materialien leicht zu entnehmen ist), worin z.B. die SPD in El Salvador ganz ausdrücklich im Widerspruch steht, wenn sie Duarte unterstützt. Die SPD-Linken wollten sich auf der Kundgebung dann aber doch durch Willy Brandt vertreten lassen und somit ganz praktisch die Plattform des Bündnisses „erweitern“, d.h. ganz nach unten abrunden. In diesem Sinne gab es dann eine Abstimmung über Brandt oder Wieser. Zeul als SPD-Vertreterin. Diese „Plattform-Veränderung“ wurde dann nicht gemacht, sondern schlicht von der Mehrheit durchgehoben, wie es leider den „demokratischen Gepflogenheiten“ im Bonner KA häufiger entspricht.

4.) Bisweilen wird so getan, als würde damit zur Änderung der SPD-Position beigetragen. Wer sich in den zentralen Gremien konkret auskennt, wird da noch einige „Ansätze“ zur Auseinandersetzung entdecken können. Immerhin drohte die Zustimmung für Brandt zu kippen, als es durch die erste SPD-Stellungsnahme nach dem Scheitern der Verhandlungen in Rio um die Wahlverschiebung und die Beteiligung der Koordinadora so schien, als würde die SPD jetzt einen neuen „Dialog“ fordern (was Brandt in seiner Rede erneuert) und damit die von ihr geforderte Wahl jetzt verdammen. Auch um das Verhältnis zu El Salvador wurde diskutiert. Dies aber auf den Wegen und Verbindungen, die so zahlreich zwischen KA und SPD-Baracke intern verlaufen. Immerhin gab es auch auf der Kundgebung vom Bündnis geduldete öffentliche Kritiken an der SPD (durch Kai Fabig und Brigitta Heinrich). Zu solchen Kritiken und Auseinandersetzungen bedarf es nun wirklich keiner Einladung an Brandt. Umgekehrt gilt, daß solche Einladungen (es ist ja nicht die erste) immer mit einer Offensive entsprechender sozialdemokratisch orientierter Kreise zu abenteuerlichen Beschönigungen der SPD-Position verbunden sind. Sollen wir Beifall zu diesen „Errungenschaften“ der Friedensbewegung katachsen?

5.) Als besonders „starkes“ Argument werden dann noch die Freundschaftsbekundungen für Brandt aus Nicaragua bzw. auch aus El Salvador bemüht. Brandt selbst hat sich jedoch nur insoweit als „Freund“ der FSLN profiliert, indem er seine politische Distanz in die „Vermutung“ von Fehlern der FSLN klebte, dabei buchte es sich gut, daß er noch den „Geist von Sandino“ solidarisch bemühte. Was besagen aber solche Freundschaftsbekundungen? Schon die Solidaritätsbewegung für Vietnam, die (damals noch) die vorbehaltlose Unterstützung des revolutionären Befreiungskampfes propagierte („Sieg im Volkskrieg“, „Waffen für den Vietnam“), machte die Erfahrung, daß Vertreter und Vertreterinnen des revolutionären Vietnam lieber diplomatische Bemühungen in Richtung SPD gesehen hätten. Eine solche Politik hatte jedoch bei einer Regierungsbeteiligung der SPD keine Chance. Aber wenn Brandt heute mit dem versprochenen 90-Mio. DM Kredit dort aufkreuzen könnte, würde er garantiert als großer Freund gefeiert. Vielleicht würden auch in diesem Fall freundschaftliche Bekundungen ausreichen, um den gleichen Effekt zu erzielen. Die Freundschaften solcher Diplomatie haben ganz offensichtlich nicht den Maßstab direkter materieller Unterstützung.

Ganz offensichtlich bedarf ein Land wie Nicaragua militärischer und finanzieller Hilfe. Selbst ohne den Krieg der Contras, der u.a. direkt auf die ökonomische Basis abzielt, könnte über Exporterlöse kein einziges Aufbauprogramm, wo technische Hilfe vonnöten ist, finanziert werden. Umgekehrt, derzeit muß sogar die allgemeine Versorgung eingeschränkt werden. Die heutige Situation ist doch so, daß Nicaragua bereits ohne nennenswerte Hilfe aus Staaten, wo SI-Mitglieder die Regierungen stellen, diesem Verein, der gleichzeitig für einen nationalen Dialog mit der Contra eintritt, einen politischen Preis zu zahlen hat, was ja bei Kreditvergäben üblich ist. Dieser Preis wird natürlich bezahlt, um vielleicht oder zumindest ein wenig in diesen Genuß zu kommen. Bei der Waffenhilfe müssen die USA aber eben nicht mit dem Stop vermeintlicher Mirage- oder MIG-Sendungen drohen. Das wäre ja alles nicht so wild, wenn man meinen könnte, diesem

Land würde der Weg Cubas offen, der mittels solcher Diplomatie abgedeckt würde. Es geht zwar alles um Momente wie eine neue Kuba-Krise aus, obwohl die USA tief und fest erklären, ein neuer Kuba wird es nicht geben und keineswegs ausgemacht ist, ob die Sowjetunion widerstehen oder in der Lage ist, einen solchen Konflikt um Nicaragua zu riskieren. Wenn diese Länder und Bewegungen auf die internationale materielle Hilfe aus den SI-Staaten hauptsächlich angewiesen wären, dann wäre es schlecht um die Weiterexistenz der Revolutionsbewegung bestellt. Umgekehrt ist die SI ja kein Solidaritätskomitee, dessen Hilfsmöglichkeiten so begrenzt sind, weil sie mit dem Klingelbeutel von Tür zu Tür gehen müßte, wie das für Spendensammlungen der Soli-Bewegung gilt. Wenn in der Soli-Arbeit nicht mehr der Anspruch existiert, die tatsächliche materielle Unterstützung der SI zum Maßstab zu machen, dann Gute Nacht.

6.) Man könnte nun umgekehrt fragen, wieso angesichts dieses Mobilisierungsverhältnisses in Bonn die Frage, ob man den Brandt-Auftritt nicht zumindest mit einer Ausstiegsdrohung hätte beantworten sollen, gar nicht ernsthaft aufgetaucht ist.

Dafür sind nicht nur allgemeine organisatorische und politische Schwächen der Linken verantwortlich, sondern ganz besonders die Situation in den Solidaritäts-Komitees. Insbesondere in den Nica-Komitees war eine tiefe Spaltung über das Pro und Kontra des Brandt-Auftritts da, was i.d. sich genauso in den Reihen der KBlern/innen widerspiegelt, die dort arbeiten. Selbst diejenigen, die dort gegen Brandt votierten, hatten niemals ernsthaft einen Ausstieg erwogen, sondern eben nur entsprechende Protestäußerungen dazu. Ganz offenbar wurde ein größerer Spielraum nicht gesehen, ohne eine tiefere Spaltung bzw. eine Spaltung mit der Schwächung der eigenen Positionen zu provozieren. Wenn dem so ist, dann sollte man die Lage auch nicht beschönigen: In der Soli-Arbeit hat die Position, die eine vorbehaltlose Unterstützung revolutionärer Bewegungen propagiert, erheblich an Boden verloren. Ein „Argument“ für einen Brandt-Auftritt ist das aber nicht.

HH/Hamburg

## »Der Öko-Knigge«

CA IRA VERLAG  
c/o Joachim Bruhn  
Kaiserstr. 235 - 7800 Freiburg

Betrifft: Das im Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, kürzlich erschienene Buch von Rainer Griefhammer „Der Öko-Knigge“

Die Unterzeichnenden, sämtlich der Opposition gegen die AKW Wyhl und Fessenheim seit Jahren verbunden, sehen sich durch Rainer Griefhammers Buch „Der Öko-Knigge“ zu der folgenden öffentlichen Stellungnahme veranlaßt:

### Presseerklärung

Das seit Wochen auf der Bestsellerliste des „SPIEGEL“ geführte Buch von Rainer Griefhammer „Der Öko-Knigge“ (Rowohlt-Verlag) enthält als Beilage einige von Peter Laux gezeichnete bunte Aufkleber, die den Leser zu umweltbewußtem Verhalten nicht nur am Wahl-, sondern auch im Alltag anspornen sollen. So etwa dazu, wie Rainer Griefhammer fordert, zum Hausmüll „ein zärtliches Verhältnis“ zu gewinnen oder „Stromverbrauch drosseln — auf niedrige Verbrauchswerte achten“, wie es auf einem Aufkleber lautet.

Unter diesen — wirklich gelungenen — Aufklebern findet sich einer mit der ultimativen Aufforderung „Strom sparen!“. Er zeigt einen Mann, der, obwohl fest auf den elektrischen Stuhl geschnallt, doch frei genug bleibt, um während des Zeigefinger zu erheben — offenbar, um den Henker zu ermuntern, seiner traurigen Pflicht ökologisch, ohne übertriebene Brutalität und unnötige Verschwendung kostbarer Energie, nachzukommen.

Über Geschmack läßt sich angeblich nicht streiten, und über Humor daher schon gar nicht. Allerdings war es Karl Kraus, der gelehrt hat, hinter jedem Gemeinplatz einen Abgrund zu sehen, daher (auch die humorvolle) Sprache nicht als den Ausdruck persönlicher Meinung, sondern als die Gestaltung dessen, was einer denkt, zu betrachten. Es zählt also nicht die Intention, nicht die gute Absicht, sondern das Ergebnis. Der „Witz“ des Rainer Griefhammer und des Peter Laux kommt scheinbar so harmlos daher, wie er in Wirklichkeit grausig ist und eröffnet so den Blick darauf, wohin einen der Wunsch, noch dem letzten Stromverschwenker verständlich zu sein, führt: Zum klassischen deutschen Herrenwitz, über den sich besinnlich auch Rudolf Hoß köstlich hätte amüsieren können.

Überdies ist Rainer Griefhammer nicht irgendwer, sondern steht, als Vorstandsmitglied des Freiburger „Öko-Instituts für angewandte Ökologie“, mit an der Spitze der bundesdeutschen grünen Expertokratie. Das Lachen vergeht einem schon darüber, was man in ökologischen Vorstandsetagen offenbar zum Tölpelchen, zum Schiefen findet.

Denn dieser „Witz“ ist von einer „Qualität“, die ahnen läßt, die Liebhaber des Hausmülls könnten, nur um für ihre ziemlich spezielle Neigung zu werben, aus purem Spaß an dieser Politik also, auch Ansichtskarten von Auschwitz verbreiten mit der Aufforderung, Gas zu sparen und dafür das Juden- bzw. Türkengasdel in den deutschen Wald zu schicken, Borkenkäfer auszurotten.

Rainer Griefhammers Privatsache ist es, daß er mit dem „Öko-Knigge“ einen Bestseller verfaßt hat, der Ökologie auf eine neubürgerliche Benimmregel herunterbringt (die er zudem in einer Psycho-Sprache vorträgt, vor der es selbst Bhagwan schaudern würde). Es ist auch, beinahe zumindest, seine Privatsache, daß er mit seinem Buch eine politische Richtung bedient, die der Reform des Verhaltens nicht aber der Verhältnisse fröhlich und dabei lächelnd Spaß hat. Der Knigge im Titel ist tatsächlich Programm, dessen Verwirklichung wir nur mit Sorge beobachten können.

Spaß hat Der Knigge im Titel ist tatsächlich Programm, dessen Verwirklichung wir nur mit Sorge beobachten können.

Daß allerdings der ökologische Witz, kaum entstanden, bereits dem Juden- und Turkenwitz ähnelt, das ist eine öffentliche Angelegenheit und daher ein Skandal. „Die Öko-Moral ist dezentral und angepaßt“, schreibt R. Griefhammer im Vorwort des „Öko-Knigge“ — und wer derlei Witze reißt oder dies nur zuläßt, der zeigt, wem er sich anzupassen gedenkt. „Bei uns zu Hause muß alles schmecken“, so überschreibt er ein Kapitel — und wer solchen Spaß goutiert, der gibt schon zu erkennen, wen er zum Dessert serviert haben möchte. „Freiheit statt Sozialismus“ wird als guter Benimm gefordert und der Witz läßt schon durchblicken, zu wessen Kosten die Freiheit gebucht werden wird.

Rainer Griefhammer ist nichts als ehrlich; subjektiv will er nur das natürlich Beste — und genau das ergibt das Widerliche. Er sagt nur, was er weiß — aber er will wohl gar nicht wissen, was er da eigentlich sagt und worüber sich er, zigtausend seiner Leser mit ihm und die Rowohlt-Bilanzbuchhaltung so wieso, prima vergnügen kann.

„Es ist heute nicht leicht, anständig zu sein“, so lautet das „Öko-Knigge“ erster Satz, gerade so, als wolle Griefhammer für seine Mühe, das Buch mit solchen Mordswitzen illustrieren zu lassen, schon vorab ein wirklich netter Kerl heißen werden. „Früher“ war Anstand eine Selbstverständlichkeit, bedeutete er doch die perfide Kunst, Haltung zu bewahren; komme, was das wolle. Die Kunst beherrschte schon Heinrich Himmler, dem es also gelang, auch beim Massenmord, „abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche anständig“ zu bleiben, weil er seinen Knigge gelesen hatte (Himmler, zitiert nach K.D. Bracher, Die Deutsche Diktatur, Frankfurt 1979, S. 459).

Rainer Griefhammer ist nichts als ehrlich. Daß aber „das ehrliche Bewußtsein unter einer zudringlichen Biederkeit all die kleinen Nücken und Tücken des Philistins verbirgt“, das wußte Karl Marx bereits 1842. Es hat das Recht, sich jede Gemeinheit zu erlauben, weil es weiß, daß es aus Ehrlichkeit gemeint ist. Er sprach damit die Methode des ökologischen Benimm aus, die R. Griefhammer erfolgreich in witzige Sprüche packt und zu Nutz und Frommen der Erde, die wir angeblich von unsern Kindern gepachtet haben, verkauft. Es stimmt: „Die Dummheit selbst wird zum Vorzug, weil sie ein schlagender Beweis der Gesinnungsfähigkeit ist“ (Marx). Der gesinnungstüchtige Humor darf sich noch jede Gemeinheit leisten.

Oder auch nicht! Wir fordern Sie daher auf, diese Presseerklärung zu veröffentlichen. Wir fordern den Buchhandel auf, den „Öko-Knigge“ solange nicht mehr zu verkaufen, bis öffentlich geklärt ist, was es da eigentlich zu lachen gibt. Wir fordern den Rowohlt-Verlag dazu auf, den Aufkleber umgehend zurückzunehmen. Wir fordern alle, die es satt haben, sich noch die Reform der Todesstrafe als Ökologie verkaufen zu lassen, dazu auf, Herrn Griefhammer humorlos die Leviten zu lesen. Und wir fordern nicht zuletzt Herrn Griefhammer dazu auf, in sich zu gehen und dort so lange zu bleiben, bis er seinen Aberwitz ebenso „sinnlich und direkt“ fühlen darf wie seinen „Witz“. Ihm, der, wie es in seinem Vorwort heißt, „der Natur auch beruflich auf der Spur ist“, bekäme es wohl ganz gut, sich selber zuallererst auf die Schliche zu kommen.

Joachim Bruhn (für die Initiative Sozialistisches Forum Freiburg)  
Die „Politische Buchhandlung Jos Fritz“, Freiburg  
Gabriela D. Walterspiel (für die „Gewaltfreie Aktion Freiburg“)  
Dr. Heinrich Breit (für die Stadtratsfraktion DIE ORÜNEN, Freiburg)

Polizeistaat total, mit flächendeckender, regelmäßiger Kontrolle der Auspuffanlagen, der Vergaser, der Zündmissetung — kurz allem, was mit Gemeinschaftsbereitigung und -ausstoß zu tun hat. Bestimmt, dann werden Millionen wieder mit Nahverkehrsmitteln fahren und aller Orten grüne sozialdemokratische Landesregierungen die Fahrpreise erhöhen, um ihren ultraumweltschützenden Polizeistaat zu finanzieren. Das ist mal echte, neutrale Utopie, handgreiflich und idyllisch.

Lenin meinte mal so nebenbei, die Deutschen würden Bahnsteigkarten kaufen, falls sie mal revolutionierten. Tja, so ändern sich die Zeiten. Heute fahren wir mit Katalysator und Tempo 100 zur Friedensdemo nach Bonn.

Jan Hamburg

## Mit Tempo 100 gegen den Baum der Erkenntnis

Nun ist es soweit. Auch unser heißgeliebter ARBEITERKAMPF erklärt sich endlich für den Abgaskatalysator und Tempo 100. Noch nie war sich die Linke, samt allen Fraktionen der Grünen Partei, samt der SPD so einig wie in dieser Frage.

Zu der Sache „Tempo 100“ mag man ja stehen, wie man will, dabei handelt es sich letztlich um eine Geschmacksfrage. Aber zu der Politik, die mit der Kampagne Katalysator und Tempo 100 gemacht wird, sollte der ARBEITERKAMPF doch andres als gängige linke Eintagsfliegen bieten.

Nach einigen sarkastischen Abgrenzungen gegen die wertkonservative Sorge um den deutschen Wald und nach dem Eingeständnis, daß Tempo 100 unumwandelbar gesehen wohl herzlich wenig bewirken wird, kriegt auch hier im letzten ARBEITERKAMPF die Kurve, daß „ein kurzfristige eingeführte Tempolimit zur Zeit die schwerste Konsequenz für die Gewinner wie die Ideologen brutalen, umweltzerstörerischen Produktionsweise“ sei. Eben deshalb haben ja auch die politischen Vertreter dieser Produktionsweise gerne dieses Thema seit der legendären „Ökriese“ immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und den bundesdeutschen Straßenverkehr mit einem Schilderwald wundergleichen ausgestaltet. Und sicherlich hat die SPD gerade auf diesem Terrain sich so hervorgetan, um der umweltmordenden Produktionsweise einen Stoß ins Herz zu versetzen.

### Laut röhrt der Hirsch über'm Plüschsofa

Was im letzten AK wohl eher ein faux pas als ein Schnellschuß, ist leider anders eine gut durchdachte Kampagne. Seit einigen Jahren hat es dieser Staat schwer, seine Wirtschaftspolitik mit ihren ökologischen Folgen zu legitimieren. Ein Skandal jagt den nächsten, eine Umweltdiskatrophe die andere, der kapitalistische Produktionsweise im infrastrukturellen Bereich zunehmender Widerstand entgegengezeigt. Nicht zufällig reiben sich seit langem

gerne alle bürgerlichen Parteien Arme und Beine aus, um den Wald, den deutschen Wald, in den beherrschenden Mittelpunkt der gesamten Debatte zu rücken. Eben weil die komplexen Ursachen des „Waldsterbens“ wissenschaftlich alles andere als geklärt sind, läßt sich an dieser Front eine vortreffliche ideologische Schlacht schlagen — obwohl ein Teil der Bourgeoisie, die Automobilindustrie, darunter kurzfristig zu leiden hat. Das Tempolimit hat den schändlichen Doppelleffekt, daß es einerseits die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise in keiner Weise berührt und andererseits von der Masse des Volkes als ein massives, ernsthaftes Opfer empfunden wird. Der Propagandafeldzug der bourgeois-politischen Politik rollt — und die Linke kapituliert mit Genuß.

„Umwelt“, Umwelt als solche ist längst zum ideologischen Wert Nummer eins der Republik lanciert. Wenn es um Umwelt geht, geben die Grünen jede politische Vernunft auf, das ist bekannt. Aber müssen wir diesem Beispiel unbedingt folgen? Während unserer ansonsten bei jeder Kampagne der bürgerlichen Parteien nach den politischen Konsequenzen fragt, ist dies bei der Umwelt (oh, heiligster aller Güter) verboten oder verpönt. Wer Tempo 100 sagt, der meint keinen moralischen Appell, sondern ein entsprechendes Gesetz. Und der sagt auch, Polizei kontrolliert, flächendeckend und ständig, Ausbau des alltäglichen Polizeistaates — und zwar Ausbau des Polizeiparates in einem Bereich, aus dem dieser Apparat seine Hauptlegitimation bezieht, nämlich der Ordnung einer Gesellschaft, die von einer immer noch archaisch wuchernden Individuen. Das ist diese genuin sozialdemokratische Reformpolitik, die ausgestaltet mit den besten Wünschen und jeder Menge vermeintlicher Vernunft die normative Formierung der Menschen per Verwaltungsgesetz vorantreibt.

Immerhin verspricht die Umwelthereform „Tempo 100“ über Bußgelder die Kosten der Steuerbefreiung für Katalysatorautos wieder einzuspielen, so daß der ideologische Trick der Bourgeoisie am Ende nicht einmal Kosten verursacht. Das befreit zwar nicht den Wald

von seinen Schäden, aber immerhin die deutsche Psyche vom umweltpolitischen Schuldkomplex.

Die Linke ist da nicht besser als der Rest. Man plaudert über die Schädlichkeit moderner 2-Liter Motoren und steigt vergnügt in das typisch-linksumweltbewußte Kleinstauto Baujahr 1971, defekter Auspuff, per Hand abgestimmter Vergaser, Verbrauch über 10 Liter, und klagt abends munter über den Pfusch spätbürgerlicher Technologie. Aber mit Tempo 100 wird alles ganz anders ...?

### Konkrete Utopie in grün

Mit konsequenten 100 km/h krabbeln wir über die Autobahn, bewundern die gemessene Natur und wirken umweltbewußt uniformierten Polizisten in grüner Uniform zu, die gelangweilt über'm Radargerät hocken.

Die Sportfahrer entdecken derweil eine neue Betätigung im Wettbewerb. Eine digitale Ganganlage im Heckfenster zeigt dem mit mäßigen 102 km/h überholten grünen Abgeordneten, daß man diese Affengeschwindigkeit im zweiten Gang fährt, mit 90% Drehzahl, damit die Vergaser nicht verdrecken. Rein gegen die Langeweile ubi man das Durchschleichen vom Rasplatz, die geänderte Übersetzung der Gänge erlaubt ganz andere Beschleunigungen, sei man nicht mehr der Höchstgeschwindigkeit, sondern der Höchstbeschleunigung nachgibt. Aber dem Wald ist genüge getan ...?

Als wenn es nicht hunderttausend sinnvolle Änderungen im Straßenverkehr geben würde, die ohne ins Endlose gesteigerte Polizeikonrollen die Sicherheit vergrößern und die Schadensfolgen vermindern könnten. Als wenn nicht glasklar wäre, warum und wozu die skandalgeschüttelten Parteien gerade in diesem Thema sich so verbissen. Nein, bei der Umwelt hört die Politik auf, da ist jedes Gesetz recht, und nur verbottene Vollgasfahrer, linke Geschwindigkeit- und Freiheitsräuschler (danke, Herr!) können da anderer Ansicht sein. Aber bitte, wenn schon, dann auch konsequent, dann den umweltpolitischen







Es war einmal, ich glaube 1979, in der eigentlich recht schönen Stadt Hamburg, ein kleiner Junge. Sein Vater mußte wie viele andere jeden Tag in die Fabrik. Abends kam er hustend nach Hause. Und müde.

Die Mutter des Jungen hatte — ach nein, eine Mutter hatte der arme Junge wohl gar nicht mehr. Jedenfalls lebte er mit seinem Vater allein am Rande der Stadt direkt neben einem verlassenen Fabrikgelände, das schon seit Jahren kaum noch von einem Menschen betreten wurde.

Hierhin flüchtete er, den wir einmal Ben nennen wollen, gegen das ausdrückliche Verbot seines Vaters immer wenn es zuhause nicht mehr aushielt, vor allem wenn er das ewige Husten seines Vaters nicht mehr ertragen konnte.

Hier suchte er in den verlassenen Ecken des Geländes und in den unverschlossenen Schuppen nach Almetall, um es beim nächsten Schrotthändler gegen ein paar Mark einzutauschen. Er hatte schon eine ansehnliche Summe beisammen. Von älteren Freunden hatte er gehört, daß man Geld, wenn genügend angesammelt ist, arbeiten lassen könnte. Ihm war zwar nicht ganz klar, was das hieß, aber das würde er ausprobieren! Irgendwann würde er dann vor seinen Vater treten und sagen: Hier schau! Wir sind reich. Jetzt brauchst du nicht mehr zu arbeiten. Er würde die beste und die teuerste Medizin für den Vater besorgen. Der würde ihn wegen dem Gelände nicht mehr tadeln können. Sie würden zusammen verreisen. Nach Blankenese. Oder vielleicht zur nächsten Olympiade. Oder nach Cap Canaveral, und dort mit den Raumfliegern reden. Vielleicht sogar selbst starten.

Wie Ben eines Tages wieder einmal in einem der dunklen Schuppen herumstöberte, hörte er auf einmal ein feines Stimmchen, kaum vernehmbar, aber doch ganz in der Nähe:

Laß mich hier raus! Laß mich hier raus!

Ben schaute sich um. Aber er konnte nichts entdecken, außer alten Blechkübeln, verstaubten Flaschen und sonstigem undefinierbaren Gerümpel.

Hier bin ich, rief das Stimmchen wieder, hier in der Ecke. Ben schob an der Stelle, wo er die Stimme gehört hatte, Flaschen beiseite, lötferte verdrehte Platten, wuchtete Kanister hoch, schubberte angesengelt mit der Hacke seines rechten Schuhs über den freigelegten Boden.

Richtig so, hörte er jetzt die Stimme, schon lauter als zuvor: nur noch ein ganz kleines Bißchen!

Da! Plötzlich erschien am Boden ein schwacher blauer Schimmer. Das Stimmchen war jetzt nah und deutlich: Ja, hier bin ich, genau! Hebe mich auf! Wisch die Erde weg, damit du mich siehst! Als Ben über die Stelle wischte von der das Licht und die Stimme kamen, sah er eine kleine Glasplatte, hinter der ein blaues Stimmchen aufgeregt hin und her lachte. Bei weiterem Buddeln entpuppte sich das Glas als Schutzfenster eines im Boden vergrabenen Kanisters.

Hallo, wer bist du denn, Frage Ben.

Man nenn mich Toxi, Toxi das Ben. antwortete das Stimmchen und verbeugte sich so tief, daß seine zarte Spitze fast an der unteren Seite der Schutzscheibe verschwand. Ich bin einer der Geister dieses Ortes. Der Hauptgeist, wenn ich dies bescheiden hinzufügen darf.

Ich bin Ben, sagte Ben.

Unter dem Versteck der Glasplatte, genau dort, wo Ben eben die untere Seite der Schutzscheibe verschwand. Ich bin einer der Geister dieses Ortes. Der Hauptgeist, wenn ich dies bescheiden hinzufügen darf.

Ich bin Ben, sagte Ben.

Ich weiß, sagte Toxi. Du wohnst gleich nebenan. Ich kenne dich gut. Seit deiner Geburt verfolge ich jeden deiner Schritte. Ich weiß auch, daß du dir Sorgen um deinen Vater machst.

Oh, Toxi, rief Ben erstaunt. Woher weißt du das? Und woher kommst du? Ich habe noch nie so etwas wie dich gesehen.

Das ist wohl wahr, antwortete Toxi bedächtig. Lange genug mußte ich warten, bevor du mich gefunden hast. Laß mich erklären: Ich bin ein Nachkomme aus der allseits gefürchteten Familie der Toxide. Lange vor deiner Geburt, ja als dein Vater noch in deinem Alter war, wurde ich hier vergraben.

Aber warum das, fragte Ben. Und an so einem Ort.

Ach, Ben, seufzte Toxi und schrupfte so zusammen, daß es kaum noch zu sehen war. Ich mag darüber eigentlich nicht sprechen. Es sind finstere Geschichten von Raub und Mord, von Ausbeutung und Terror, die dich nur beunruhigen würden.

Aber ich bin schon sieben, protestierte Ben.

Naja, das ist wahr, antwortete Toxi. Da kam ich dir auch die ganze Wahrheit geschuldet: Ich und viele meiner Brüder, Schwestern und sonstige Verwandte wurden hier von unseren damaligen Herren vergraben, als sie im letzten großen Krieg geschlagen wurden. Sie wollten verhindern, daß wir ihren Feinden in die Hände fallen. Es ist nämlich so: Wer uns besitzt, wird zum Herrn über Leben und Tod, über Gesundheit und Krankheit der ganzen Menschheit. Und wir haben keine Wahl: Wer uns findet, dem müssen wir dienen. Du hast mich gefunden. Ich bin dir zu Diensten!

Sprach und flackerte in den dünnsten Verbergung.

Ben war für einen Moment ganz benommen. Dann faßte er sich und fragte schnell: Kannst du auch meinem Vater helfen? Aber sicher, antwortete Toxi, das ist bei meiner Verwandtschaft überhaupt kein Problem. Für uns gibt es auf der ganzen Welt kein Gift, für das wir nicht ein Gegenmittel hätten — und sei es der Tod. Schließlich sind wir das berühmte Geschlecht der Toxide, wie ich schon sagte. Wenn also weiter nichts ist. Das wäre schnell getan. Allerdings gibt es da eine Bedingung!

Sage sie mir, forderte Ben.

Du mußt mich hier herauslassen, antwortete Toxi, sonst kann ich nichts unternehmen.

Der weitere Fortgang der Dinge ist nur noch der offiziellen Chronik der Stadt Hamburg zu entnehmen. In einem sogenannten Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Ursachen und Konsequenzen des Giftgas- und Munitionsskandals in Hamburg war ein Jahr später zu lesen:

Am 6.9.1979 ereignete sich im Keller der Eheleute Ludwig in Hamburg-Lurup eine Explosion, bei der Oliver Ludwig starb und zwei weitere Kinder schwere Verletzungen erlitten. Im Zuge der Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde bekannt, daß die Chemikalien, mit denen die Kinder hantiert hatten, von dem Gelände der CFS her stammen könnten. Bei einer Begehung des Geländes am 10. und 11.9.1979 durch Angehörige der Polizei und der Baubehörde wurde festgestellt, daß auf dem Betriebsgelände hochgefährliche Stoffe lagerten. An der danach unmittelbar begonnenen Räumungsaktion war neben der Blindgängerräumung der Baubehörde Hamburg in erster Linie die mit Kampfstoffbeseitigung betraute Einheit der Bundeswehr aus Munster tätig. Im weiteren Verlauf dieser Abräumungsarbeiten wurde immer deutlicher, daß die dort gelagerten Stoffe ein erhebliches Gefährdungspotential für die Bevölkerung im engeren Umfeld der CFS darstellten. Die Bürgerwehr hat sich auf einer Sondersitzung am 19.9.1979 mit dem Vorfall befaßt und einstimmig die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Ursachen und Konsequenzen des Giftgas- und Munitionsskandals beschlossen.

Auch über die Vergangenheit Toxis, über die Geschichte des stillgelegten Geländes und seines Besitzers, wußte der Untersuchungsausschuss erstaunliches zu berichten, was Toxi eigene Darstellung nachträglich in einem etwas anderen Licht erscheinen ließ. Nicht daß Toxi gelogen hätte, aber es hatte eben offenbar nur einen Teil der Wahrheit erzählt. So hieß es in dem Bericht:



Bild: Goya, „Das Zeitalter der Revolution“, Hamburger Kunsthalle

## Das blaue Flämmchen

### Ein norddeutsches Märchen

Der im Jahr 1883 geborene und im Jahr 1974 verstorbene Betriebsinhaber Dr. Hugo Stoltzenberg war seit den 20er Jahren ein auch international bekannter Experte auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe.

Nach dem 1. Weltkrieg, in dem die chemischen Kampfstoffe eine wesentliche Rolle spielten, hatte Dr. Stoltzenberg in Munsterlager eine Firma, die sich mit Kampfstoff-Verwertung beschäftigte. Im Jahre 1923 gründete er eine chemische Fabrik in Hamburg-Verdel, Müggelburger Schanze. Hier führte er u.a. Kampfstoffversuche und Entwurfsarbeiten für von ihm im Ausland (z.B. in der Sowjetunion, Spanien, Brasilien) zu errichtende Kampfstoffanlagen durch — dies alles im engen und angesichts der entgegenstehenden Bestimmungen im Versailler Vertrag illegalen geheimen Zusammenwirken mit der Reichswehr. Außerdem befaßte er sich weiterhin mit der Beseitigung von Kampfstoffen aus dem 1. Weltkrieg.

Im Jahre 1927 erhielt er die baupolizeiliche Genehmigung, auf einem Platz gegenüber seiner früheren Fabrik Phosgen zu Abfallzwecken zu lagern. Es handelte sich um Bestände, die ihm von der Reichswehrhandels-Gesellschaft als Liquidator des Heeresvermögens nach dem 1. Weltkrieg zur Vernichtung übergeben worden waren. Auf diesem Lagerplatz explodierte am 20.5.1928 ein mit Phosgen gefüllter Tank. Die Giftgaswolke breitete sich über die Umgebung aus. Siebzehn Menschen starben, über dreihundert erkrankten.

Der schwere Giftunfall wurde am 23.5.1928 und am 6.6.1928 in der Bürgerschaft debattiert. Beispielsweise aus den Diskussionsbeiträgen, in denen das Stoltzenberg-Unternehmen durchweg insbesondere wegen seiner unhygienischen betrieblichen Zustände scharf kritisiert wurde, sei auf die Feststellungen des SPD-Abgeordneten Dr. Haubach hingewiesen, wonach Dr. Stoltzenberg „eine der allermerkwürdigsten Erscheinungen“ war und sein Betrieb nach dem Urteil von Sachverständigen „eine Lufteinrichtung allergrößten Stils“ darstellte. Senator Schönfelder wies darauf hin, daß der Senat in Zukunft keinen Betrieb dieser Art in Hamburg mehr dulden werde.

Nichtsdiesotrotz konnte Dr. Stoltzenberg seine kampfstoffproduktion weiter auf Hamburger Gelände betreiben. Wegen der unzuverlässigkeit seiner Betriebsführung und weil sie die wirksamsten kampfstoffe zu entwickeln vermochte, gingen die großen aufträge der nazi an die großindustrie wie z.B. an die IG Farben. So geriet Dr. Stoltzenbergs fabrik ins hinterreffen und ein wenig in vergessenheit. Bei kriegsbeginn wurden große mengen von sprengbomben, nerven- und anderen kampfgasen, sowie neuer, noch nicht bis zur einsatzreife entwickelter giftkampfstoffe seitens der geschlagenen deutschen wehrmacht auf dem gelände versteckt und vergraben, um sie dem zuwiff der anrückenden alliierten se-

get zu entziehen. Seitdem roweten die bestände für irgendwelche undefinierbaren zukünftigen zwecke auf dem gelände vor sich hin, ohne daß jemand öffentlich davon notiz genommen hätte. Erst mit der aufstellung der bundeswehr blühte Dr. Stoltzenbergs fabrik wieder auf:

Die geschäftslage nach dem 2. Weltkrieg war über jahre hinaus äußerst schlecht. Eine wesentliche Besserung trat erst ein, als die firma Ende der 50er jahre bis Anfang der 60er jahre größere Bundeswehr-Aufträge erhielt. Insbesondere im Rahmen eines Entwicklungsauftrages der Bundeswehr über Atomschuttschutz vor Kampfstoffen experimentierte Dr. Stoltzenberg wieder mit Kampfstoffen. Er stellte im geringen Umfang für die Bundeswehr und Industrie für deren Versuchszwecke Last her. Diese Tätigkeit hatte aber nur eine untergeordnete Bedeutung für den Betrieb.

Teile des fabrikgeländes wurden aber schon zu dieser Zeit stillgelegt, andere teile nach dem tod des besitzers von dessen frau verkauft. 1979 wurde — nach dem tödlichen unfall — der betrieb insgesamt geräumt. Welche konsequenzen die planung hatte, an wen und zu welchem zweck der verkauf des stillgelegten geländes erfolgte, ließ der untersuchungsbericht im dunkeln. Dafür machte er umso deutlicher, was Ben und andere kinder an dem stillgelegten gelände so fasziniert haben muß:

Aus den Aussagen, Vermerken und Lichtbildern hat sich der Untersuchungsausschuß ein Bild über die Entwicklung des Geländezustands bei der CFS seit Ende des 2. Weltkrieges machen können. Der Untersuchungsausschuß kann hier nicht alle Einzelfaktoren aufzählen. In pauschaler Zusammenfassung kann festgestellt werden, daß nach einem sehr schlechten und unordentlichen Zustand des Geländes und der Bauten in der Zeit nach dem Krieg bis etwa 1955 eine gewisse Besserung in den folgenden Jahren eintrat und dieser Zustand bis etwa 1965 bestand. Anschließend verschlechterte sich allerdings wiederum der Zustand des Geländes und verblieb in dem dann gegebenen unordentlichen, ungepflegten, „mülligen“ Zustand — mit leichten Varianten — von etwa 1969 bis zur Räumung des Grundstücks im September 1979. Seit Ende der 60er Jahre lagen auf dem gesamten Gelände verstreut Kisten, Fässer, Schutt und sonstige Gegenstände herum. Dieser Zustand verstärkte sich Mitte der 70er Jahre noch durch große Anlieferungen von zu dekontaminierenden Nebeltopfen und -mitteln.

Festzuhalten ist weiterhin, daß der Zustand der Einfriedigung des Grundstücks und die Sicherung von Räumen der CFS über längere Zeiträume hinweg teilweise völlig unzureichend war und den Sicherheitsansprüchen, die wegen der Lagerung der vorhandenen gefährlichen Stoffe hätten unbedingt eingehalten werden müssen, in keiner Weise entsprachen.

Der allerstärksten teil des berichtes aber war eindeutig die Chronik der behördlichen Einsätze, Besuche und Besichtigungen auf dem besagten gelände, aus der hervorging, daß staatliche seiten seit 1945 ein detail über den zustand der fabrik und die gefahr, die sie für ihre umwelt darstellte, bescheidwußten, sie aber — im eigenen interesse — immer wieder abgesehen hatten. Stoltzenberg belieferte nicht nur die bundeswehr, sondern auch den Hamburger Verfassungsschutz, die Hamburger polizei usw. usw.

Die acht eng beschriebene seiten umfassende chronik beginnt mit dem ersten besuch am 16.10.45. Schon im september 1946 wird der erste zwischenfall registriert:

Flurschäden durch Verarbeitung von Chlorsulfonsäure.  
Es folgt:

November '47	Überprüfung von Wühltopfpatronen
Mai '48	Brand
April '49	Feststellung von Flurschäden durch Nebelsäure
Januar '50	Brand
Januar '50	gleich noch einmal: Brand von Wühltopfpatronen
Mai '51	Belästigung durch Nebelsäurefässer
November '51	gleich zweimal hintereinander: Brand eines Ölfasses

8/53:	Brand
3/55:	Brand
11/55:	Brand
4/57:	Brand
4/58:	Brand
7/59:	Brand
7/59:	Brand
9/59:	Fund von Phosphorbomben
1961:	dreimal: Brand
1964:	Überprüfung der Produktion von Atomplatzdarstellungsmitteln und Gasmasken
1967:	viertmal: Brand

Und so weiter und so fort geht es durch den kalender. Allein in der zweiten jahreshälfte '76 wieder dreimal: Brand außerdem Tränengaswolken, Rauchschwaden von Nebelkerzen.

Für den Mai '77 heißt es: Titanatetrachloridwolken. Einen Monat später schon wieder: Dämpfe durch Lagerung von Titanatetrachlorid.

Auch '78 wieder zweimal: Brand. Nach dem unglück '79 wurde schließlich lapidar notiert: Überprüfung und Aufdeckung der gefährlichen Zustände. Die Bilanz der behördlichen besuche auf dem gelände lautete am ende: Insgesamt waren bis 31.7.1979 bei mehr als 230 Besichtigungen/Einsätzen über 600 Bedienstete („Mann-Besuche“) vor Ort tätig. In der Zeit von 1973 bis 1979 waren es noch 35 Anlässe, zu denen insgesamt 130 Mitarbeiter („Mann-Besuche“) des öffentlichen Dienstes auf dem Gelände der CFS waren.

Der von dem untersuchungsbericht auf diese weise diagnostizierte zustand des fabrikgeländes erwies sich somit als detail offensichtlich kriminell, die untätigkeit der behörden, die seit 1945 von diesem zustand wußten, deren wissen aber von einer hand in die andere rutschte, ohne daß etwas gegen die firma unternommen wurde, als derart allgemein, daß sich der Hamburger senat selbstverständlich außerstande sah, einen oder auch mehrere verantwortliche für den vorfall von 1979 ausfindig zu machen. Immerhin hatte die sache aber doch ihre gerichtliche ordnung: die Hamburger staatsanwaltschaft zog den vater des gebliebenen kindes wegen verletzung der elterlichen aufsichtspflicht und fahrlässiger tötung vor gericht. Zum bedauern der anklage reichten die beweiskräftigen tatsachen für eine klare verantwortung allerdings nicht aus, so daß der fall — ohne freispruch, versteht sich — eingestellt worden mußte.

Fachwissenschaftlichen erörterungen einschlägiger experten konnte entnommen werden, daß eine verurteilung des vaters ohnehin nur weitverteilenden charakter gehabt hätte, da der im sinne einer wirklich effektiven und auf dauer angelegten generalprävention erforderliche prozess wegen hausfriedensbruchs, fahrlässiger tötung und diebstahls gegen den eigentlichen verursacher des schadens an leib und leben beteiligter sowie des ansehens der stadt hamburg, nämlich das unbefugte auf das fabrikgelände eingedrungen sein, das dort offensichtlich eigentum der firma stoltzenberg entwendete, dem unverantwortlich im keller des elterlichen hauses — andere anstehend — damit zu hantieren, aufgrund des ablebens desselben und bisher mangelhafter rechtsprechung in diesem bereich leider nicht geführt werden konnte.

Fortssetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite



aus: Gorky, „Das Zeitalter der Revolution“, Hamburger Kunsthalle

Wichtige Fragen, die für alle Eltern, Erzieher und verantwortlichen politischen Stellen für die Entwicklung einer zukünftigen präventiven Familienpolitik von Bedeutung sind, mildern leider offenbleiben. So etwa:

Warum mußte Ben so neugierig sein?  
Warum konnte er nicht auf das hören, was man ihm sagte?  
Warum ließ man ihn unkontrolliert auf die Straße?  
Warum ließ man ihn überhaupt auf die Straße?  
Warum konnte er nicht in seinem Zimmer spielen?  
Warum mußte er überhaupt spielen?

Auch über den verbleibenden blauen Flammchen hat seither niemand etwas genaues sagen können. Einige wollen es hin und wieder noch auf dem stillgelegten Fabrikgelände gesehen haben. Andere behaupten, es auf den Müllhalden des Hamburger Vororts Moorburg, wieder andere, es in der Umgebung und auf dem Gelände der Boehringer-Werke in Hamburg-Billstedt gesehen zu haben. Wie dem auch sei. Und ob es nun Toxi selbst war, das da gesehen wurde oder andere Mitglieder seiner großen Familie, von der er so stolz sprach: die Zahl der blauen Flammchen, die auch an anderen Orten auftauchen, nimmt seitdem rapide zu. Mal für kurze Zeit irrtümlich, flackernd hier, mal mit erschreckender Beständigkeit dort. Sie entzündeten allerorten die kindliche Phantasie, verführten und mißbrauchten Kinder zu verantwortungslosem Spiel, durch das die Sicherheit von Heim und Familie, dörfen, städten, Landkreisen, ja letztlich der ganzen Bundesrepublik aufs schwerste gefährdet ist. Vorsorge ist dringend geboten! Stadt- und Landesväter, Abgeordnete des Bundestages, selbst höchste Repräsentanten des Staates scheuen daher keine Mühe, ihren Landeskinder kompromißlos und immer wieder deutlich zu machen, daß die Vorsorge für die Sicherheit in den eigenen vier Wänden, ja, bei der eigenen Person, beginnt. So konnte man kürzlich erst wieder in der „Frankfurter Rundschau“ lesen:

Albrecht rät Mutter: Ziehen Sie aufs Land  
Burscher Brief des Regierungschefs nach Auftritt eines an Pseudokrapp leidenden Kindes  
Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo  
Hannover, 4. Juli. Mit einem darschen Brief an eine Braunschweiger Lehrerin, deren beide Töchter an der Reizhustenkrankheit Pseudokrapp leiden, hat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) bei der „Elterninitiative Pseudokrapp“ Empörung ausgelöst. Eine der beiden Mädchen, viereinhalb Jahre alt, hatte vor einigen Wochen dem damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens bei dessen Besuch in Braunschweig einen Blumenstrauß und die schriftliche Bitte der Elterngruppe überreicht, sich für eine Verringerung der Luftverschmutzung einzusetzen, die als eine Ursache dieser Krankheit gilt.

Carstens reagierte damals freundlich. Sein Begleiter Albrecht dagegen, im Braunschweiger Raum von Umweltschützern vor allem wegen seiner bisherigen Politik zugunsten der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus ohne Entschärfungsanlage stark angefeindet, wandte sich verärgert mit einem Brief an die Lehrerin. Der Ministerpräsident schrieb: „Ich habe grundsätzlich etwas dagegen, daß man Kinder für politische Demonstrationen mißbraucht.“ Wenn nach eigenen Angaben der Lehrerin die Krankheitssymptome bei ihren Kindern vergingen, sobald sie 10 Kilometer von Braunschweig seien, dann müsse sie sich fragen lassen, wie sie glaube verantwortlich zu können, daß sie mit ihren Kindern in der Stadt lebe. Der Regierungschef beendete seinen Brief mit dem Satz: „Erfordert es nicht das Wohl Ihrer Kinder, daß sie aufs Land ziehen?“

Während die Elterninitiative diese Reaktion des Ministerpräsidenten als zynisch bezeichnete, erklärte Regierungssprecher Hilmar von Poser vor der Landespresskonferenz in Hannover, Albrecht habe „eine legitime Frage gestellt“. Nicht nur der Staat habe Verantwortung für die Kinder, bekräftigte von Poser die Äußerungen Albrechts.

Und recht hat er, der Herr Poser, wie alle anderen übermüdeten beamteten mahnern. Zweifellos. Was sollte aus den Kindern werden, wenn alle sich auf diesen Stat verlässen wollten. Das muß man ihm sagen.

F./ke

\* Chemische Fabrik Dr. Hugo Stöltznerberg

## Henri Michaux

Wenigen hietzlande wird der Dichter und Maler Henri Michaux bekannt sein.

1899 wurde er in Namur (Belgien) geboren. Er starb jetzt im Oktober in Frankreich. Er war 85 Jahre alt.

Kurz studierte er Medizin, ehe er als Matrose zur See ging. Seit 1921 lebte er in Frankreich.

Während die „Frankfurter Rundschau“ ihn in einem Nachruf als Kafka oder auch Brecht nahestehend porträtierte, amerikanisierte ihn die „faz“ („Henry...“), und warb um Interesse an seinem Werk mit dem Hinweis auf zeitweiligen Drogen-Konsum und ausgelebte Reisen...

Als Michaux nach Paris kam, stieß er zunächst zur dadaistischen Bewegung. Ihr Initiator war der aus Rumänien stammende Tristan Tzara (1896-1963).

Dem Dadaismus schlossen sich damals viele junge französische Autoren wie Breton, Aragon und Eluard an. Der erste Weltkrieg und die bürgerliche Nachkriegsgesellschaft erschütterten und empörten sie. Sie revoltierten gegen jegliche Art bürgerlicher Konventionen. Die Absurdität der Welt wollten sie mit Absurdität bekämpfen.

Später (1924) entstand daraus die surrealistische Bewegung. Viele von ihnen traten wegen des französischen Kolonialkrieges in Marokko und der faschistischen Bewegung in Italien Mitte der 20er Jahre der kommunistischen Partei bei. Bekanntlich blieb Aragon am längsten dabei...

In ihren Programm-Schriften „Erstes und Zweites Manifest des Surrealismus“ (1924, 1929) setzten sie sich für eine Revolution und eine völlige Befreiung des Geistes ein. Mittels beispielsweise der „automatischen Schreibweise“, das heißt der freien Assoziationen, sollte das „Überwältigte“, die „Surrealität“ erschlossen, eine „neue Wirklichkeit“ dargestellt werden.

Michaux widersprach Bretons Auffassung der ausschließlich befreienden Wirkung der Erleuchtung von Träumen, Empfindungen und Visionen. Sein erstes Buch erschien 1922, „Cas de folie circulaire“, unter dem Einfluß von Lautréamont. Neben dem Dichter Rimbaud genoss Isidore Ducasse, bekannt unter dem Namen Graf Lautréamont (1846-1870), so gut wie unumschränkte Bewunderung bei den späteren Surrealisten. Seine „Gesänge von Maldoror“ wurden erstmals 1890 als Sammlung publiziert. Lautréamont behandelt die Suche des Individuums, die Auflehnung gegen die Dummheit, die innere Zerrissenheit.

Sein „Gesänge von Maldoror“ wurden erstmals 1890 als Sammlung publiziert. Lautréamont behandelt die Suche des Individuums, die Auflehnung gegen die Dummheit, die innere Zerrissenheit.

Michaux reiste immer wieder nach Ecuador, in die Türkei, nach Nordafrika, Brasilien... Ende der 30er Jahre begann er zu malen; er schätzte Max Ernst und Paul Klee. Verschiedene größere Ausstellungen seiner Werke fanden im Laufe der Jahre statt (zum Beispiel 1978 im Centre Pompidou, Paris; aber auch in London).

In den Jahren 1956 bis 1960 nahm er Meskalin ein und hat auch dazu geschrieben („Die großen Zerreißproben — Erfahrungen mit Drogen“, Fischer Verlag, 1970). Insgesamt hat er über 30 Bücher veröffentlicht, wovon wenige auf deutsch übersetzt wurden („Eckpfeile“, Hanser, 1982; „Die großen Zerreißproben“, s.o.; „Momente, Durchquerungen der Zeit“, Hanser, 1983; „Plume und andere Gestalten“, Limes-Verlag, 1981, u.a.).

Er selber lehnte eine Taschenbuchausgabe seiner Werke in Frankreich ab: „Wieso sollte ich 20.000 Leser haben?“

Michaux war nicht der Globetrotter/Drogen-Freak, wie die „faz“ ihn beschrieb.

Michaux setzte sich mit nichts weniger und nichts mehr als der alltäglichen Vertrautheit auseinander, der alltäglichen Absurdität, der Angst des Einzelnen.

„Ein gewisser Plume“, Titel eines seiner Bücher, mag an Herrn K. oder Keuner von Brecht erinnern: „Wenn Herr K. einen Menschen liebt... Was tun Sie“, wurde Herr K. gefragt, „wenn Sie einen Menschen lieben?“, „Ich mache einen Entwurf von ihm“, sagte Herr K., „und Sorge, daß er ihm ähnlich wird“. „Wer? Der Entwurf?“, „Nein“, sagte Herr K., „der Mensch“ (Brecht, Geschichten von Herrn Keuner, Gesamte Werke 12, Suhrkamp, 1967). Oder auch an K. von Kafkas „Schloß“.

### „Ein gewisser Plume“

Hier folgt die Übersetzung der ersten Geschichte aus der Sammlung:

„Ein ruhiger Mann.“  
„Die Hände aus dem Bett streckend, wunderte sich Plume, nicht an die Wand zu stoßen.“  
„Ach“, dachte er, „die haben die Amelien aufgegessen“... Und er schlief wieder ein.

Etwas später griff seine Frau nach ihm und schüttelte ihn. „Sieh nur“, sagte sie, „du Faulenzer. Während du mit Schlafen beschäftigt bist, haben sie uns das Haus geklaut.“

In der Tat — weit und breit nur Himmel.

und schüttelte ihn. „Sieh nur“, sagte sie, „du Faulenzer. Während du mit Schlafen beschäftigt bist, haben sie uns das Haus geklaut.“  
In der Tat — weit und breit nur Himmel.

Handlögten/Venske: »Feine Gesellschaft«

## Die Normalität zum Skandal

Selbst in den entferntesten Heimdörfern ist heute — Flick sei Dank, kommunistische Hetzpropaganda hätte das nie geschafft — eine Ahnung vorhanden von den Zusammenhängen zwischen D-Mark und Parlament, zwischen sogenannter Wirtschaft und sogenannter Demokratie. Was aber spielt sich unterhalb der Spitzenebene, fern der Bonner Bühne, im Dickicht der alltäglichen Institutionen ab, welche so sehr zum Funktionieren des Gemeinwesens beitragen? Das ist das Thema, dessen sich das Autorenpaar Handlögten/Venske nun zum zweiten Mal angenommen hat — genüßlich, weil die Mischung von Imperialismus und Provinzialismus stets für aparte Begebenheiten gut ist, und gleichzeitig so hoffnungslos unterlegen, wie man es im Kampf gegen das Normale nur sein kann. Denn kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß sich nach dem Erscheinen des ersten Handlögten/Venske-Buches „Dreckiger Sumpf“ im beschaulichen Wilhelmshaven irgendetwas geändert hätte, außer, daß der dortige Oberstadtdirektor den Hut nehmen mußte. Personen gehen, Gewohnheiten bleiben. Selbiges ist erst recht in jener „feinen Gesellschaft“ (so der Titel der Neuerscheinung im Kabel-Verlag) zu befürchten, an deren Spuren sich die beiden Autoren diesmal gehandelt haben: Das Bankgewerbe.

Reporter Kratzer, den der Leser/die Leserin durch's Leben eines freien Mitarbeiters begleiten darf, quält sich mit der Frage ab, warum es für die Mehrheit der Gesellschaft immer noch unumgänglich ist, zu arbeiten. Und so treibt ihn sein gelegentlich nicht zu drückender Recherche-Trieb hinter der Minderheit her, die sich von diesen altmodischen und die Menschenwürde verhöhrenden Zwängen freimachen kann: Bankiers, Finanziers, Rentiers und andere Großbetriebe in gediegener Herrenausstattung.

Was sich im Wirtschaftsteil der Tagespresse hinter einer abstoßend unverständlichen Fachsprache verbirgt — Wechselgeschäfte, geheimnisvolle Konkurse, Transaktionen aller Art — gewinnt anhand von drei Fallbeispielen Name und Gesicht, Fleisch und Blut. Wir erleben den Besuch wohlhabender Geschäftsleute auf einer Weihnachtsfeier im katholischen Waisenhaus, um bei der Mutter Oberin die Abrechnung einer Erbschaft zugunsten derselben zu erreichen (Immobilienbesitz im Wert von 2 Mio. gegen 50.000 Bares). Wir hören, wie der vornehme Bankenvorstand einen unkonventionellen Bankier unkonventionell ausbootet, und erkennen, was der sog. „Feuerwehrfonds“ zum Schutz der kleinen Sparer vor Pleiten wert ist. Wir lernen, wie das Finanzkapital im Bedarfsfall kleine und mittlere Unternehmen puscht oder mault setzt. Und welchen Teil des Körpers man sich mit der demokratischen Kontrolle des Geldes durch die Politik abwickeln kann. Vage linke Erinnerungen daran, daß Kapitalismus mehr bedeutet als Umweltverbrechen, werden aufs Lebhafteste aufgefrischt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zwar bedarf es der Phantasie, um die Realität zu erfassen, aber: Nichts an der wüsten Story ist erfunden.

terdrückender Recherche-Trieb hinter der Minderheit her, die sich von diesen altmodischen und die Menschenwürde verhöhrenden Zwängen freimachen kann: Bankiers, Finanziers, Rentiers und andere Großbetriebe in gediegener Herrenausstattung.

Was sich im Wirtschaftsteil der Tagespresse hinter einer abstoßend unverständlichen Fachsprache verbirgt — Wechselgeschäfte, geheimnisvolle Konkurse, Transaktionen aller Art — gewinnt anhand von drei Fallbeispielen Name und Gesicht, Fleisch und Blut. Wir erleben den Besuch wohlhabender Geschäftsleute auf einer Weihnachtsfeier im katholischen Waisenhaus, um bei der Mutter Oberin die Abrechnung einer Erbschaft zugunsten derselben zu erreichen (Immobilienbesitz im Wert von 2 Mio. gegen 50.000 Bares). Wir hören, wie der vornehme Bankenvorstand einen unkonventionellen Bankier unkonventionell ausbootet, und erkennen, was der sog. „Feuerwehrfonds“ zum Schutz der kleinen Sparer vor Pleiten wert ist. Wir lernen, wie das Finanzkapital im Bedarfsfall kleine und mittlere Unternehmen puscht oder mault setzt. Und welchen Teil des Körpers man sich mit der demokratischen Kontrolle des Geldes durch die Politik abwickeln kann. Vage linke Erinnerungen daran, daß Kapitalismus mehr bedeutet als Umweltverbrechen, werden aufs Lebhafteste aufgefrischt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zwar bedarf es der Phantasie, um die Realität zu erfassen, aber: Nichts an der wüsten Story ist erfunden.



„Ein gewisser Michaux“

(Foto von Gisela Frahm)

„Na ja. Man kann ja nichts mehr machen“, dachte er.

Dann hörte man ein Geräusch. Ein Zug bewegte sich auf sie zu, mit voller Geschwindigkeit. „So eilig wie der es hat“, dachte er, „wird er bestimmt vor uns ankommen“. Und er schlief wieder ein.

Dann wachte er von der Kälte wieder auf. Er lag in einer Blutlache. Seine Frau lag in Stücken neben ihm. „Mit dem Blut“, dachte er, „tauchen immer lauter Unannehmlichkeiten auf; ich schätze mich sehr glücklich, wäre dieser Zug hier nicht vorbeigefahren. Aber es ist ja bereits passiert...“, und er schlief wieder ein.

— Sagen Sie, sagte der Richter, wie erklären Sie sich, daß Ihre Frau so schwer verletzt war, daß man sie in 8 Stücken wieder auffand, ohne daß Sie, der Sie daneben lagen, eine einzige Bewegung machten, um das Unglück zu vermeiden, ohne daß Sie es überhaupt bemerkt haben? Das ist das Geheimnis. Hier liegt die ganze Angelegenheit begraben.

— Auf diesem Weg kann ich ihm nicht helfen, dachte Plume und schlief wieder ein.

— Die Exekution findet morgen statt. Angeklagter, haben Sie noch etwas zu sagen?

— Entschuldigen Sie, sagte er, ich habe die ganze Angelegenheit nicht verfolgen können. Und er schlief wieder ein.

„In seinen Büchern“, sagte sein Freund, der Dichter Jacques Prévert, „bemüht er sich, sich zu verstecken — aber, wer lieben und lesen kann, erkennt ihn, plötzlich und leise“.

E.

## Jüdischer

## Jüdischer Kalender

„Nicht verdrängen — sich erinnern hilft weiter“ (Israel ben Elieser, 18. Jh.). Solchem Erinnerung dient der „Jüdische Kalender“, der nun im zweiten Jahr erschienen ist.

Der Kalender beginnt mit Rosch Ha-Schana, dem jüdischen Neujahrsfest, am 1. Tischni 5745 (= 27. September 1984), jüdische und „christliche“ Datierung werden zusammen aufgeführt, die Datierung nach „christlicher“ Zählung wird bis zum 31.12.85 fortgeführt. Neben einer Vielzahl von Angaben zu jüdischen Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern, Politikern etc. und Daten zur Geschichte der Juden, insbesondere zur Zeit des Faschismus, informiert der Kalender, über die Tage des Jahres verteilt, über das jüdische Selbstverständnis im Laufe der Jahrhunderte und über die jüdische Kultur. Unter dem 3. Tischni (= 29. September) findet sich ein längerer Eintrag über die Mameloxen (Muttersprache), das Jiddische. Unter dem 27. Tischni (= 23. Oktober) wird Emin Paschas Herkunft aufgedeckt. Die Geschichte des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ ist das Thema des Blattes vom 8. Cheswan (= 3. November).

Weiterblättern, weiterlesen und eben „sich erinnern“ muß ihr schon selbst: Der „Jüdische Kalender“, herausgegeben von Henryk M. Broder und Hilde Reher, ist beim Olbaum-Verlag erschienen und kostet DM 12,80. Bessere Buchhandlungen haben ihn im Sortiment.

K., Hamburg



„Welt“, 19.10.84

Hexerei in Hessen

Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag fordert in einer parlamentarischen Anfrage von der Landesregierung Aufklärung über „Hexerei in Hessen“. Der CDU-Landtagsabgeordnete Roland Rösler erklärte gestern bei Vorlage eines Fragenkatalogs zu „Problemen okkulten Strömungen in der Gesellschaft“, es gebe derzeit einen gefährlichen Magie-Boom, der einhergehe mit der Gründung geheimen Zirkels. So sei etwa am 22. August beim Amtsgericht Eltville eine „Hexenschule Rheingau“ in das Vereinsregister eingetragen worden.

# 100 Frauen riefen an: Hexen Sie meinen Mann tot!



Hexe Ulla von Barnus mit Schlangenhaut und Sonnenbrille.

Hexenflut! Über 100 Frauen wollten ihre Männer von der Satanspriesterin Ulla von Barnus loshaben.

„Ich habe einen Mann, der mit mir zusammen ist, aber ich will ihn loshaben.“

„Ich habe einen Mann, der mit mir zusammen ist, aber ich will ihn loshaben.“

„Ich habe einen Mann, der mit mir zusammen ist, aber ich will ihn loshaben.“

## Hexe Ulla: Der Tod kostet 30 000 Mark

Fortsetzung von Seite 1

Die Hexe, die für Todesstrafe 14 000 Mark kostet. Die Frauen rufen gleich nach der Sendung an und erzählen mir ihre Erfahrungen.

Die Hexe, die für Todesstrafe 14 000 Mark kostet. Die Frauen rufen gleich nach der Sendung an und erzählen mir ihre Erfahrungen.

Die Hexe, die für Todesstrafe 14 000 Mark kostet. Die Frauen rufen gleich nach der Sendung an und erzählen mir ihre Erfahrungen.

## Hexe: Wer will mir etwas nachweisen?

Fortsetzung von Seite 1

Satans-Priesterin Ulla von Barnus gesteht zu BILD: „Ich habe mir einige Menschen in den Tod geholt, die mich nicht loslassen wollten.“

Satans-Priesterin Ulla von Barnus gesteht zu BILD: „Ich habe mir einige Menschen in den Tod geholt, die mich nicht loslassen wollten.“

Satans-Priesterin Ulla von Barnus gesteht zu BILD: „Ich habe mir einige Menschen in den Tod geholt, die mich nicht loslassen wollten.“

# Pfarrer Sommerauer zeigt Hexe an wegen Mordes!



Der berühmte Fernseh-Pfarrer Sommerauer (74) hat die Fernseh-Hexe Ulla von Barnus (70) beim



gehandelt werden. Sie hat im Fernsehen vor Millionen Menschen gesagt, daß sie mit ihrer Hexerei töten kann, daß sie diese tödliche Fähigkeit ausübt. Das wäre Mord, oder mindestens Verführung zum Mord. Darüber kann man nicht mit einem Schmutzlein hinweggehen. Das muß geklärt und notfalls auch

## 300 Menschen berichten: Ich war in der Hölle ... habe den Teufel gesehen

Der berühmte US-Horror-Professor Rawlings hat Aussagen von 300 Personen gesammelt, die behaupten, sie hätten das Leben zurückgesehen und wieder ins Jenseits zurückgekehrt. Insgesamt 300 Männer und Frauen berichten: „Ich war in der Hölle, habe den Teufel gesehen.“

Überwältigend reichhaltig sind die Aussagen von 300 Personen, die behaupten, sie hätten das Leben zurückgesehen und wieder ins Jenseits zurückgekehrt. Insgesamt 300 Männer und Frauen berichten: „Ich war in der Hölle, habe den Teufel gesehen.“

BILD, 30.10.84

## Deutsche treten wieder in die Kirche ein

Die Deutschen besinnen sich auf Gott: Immer mehr Bundesbürger, die aus der Kirche ausgetreten waren, melden sich wieder an. Die evangelische Kirche registrierte 1982 im Bundesgebiet 34 000 Wiedereintritte, in diesem Jahr sind es voraussichtlich 40 000.

Viele jüngere Menschen möchten, daß ihre Kinder nicht ohne Religion aufwachsen. Als sie finden beim Gedächtnis an den Tod zur Kirche zurück, erklärt EKD-Ratsvorsitzender Bischof Lohse (Fats). Die Kirchenaustritte (rund 80 000 pro Jahr) nehmen allmählich ab.



Bischof Lohse

BILD, 7.11.84

## 100 Anrufe bei Pfarrer Sommerauer

Von BERNHARD WITTMANN  
Schon über 100 mal klingelte bei Pfarrer Sommerauer (74) das Telefon, seit er die Hexe Ulla von Barnus (70) wegen Mordes und Verführung zum Mord angezeigt hat. Witterte von verzweifelter Menschen, die bitteten: „Ich bin verhext.“

## „Ich bin verhext“

„Ich bin verhext.“  
„Ich bin verhext.“  
„Ich bin verhext.“

### Gott ist stärker

Gott ist stärker.  
Gott ist stärker.  
Gott ist stärker.

Ein Schicksal (81) aus Bielefeld: Seit meiner Scheidung vor einem Jahr habe ich Schwindelattacken, wasche nichts ein, was ich nicht einnehmen darf, habe beim Autofahren ständig Angst vor Unfällen. Meine Ex-Frau hat mich verhext.

BILD, 1.10.84





Zum 10. Todestag von Joseph Wulf

Vor 10 Jahren, im Oktober, sprang Joseph Wulf aus dem Fenster seiner Wohnung in Berlin. Wer war er? Joseph Wulf wurde 1912 in Chemnitz geboren, wuchs in Krakau auf, studierte Jura und Landwirtschaft. 1939 erschien sein erstes Buch in Warschau: „Kritische Miniaturen“. Von 1940 bis 1943 leistete er den Nazis im Ghetto Widerstand, unter anderem gehörte er in Krakau der Ghetto-Widerstandsorganisation an.

Von 1943 bis kurz vor Kriegsende war er in Auschwitz. Nach dem Krieg arbeitete Joseph Wulf zunächst in der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Krakau. 1947 zog er nach Paris. Dort gründete er ein Forschungsinstitut für die Geschichte des polnischen Judentums. Mitte der 50er Jahre zog er nach Berlin. Von 1955 bis 1970 veröffentlichte J. Wulf 18 Bücher über den Nationalsozialismus (siehe Kasten).

1964 erschien sein letztes Buch in der BRD: „Yiddisch-Gedichte aus Polen“, sein allerletztes Buch wurde in Frankreich verlegt: „Die Industrie des Grauens“ („L'industrie de l'horreur“, Fayard). Drei Dokumenten-Sammlungen über das Dritte Reich hat Wulf gemeinsam mit dem in Paris lebenden Historiker Leon Poliakov veröffentlicht. Über seinem Schreibtisch stand: „Vergiß nicht die sechs Millionen!“. Seine langjährige Mitarbeiterin, Ulla Bohne, erzählte: „Wulf hat denjenigen, vor allem in Israel, die ihm vorwerfen, daß er in Deutschland lebt, immer wieder erklärt, es ist nötig, die Geschichte in deutsch für die Deutschen zu dokumentieren. Es hat keinen Sinn, diese Bücher in England, in Frankreich oder in Israel herauszugeben, sondern man muß sie den Deutschen um die Ohren hauen, in deutsch, damit sie den Sachen lesen, sich damit beschäftigen und nicht mehr sagen können, wir haben von nichts gehört...“ (1).

1964 erhielt er die Carl-von-Ossietzky-Medaille seitens der Internationalen Liga für Menschenrechte, 1970 wurde er zum Ehrendoktor an der FU West-Berlin ernannt.

Andererseits scheiterte sein Vorhaben eines „Internationalen Dokumentationszentrums zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen“ am Widerstand des West-Berliner Senats. Der damalige Bürgermeister Klaus Schütz (später BRD-Botschafter in Israel) erklärte gar, er möchte keine „makabre Kultstätte“ (1).

Wulf lebte in äußerster Not: „Wie Ihnen bekannt ist, habe ich bis heute 18 Publikationen über das Dritte Reich veröffentlicht. Sie wissen nicht, daß ich von allen Büchern keine Tantiemen bekomme. Ich habe vor und während der Arbeit an diesen Büchern Vorschüsse von den Verlagen erhalten, um diese Bücher überhaupt schreiben zu können... Seit über einem Jahr habe ich kein Einkommen. Nach 33 Jahren Arbeit stehe ich praktisch vor dem Nichts“ (Brief an einen Freund, den er um Hilfe bei der Arbeitssuche bat).

Im August 1974, zwei Monate vor seinem Tod, schrieb Joseph Wulf an seinen Sohn: „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht, und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst dich bei den Deutschen todokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein — und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen.“

(1) Zitate aus FR/Feuilleton, 24.10.1981, Artikel von H.M. Broder „Wer war Joseph Wulf?“.

Die von Joseph Wulf, z.T. gemeinsam mit Leon Poliakov, erarbeiteten und sorgsam kommentierten Dokumentationen über das Dritte Reich (seit rund zwanzig Jahren vergriffen und inzwischen auch nur teilweise in einer überarbeiteten Reprint-Ausgabe erhältlich) sind 1983/84 vom Verlag Ullstein in Taschenbuchausgaben zum Preis von jeweils DM 16,80 wiederaufgelegt worden.

— Das Dritte Reich und die Juden, 457 S. (Vorgeschichte und Verlauf der „Endlösung der Judenfrage“). Erstausgabe: Berlin 1955.

— Das Dritte Reich und seine Diener, 540 S. (Die Staatsapparate: Auswärtiges Amt, Justiz, Wehrmacht). Erstausgabe: Berlin 1956.

— Das Dritte Reich und seine Denker, 560 S. (Die Ideologen und Propagandaapparate). Erstausgabe: Berlin 1959.

Diese drei Bände wurden von Leon Poliakov und Joseph Wulf gemeinsam erarbeitet.

— Das Dritte Reich und seine Vollstrecker — Die Liquidation von 500.000 Juden im Ghetto Warschau, 383 S. Erstausgabe: Westberlin 1961.

Kunst und Kultur im Dritten Reich: — Die bildenden Künste im Dritten Reich, 437 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963. — Literatur und Dichtung im Dritten Reich, 537 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963. — Musik im Dritten Reich, 501 S. Erstausgabe: Gütersloh 1963. — Theater und Film im Dritten Reich, 489 S. Erstausgabe: Gütersloh 1964. — Presse und Funk im Dritten Reich, 418 S. Erstausgabe: Gütersloh 1964.

Obwohl schon vor zwanzig bis dreißig Jahren erarbeitet, sind diese Dokumentationen für alle, die dem deutschen Faschismus — und damit auch den konstituierenden Bedingungen dieses Staates — anhand der Primärquellen nachspüren wollen, unverzichtbar.

Spendenaufwurf für den Arbeiterkampf

Wie jedes Jahr um diese Zeit wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des ARBEITERKAMPFES mit der Bitte, durch Spenden und einen Teil ihres „Weihnachtsgeldes“ das Fortbestehen dieser Zeitung zu gewährleisten. In den beiden vergangenen Jahren ist es uns gelungen, mit Spendenergebnissen von (knapp) über 30.000 DM die Verluste aufzufangen, die nicht durch Zuschüsse aus KB-Beiträgen aufgebracht werden konnten. In beiden Jahren mußten wir auch nicht auf Reserven zurückgreifen. Unsere Situation hat sich seither nicht verbessert: eine nachhaltige Auflagensteigerung, die diese Zeitung finanzieren könnte, ist nicht in Sicht, immer noch sinken unsere Mitgliederzahl und die Beiträge an die Organisation (wenn auch nur in geringem Umfang), finanzielle Schlechterstellungen und Arbeitslosigkeit tragen dazu bei. Dies ist nicht ohne weiteres durch Kosteneinsparungen aufzufangen. Außerdem haben wir nach Jahren einmal eine Lohnerhöhung um 150,- DM im Monat vorgenommen und einen Genossen (wieder) eingestellt.

Wir bitten also auch für das kommende Jahr noch einmal über 30.000 DM, besser noch ein wenig mehr, durch Spenden hereinbekommen, damit wir wiederum sagen können, der ARBEITERKAMPF bleibt bestehen.

Deshalb spendet und bittet auch andere darum!

Konto: Heinrich Eckhoff Bankleitzahl 200 800 00  
Dresdner Bank Hamburg Kontonummer 480610400

# Arbeiterkampf

für Leser,  
die sich etwas mehr  
die sich etwas mehr  
Zeitung zutrauen

Absender: .....

.....

.....

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7685  
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 80,—

☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Postsparkasse Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Giro-Kontos.

Kto. Nr. Kto.-Inhaber bei der mittels Lastschrift einzuziehen

den (Unterschrift)

Inhalt

Ohne Rubrik

Mysteriöse Einbrüche: Krebsaktien gestohlen! .....S. 12

Liberal Post-Moderne .....S. 19

»Revanchismus-Vorwurf absurd? .....S. 24

Zum 10. Todestag von Josef Wulf .....S. 48

aktuell

ÖTV-Abbruch: Eine Karikatur auf die 35-Stunden-Woche .....S. 2

Der Fall Alviola: Liberal, aber feste .....S. 2

Nicaragua-Demo Bonn und Westberlin .....S. 3

Flick-Gelder über SPD und SI nach Spanien .....S. 4

USA: Weiter geht's wie gehabt! .....S. 4

CIA in der BRD: Auf gute Zusammenarbeit .....S. 4

Westberlin: 20.000 gegen Reagan .....S. 5

Nicaragua aktuell .....S. 5

Aus der Geschichte des Hauses Flick .....S. 6

Flick: »Vernichtung durch Arbeit« .....S. 7

Flick: Die Nummer Eins im Rüstungsgeschäft .....S. 8

Atomzentrum Hanau: Die Wurzel liegt im Faschismus .....S. 11

Nukem/Aikem: Alles unter Kontrolle? .....S. 11

Rogersplan beschlossen .....S. 22

Betrieb und Gewerkschaft

Nachrichten aus .....S. 10

Anmerkungen zum 40. Todestag Wilhelm Leuchners .....S. 44

Kampf dem Faschismus

»Kommunistenprozesse«: Die neue Berufsverbotecke .....S. 9

Bundestreffen der »Polizeibeaubachter« .....S. 10

Grüne und Alternative

Der alltägliche Parlamentarismus .....S. 14

Wahlen in Baden-Württemberg .....S. 15

DGB und GRÜNE: Näherungen? .....S. 16

Vor dem Parteitag der GRÜNEN: Systemopposition oder Systempartei .....S. 17

Militarismus

OTRAG: Raketen für die BRD .....S. 21

Von »airland-battle« zur »air-sea-battle« .....S. 22

Europa

Die Bombe von Brighton .....S. 25

Frankreich '84: Lebensgefahr für Ausländer .....S. 25

Parteitag der Sinn Fein in Dublin .....S. 25

Niederlande: Onkrut-Raubzüge in Noisdepots .....S. 26

BRD - Frankreich: Ein gemeinsames Leitsystem für Atomwaffen .....S. 26

WEU und EG: Militärmacht Europa .....S. 35

Nahost

Interview mit einem Gründungsmitglied von Matzpen .....S. 27

Asien

VR China: Das letzte Stück der Torte ist noch nicht verteilt .....S. 29

VR China: Das letzte Stück der Torte ist noch nicht verteilt .....S. 29

Latinamerika

Duartes Friedenstaube, ein Dialog und Bomben .....S. 30

Eine neue Strategie der Repression in Chile .....S. 31

Drei Wochen kreuz und quer durch Nicaragua .....S. 32

Die Wahlen: Vertrauen in die Frente .....S. 34

Imperialismus

Zur Weltwährungskrise des Kapitals (Teil I) .....S. 36

Kultur

Das blaue Flämmchen

Ein norddeutsches Märchen .....S. 45

Jüdischer Kalender .....S. 46

Handlogien/Venske: »Feine Gesellschaft« .....S. 46

Ein gewisser Henri Michaux .....S. 46

Westdeutsche Linke

Über die menschliche Seite des KBW .....S. 38

Wie die DKP das Erscheinen der neuen Linkszeitung »Debatte« begrüßt .....S. 40

Diskussion

Debatte um den Brandt-Aufricht in Bonn .....S. 42

Mit Tempo 100 gegen den Baum der Erkenntnis .....S. 43

»Der Öko-Knigge« .....S. 43

